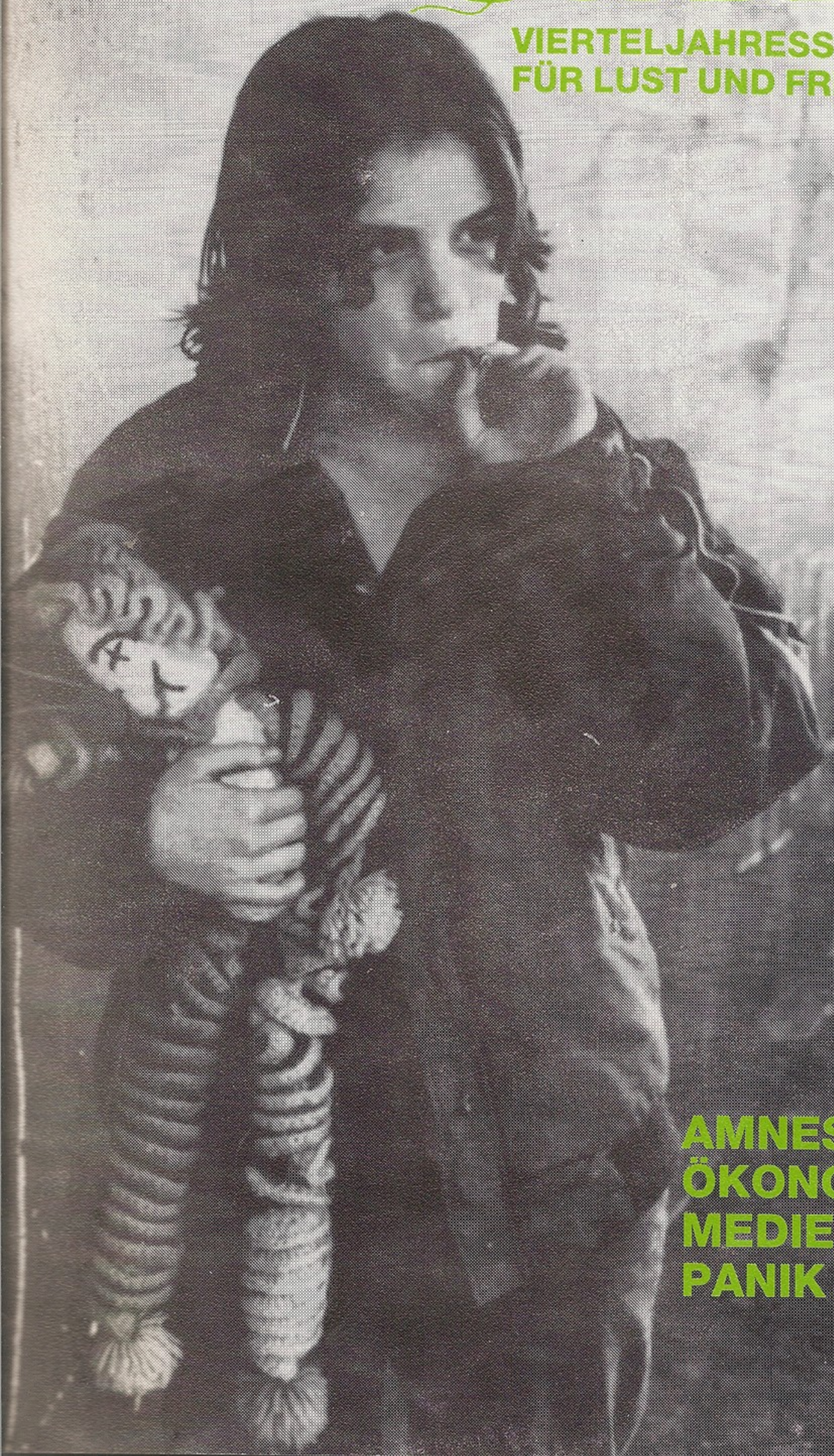
NR.28 3/88 6.- DM

schwarzer FADEN

VIERTELJAHRESSCHRIFT
FÜR LUST UND FREIHEIT



AMNESTIE
ÖKONOMIE
MEDIENKRITIK
PANIK UND POLITIK

Preiserhöhung

ABO-und Einzelnummer-Preiserhöhung: Es ist immer unangenehm, wenn Preise erhöht werden, und wir wollen auch gar nicht argumentieren, daß wir mit den steigenden Zigarettenpreisenmithalten wollen o.ä. Es ist allerdings schwieriger geworden, die Zeitschrift zu finanzieren. Im Verlauf des 5.-DM Preises sind die Papierkosten erneut gestiegen und die Post droht uns 1989 noch mehr Geld als die momentanen 1300.-DM pro Ausgabe für den Versand aus der Kasse zu ziehen.

Bislang haben wir die steigenden Unkosten immer durch eine erhöhte ABOzahl, steigende Spenden und freiwillige (unbezahlte) Mehrarbeit ausgleichen können. Dabei sind nun aber (unsere) Grenzen erreicht. Die angenehme ABO-Tendenz nach oben, auf die wir weiter bauen, hat die Auflage auf 2500 bis 3200 (Feminismus-Nummer) gebracht; dies bedeutet jedoch, daß wir mit 5, 6 Menschen bei der Weiterverarbeitung (Falzen, Legen, Heften, Schneiden) nicht mehr auskommen. Daß es schwierig (und nervig) sein kann, selbst unter AnarchistInnen, für diese unbezahlte Maloche bei jeder Nummer ca. 10 Freiwillige zu organisieren, dürfte verständlich sein. Trotzdem hat es bis zur Nummer 27 (fast) immer geklappt und dafür danken wir allen Karlsruher, Frankfurter, Stuttgarter und Tübinger FreundInnen, die bislang geholfen haben, und der Libellus-Buchbinderei, die ihre Maschinen und Räume lange unentgeltlich zur Verfügung stellte. Nur eine Nummer und zuletzt die Sondernummer mußten als Auftrag vergeben werden. Da wir in Grafenau mit dem Erstellen des Satzes, mit dem Lay Out, der Kartei und dem Vertrieb sehr viel am Hals haben, was *nebenher* erledigt werden muß, haben wir uns entschieden, in Zukunft die Weiterverarbeitung (für ca. 1100.-DM pro Nummer) als Auftrag von der Libellus-Buchbinderei in Stuttgart machen zu lassen. Diesen Unkostensprung können jedoch Spenden und ein kontinuierlicher ABOzuwachs von 50 pro Nummer allein nicht mehr ausgleichen, so daß wir um Euer Verständnis für diese Preiserhöhung bitten; wir sind überzeugt, daß wir mit ihr auch bereits die wohl unvermeidlichen Portoerhöhungen verkraften können.

Trotz all dieser technischen und finanziellen Überlegungen hat diese Entscheidung auch etwas mit inhaltlichen Überlegungen zu tun. Im Anschluß an die Mediendiskussion auf den libertären Tagen in Frankfurt gab es in der Redaktion Überlegungen monatlich, aktueller, aber mit reduziertem Umfang (36 oder 40 Seiten) zu erscheinen. Oder aber das bisherige Konzept weiterzuverfolgen, mehr Zeit für die Arbeit an einer Nummer zu haben und perspektivisch die Zeitschrift eher umfangreicher zu gestalten, damit die verschiedenen Bereiche alle ihren Platz finden können: aktuelle Artikel, Diskussionsbeiträge, kulturelle Artikel, historische Beiträge und auch die anstrengenden und weniger geliebten, aber dennoch notwendigen, (wollen wir Anarchismus wirklich aktualisieren und selbst handlungsfähig bleiben/werden) Theorie-Aufsätze durchzuhalten oder gar auszubauen. Aus personellen Gründen (die Anzahl der aktiven, verantwortlichen RedakteurInnen ist doch sehr klein und alle sind noch in weiteren [viel zu vielen] Bereichen engagiert und wollen dies auch in Zukunft so halten) blieb uns eigentlich nur die Entscheidung für die 2. Lösung, ergänzt um die gelegentlichen Sondernummern zu Schwerpunktthemen. Die Preiserhöhung gibt uns deshalb auch die Chance bei Bedarf statt der 64 oder 68 auch – wie schon **diesmal** durch den ausführlichen Ökonomiebeitrag *Luciano Lanzas* – **72 Seiten** oder gar 76 Seiten zu produzieren, ohne sofort wieder in die roten Zahlen zu rutschen.

Für *alle* AbonnentInnen und auch für Neue, soll – weil wir unsere Entscheidung nicht lange ankündigen konnten, **– die »Aufstockung«, oder Verlängerung des ABOs bzw. die Einrichtung eines neuen ABOsbis zum** *1.September 1988* zu den alten Bedingungen (15.-DM bzw. 16.-) möglich sein!

Impressum

HERAUSGEBER: SF-Redaktion/Trotzdem-Verlag/FLI
V.i.S.d.P.: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Mitarbeit: Eingesandte Artikel sind erwünscht, speziell solche von AugenzeugInnen aktueller Ereignisse, die eine analytische Aufarbeitung versuchen; wir suchen immer ÜbersetzerInnen von theoretischen (Vorsicht: polit-soziologischen!) Beiträgen aus dem Spanischen, Italienischen, Französischen und selbst Englischen – wir können viele von euch mit solcherart politischer Arbeit (und somit dezentralisierter SF-Mitarbeit) eindecken! Da wir den Anarchismus offensiv vertreten wollen, (d.h. ihn und uns nicht so einfach ins kriminelle Abseits abdrängen lassen wollen), bevorzugen wir namentlich bzw. von Gruppen gezeichnete Beiträge; lassen uns aber im Bedarfsfall auch von der notwendigen Anonymität überzeugen; bei theoretischen Beiträgen ist vorherige telefonische Absprache sinnvoll; Photos, Graphiken etc. sind willkommen.
Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden MitarbeiterInnen der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht; Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung; Ausnahme: für aufwendige (Photo-)Interviews (die gegen Vorabsprache mit uns auch von Nicht-Redaktionsmitgliedern für den SF, geführt werden, können Zuschüsse bezahlt werden.
Nachdrucke gegen Quellenangabe sind nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und gegen Belegexemplare ausdrücklich erwünscht!
KNASTFREIEXEMPLARE bleiben solange das Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!
Auflage: 2500 Exemplare; Verlag, Satz und Vertrieb: Trotzdem-Verlag Grafenau; Druck: Druckcooperative Karlsruhe; Weiterverarbeitung: Libellus-Verlag, Stuttgart.
Erscheinungsweise: vierteljährlich; Photos: ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.
Abonnementsgebühren: 15.-DM für 4 Nummern (Bezahlung im voraus; automatische Verlängerung nach Ablauf des ABO-Zeitraums, d.h. bitte gebt uns schriftlich Bescheid, wenn ihr den SF nicht mehr beziehen könnt oder wollt.)
Anzeigenpreise: 1 Spalte 200.-DM + MWST; 1/2-Seite: 350.-DM; 1 Seite: 1000.-DM. Anarchistische und alternative Kleinverlage erhalten 20% Rabatt; Dauerkunden 50%!

Redaktionsanschrift: SCHWARZER FADEN, Postfach 1159, 7043 (neu!) Grafenau-1; Tel.: 07033 – 44273; ISSN: 0722 – 8988.

Einzelnummer: 6.-DM
ABO: 4 Nummern: 20.- DM
Außerhalb des deutschen Postbezirks: 22.- DM
Wer bis zum 1. September neu abonniert oder das ABO verlängert, auch unabhänig, ob es gerade ausläuft, kann dies nochmal zu den alten Preisen (15.-DM bzw. 16.-DM für 4 Nummern) tun.
Probenummer: ältere Ausgaben, nur gegen Rückporto!
Sondernummer ARBEIT: 5.- DM
Sondernummer NOSTALGIE (Artikel aus den Nrn. 0 - 12): 10.- DM
Sondernummer Feminismus: 6.- DM
Bezahlung bitte vor der 1. Lieferung bzw. bei Verlängerung des ABOs nach der letzten Nummer des alten Zeitraumes. Ihr erspart uns viel Arbeit, wenn ihr bezahlt ohne die Rechnung abzuwarten. Merci und Salud!
SF-Konto: F. Kamann, Ktonr.: 574 63 - 703, Postscheckamt Stuttgart

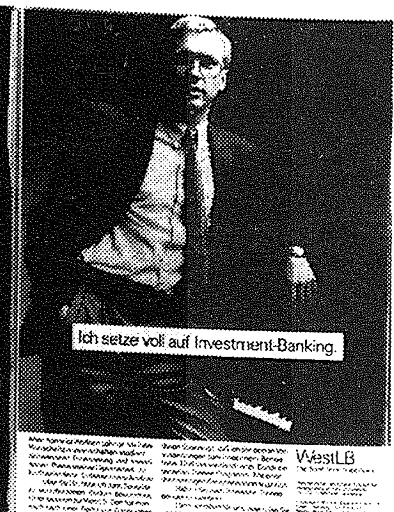
Redaktionsschluß Nr. 29 (4/88): 1.9.88
Anzeigenschluß Nr. 29: 9.9.88

Chaot sein - aber richtig!

Da sind die einen, die „Autonomen": Sie touren durch die Republik, hauen den Scheiß' weg und was haben sie davon? Nix, keine müde Mark! Sie arbeiten hart und umsonst, weil sie es nicht richtig machen.

Da sind die anderen, die sog. „Arschlöcher": Sie stehen auf Gewalt, aber mit „System". Sie laufen nicht mit Zwille und Molotow Cocktail herum, sondern mit Aktentasche und unscheinbaren Papieren. Sie richten damit mehr Schaden an und zocken obendrein noch gut Kohle ab.





1. falsch: Er wird es nie zu was bringen, nicht mal mit Gewalt. Er wird immer das bleiben, was er ist: ein Habenichts, ein looser.

2. richtig: Dieser Chaot hat gecheckt, daß strukturelle Gewalt besser kommt und hat es schon zu was gebracht. Er wird immer das bleiben, was er ist: „ein Arschloch mit Spitzensteuersatz, ein winner.

Nachtrag

Nachtrag zur Sondernummer Anarchismus – Feminismus: Aus ungeklärten Gründen fiel beim Lay Out das Artikelende von »Warum Anarcha-Feminismus?« von L. Susan Brown (S. 20/21) der Schere zum Opfer. So unvermittelt, wie dieser Beitrag endet, war er jedoch nicht! Wir wollen deshalb wenigstens in dieser Nummer den Schluß nachliefern; ebenso fehlt der Übersetzer des Mujeres Libres Artikels, es handelt sich um *Jörg Auberg*.

Be Er De

Rechtsstaat-Konto:
Die Redaktion des Schwarzen Fadens hat ein Rechtsstaat-Konto eingerichtet. Mit den Spenden auf dieses Konto wollen wir Menschen unterstützen, die wegen anarchistischen Betätigungen oder Veröffentlichungen staatlicherseits gerichtlich verfolgt werden. Insbesondere wollen wir auch Menschen unterstützen, die aufgrund anarchistischer Gruppen staatlicherseits mit zur Haftung herangezogen werden sollen, obwohl sie selbst nicht für die zur Last gelegten Anschuldigungen verantwortlich zeichnen. (Beispielsweise Buchhändler, die anarchistische Erzeugnisse verkaufen und wegen § 129a verurteilt werden.) Unterstützungszahlungen bitte auf das Konto: **Volksbank Döffingen – Wolfgang Haug – Ktonr. 42 622 000; BLZ 603 901 30, in 7043 Grafenau-1.**

Inhalt

SF-Spendenliste:
J.S., Kreuznach 20.-; A.R., P.B. 10.-; P.H., Sevelen 43.-; D.S., Kronach 15.-; P. Nato, Köln 50.-; F.W., Ellweiler 5.-; Schwarzer Nachtschatten, Lensahn 100.-; J.P., Bochum 30.-; H.H., Zürich 33.-;M.Z., Sindelfingen 5.-.
Spenden im monatlichen Dauerauftrag (unsere Traumvorstellung):
(wieder zwei mehr als zuletzt!! Merci!) T.P., Langenfeld 10.-; R.M., Darmstadt 50.-; F.-J. M., Dortmund 10.-; E.T., Nürnberg 20.-; N.H., Nürnberg 50.-; T.A., Hersfeld 15.-; W.F., Berlin 20.; TDL 30.-; A.R., Paderborn 10.-.

Gearhart fährt fort: » . . . beginnen wir daran zu denken, die Münze zu werfen, einen Austausch der Macht vorzunehmen, eine Ideologie aufzubauen, die das weibliche Primat und weibliche Kontrolle rechtfertigt« (S.274). Wie stellt sie sich diesen Vorgang vor? – Sie verlangt die Reduzierung der männlichen Bevölkerung auf 10% (S.280–283). Dieser weiblichen Überlegenheitsargumentation fehlt nicht mehr viel zum Faschismus. Anarchismus will die Auflösung der Herrschaft, nicht ihren Austausch. KeinE AnarchistIn würde einem Völkermord zustimmen, egal um welche Art es sich handelt.

Aus allem wird deutlich, daß die Abschaffung von Herrschaftsbeziehungen in allen Aspekten des Lebens nicht notwendigerweise Bestandteil des radikalen Feminismus ist, obgleich einige radikale Feministinnen eine solche Position für denkbar halten. Doch nur durch *bewußtes* Einbeziehen des Anarchismus kann der Feminismus zu einer Bewegung werden, die die Menschen von *allen* Formen der Herrschaft befreit.

Fazit

Anarchismus ist sowohl eine Philosophie wie eine politische Strategie, die anstrebt jede Form von Herrschaft abzuschaffen. Sie basiert auf der Annahme, daß menschliche Wesen ihr Leben und ihre Welt frei gestalten *können* und für beides *verantwortlich sein wollen*. Durch die permanente Herausforderung der Herrschaft unterminieren AnarchistInnen das gegenwärtige System. Durch antiautoritäre und antihierarchische Prozesse versuchen AnarchistInnen repressive Strukturen auszuhöhlen.

Ich habe argumentiert, daß Anarchismus feministisch ist, daß Feminismus jedoch nicht notwendig anarchistisch ist. Marxistische Feministinnen nehmen an, daß der Übergang der Macht über Frauenarbeit von Männern auf den Staat, die Befreiung bringen wird; Anarchistinnen glauben, daß der Staat notwendigerweise repressiv ist. Während es möglich ist radikale Feministin und Anarchistin zu sein, ist es andererseits deutlich, daß nicht alle radikalen Feministinnen anarchistischen Prinzipen zustimmen. Ja, daß einige autoritäre Methoden bevorzugen, andere auf die Etablierung einer matriarchalen Gesellschaft abzielen, die nach eigener Definition hierarchisch ist. Allein Anarcha-Feministinnen stellen eine Theorie zur Verfügung, die alle Hierarchien und Formen von Herrschaft bekämpft, ob sie sexistisch, rassistisch, klassenbezogen oder staatlich sind.

Diese Ideen, die hier vorgestellt werden sind Teil eines *Prozesses*. (. . .) Wie *Emma Goldman* einmal sagte:
» . . . Woran ich glaube ist weit mehr ein Prozeß als ein Ziel. Ziele sind für Götter und Regierungen gut, nicht für den menschlichen Intellekt . . ., in der »Schlacht für die Freiheit«,wie dies Ibsen so treffend formuiert hat, ist es der *Kampf für* und nicht so sehr das *Erreichen der* Freiheit, die all das Standhafte und Gute im menschlichen Charakter entwikkelt.« *(Emma Goldman: What I Believe, in: Alix Kates Shulman (Hg.): Red Emma Speaks, New York 1983, S.49).*

Übersetzt aus Kick It Over, Nr. 18, Frühjahr 1987 (gekürzt um die einführenden Teile: Was ist Anarchismus?, Anarchismus und Existentialismus, Anarchistische Strategien) von Wolfgang Haug



Der Fall Kedichem – Panik und Politik

von Arjen und Geert, Amsterdam

Dieser Bericht handelt von einer antifaschistischen Aktion, Ende März 1986 in Holland, die einige Diskussionen über Gewalt, autonome Politik und revolutionäre Aktionen ausgelöst hat.

Folgen wir den holländischen GenossInnen, so hat »die extreme Rechte« nach dieser Aktion »immer noch Angst«. Erfolg oder Mißerfolg?

Die holländischen GenossInnen haben den Bericht für das Ausland geschrieben, betonen auch die spezifisch holländischen Verhältnisse – aber bestimmte Erfahrungen und Schlüsse um das »explosive Material« sind durchaus nicht meilenweit von der bundesrepublikanischen Situation entfernt. Nach den Schüssen an der Startbahn vom 2. Nov. '87 fehlten zeitweise Diskussionen, die offen, und nicht gelähmt von Fassungslosigkeit und Panik(-mache), eine Einschätzung der Vorfälle zur Grundlage politischen Handelns machten.

Die Wahl der holländischen GenossInnen dem *SF* die Veröffentlichung zu überlassen, liegt (nach Gesprächen mit deutschen GenossInnen) begründet in dem mangelnden Vertrauen z.B. der *taz* oder dem *Pflasterstrand* gegenüber. Sie haben mit dem Bericht nicht das Interesse »die BRD-Autonomen weiter zu isolieren«. Im Gegenteil! Es wird eine offene »internationale Diskussion« gewünscht, es existiert großes Interesse an »inhaltlicher Kritik« und betont wird, »besondere Meinungsverschiedenheiten nicht unter den Tisch« fallen zu lassen.

Wir halten die Auseinandersetzung über die Aktion und ihre Folgen für notwendig, auch wenn uns die aus dem Bericht abgeleitete Einschätzung nicht überzeugt und uns schon gar nicht der Schluß des Artikels gefällt, da ihm der Ruch der Sensationspresse anhängt. Laßt uns, wie die holländischen GenossInnen sagen, darüber streiten!

Die SF-Redaktion

»Immer mehr bin ich davon überzeugt, daß Gesinnungen aus Massenerlebnissen entstehen. Aber sind Menschen an ihren Massenerlebnissen schuld? Geraten sie nicht völlig ungeschützt in sie hinein? Wie muß einer beschaffen sein, um sich gegen sie wehren zu können? Muß man instande sein, *eigene* Masen zu bilden, um gegen andere gefeit zu sein?«

Elias Canetti, Das Geheimherz der Uhr

In zehn Jahren Erfahrung mit dem Organisieren von massen-haften Aktionen sind in den Niederlanden praktische Kenntnisse, was die **Planung von Panik** betrifft, gesammelt worden: sowohl von denen, gegen die Aktionen durchgeführt wurden, als auch von denen, die sie durchführten. Um aber diese *Panik* auf der Straße, in der Politik und in den Medien effektiv einsetzen zu können, muß bei den Akteuren selbst ein Tabu auf der Anerkennung ihrer Existenzliegen.

Wann immer Panik ausbricht, wird geleugnet, daß man hineingeraten ist, und danach wird nur noch der Effekt der Aktion selbst diskutiert, niemals aber die *Rolle der Panik während der Aktion.* Dies geschieht höchstens in Kneipen oder chaotischen Versammlungen und selten nur in den eigenen Medien. Dort wird dann einerseits ein Schuldiger für die entstandene Panik und andererseits eine panik-freie Aktionsform gesucht. Es wächst das Verlangen nach einer Organisation massen-hafter Aktionen, durch die jede Panik ausgeschlossen werden kann. Aber die autoritären Konsequenzen davon würden, zumindest in den Niederlanden, von den Akteuren, die gerade an diesen Aktionen ihr Vergnügen gefunden haben, niemals akzeptiert werden. Jedenfalls in den eigenen Mythen vom Agieren führt ihr spontaner und chaotischer Charakter zu den bizarrsten Einbrüchen und Überfällen, ohne dabei auf die Ebene des Terrorismus zu geraten.

Vorgeschichte zu Kedichem

Ein klassisches Beispiel *geplanter Panik* finden wir in dem Fall Kedichem. 300 anti-faschistische Akteure störten am 29. März 1986 zu Kedichem, einem Dörfchen in den mittleren Niederlanden, eine Geheim-Versammlung, auf der zwei rechts-extreme Splitterparteien den Versuch einer Vereinigung unternehmen wollten. Dabei wurde das Hotel, in dem sie sich trafen, durch Feuer verwüstet, ein paar Parteigänger schwer verletzt und 72 Akteure arrestiert. Seit 1982 war die »Centrumpartij« auf einem Sessel im Parlament; ihr Programm, das sich anti-faschistisch und anti-rassistisch nannte, machte sich stark für den »Schutz des Niederländischen Kulturgutes« – eine moderne Form des Rassismus, bei dem den ausländischen Arbeitern die Schuld an Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung und überfüllten Autobahnen zugeschoben wird.

Seit dieser Zeit wurden auch immer härtere Aktionen gegen öffentliche Auftritte dieser Partei durchgeführt, während gleichzeitig eine anti-faschistische Bewegung wuchs, in der ein mögliches Verbot der CP durchaus unterschiedlich bewertet wurde. Diese Bewegung beruft sich auf die anti-faschistische Haltung und den Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Sie kann als eine Art Bewegung betrachtet werden, mit der eine neue Generation auf's neue der Erinnerung an die Schrek-

ken des Faschismus Form gibt, die in Erziehung, Medien und Literatur noch immer allgegenwärtig sind. Insoweit fühlt sich jeder in den Niederlanden mit dieser Bewegung verbunden, jeder ist selbstverständlich Anti-Faschist.

Zehn Tage vor Kedichem wurde zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte eine »Faschistin« in den Amsterdamer Gemeinderat gewählt. Ihre Vereidigung sollte am 29. April stattfinden und die Diskussion darüber, wie dies zu verhindern sei, war in vollem Gang. Zur gleichen Zeit standen die Parlamentswahlen an, vor denen die – seit '82 stattfindenden – Fraktionskämpfe in den eigenen Reihen beizulegen, zu einer lebenswichtigen Frage für die CP geworden war. Zu diesem Zweck war die Versammlung von Kedichem einberufen worden. Die gewalttätige Störung dieser Einigungsrunde verhinderte, daß es wieder zu *einer* rechts-extremen Partei kam und führte dazu, daß nach den Wahlen keine mehr im Parlament vertreten war.

In Holland laufen seit geraumer Zeit Nachforschungen über die Umtriebe rechtsextremer und faschistischer Individuen und-Gruppen. So hat man in Erfahrung gebracht, daß die Geheim-Verhandlungen am 29. März stattfinden sollten, der Ort aber wurde selbst in Kreisen der CP geheim gehalten. Zwei Tage vorher fand in Amsterdam eine große Versammlung von 150 Leuten statt, auf der erzählt wurde, von welcher Bedeutung die Störung wäre, aber auch wie sie verlaufen müßte.

Eine kleine Gruppe erfahrener Akteure hatte die Organisation in die Hand genommen, eine Erörterung der anzuwendenden Mittel fand nicht statt. Ein vager Hinweis auf das **Boekel-Modell** war das einzige, was über die Methoden mitgeteilt wurde.

Boekel-Modell

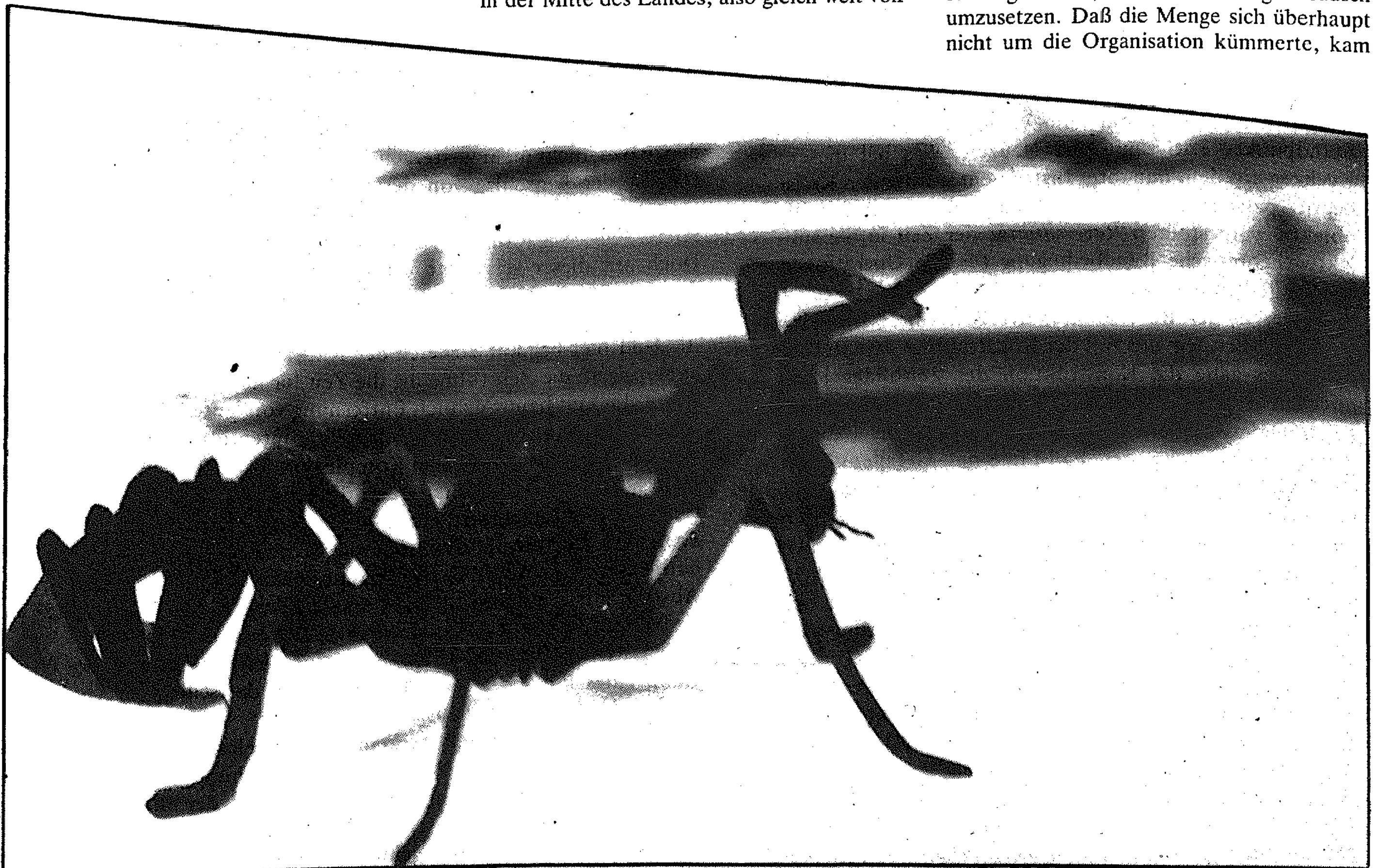
Zwei Jahre zuvor hatte der letzte Kongreß der CP im brabantischen Dörfchen Boekel stattgefunden. Akteure aus dem ganzen Land waren zu einer handfesten Auseinandersetzung mit 300 anwesenden Parteigängern angereist. Das »Boekel-Modell« bestand aus dem Umzingeln des Versammlungsraums, der Forderung nach Abzug der »Faschisten« und der Drohung, bei Nichterfüllung den Versammlungssaal mit Tränengas oder Rauchbomben auszuräuchern. In der Praxis entstand aber eine große Diskrepanz zwischen einerseits den »Demonstranten«, die auf gewaltlose Weise die CP anklagen wollten, um die öffentliche Meinung zu mobilisieren, und andererseits der *Heavy Fraktion*, die sich mit Helmen, Lederjacken, Knüppeln und Rauchbomben vorbereitet hatte. Weil diese Fraktion bei dem auch damals geheim gehaltenen Versammlungsort als erste da war, wurde ihre Strategie gefahren: Fenster wurden eingeschlagen, eine Tränengasgranate reingeworfen und auf der Straße kam es zu harten Schlägereien zwischen der CP-Schlägertruppe, den Heavies und den gerade neu ankommenden Demonstranten. Danach wogten die Wellen des Streits unter den Akteuren hoch, aber das war kurz vor Kedichem scheinbar alles wieder vergessen. Was das Boekel-Modell beinhaltete, wurde als bekannt vorausgesetzt, es war an der Zeit zu handeln und die Auseinandersetzung wurde auf danach vertagt. Eine *traditionelle* Eigenart niederländischer Aktionen: erst tun, dann reden.

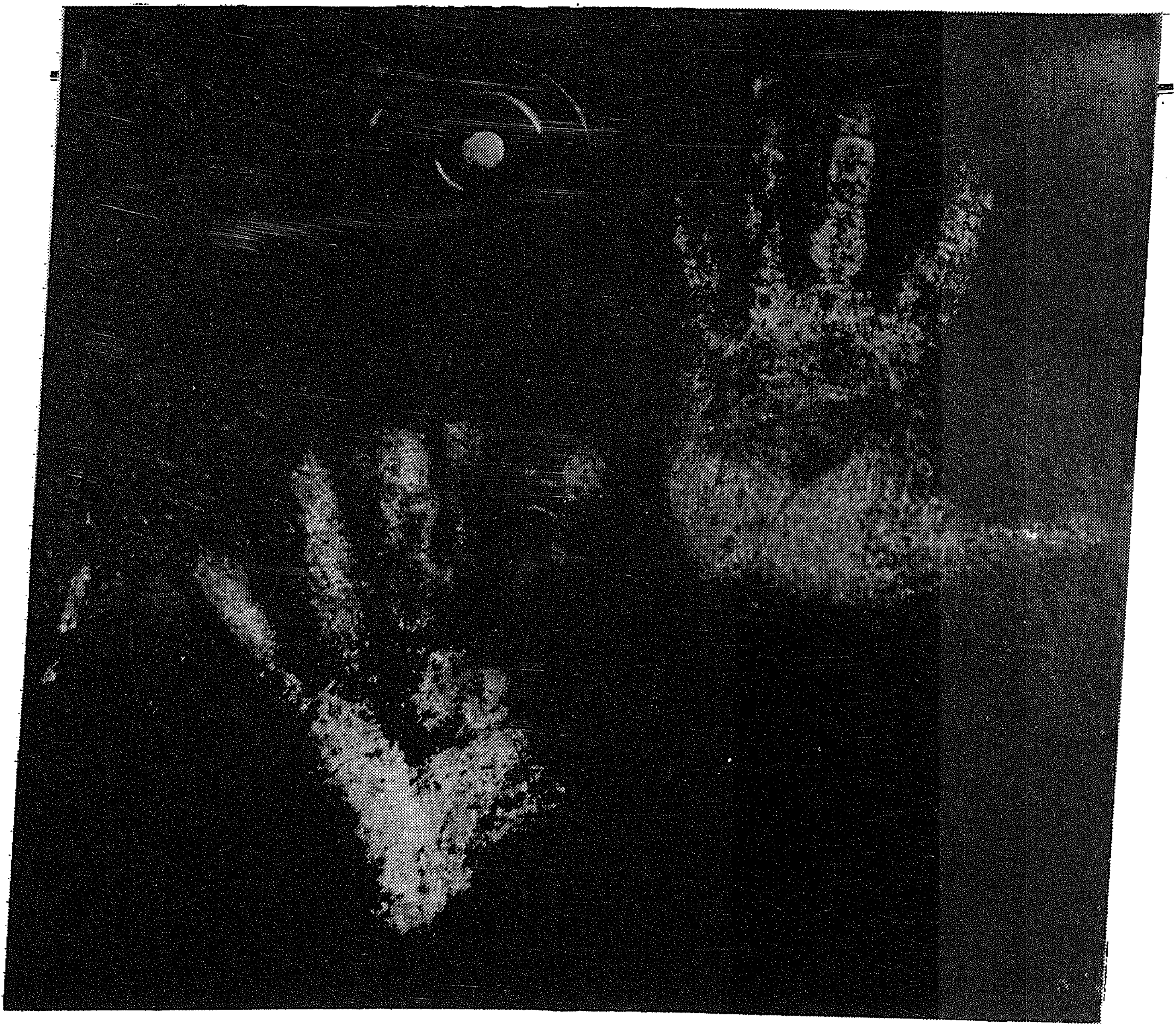
Die Aktion

Um 9 Uhr samtagsfrüh, am 29. März 1986 versammelten sich um die 300 Akteure aus den ganzen Niederlanden in einem alten besetzten Krankenhaus in Utrecht, einer Stadt in der Mitte des Landes, also gleich weit von jedem möglichen Versammlungsort entfernt. Bekannt war lediglich, daß ein Teil der CPler sich bei dem Fußballstadion des FC Utrecht treffen wollte. Von dort aus wurden Faschisten mit Motorrädern verfolgt und es wurde eine regelmäßige Telefonverbindung mit dem ›Krankenhaus‹ aufrechterhalten, um durchzugeben, wieviele Faschisten unterwegs waren und wohin. Erst um halb drei nachmittags wurde bekannt, daß sich die CP im Hotel *»Cosmopolite«* zu Kedichem getroffen hatte. Während der langen Stunden des Wartens in Utrecht wurde unter den Anwesenden nicht ein einziges Mal beratschlagt, was man nun genau tun sollte. Allein die fast magische Formel »das Boekel-Modell« machte die Runde.

»Im Meer der Zeit und in der recht gemütlichen Atmosphäre in Utrecht ist nur viel zu hastig und undeutlich mitgeteilt worden, was die Absicht war«, resümmiert Marlie hinterher im autonomen Wochenblatt *bluf!*. »Angst vor gegensätzlichen Positionen undheftigen Diskussionen untereinander so kurz vor der Aktion? War jeder so mit der eigenen Angst vor der Gewalt und der erwarteten Übermacht der Faschisten beschäftigt? Ich kann mir nur an den Kopf fassen, wenn ich daran denke wie ich da auch nur so rumgegammelt bin, während ich in meinem Hinterkopf das dumpfe Gefühl hatte, daß irgend etwas nicht stimmte.« Danach befragt, ergänzt Kaspar: »In den Gerüchten von Utrecht wurden die Faschisten immer mehr. Und wir gingen immer mehr Bier trinken und holen, weil es wirtklich lange dauerte und die Nerven mit im Spiel waren. Drei Stunden lang hingen all die Leute wartend, trinkend und kiffend in den Fluren herum. Und dann machten wir uns endlich auf den Weg.«

In der wartenden Masse von Utrecht zeichnete sich bereits ein Unterschied ab zwischen denjenigen, die mit der Sublimierung ihrer Angst zu einer würdigen Demonstration zu tun hatten und den Heavies, die damit beschäftigt waren, ihre Wut in Angriffsrausch umzusetzen. Daß die Menge sich überhaupt nicht um die Organisation kümmerte, kam





dadurch, daß diese sich als äußerst professionell erkennen ließ. »Die Organisation hatte mafia-artige, nachrichtendienstmäßige Allüren«, konstatiert Kaspar. »Da fuhren Maschinen durchs ganze Land, Leute verfolgten andere, es lief einfach, die Sache sah nach einer gut geölten Maschine aus. An alles war gedacht, das muß man ihnen schon lassen.« Es war ein beruhigendes Gefühl, daß die Macht delegiert war: in einer Aktionskultur, die keine Organisation anerkennt, haben diejenigen die Führung, die schon vorher praktische Organisationsarbeit auf sich genommen haben. Sie werden dann auch bei Schwierigkeiten hinterher alle Schuld zugeschrieben bekommen: die Masse wird sich immer unschuldig wissen, für sie zählt nur die Faszination, zu so vielen zu sein. Ronald: »Als ich gerade belegte Brötchen holen war, sah ich, daß es im Zentrum von Utrecht wirklich nur so wimmelte an Lederjacken. Das fiel wahnsinnig auf.« Die Sicherheit, einer Masse anzugehören, ermöglicht es den Individuen, sich ganz auf ihre eigenen Emotionen zu konzentrieren.

Um halb drei wurde bekannt, daß die Faschisten sich im Hotel Cosmopolite in Kedichem getroffen hatten. Weil das Hotel so klein war, dachten die Motorräder, daß es sich dabei nur um einen Sammelpunkt handeln könnte. Es wurde daher beschlossen, daß sich die Akteure zunächst am Bahnhof des nahe Kedichem gelegenen Dorfes Leerdam versammeln sollten. Die wartende Masse durfte sich endlich in Bewegung setzen: »Es gibt ein Gejohle, als das Wort Kedichem fällt. Ich tanze vor Freude. Der Saal kommt in Schwung. Zu den Transportern. Es wird geschrien. Wir müssen noch was absprechen. Wer ist hier der Wortführer? Verschiedene melden sich. Einer von ihnen gewinnt. Er macht ein Auto klar, das absprachegemäß kurz voraus fährt, um die Situation abzuchecken. Er sagt, daß noch ein paar Sachen passieren müssen, so wie das ›Eintippen von Scannerfrequenzen‹. Nach der Bedeutung davon wird nicht gefragt. Auch ich selbst frage nichts, denke aber, daß es klar geht. Dann kommt die Nachricht, daß nur 18 CPler drin sind. Aber darauf wird nicht richtig gehört. Die Nachricht ist dafür auch zu ungenau. In Leerdam werden wir schon sehen.«

Fast einhundert PKWs und Transporter ziehen von Utrecht los. In Leerdam stellte sich der Zug vor dem kleinen Bahnhof auf. Ganz vorne stand der »Kommandowagen« der Leitung, vollgestopft bis oben mit Scannern, um vor allem nichts zu verpassen. Als einPolizeiwagen vorbeifuhr und über den Scanner zu hören war, daß mehr Polizei im Anrollen war und aus Kedichem die Nachricht kam, daß das Cosmopolite tatsächlich der Versammlungsort war, beschlossen die vordersten Wagen, sofort aufzubrechen. Zwischen den Transportern hat es kaum Kontakt gegeben, die geographische Lage von Kedichem war niemand bekannt. *Geert Bürgermeister* bot mit seiner Kritik an Kedichem in *bluf!* (woraus auch das obige Zitat stammt) zu den meisten Gerüchten Anlaß: »Plötzlich müssen wir los. Wer hat das Zeichen gegeben? Das ist undeutlich. Wir werden schon sehen in Kedichem.« In der wartenden Masse von Utrecht war so etwas wie eine Befehlserwartung entstanden: Die erzwungene Apathie der Leute konnte einzig durch das Zeichen. Los zu *müssen*, durchbrochen werden. Der Befehl wurde als eine Befreiung erfahren.

Der Weg von Leerdam nach Kedichem ist 8 Kilometer lang. Die touristische Erfahrung dabei läßt das *Wir-Gefühl* entstehen, das zu einem solchen Ausflug der »Bewegung« gehört. Ronald: »Mehrere Hundert Meter Transporter brachen auf, wir störten den ganzen Verkehr, achteten nicht auf Ampeln und fuhren durch die Polderlandschaft, eine Art Raupe über den Deichen. Es war eine wahnsinnig schöne Strecke. Man fuhr über so ganz schmale Deiche, entlang des Flusses de Linge, wo kein Gegenverkehr vorbei gekonnt hätte. Auf halbem Weg kamen wir an einem Polizeiwagen vorbei, der auf einem Parkplatz stand und in dem zwei verschreckte Beamte brabbelnd am Sprechfunkgerät saßen. Wir fuhren nicht an einem geraden Kanal entlang, sondern über einen gewundenen Deichweg, so daß man die ganze Zeit den Zug von vorne und hinten sah.« Bea: »Es war echt eine Kolonne, eine Karavane«.

Das Hotel Cosmopolite liegt von Leerdam aus gesehen links oben auf dem Deich und rechts davon das Dorf Kedichem. Von dem Deich ab geht ein Weg runter ins Dorf. Natürlich kamen die vordersten Transporter zuerst bei dem Hotel an, schätzten die Situation ein und parkten ihre Autos, um schnell wie-

der weg zu können, entgegen der Richtung, aus der sie gekommen waren. Als sie ausstiegen, waren die hintersten Transporter sicher noch einen Kilometer vom Hotel entfernt. Als diese ankamen, parkte der lange Zug auf dem Deichweg und die Menge begann, von dort nach vorne zu laufen.

Die Ereignisse vor dem Hotel spielten sich in einem rasenden Tempo ab. Kaspar befand sich in der Spitzengruppe, die sich zu einer direkten Konfrontation mit den CPlern entschlossen hatte. »Als wir ausstiegen, haben wir unsere Biwakmützen übergezogen, erst halb, dann ganz. Wir sahen, daß die anderen noch unterwegs waren. Alle hatten wir Stökke und ziemlich viel Adrenalin und jeder rannte auf das Hotel zu. Wir warteten noch ein bißchen, um mit möglichst vielen anzukommen. Wir waren so etwa 40. Vor dem Hotel stand ein Polizeiwagen.« Ronald: »Der Polizeiwagen sagte, daß wir uns entfernen müßten, ›oder es wird Gewalt angewendet‹. Alles bricht in Lachen aus: drei-, vierhundert Leute mit Helmen und Knüppeln und ein kleines Polizeiauto!« Die konservative Tageszeitung *De Telegraaf* notierte die Worte eines Parteigängers: »Wir waren noch keine 10 Minuten im Hotel Cosmopolite, als zwei Beamte hereinkamen. ›Wir haben schlechte Nachrichten‹, sagten sie, ›da draußen ist ein Schlägertrupp von 200 Mann im Anmarsch und wir können Sie nicht beschützen.‹ Sie gingen sofort wieder zur Tür raus und im selben Moment flogen die Steine durch die Scheiben.«

Kaspar: »Wir schrien: ›Faschisten, abhauen« und ›dreckige Faschisten!‹. Dann erschien der Eigentümer in der Tür und diePolizei sagte ›Laßt es uns ruhig halten‹. Der Eigentümer sagte, daß sie keine Faschisten wären und daß man sie in Ruhe lassen sollte, er wollte nur ruhig sein Geld verdienen. Aber die Leute fingen gleich an, den Eigentümer zu bewerfen und schrien, er sei ein Faschistenhelfer und sollte abhauen. Die Fenster wurden eingeschmissen und es flog allerlei Zeug nach drinnen. Einige Autonome um uns herum feuerten aus allen Rohren. Die Polizei war schon weg, den Deich hoch, weil sie die Stellung nicht halten konnten. Es kamen immer mehr Leute und das Klirren hielt an und es wurde mit Knüppeln auf die Fenster gedroschen. Aus dem Café kamen Aschenbecher um unsere Ohren geflogen. Wir hörten auch viel Geschrei von drinnen, die Menschen hatten wohl Angst.« Ronald: »Du konntest nicht sehen, wer drinnen war, die Gardinen waren zu und das Licht war aus. Man sah nur Schemen. Dann flogen Rauchbomben rein.«

»Es kam immer mehr Rauch aus der Fassade«, fährt Kaspar fort, »wir hatten keine Taktik, nur ausräuchern. Also dachten wir, dann werfen wir doch eine Rauchbombe rein, soll ich es machen? Aber jeder wollte wohl eine Rauchbombe reinwerfen. Es gab, schätze ich, zuviel Munition. Und zuviel Adrenalin, von einem Tag warten und der zu lange aufgebauten Aggression. Dann blieb eine Rauchbombe in der Gardine hängen, das sah ich auch.« Ronald: »Wenn bei einem Krawall geschmissen wird, trägt jeder mit seinem Steinchen bei. Der Bürgersteig ging sofort in Stücke und der Parkplatz am Seitenstreifen auch, dort gab es die handlichen ›Kinderköpfchen‹. Eine Rauchbombe ist in der Gardine hängengeblieben. Es war wahrscheinlich eine alte Rauchbombe, in die Feuchtigkeit gekommen ist, so daß es bei der Zündung zu einer Stichflamme kam. Zu einem bestimmten Zeitpunkt wurde der weiße Rauch etwas dunkler und die Flammen schlugen aus dem Gebäude.«

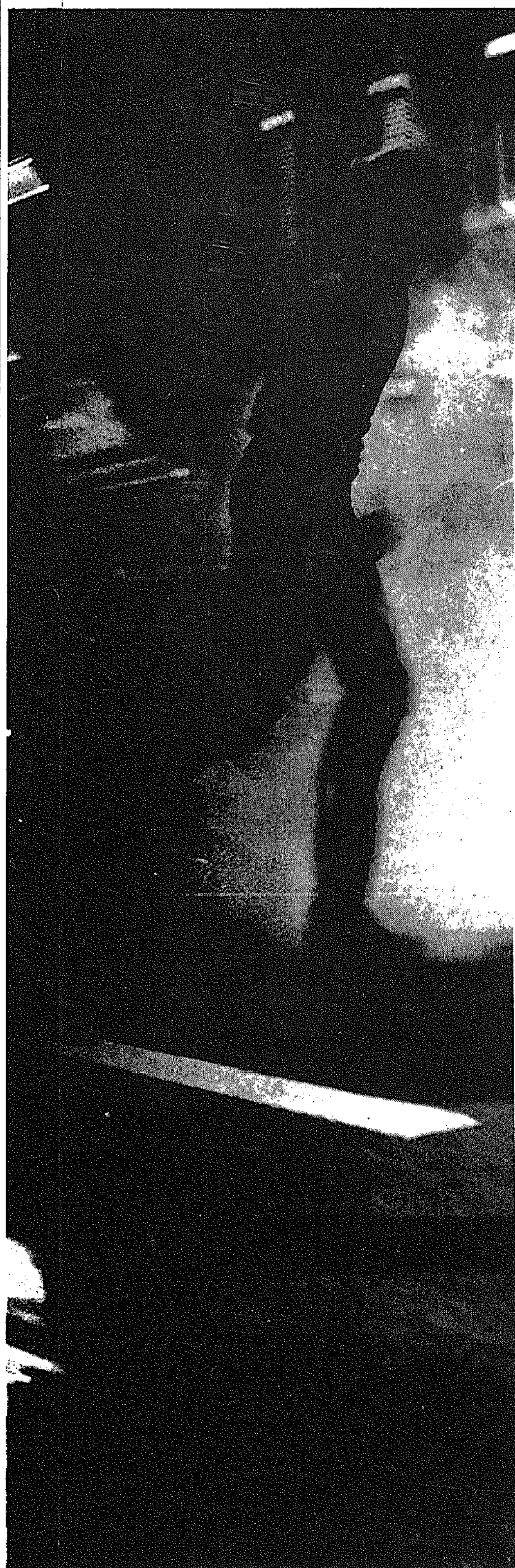
»Als wir sahen, daß das Hotel in Flammen stand, gingen wir zur Rückseite. Ich sagte zu meinem Begleiter: ›Laß uns schauen, ob es für sie ein Entkommen gibt, das ist doch wohl ein bißchen heftig.‹ Es war weder raus- noch reinkommen, schließlich wollten wir auch noch ein bißchen Faschisten prügeln. Wir erschraken erst, als wir merkten, daß sie das Hotel nicht verlassen konnten. Ich dachte: hinter dem Hotel ist Wasser, da kann man natürlich reinspringen, aber . . . Später schien da wohl doch ein Ausgang zu sein. Ich machte mir schon ein bißchen Sorgen. Dann bin ich noch ein Mal ganz außenrum gelaufen zur anderen Seite des Hotels, um zu sehen, ob sie wegkämen. Anfangs dachte ich nur: wenn sie entkommen, können wir sie immer noch zusammendreschen. Mit den Knüppeln. Als wir die Flammen schon aus dem ersten Stock schlagen sahen, dachten wir: das wird nichts, die Leute gehen drauf da drinnen«, meint Kaspar.

Geert erlebte es so: »Sämtliche Scheiben sind draußen. Man sieht den Saal voller Rauch, schaut rein, hinten bewegen sich noch irgendwelche Schemen. Aber der Rauchbombenbeschuß hört nicht auf. Solche Geschosse gehen nach drinnen. In der Panik – oder ist es Enthusiasmus? – will jeder seine Sachen loswerden. Man denkt: so dürfte es wohl reichen. Aber der Strom der Ereignisse zieht dich mit und du bringst keinen Ton raus. Dein Schrei geht unter. Und dann: aus weißem Rauch wird schwarzer Rauch. Auf einmal knistert Feuer. Ich reiße meinen Helm vom Kopf, werfe meinen Knüppel weg und fange an, zu rennen: hier will ich nichts mehr mit zu tun haben.«

Panik ist immer Angst vor dem Mord: dem Mord, der an dir begangen werden kann, oder dem Mord, den du selbst begehst. Die Spitzengruppe verhielt sich wie eine klassische Hetzmasse. *Canetti* sagt darüber: *»Die Hetzmasse bildet sich im Hinblick auf ein rasch erreichbares Ziel. Es ist ihr bekannt und genau bezeichnet, es ist auch nah. Sie ist auf's Töten aus, und sie weiß, wen sie töten will. Ein wichtiger Grund für das rapide Anwachsen der Hetzmasse ist die Gefahrlosigkeit des Unternehmens. Es ist gefahrlos, denn die Überlegenheit auf Seiten der Masse ist enorm.«*

Die wartende Masse von Utrecht war *nicht* aus auf Mord, man war sich am vorbereiten auf eine Konfrontation mit Schemen. Wieviele und wie stark, war alles unbekannt. Aber als sich die vorderste Gruppe auf dem Linge-Deich formierte, hatte sie nur noch ein Ziel vor Augen: »Im Auto hatten wir es die ganze Zeit von faschistischen Schlägertrupps, mit denen wir rechneten. Daher waren wir gehörig geladen und wollten die Faschisten niedermachen. Jeder war *in the mood for killing.*





Nur gab es niemand zum prügeln, es ließ sich keiner sehen.« (Kaspar). Als sie nahe ans Hotel kamen (und sie parkten ihre Autos so dicht als möglich beim Hotel) und man in einer großen Mehrheit zu sein schien, gab es für die Gruppe keinen Hinderungsgrund mehr, sich nicht in eine *Hetzmasse* zu verwandeln. Die Leute hatten sich wohl auf ihre eigene Angst, geschlagen zu werden, wie auch auf das Verlangen, selbst zuzuhauen, konzentriert, nicht aber die kollektive Erfahrung, die sie erwartete. Mit ihren Jacken und Helmen hatten sie den Körper beschützt, ungeschützt aber gingen sie in die Masse. Für die Masse bestand keine Gefahr, sie war jederzeit stärker als das, was sie angriff. **Die Gefahr verbirgt sich in der Masse selbst**. Als Individuen schraken sie plötzlich vor der Tat zurück, die sie als Masse begangen hatten.

Zunächst war die Masse noch unschuldig, eine weiße Masse. Als der Rauch schwarz wurde, kam der Umschlag: die Schuld breitete sich über der Masse aus, sie wurde schwarz. Diese Schuld war die Panik, das Gewahrwerden der Verantwortung für einen Mord machte aus der Masse eine Gruppe von Individuen, die nur noch vom Ort des Unheils wegkommen wollte. Und sie konnten es auch, weil ihre Autos frei und in erreichbarer Nähe waren.

Sie entkamen dann auch alle, als Individuen. Kaspar: »Wir wollten nur noch unsere Haut retten, warfen die Handschuhe weg, Mützen ab und zurück zum Auto. Die anderen Leute habe ich nicht mehr gesehen. Wir hörten jede Menge Sirenen, und das Polizeiauto kam wieder vorbei und versuchte, auf uns zuzuhalten, aber dann warfen Leute Steine in Richtung des Vehikels. Im Auto haben wir unsere allzu auffälligen schwarzen Klamotten ausgezogen und sofort das Radio eingeschaltet. So sind wir nach Hause gerast. Mit jedem Mal, wenn wir uns einer Ausfahrt näherten, wurde ich ruhiger, schließlich machten wir uns ungeheure Sorgen. Ich zumindest, darüber, was mit den Menschen in dem Gebäude passiert war; ich dachte an Babys, die oben im Hotel schliefen.« Und Ronald: »Manche gerieten wohl in Panik, um zurück zu den Transportern zu kommen. Als das Gros der Leute weg war, lag der Deich übersät mit im Graben zurückgelassenen Knüppeln und Helmen da. Wir hatten uns auf dem Rückweg durch den Polder schon einigermaßen beruhigt. Aber hinterher fragten wir uns schon, ob das wohl gut oder ob es eine dumme Aktion von einem Haufen dummer Leute gewesen war. Wir waren schon davon überzeugt, daß es etwas weniger Rauchbomben hätten sein können.«

Die Nachzügler?*

Für die Leute, die hinter der Spitzengruppe kamen, die Demonstranten, sah die Sache ganz anders aus. Oliver: »Wir haben uns unterwegs verfranzt. Als wir in Kedichem ankamen, haben wir den Transporter im Dorf geparkt und sind den Deich hochgeklettert. Ich laufe in Richtung Hotel. Es raucht immer stärker, je weiter ich komme, desto mehr Rauch. Aus der Entfernung ist das schon ein schöner Anblick. Aber ich hatte keine Ahnung, was da abging. Ich hatte gedacht, daß es irgendeine Besetzung werden würde, daß man reingeht und die CPler entlarvt. Für die Aktion kamen wir eigentlich viel zu spät. Als die Flammen aus allen Seiten schlugen, hieß es ›Zurück zu den Autos!‹ Ich lief noch nach vorne, während andere schon nach hinten rannten. Leute riefen ›ruhig bleiben, ruhig bleiben!‹.

Bea: »Ich war mitten im Konvoi. Ich hatte den Eindruck, daß es sich um eine Demonstration handelte. Dann hörte ich ein ungeheures Klirren, ich sah Rauch und so. Aber nah dran bin ich nicht gewesen. Plötzlich rannten alle zurück: Abhauen! Ich sah noch ein Bullenauto im Zickzack durch die Menge fahren, die wußten auch nicht, was sie taten. Zurück beim Auto haben wir zuerst gewartet, bis die anderen auch da waren. Das Wendemanöver auf dem Deich war total chaotisch. Alle fuhren kreuz und quer durcheinander, es war kein Wegkomen. Das war heavy, von Ferne sah man die Rauchschwaden, das ist schon ein schöner Anblick. Ich dachte, es gibt kein Entkommen auf dem Deich, es gab auch keine Seitenwege. Zurück fand ich doof, geradeaus wäre besser gewesen, aber fast alle wendeten.«

Die Demonstranten, die den ganzen Tag nichts als gewartet hatten, wurden durch das Feuer, vor dem der Stoßtrupp geflüchtet war, stark angezogen. Sie waren als Masse noch nicht zur Entladung gekommen, sie hatten den Punkt, an dem jeder Einzelne sich in der Masse der anderen gleich fühlt, noch nicht erreicht. Als sie hören mußten, daß das Fest für sie zuende war, bevor es angefangen hatte, mußten sie wieder umkehren, aber sie formierten sich, gegen allen gesunden Menschenverstand, zu einer Fluchtmasse, die das Feuer per definitionem in ihrem Rücken hat. Nur als Fluchtmasse hatten sie noch die Möglichkeit diese begehrten Entladung, um jene Gleichheit untereinander zu erfahren. Aber es galt auch, sich als Fluchtmasse zu formieren, weil es die einzige Möglichkeit war, jene Panik, von der sie ein Teil waren, die sie aber nicht begriffen, zu beschwören. Und mit dieser Panik hatten sie zu tun (obwohl sie von Mord nichts wußten): »Die anrollende Welle, die das Gebäude zu zerschmettern drohte, kehrt plötzlich um. Auf dem Deich herrscht ein einziges Wirrwarr unter den Transportern, die zu wenden versuchen. Leute gestikulieren und schreien. Zwei Transporter stoßen zusammen. Ein Transporter, der noch leer ist, sagt zu zwei Flüchtenden, daß sie ihren eigenen Bus suchen sollen: ihr gehört hier nicht dazu. Mittlerweile hat eine Anzahl Dorfbewohner aufgehört zu glotzen: sie geraten in Bewegung und gehen auf Leute von uns zu. Ein paar von uns bekommen gezielte Schläge ab, aber darauf wird nicht reagiert: es ist jeder für sich.« (Geert B.)

Aber nicht allein die Panik bestimmte das Verhalten der flüchtenden Demonstranten, sondern auch das Gefühl, nicht schuldig zu sein. Oliver: »Unser Auto wollte nicht starten, auch das noch. Wir, Auto anschieben. Derweil wurden wir durch Burschen aus dem Dorf belästigt, die anfingen, Feuerzeuge an den Tank zu halten. Sie riefen: ›Was habt ihr gemacht!? Feuerchen!‹ Und das obwohl wir als Letzte angekommen waren. Dabei war es völlig unsinnig, uns etwas vorzuwerfen.«

Die Tatsache, daß die Fluchtmasse sich nicht schuldig für das Feuer fühlte, wurde fatal für sie: sie führte zu einer Wiederkehr der Apathie der wartenden Masse von Utrecht.

Nach dem chaotischen Wendemanöver fuhr der Zug zurück in Richtung Leerdam. Aber »auf einmal kam ein Bulle und stellt sich quer über den Weg, so daß wir anhalten mußten. Keiner wußte, was los war. Es standen noch Dutzende Autos vor uns. Aber dann steigen wir alle aus. Wir haben dann dort eine Stunde gestanden. Von vorne und

hinten waren wir eingeschlossen. Man konnte schon noch weglaufen, in die Wiesen, aber ich dachte, wir sitzen hier in the middle of nowhere.« (Bea)

Alle Leute aus den Autos wurden festgenommen und in einem Gefangenentransport nach Leerdam gebracht. Widerstand gab es keinen. Irgendjemand, der im Schilf entlang des Flusses weggekrochen war und dort bis 9 Uhr abends sitzen geblieben war, versuchte wegzukommen, indem er sich einer Gruppe türkischer Jungen anschloß, die auf dem Deich waren, um Fußball zu spielen. Alle anderen, die den Bahnhof von Leerdam zu erreichen versuchten, wurden dort auf Anweisungen von Dorfbewohnern aus Kedichem festgenommen. Oliver wurde schon in Kedichem selbst abgegriffen: »Wir rannten hinter dem Auto, um es anzuschieben, die Polizei kommt den Deich rauf. In dem Moment, als die Bullen zwei Meter von uns weg sind, springt der Motor an. Der Bulle greift uns und Anwohner, die sich da einmischten, greifen auch noch jemand. Das war schon komisch: das Auto fuhr weg und wir wurden als erste abgegriffen.« Der Polizeiwagen, in dem drei Leute gefesselt eingeschlossen waren, blockierte den Deich, als die Feuerwehr kam. Das Auto mußte erst auf die Seite geschoben werden, so daß die Feuerwehr Minuten später beim Hotel ankam, das schon in hellen Flammen stand. Über Polizeifunk hörten sie, daß einer Frau ein Bein amputiert werden mußte; von wem wurde nicht erzählt.





Das Parlamentsmitglied der CP, *Janmaat*, der die Versammlung einberufen hatte, erzählte gegenüber *De Telegraaf* (konservative Tageszeitung) über das Bein: »Ich flüchtete mit meiner Sekretärin, Frau Corselius-Schurman, und einigen anderen nach oben. Vor dem Fenster sahen wir schon die Flammen und unsere Leute, die 5 Meter tiefer nach draussen flüchteten. Innerhalb von 3 Minuten stand alles in Flammen, auch die Treppe. Wir haben Bettlaken aneinandergeknotet. Ich kletterte als erster daran nach draußen, um zu sehen, ob es ging. Die Laken waren zu kurz, ich mußte springen. Nach mir kam meine Sekretärin. Aber sie schlingerte an den Laken quer durch eine große Scheibe und schlug auf dem Boden auf. Sie blutete schrecklich, ich habe noch versucht, zu helfen, aber später mußte ihr Bein amputiert werden. Schrecklich, eine Katastrophe. Ich werde in eben diesem blutverschmierten Anzug im Parlament anfragen, warum werden unsere Leute nicht vor solchem Gesindel beschützt?«

Die Arrestanten, von denen die meisten 4 Tage saßen und von denen schließlich einige zu 3 Monaten Gefängnisstrafe verurteilt wurden, durften ihre Kleider nicht anbehalten: nachdem sie zuerst all ihre Helme und Mützen weggeworfen hatten, wurden ihnen auf dem Polizeirevier zu Leerdam auch noch alle anderen Kleider abgenommen, für die Laboruntersuchung nach Benzinspuren. Oliver sollte seine Kleider sogar überhaupt nicht mehr zurückbekommen, er wurde 10 Tage später in Unterhosen auf die Straße gesetzt.

Die »Aufarbeitung«

Die Spitzengruppe kehrte unversehrt zur Heimatstation zurück: »Wir sind mit der Gruppe zur Besetzerkneipe zurückgefahren. Wir sind keiner Polizei begegnet und das Bier war auch alle. Zurück in der Kneipe hörten wir, daß keiner tot war, daß eine Frau ver-

wundet war und darüber mußten wir herzhaft lachen. Wir hörten auch von 72 Festnahmen und das fanden wir gehörig beschissen.« (Kaspar) Zuhause ließ die Spitzengruppe die Panik schnell hinter sich: der Mord war nicht an einem Menschen geschehen, sondern an einem Bein. Die Erleichterung darüber äußerte sich in einem Gelächter. Ronald, der zu einer anderen Besetzerkneipe zurückkehrte: »Wir haben die halb-Sechs-Nachrichten angesehen und da hörten wir, daß es soviele Festnahmen und einige Schwerverletzte gab. Das war erst der eigentliche Dämpfer. Naja, man sitzt herum und diskutiert, ob das nun eine kluge Aktion war, aber es war schon ein ungeheurer Kick, so'n Hotel abfackeln zu sehen.«

Im selben Moment kam eine Presseerklärung der Organisatoren, die sich bei dieser Gelegenheit »Radikale Anti-Faschisten« (RAF) nannten, in den Nachrichten. Der Passus hieraus, »daß sich die Ereignisse von Kedichem wiederholen lassen«, wurde sofort von jedem mit dem *Bein* verbunden. Die Interpretation war also, daß man auch beim nächsten Mal im Kampf gegen den Faschismus nicht vor Schwerverletzten zurückschrecken würde. Das Schockierende an dieser Erklärung war, daß die Organisatoren vor der Erkenntnis ›des Mordes‹ nicht zurückschraken und somit zugaben, daß **die Panik geplant war**; und das, während das Gros der Akteure, einmal zuhause, gerade dabei war, durch das Bereden von Effekt und Strategie die Panik der Aktion in sich selbst zu eliminieren.

Ronald stürzte sich gleich in die Politik, zuerst mit dem Organisieren von Anwälten für die Arrestanten und einen Tag später in der Pressegruppe, die gebildet wurde, »weil jeder die Erklärung der RAF bescheuert fand. Nach dieser Presserklärung haben wir die Spitze, die Organisatoren, nicht mehr gesehen. Wir wollten versuchen, zu retten, was zu retten war.« Das vorrangige Ziel der Pressegruppe war, die Aufmerksamkeit von dem *Bein*, das schon zu einem eigenen Leben in den Medien erwacht war, abzulenken. »In einer aktuellen Tagesthemensendung kam gleich ein Interview mit der Ollen im Bett, ohne Bein. Und der Hoteleigentümer legte auch mächtig los. Unser Ziel war, darzulegen, daß das mit dem amputierten Bein nicht beabsichtigt gewesen war. Daneben wollten wir unsere eigenen Argumente, warum wie die Aktion durchgeführt hatten, publik machen und dabei subtil die Kritik, die wir daran hatten, wie es abgelaufen war, einarbeiten.«

Auch sie gaben eine Erklärung, unterzeichnet mit »Die Akteure des 29. März« heraus, worin stand: »Wir haben die Faschisten buchstäblich ausgeräuchert. Daß das Hotel Cosmopolite dabei in Flammen aufging, war keine Absicht. Sofern dabei auch Nicht-Faschisten verletzt worden sein sollten, bedauern wir das.« Und so wurden der Kick und die Panik aus der Kedichem-Geschichte herausgeschrieben. Während in den großen Medien keine Panik mehr vorkam, wurde in den Bewegungsmedien deutlich auf einen Schuldigen für die Panik gezeigt. Dieser war ja schnell gefunden, da die RAF schon für sich selbst in Anspruch genommen hatte, die Panik in die Planung aufzunehmen.

Geert B. schrieb in *bluf!* über den Wortführer der RAF: »Ich halte ihn für einen unglaublichen Mistkerl! Aber ich will ihn nicht als den Alleinschuldigen hinstellen. Schließlich sind wir allesamt verantwortlich«, und fährt fort über die RAF: »Es sind Leute, die mit einer winzigen Gruppe beschließen, daß Holland für Terroranschläge reif ist, aber zu feige sind, um sie selbst auszuführen.« Und er schließt: »Wir haben viel wichtigere Dinge am Hals, wir werden lernen müssen, miteinander zu diskutieren und uns zu organisieren, da die Bewegung sonst schnell wieder durch geniale Idioten regiert wird.«



Eine andere Aufarbeitung

In Geert Bürgermeisters Analyse des Verhältnisses zwischen Einzelnen und Masse wird der Einzelne für unschuldig an den Taten der Masse erklärt. Er sieht die Masse von Utrecht und Kedichem als Opfer derjenigen, die sehr wohl wußten, wie die Masse reagieren würde und wie sie zu steuern sei. Um dem Auftreten dieser üblen Sorte von Führern zuvorzukommen, schlägt er vor, eine eigene, ›gute‹ Masse zu bilden, die durch Diskussion und Demokratie in der Lage ist, raffinierten Führern zu widerstehen. Die Angst vor gewalttätigen anti-faschistischen Aktionen und das Verdrängen der Panik sind eine Folge der Tatsache, daß eine massen-hafte anti-faschistische Bewegung im Prinzip die ganze holländische Bevölkerung umfaßt. Selbst die Centrumpartij erkennt dies. Ihr Kommentar zu Kedichem war. »Sie haben den Anti-Faschismuskomitees keinen guten Dienst erwiesen, denn da sitzen doch ganz integre Leute drunter.«

Übrigens spricht aus der Charakterisierung »geniale Idioten« schon ein Respekt für diese Führer. Aber die Frage, warum, die Masse von Utrecht die Macht an sie delegierte, stellt er nicht. Warum ließen sie sich zur Apathie verleiten? Und warum ließ die Spitzengruppe sich so erregen, daß sie sogar zum Mord bereit war?

Geert läßt mit dem Übergang zu »der Perspektive der Bewegung« diese Fragen hinter sich. Bei seiner Beschwörung einer eigenen Masse wird die Panik erneut wieder tabuisiert.

Gerade die Tatsache, daß die Akteure in Kedichem in Panik gerieten, beweist, daß sie selbst keine faschistische Horde waren. Im Faschismus gibt es keine Panik. Faschistische Schlägertruppen oder Beamte schraken nie vor Mord zurück. Das Planen der Panik hatte sich aus der Einschätzung der Spitzengruppe ergeben, daß sie dadurch schneller wegkämen. Das könnte den Vorwurf einbringen, einen terroristischen Einschlag zu haben, den Geert B. auch erhebt. Aber Terroristen haben eine Masse überhaupt nicht nötig, um operieren zu können. Dieser Begriff wird jedesmal eingebracht, um diese Gruppe künftig ausschließen zu können. Das einzige, was den Organisatoren vorgeworfen werden kann, ist, daß sie wußten, was Massen sind und wie sie funktionieren, und daß sie dieses Wissen auch einsetzten, nachdem sie von Anfang an die Organisation in die Hand genommen hatten.

Wenn man die holländische Aktionstradition akzeptiert, ist es unmöglich, Gruppen von Aktionen auszuschließen: das ist nur in einer kontinuierlichen politischen Organisation möglich,, die bereit ist, Ordnungsdienste usw. einzuführen. Alle diejenigen, die sich mit klammheimlicher Freude von der RAF distanzierten und damit am eigenen Mythos von massen-haften Aktionen als spontanem und chaotischem Geschehen in einer organisierten Strukturfesthielten, verschlossen sich damit der eigenen Möglichkeit, ihr strategisches Aktionswissen um Einsichten, wie Aktionen funktionieren, zu erweitern. Sie werden auch das nächste Mal wieder »ungeschützt« in ein Massenerlebnis geraten.

Wie muß einer beschaffen sein, um sich gegen seine Massenerlebnisse wehren und damit umgehen zu können? Die Weigerung der holländischen Akteure, kollektiv über ihre Erfahrungen nachzudenken, und das Panik-Tabu verunmöglichen eine Antwort auf diese Frage. Bücherkenntnis tückischer Theorien ist dazu nicht nötig, die Verarbeitung dutzender Aktionen a la Kedichem würde ausreichen.

Der Nachklang

(den wir vom SF gerne weggelassen hätten, worüber wir mit den holländischen Genossen jedoch keine Einigung erzielten*;
alle Zwischenüberschriften stammen auch von der Red. d. SF)

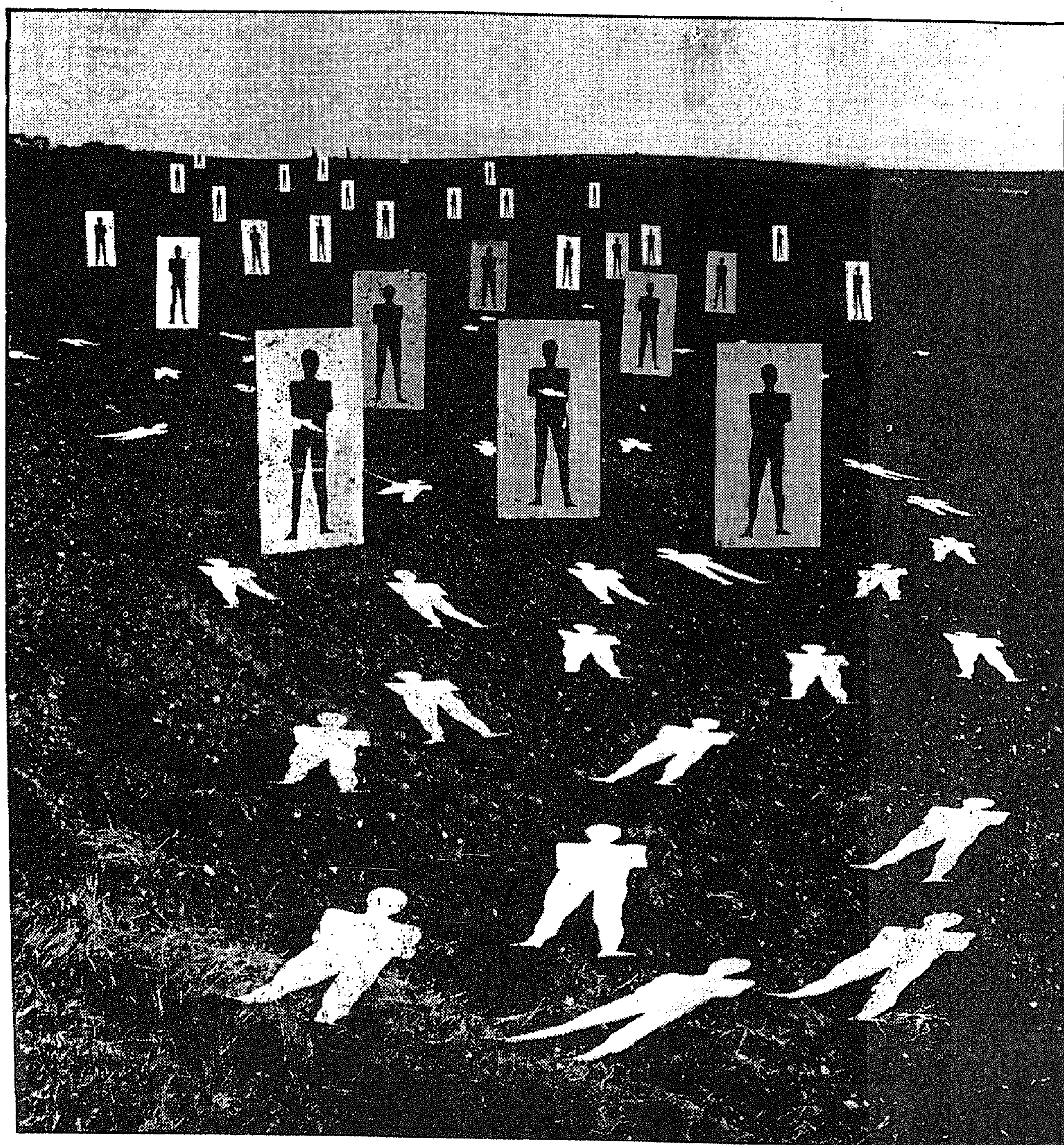
Die Söhne des Hotelbesitzers erklärten hinterher gegenüber einer Zeitung: »Vor zwei Jahren hatten wir auch schon einen Brand in unserem Möbelgeschäft in Leerdam. Das ist nun fast wieder hergestellt. Wir dachten, es dann wieder etwas ruhiger angehen lassen zu können. Aber das ist uns durch den Brand in Kedichem nicht vergönnt. Da haben wir übel eins auf's Dach bekommen. Für meinen Bruder und mich ist es allerdings nur ein materieller Verlust von 200 Riesen. Bei meinem Vater geht das tiefer. Er empfindet es als einen Anschlag auf sein Leben.«

Zwei Monate nach diesem Anschlag vom 29. März fand die Bewegung in der Sache Kedichem ihren Abschluß: »Der 62-jährige Eigentümer P. in den Eng hatte sich nach Angaben der Polizei einen gebrauchten Bagger angeschafft, um den Abriß des Hotels Cosmopolite selbst in die Hand zu nehmen. Schon vorher war die Fassade wegen Einsturzgefahr von der Gemeinde abgerissen worden, und der Eigentümer wollte am Samstag die Reste wegräumen. Weil die Abrißmaschine nicht anspringen wollte, stellte er zwischen Vorder- und Hinterrad eine Autobatterie auf eine Treppe und verband die Drähte mit dem Startmotor. Gleich nachdem die Verbindung zustandegekommen war, setzte sich der schwere Bagger – dessen Schaufel wohl ein paar Tonnen heben kann – unerwartet in Bewegung. In den Eng, der seinen Weg durch die Treppe versperrt fand konnte nicht mehr ausweichen und wurde in voller Länge überrollt. Er war auf der Stelle tot. Die Maschine überquerte, ein Zaunfeld quer durch ein Fenster und kam dann, dank eines Sicherheitssystems, zum Stillstand.«

Kontakt zu den Verfassern für eine Diskussion:
Stiftung zur Förderung der illegalen Wissenschaft
(BILWET), Eikenplein 6,
NL-1092 CC Amsterdam.
[Kopien davon bzw. Leserbriefe bitte an den SF]

Nationalrevolutionäre Strategie gescheitert?

von Jorge Garcia, Antifa-Gruppe Bonn



Es ist gar nicht mal so lange her, da wogte in Bonn der Streit um die von *Rolf Stolz* initiierte *»Linke Deutschland Diskussion«* (LDD) in Form von Artikeln und Leserbriefen in der Bonner Stadtzeitung »De Schnüss«[1]. Der Riß ging quer durch die Redaktion. Der guten Recherche und den berechtigten Warnungen von *Peter Kratz*[2] hielt z.B. *B. Meier* entgegen: »Die braunen Gespenster, die Peter Kratz bei den GRÜNEN umgehen sieht und die ›auf leisen Sohlen in grüne Schlüsselpositionen drängen‹, bleiben im wesentlichen eine Fiktion«[3].

Aus diesem verbalen Streit entwickelte sich dann ein gerichtliches Scharmützel, das *Stolz* und die LDD gegen Mitglieder unserer »Initiative gemeinsam gegen Neofaschismus Bonn«, namentlich *Hartmut Meyer und Peter Kratz*, führten und 1987 verloren.[4] Unserer Initiative liegen nun neue interne Strategie- und Diskussionspapiere aus dem Nationalrevolutionären (NR-)Lager vor, die unsere bisherige Recherchearbeit bestätigen und nachträglich weitere Beweise dafür liefern, daß die Machenschaften der NR durchaus keine Fiktion waren und sind. (Da dies kein Artikel über die LDD werden soll, sei nochmal auf zwei Artikel zu diesem Thema verwiesen.[4+5])

Grün oder Links?

Bei den Papieren handelt es sich größtenteils um Interna aus dem »Nationalrevolutionären Koordinationsausschuß« (NRKA), der sich 1987 in »Politische Offensive« (PO) umbenannte.

Ein 6-seitiges Strategiepapier, Titel: »Zur Geschichte von NRKA/PO und den Konsequenzen«, stammt aus der Feder eines *Klaus Berger*, der vermutlich im Düsseldorfer Raum agiert.

Laut Bergers Papier beginnt die Geschichte der PO 1978 in Düsseldorf mit der Gründung der Zeitschrift *laser – Nationalrevolutionäre Perspektiven für eine sozialistische Demokratie*. Die sich betont links gebende Zeitung, die man Ende 1981 in »Aufbruch« umbenannte [vgl. auch Artikel *Horst Blumes* in SF-Nostalgienummer »Nationalrevolutionäre aus anarchistischer Sicht«], wurde zum Kristallisationspunkt für Nationalrevolutionäre innerhalb und außerhalb der Gruppe »Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation« (ANR)[6] – die ANR war wiederum 1972 als Spaltprodukt aus der NPD hervorgegangen.

Wie Klaus Berger berichtet, befand sich die SdV/NRAO 1978 in einer Krise. Maßgebliche Kreise aus Berlin und München "erstrebten eine primär antisowjetische und im Grunde prowestliche Ausrichtung, die den realen weltpolitischen Gegebenheiten bereits seinerzeit nicht entsprach".

Im November 1979 erfolgte dann in Kirchheim/Hessen die Spaltung der SdV/NRAO. Im gleichen Monat erschien in Koblenz die Zeitung »Wir selbst – Zeitschrift für Nationale Identität«, die, so Berger "eine neue Komponente in der NR-Szene darstellte". Die Beschaffenheit dieser »neuen Komponente« wurde z.B. von *Jan Peters* frühzeitig in mehreren Artikeln aufgezeigt.[7+8] Ein gut recherchierter Artikel »Rechtsradikale im grünen Gewande – Fakten und Trends« ebenfalls von Jan Peters und *Mathias Thesen*[9] war für lange Zeit die beste Zusammenfassung und Darstellung der NR-Szene. In »Wir selbst« Nr.2 verkündete damals ein Horst J. Ackermann aus Koblenz:

"Also laßt uns in den GRÜNEN gemeinsam und ohne Scheu zusammenarbeiten". Die späteren Mitinitiatoren der LDD, *AxelEmmrich* und *Jürgen Kraus* (Koblenz) waren langjährige Mitarbeiter dieses ganz auf »grün« gemachten Tarnblattes. Der NRKA/PO entstand, so Klaus Berger, am 26.4.1980 in Düsseldorf, nachdem erste Bemühungen um Annäherung zwischen »Wir selbst«-Gruppe und »laser«-Kreis im Jan./Feb. 1980 scheiterten, und

"um die Zusammenfassung der nach der SdV/NRAO-Spaltung ›heimatlos‹ gewordenen Nationalrevolutionäre in einer neuen, von vornherein als Aufbauorganisation konzipierten Gruppe"

zu bewerkstelligen. Koordinator des NRKO/PO ist zunächst Horst J. Ackermann. Später übernimmt *Armin Krebs* aus Menden/Sauerland, der auch für die Zeitung *Aufbruch* verantwortlich zeichnet, diese Aufgabe. Alle Genannten findet man übrigens wieder als Unterzeichner des »Anstoß für eine Deutsch-Deutsche Alternative«, dem Gründungspapier der LDD.

Braune Linke?

Der Journalist *Siegfried Kurtschinski* arbeitete damals unter falschem Namen bei der SdV/NRAO mit. Er schätzte die NR-Szene auf "ca. 1000 Militante mit mehr als einhundert bundesrepublikanischen Stützpunkten . . . Die NR-Basisgruppen sind wahrscheinlich die gefährlichsten Rechtsradikalen. Es handelt sich nicht nur um tölpelhafte Waffenfetischisten, sondern ihr Konzept basiert auf Verschwörung, ihre Sprache klingt nach linkem Theorieslang, und vor allem: Öffentlichkeit und Verfassungsschutz wissen nicht, wie sie vorgehen"[10].

Kurtschinskis Einschätzung von 1979 klingt heute, 8 Jahre später, übertrieben – die *Versuche* die Öko-Szene zu infiltrieren waren und sind jedoch Tatsache. Klaus Berger in seinem Strategiepapier:

"Vor die Frage gestellt, welche Ansprechpartner es für die (wie in der Weimarer Zeit) letztlich jenseits von ›rechts‹ und ›links‹ angesiedelten NR gebe, legte sich der NRKA/PO angesichts der konkreten Bedingungen jener Jahre auf das linke Spektrum einsschließlich der Grün-Alternativen und der Friedensbewegung fest".

Die »konkreten Bedingungen« im einzelnen sind, so Berger:

- "Seit 1977/78 bildeten sich, zunächst auf regionaler Ebene, erste ›Grüne‹ Gruppierungen heraus, im Januar 1980 erfolgte die Gründung der grünen Partei. In dieser sammelten sich anfangs durchaus auch Kräfte, die von Positionen eines gesamtdeutschen Neutralismus ausgingen (ehemalige Partei AUD), nonkonforme Wertkonservative und weitere Personen, mit denen ein Gespräch lohnend schien.
- Im März 1980 löste sich die ›maoistische› und betont gesamtdeutschnationale KPD/Rote Fahne auf, was zahlreiche potentielle Ansprechpartner für die NR ›freizusetzen‹ schien.
- Seit 1980 entwickelte sich die Friedensbewegung, die naturgemäß nicht umhinkam, auch Fragen der Blockbildung, der Souveränität und der deutschen Teilung zu diskutieren.
- Im Januar 1981 erschien das Buch von *Peter Brandt und Herbert Ammon* »Die Linke und die nationale Frage«, das einen länger anhaltenden und damals relativ breiten Diskussionsprozeß in unserem Sinne auslöste."

Linke Braune!

In einer kürzlich in Oldenburg erschienenen Broschüre mit dem Titel »Die ›nationale Frage‹ als revolutionärer Störfaktor?« wird über die Rolle der Nationalrevolutionäre gesagt: "Immer wieder im Sog von revolutionären Situationen spielen sie den Part der ver-

Photo: Uli Mamat



deckten Konterrevolution: in dem sie an berechtigte Forderungen anknüpfen und sich als ihre wahren Verfechter darstellen. Das bevorzugte rhetorische Mittel, das schon der Römer Quintilian kannte ist die »Diversio«: Zersetzung der gegnerischen Argumentation".[11]

Diese Aussage paßt gut zu dem, was *Marcus Bauer* aus Bochum in einem 27-seitigen Strategiepapier der PO mit dem Titel »Für eine Kurskorrektur der NR« von sich gibt: "Hinsichtlich der ›Zielgruppen‹ wurde in den letzten Jahren hauptsächlich versucht, vor allem in sogenannten ›Linkskreisen‹ für nationalrevolutionäre Positionen zu werben. Ideologisch fand dieses Bestreben seinen Niederschlag in dem Bemühen unsere Programmatik in ein marxistisches Denkschema zu pressen und sie in eine ›linke‹ Tradition zu stellen".

Dieses »Untertauchen« in der Linken wurde auch vom äußeren Erscheinungsbild unterstützt. In einem Bericht der taz über das Deutschlandtreffen der NPD am 17. Juni 1980 in Philipstal wundert sich Autor *o.k.* über Neonazis mit langen Haaren, PLO-Tuch, IRA-T-Shirt, Anti-AKW-Plakette und schwarzem Stern an der Lederjacke[12].

Torpedierte Anbiederung

Ausführlich berichtet Klaus Berger in seinem Papier über die Schwierigkeiten der NR-Unterwanderungsstrategie:
"Die Folge (der Festlegung auf links, Anm.) war eine konzentrierte Aktion zahlreicher Presseorgane (u.a. DVZ, PDI, Stern, Arbeiterkampf und Alternativblätter, z.T. auch taz!) gegen jede Annäherung zwischen NR auf der einen, linken und grünen Kräften auf der anderen Seite. Namen von Journalisten wie *Jan Peters, Peter Krantz, Hartmut Meyer und Ulrich Völklein* stehen dabei für die ›harte‹ journalistische Art der Torpedierung, Namen von Sozialwissenschaftlern wie *Arno Klönne, Peter Dudek und Eike Henning* für die ›weiche‹ und wissenschaftliche Variante. (. . .) Ergebnis: aus den Grünen wurden wir (z.T. mit förmlichen Ausschlußverfahren, z.T. durch persönliche und politische Isolierung) herausgedrängt. Linke, die mit uns Kontakt hielten (etwa LDD oder Tübinger Club Voltaire) wurden zur Distanzierung genötigt. (. . .) 1980 bis ca. 1984 wurde der NRKA von einem publizistisch weit überlegenen Gegner ständig nach dem Motto ›search and destroy‹ bekämpft und dadurch permanent in die Defensive gedrängt."

Zu diesen Schwierigkeiten gesellten sich andere Probleme zumeist ideologischer und psychologischer Art:
". . . denn das uns nach wie vor prinzipiell wohlgesonnene und leicht zugängliche Potential, das nun einmal, ob es uns paßt oder nicht, wie die meisten NR früher auch, in nationalen, konservativen, also ›rechten‹ Kreisen zu finden ist, wurde aufgrund dieser Entwicklung enttäuscht und abgestoßen, wohingegen jene Zielgruppen, auf die hin dieser Kurs ausgerichtet war, ihn offensichtlich als das empfanden, was er in nicht unerheblichen Maße doch auch war, nämlich als einen Anbiederungsversuch", so Marcus Bauer in seinem Papier.

Krasser formuliert es Klaus Berger: "Die derzeitige Überanpassung an den Gegner trägt bereits eindeutigmasochistische Züge. Ich sehe es jedenfalls nicht mehr ein, einem NPD-Mann, der mir freundlich die Hand reicht, in den Hintern zu treten und einem DKPler oder ›Grünen‹, der pausenlos auf mich eindrischt, in selbigen hineinzukriechen!"

Sein Fazit: "Spätestens ab 1985 war die bisherige Strategie und Zielgruppenorientierung nicht mehr aufrechtzuerhalten . . . vor allem darum, weil sich zwischenzeitlich herausgestellt hatte, daß die positiv an uns Interessierten in der Regel unzufrieden und meist junge Leute aus dem ›rechten‹ Dunstkreis wearen, die wir hätten integrieren können – wenn wir uns ein wenig mehr auf sie eingestellt und sie nicht durch das stupide Nachplappern antifaschistischer Phrasen unserer eigenen Gegner vor den Kopf gestoßen hätten".

Marcus Bauer stellt resigniert fest: "So bleibt anschließend festzuhalten, daß gerade unter dem Gesichtspunkt ›linke‹ Gruppierungen und Personen anzusprechen, das in den letzten Jahren deutlich gewordene Bestreben sich um jeden Preis ein linkes Image zu verschaffen nicht nur erfolglos, sondern sogar schädlich war."

Linksabweichler

Die Schuld an der 7-jährigen erfolglosen Arbeit des NRKA/PO wird nicht nur mit der massiven Torpedierung durch linke Kreise begründet, sondern auch in den eigenen Reihen gefunden. Produkt der seit 1980 betriebenen Unterwanderungsstrategie, bei der den eigenen Mitgliedern wohl etwas zu viel zugemutet worden ist, sind die als *Bolschewiki* bezeichneten Linksabweichler im NRKA/PO. Klaus Berger fordert in seiner Schrift:
". . . zunächst die linke Abweichung entschieden zu bekämpfen, die zur Zeit die Hauptgefahr in der Organisation und das Haupthemmnis für die Gewinnung neuer Kräfte darstellt".

Hart zu Gericht geht Berger über die von ›Linksabweichlern‹ dominierte Zeitung *Aufbruch*: "›Rechte‹ Leser sind mit diesem ›*Aufbruch*‹ überhaupt nicht mehr zu erreichen, ›linke‹ Leser werden entweder plumpe Anbiederung oder das Werk zurückgebliebener Stalinisten vermuten".

Marcus Bauer mahnt in einem Begleitbrief zu seinem 27-seitigen Strategiepapier:
"Dementsprechend darf die Beschäftigung mit, und die Berufung auf Marx und Co. nicht zum Selbstzweck werden. So wie es schädlich ist, einen Gedanken oder einen Begriff nur deswegen abzulehnen, weil er von Marx und Co. stammt (Antikommunismus), ist es eine nicht weniger fragwürdige Verfahrensweise sich in selbige nur deswegen zu verrennen, eben weil sie von den genannten Autoren formuliert wurden."

Doch trotz der harten Kritik in den eigenen Reihen steht für den NRKA/PO nach wie vor eins nicht zur Disposition:
"Es muß nach wie vor unser Ziel sein Einzelpersonen *sowohl* von ›links‹ *als auch* ›rechts‹ für uns zu gewinnen. Die Absage an ein ›linkes‹ Selbstverständnis schließt natürlich keineswegs aus, daß auch weiterhin ›linke‹ Themenbereiche von uns besetzt werden. Dies muß aber von einem spezifischen NR-Standpunkt aus erfolgen und darf nicht das Untertauchen in der ›Linken‹ zum Zweck haben", so Marcus Bauer.

Kurskorrektur und Abspaltung

Die oben zitierten Papiere von Bauer und Berger sowie ein drittes vom Mainzer *Peter Bahn*, Titel »Zur Entwicklung der PO sowie eine mögliche Standortbestimmung«, wurden in einem Seminar der PO in Würzburg vom 30.10.–1.11.87 vorgelegt und diskutiert. Alle drei fordern aufgrund der bisherigen verfehlten Politik der NRKA/PO vehement eine Kurskorrektur in Form einer Öffnung nach rechts.
Marcus Bauer ganz konkret:
– "Hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie müssen wir für eine zukünftige Regelung plädieren, welche die Zugehörigkeit des deutschen Ostens zum geschichtlich gewachsenen, deutschen Lebens- und Kulturraum in zufriedenstellender Weise berücksichtigt.
– Die Überfremdungsproblematik muß in ihrer Bedeutung erkannt und unsererseits aufgegriffen werden.
– Unsere geschichtlichen Traditionen dürfen nicht aus Angst vor den ›Linken‹ voreilig kriminalisiert und ignoriert werden (z.B. Wehrmacht)."

Im Würzburger Seminar wurde die Kurskorrektur offensichtlich vollzogen.

Diejenigen jedenfalls, die den alten Kurs beibehalten wollten, sammeln sich seitdem in einer Abspaltung der PO mit dem Namen *Neue Perspektiven*. Die Kontaktadresse für diese neue NR-Blüte ist das Postfach 1195, 5420 Lahnstein von *Axel Emmrich*. Diese Adresse war bislang die Geschäftsadresse der LDD und Kontakt für den »Arbeitskreis Befreiung« der PO.

In einer kürzlich erschienenen »Öffentlichen Erklärung« der Gruppe »Neue Perspektiven« werden Masseneintritte der »Nationalistischen Front« (NF) und anderer Neonazis (in die PO) beklagt.[13] Mit Krokodilstränen in den Augen wird dort lamentiert:
"Die PO, ursprünglich als basisdemokratisch,

pluralistische und linkspatriotische Bewegung konzipiert, ist durch die Tätigkeit von Spaltern und Saboteuren in den letzten Monaten zur rechtsextremen bis neurechten rückwärtsgewandten und reaktionären Organisation verkommen."
Und weiter:
"Das neue Sprachrohr PO, der Mainzer Rechtsradikale Peter Bahn, der nach einer 360-Grad-Drehung (NPD-KPD-Grüne-PO-Rechte) wieder an seinen ursprünglichen Ausgangspunkt zurückgekehrt ist, ruft offen zu Frauenfeindlichkeit und zur Diskriminierung von sexuellen Minderheiten auf."

Die offen neonazistischen Töne Bahns', der von 1979–1985 Mitglied der GRÜNEN und ab 1984 bei der LDD arbeitete[14], hatten besonders die Koblenzer PO-Gruppe verschreckt. Axel Emmrich und Jürgen Kraus sind auch Mitglieder der »Alternativen Schwulengruppe Koblenz«. Schon vor der Spaltung in Würzburg beklagten sich die Koblenzer in einem Offenen Brief an PO-Vorstandsmitglied *Dr. Holger Wille* (Bochum), datiert vom 21.10.87:
"Anstatt die Klagen vieler Mitglieder ernst zu nehmen . . . und dafür zu sorgen, daß keine Poster der Zeitschrift *»Sieg«* in der Geschäftsstelle hängen, läßt Du zu, daß aktive Mitglieder der PO von Peter Bahn mit der Nazi-Parole ›Bolschewiki‹ diffammiert werden dürfen."

Auf die weitere Entwicklung von »Neue Perspektiven« darf man jedenfalls gespannt sein.

Links und Rechts gemeinsam?

Eins kann man der NR-Szene in der Bundesrepublik nicht abstreiten: sie waren und sind immer noch Impulsgeber für die gesamte neofaschistische Rechte.

In einem Interview im »Deutschen Allgmeinen Sonntagsblatt« (Feb. 1982) durfte der ehemalige ANR-Aktivist Michael Kühnen die neue Linie seiner später verbotenen ANS/NA propagieren: »Nationalrevolutionär!«

Ganz dem linken Sprachgebrauch angeglichen sagte er: "Es müssen alle Gefühle, die gegen dieses System bestehen und die heute ein diffuses Mißbehagen darstellen, gebündelt und organisatorisch gegen das System gerichtet werden . . . Es geht zunächst mal darum, das gegenwärtige System zu schwächen", und deshalb könne er sich sogar "eine Art Stillhalteabkommen . . . mit einigen linken Gruppen vorstellen . . ."[15]

1985 ergab sich in Bonn eine kuriose Situation: während in linken Kreisen mit der LDD über rechte Themen diskutiert wurde, gingen Jungfaschisten der ANS-Nachfolgeorganisation FAP mit linken Sprüchen auf Stimmenfang. Ganz wie Kühnen es propagierte versuchten sie sogar eine Art »Stillhalteabkommen« mit den Bonner Autonomen auszuhandeln.

In der FAP-Szene erfreute sich die Zeitschrift *Sieg* wachsender Beliebtheit. Seit Anfang der 80er Jahre ist *Sieg* nationalrevolutionär ausgerichtet:
"Ich wünsche sehnsüchtig, daß alle ›Linken‹ und ›Rechten‹ sich die Hände reichen und gemeinsam für die Befreiung unseres unterdrückten Volkes kämpfen", schrieb z.B. *Rolf Plewka* aus Recklinghausen, Mitglied der BRD-Lokalredaktion.[16]

Die rassistische Monatszeitschrift des österreichischen Rechtsextremisten *Walter Ochsenberger* »*Sieg* – Aktuell-Jugend/Pres-



se-Dienst« fand seit 1983 regelmäßige Verbreitung in der Bundesrepublik. Im Impressum der BRD-Lokalredaktion fanden sich, bald nach ihrem Verbot, Mitglieder der ANS/NA, wie z.B. *Thomas Brehl* (Fulda), wieder[17]. Ab Ende 1984 tummeln sich verstärkt FAP-leute im Impressum: *Jürgen Mosler* (Duisburg), *Frank Adloff* (Detmold), *Berthold Dinter* (Rheda-Weidenbrück) oder *Michael Krämer* (Dillenburg), der sogar zum Stellvertretenden Schriftleiter avancierte.[18]
Anschluß an *Sieg* gab es auch aus dem NRKA/PO-Umfeld. Im Strategiepapier von Klaus Berger steht an einer Stelle, als es darum geht, daß viele junge Leute aus dem »rechten« Dunstkreis aufgrund der falschen Strategie des NRKA/PO nicht integriert werden konnten:
"So aber verloren auch viele von ihnen wieder das Interesse an uns, sie schreiben heute in der *Neuen Zeit*, wursteln in der *NF-Bielefeld* vor sich hin oder landeten bei *Sieg*, den *Republikanern* oder wieder bei der *NPD*.

Sieg?

In der Tat findet man viel von der NRKA/PO-Ideologie in *Sieg* wieder.

So z.B. verbindet ›Sieg‹ mit den Linken: "Gesunde Lebensweise, Umweltschutz, gesamtdeutsche Neutralität und Friedenspolitik".[19] Neben den üblichen neofaschistischen Phrasen findet man Forderungen wie:
"Deutsche raus aus der NATO (mit Spontifaust!)" – "Schluß mit dem Waldsterben" – "Gegen AKWs" – "Widerstand gegen Nachrüstung" – "Amis raus aus Deutschland und Nikaragua".

Bis 1985 zumindest die augenfällige Sympathie für die Grün-Alternativen:
". . . daß die Menschen darüberhinaus eine Sehnsucht nach einer neuen Bewegung empfinden, zeigen die Protestwählermassen für Grün-Alternativ-Bewegungen in den deutschen Teilstaaten. Ich bin überzeugt, daß dabei der Großteil dieser Protestwähler nicht für die GRÜN-Alternativen votieren, sondern gegen die Systemparteien ihren Protest zum Ausdruck bringen wollen."[20]
Daher werden alle Mitglieder und Sympathisanten immer wieder aufgefordert:
"Geht in die Basis! Arbeitet bei GRÜNEN, Alternativen, Nationalrevolutionären usw. mit. Bringt dort euer Wissen ein. Das wäre ein echter Fortschritt! Das würde den Gegner verwirren! Dann wüßte er nicht mehr, wo er uns suchen soll und wie überwachen!"[21]

Und in Annäherung an die militante Linke:
"Doch solange sich ›Linke‹ und ›Rechte‹ gegenseitig bekämpfen, haben die Besatzer Grund zur Freude. Für die Forderung ›Deutschland den Deutschen‹ sowie für die Beendigung der widerlichen Nestbeschmutzung setzten sich nur die ›Rechten‹ ein, während die ›Linken‹ aus ideologischer Verblendung nicht mitspielen. Dagegen kämpfen die ›Linken‹ alleine aktiv gegen Umweltzerstörung und Raketenstationierung, während die ›Rechten‹ sich zu fein sind, gemeinsam mit ›Chaoten‹ auf die Straße zu gehen und wirksamen Widerstand zu leisten."[22]

Mitte 1985 zogen sich die FAPler aus *Sieg* zurück. Auch die praktische Annäherung an militante Linke klappte nicht. Seitdem geht die FAP verstärkt gegen Autonome und GRÜNE vor.

». . . wursteln in der NF-Bielefeld

vor sich hin oder landeten bei *Sieg* . . .«, so Klaus Berger. Vermutlich meinte er hiermit die beiden Nationalrevolutionäre *Meinhard Otto Elbing* und *Norbert Schnelle*. Elbing, bis 1986 Mitglied der GRÜNEN, ist heute einer der führenden Schläger der Bielefelder NF-Bande[23+24].

In Bonn fiel Elbing auf, als er mit drei anderen Neonazis, nämlich Schnelle, Frank Buchold (Krefeld) und Hartmut Heger (Wilhelmshaven), aus einem Seminar des *Gesamtdeutschen Studentenverbands* (GDS, früher ODS) kommend, sich an einer Prügelaktion der FAP/WJ/Borussenfront gegen Bonner Punker beteiligte.[25+26]

Mitglied des ODS bzw. GDS war zumindest bis 1984 *Norbert Schnelle*[27]. Seine Rolle als Ex-V-Mann wurde in anderen Artikeln bereits erwähnt.[28]

Der GDS hat sich in den letzten Jahren zur wichtigsten Studentenorganisation der Nationalrevolutionäre gemausert. Eine ausgezeichnete Beschreibung des GDS liefert *Gabi Dörffler* in einem Artikel in der Oldenburger Dokumentation:[29]
»Der GDS – bis 1984 unter dem Namen ›Ostpolitischer Deutscher Studentenverband‹ (ODS) – ist als offizielle Studentenvertretung der rechts organisierten Vertriebenen Mitglied im ›Bund der Vertriebenen‹ (Vorsitz: CDU-MdB Czaja). Er ist als Gruppenverband organisiert, in dem keine Personen, sondern GDS-Hochschulgruppen und landsmannschaftliche Studentenverbände Mitglied sind. Bereits 1982 beschloß der Verband ein ›Manifest Neues Deutschland‹ (Vorwort: *Peter Boßdorf*), das alle wesentlichen Punkte enthält, mit denen Nationalrevolutionäreversuchen, auf die Friedensbewegung Einfluß zu nehmen:

- Anknüpfen an der atomaren Hochrüstung, die angeblich besonders das ›deutsche Volk‹ bedrohe;
- nationalistische Lokalisierung der Gründe für die Hochrüstung in der deutschen Spaltung statt in ökonomischen Interessensgegensätzen zwischen den Blöcken;
- Kritik der Militärblöcke als ›koloniale‹ Unterdrückung der europäischen ›Völker‹;
- Kritik des Kapitalismus, der sozialen Marktwirtschaft und Favorisierung eines ökonomischen ›deutschen Sonderwegs‹ (die antikapitalistischen Faschismusvarianten von Strasser und Niekisch);
- Anknüpfen an die Angebote der UdSSR aus den 50er Jahren für ein wiedervereinigtes Deutschland (Stalin-Note);
- Propagierung eines blockfreien wiedervereinigten Deutschland in einem Sicherheitssystem ›entkolonialisierter‹ Staaten Mitteleuropas.

Diese Punkte finden sich mehr oder weniger deutlich in zahlreichen nationalrevolutionären Äußerungen zur Friedensfrage, von den ›Jungen Nationaldemokraten‹ (JN) über *Eichberg-, Bahn-Texte* bis zu selbsternannten ›Linken‹ in nationalrevolutionär bestimmten Gruppen, wie LDD oder der »Denkschrift Friedensvertrag, Deutsche Konföderation, Europäisches Sicherheitssystem« des Berliner Eichberg-Freundes *Herbert Ammon* und des Völkerrechtlers *Theodor Schweisfurth*«.

Gesamtdeutscher Studentenverband

Vorsitzende des GDS/ODS sind *Harald Weisig und Peter Boßdorf* (früher Meerbusch jetzt Bonn). Mit *Volker Beecken und Christian Heck* (beide Göttingen) betrieb Boßdorf lange Zeit die nationalrevolutionär ausgerichtete neofaschistische Jugendzeitschrift *»Aktion«*. Weitverzweigte Verbindungen des GDS zu Neonazis, insbesondere zu den militanten Kreisen in Göttingen, Bielefeld und im Ostfriesischen, belegen die jahrelang ordnungsgemäß eingereichten Protokolle der ODS/GDS-Hauptversammlungen im Vereinsregister des Bonner Amtsgerichts.[27+30]

Mitglieder sind oder waren z.B.: Hartmut Heger, Hermann Mietz und Joachim Apel. Mietz und Apel waren laut einer Antifa-Broschüre der Emdener GRÜNEN im Ostfriesischen als Gründer von Wehrsportgruppen aktiv.[31] Über die Rolle Joachim Apels als V-Mann siehe Anm. 32. Heger war Mitbegründer der »Wilhelmshavener Liste für Ausländerbegrenzung«.[33]

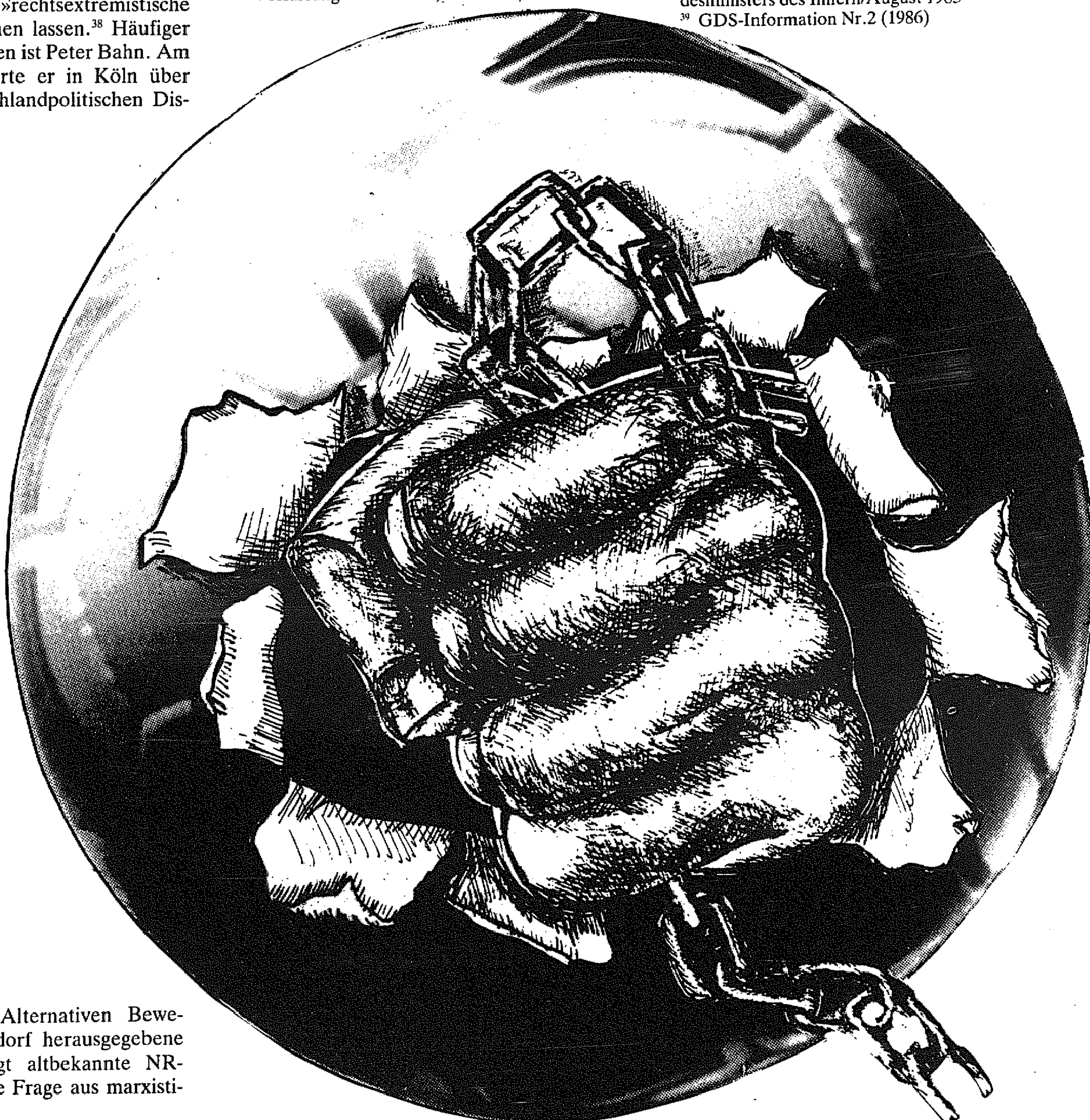
Weitere Mitglieder des GDS sind oder waren Christian Heck, Volker Beecken und Hans-Michael Fiedler. Deren Umtriebe in und um Göttingen sind schon zahlreich dokumentiert worden.[34+35+36] Weiteres prominentes Mitglied des ODS/GDS war der Freund Karl-Heinz Hoffmanns, nämlich *Axel Heinzmann* (Tübingen).[37]

Im August 1985 hat Innenminister Zimmermann den GDS als »rechtsextremistische Organisation« bezeichnen lassen.[38] Häufiger Gast bei GDS-Seminaren ist Peter Bahn. Am 14./15. 12.1984 referierte er in Köln über »den Stand der deutschlandpolitischen Diskussion in der Grün-Alternativen Bewegung.«[14] Die von Boßdorf herausgegebene GDS-Information bringt altbekannte NR-Themen: »Die nationale Frage aus marxistischer Sicht« von einem Dr. Reinhold Oberlercher (früher SDS-Hamburg) oder ein Gespräch Boßdorfs mit MdB Dr. Bernhard-Friedmann über die »Wiedervereinigung«, der in *Gerd Vonderachs* Zeitschrift *Gezeiten* (Oldenburg) nachgedruckt worden ist.[39]

Beobachtung tut weiter Not.

Anmerkungen:

1 De Schnüss, Ausgaben 5, 6, 7, 8 (1985)
2 De Schnüss, 5, S. 33f. »Wir scherzen ja nicht Herr Biedermann. Wir sind Brandstifter.«
3 De Schnüss, 6, S. 6
4 Arbeiterkampf Nr.284 (1987), S. 22 »Rechte Provokationen in linkem Gewand«
5 Arbeiterkampf Nr.254 (1985), S. 10ff »Es deutscht so link, wenn deutsche Linke deutschen«
6 Verfassungsschutz 1974, Juli 1975, S. 34
7 Arbeiterkampf Nr.166 (1979), S. 10f. »Tendenzwende: Wird aus grün braun?«
8 Arbeiterkampf Nr.186 (1980), S. 16f. »Grün oder Links?«
9 Antifaschistische Informationen Nr.2 Sept./Okt. 1980, S. 13–19
10 siehe »Revolten von Rechts« in »Neofaschismus – die Rechten im Aufwind«, SPV Berlin 1979
11 »Die ›nationale Frage‹ als revolutionärer Störfaktor?« Dokumentation und Diskussion über den Gezeitenwechsel an der Uni Oldenburg, Ende 1987
12 taz, 20.6.1980, S. 8
13 Studien von Zeitfragen, Heft 3 (1987), S. 31
14 Oldenburger Dokumentation, S. 22, Glossar. »Bahn, Peter«
15 Arbeiterkampf Nr.221 (1982), S. 15ff »Was macht die Neonazis attraktiv?« und »Wer ist Michael Kühnen?«
16 Sieg, Nr.12 (1984), S. 2
17 Verfassungsschutz 1983, Juni 1984, S. 148
18 Sieg, Nr.1 (1985), S. 2 + 19
19 Beiblatt zu Sieg, Nr.4 (1985) »Deutsches Jugend-Bildungswerk gegründet . . .«
20 Sieg-Flugblatt »Widerstand«, Beilage zu Sieg, Nr.1 (1985)
21 Sieg, Nr.4 (1985), S. 17 »Die Neue Rechte – eine Analyse«
22 Sieg, Nr.7 + 8 (1985), S. 8 Rolf Plewka: »Gemeinsamer Widerstand!«
23 Stadtblatt Bielefeld Nr.4 (1986)
24 »Nationalistische Front in Bielefeld« Dokumentation der VVN/BdA (1987)
25 Arbeiterkampf Nr.273 (1986), S. 21 Andres Garcia: »Wie Tornado fegten deutsche Recken . . .«
26 taz, 20.8.86, S. 8, Kratz/Meyer: „Deutsche Rekken fegen durch's Punker-Gesindel«
27 Vereinsregister, Amtsgericht Bonn, Registriernummer 2918
28 Arbeiterkampf Nr.283 (1987), S. 29 »Neonazis in Bielefeld«
29 Oldenburger Dokumentation, S.16f. »GDS«
30 taz, 10.6.87 Peter Kratz: »Bundesmittel für rechten Studentenverband«
31 Arbeiterkampf Nr.229 (1983), S. 28 »ANS/NA-Aktivitäten in Emden«
32 Arbeiterkampf Nr.253 (1984), S. 24 »Eine bedeutungslose Randfigur«
33 Arbeiterkampf Nr.221 (1982), S. 14 »Kurzmeldung: Wilhelmshaven«
34 Arbeiterkampf Nr.164 (1979), S. 26 »Neue Beweise gegenBGöttinger Nazi-Zentrum«
35 Antifaschistische Informationen Nr.1 Juni/Juli 1980, S. 36 »Hans-Michael Fiedler: Drahtzieher der Neonazis«
36 Antifaschistische Informationen Nr.2 Sept./Okt. 1980, S. 8f. »Beispiel Hannoversch-Münden«
37 Arbeiterkampf Nr.186 (1980), S.3f. »Einzeltäter oder Strategie der Spannung?«
38 »Innere Sicherheit« – Informationen des Bundesministers des Innern/August 1985
39 GDS-Information Nr.2 (1986)



Rechts-Presse

von Wolfgang Haug

In dem der SPD nahestehenden *J.H.W. Dietz Verlag Nachf. Bonn* erschien eine Übersicht über die Presse rechtsradikaler Gruppen. Der Sprachwissenschaftler Siegfried Jäger fungiert als Herausgeber für eine Duisburger Arbeitsgruppe, die die über 130 regelmäßigen Zeitschriften der Rechten näher beleuchtet. Dabei gehen sie auf die Unterschiede in Ideologie und Absicht ein und zeigen andererseits die personellen Querverbindungen auf. *(Rechtsdruck, Siegfried Jäger (Hg.), Dietz tb, 272 S., 19,80 DM).*



Neben eindeutig neonazistischen Schriften oder denen der ›Altrechten‹ von NPD, DVU etc. werden die Schriften der Nationalrevolutionäre und der Republikaner untersucht.

Im Zusammenhang mit *Jorge Garcia's* Folgerungen über das Scheitern des ›linken‹ NR-Ansatzes sollen hier beispielhaft einige Erkenntnisse der Arbeitsgruppe zur (ehemaligen?) NR-Gruppe um die Zeitschrift *Wir selbst* wiedergegeben werden.

Die Autoren halten es für sicher, daß die Koblenzer *Wir Selbst*-Gruppe ihr Anhänger-Potential in eine neue rechte Sammlungsbewegung einbringen will. »Das verbindende Zauberwort ist dabei ›wertkonservativ‹. (Jäger, S. 62). *»Wertkonservative haben derzeit nicht nur die Chance, sondern auch die Pflicht zur organisatorischen Formierung. Ob die Partei Franz Schönhubers in der Lage sein wird, diese Chance zu nutzen, hängt ganz wesentlich davon ab, ob sie es schafft, sich zum Sprachrohr der Wertkonservativen aller Lager zu machen und eine klare Trennlinie zum Rechtsextremismus zu ziehen.« (Wir Selbst, 1/87)*

Die (›neu rechte‹) NR-Gruppe um *Wir Selbst* also auf dem Weg zu den (›alt-rechten‹) Republikanern? Und damit klarer politisch lokalisierbar? – Es spricht einiges dafür:

1979 war *Wir Selbst* von einer Koblenzer *Grünen Zelle* um *Siegfried Bublies* (früher Junge Nationaldemokraten) und *Karl Höffkes* (früher Bund Heimattreuer Jugend) gegründet worden. Inhaltlich – vor allem über *Hennig Eichberg*, einen der Haupttheoretiker der NR – sollte das Ethnopluralismus-Konzept, begünstigt durch die Vorliebe der Linken für die Regionalismus-Bewegungen (ETA, IRA, etc.), als neuer ›Antiimperialismus‹ in breiten Kreisen akzeptabel gemacht und im Rahmen der Friedensbewegung ein linker Nationalismus etabliert werden. Dazu dienten u.a. auch Diskussionen mit *Rudolf Bahro* in *Wir Selbst*. Passend dazu gründete *Wir Selbst* 1983 die *druck + text GmbH*, eine eigene, genossenschaftlich betriebene Druckerei, die – nach dem Vorbild der linken selbstverwalteten Druckkollektive und der Zeitschriften der Alternativszene – die *»Existenz einer sozialistischen Zeitschrift mit nationalrevolutionärem Anspruch . . . (und) Hoffnung auf ein unabhängiges, geeintes sozialistisches Deutschland« (Wir Selbst, Mai 1983)* absichern sollte.

Inzwischen sieht das alles etwas anders aus: Aus dem Verlag *Bublies + Höffkes* wurde der Verlag *Heitz + Höffkes* und seit 1987 wird der Verlag von *Karl Höffkes, Werner Georg Haverbeck und Heinz Mahncke* geleitet. *Mahncke* gehört laut den Recherchen der Arbeitsgruppe zu den hohen Funktionären der *DDF* (Die deutsche Freiheitsbewegung), die als wichtige »Hintergrundsorganisation« der militanten Rechtsradikalen eingestuft wird. (Ihr Organ heißt *»Der Bismarck-Deutsche«*; ihr Führer ist Otto Ernst Remer, der stolz darauf ist, den »Aufstand des 20. Juli« niedergeschlagen zu haben; der FAP-Führer *Pape* ist seit 1983 Mitglied der DDF.) *Mahnkke* ist gleichzeitig *Republikaner* und mit 12,5% an deren Verlag *Res-Publica-GmbH* beteiligt. *Haverbeck* hatte 1958 den *WSL* (Weltbund zum Schutze des Lebens) gegründet. Über »gesunde (biologisch-dynamische) Ernährung« werden reaktionäre Inhalte an größere Bevölkerungsteile gebracht. Der WSL betreibt in Vlotho ein Tagungszentrum (Collegium Humanum), in dem 1985 auch die *ANS* tagen durfte. Seit 1987 (offensichtlich das Jahr der Wende in dieser Szene) propagiert auch der WSL eine Wertkonservative Bewegung, die 1991 zur Bundestagswahl als Partei konsolidiert sein soll.

Personen und darüber vertretene Organisationen sind also keineswegs zufällig im *Wir Selbst-Verlag* und die neue politische Ausrichtung in Richtung *REP* (– oder auch, nachdem diese Gruppierung neuerdings böse Wahlschlappen erlitten hat, unter anderem Parteinamen, in den sich die verbliebenen REP-Anhänger dann ihrerseits als festen Bestandteil einbringen –) bestätigt sich dadurch deutlicher als durch politische Argumentationen in verschiedenen Artikeln. So hat die ›genossenschaftliche‹ Druckerei den Schwenk (zurück) nach ganz rechts bereits vollzogen, denn dort werden – laut der Arbeitsgruppen-Untersuchung (S. 62) – inzwischen auch andere rechte Publikationen gedruckt:

DESG-INFORM. Dabei handelt es sich um den Informationsdienst des neurechten Ideologiezirkels *Deutsch-Europäische Studiengesellschaft*. (Geschäftsführer: Klausdieter Ludwig, der wiederum Anteilseigner bei dem rechten *Nation-Europa-Verlag* ist und den Vorständen des *Hilfskomitees Südliches Afrika* und des *Bundes Deutscher Solidaristen* angehört.)

EUROPA. Zeitschrift des neurechten National-Europäischen Jugendwerks.

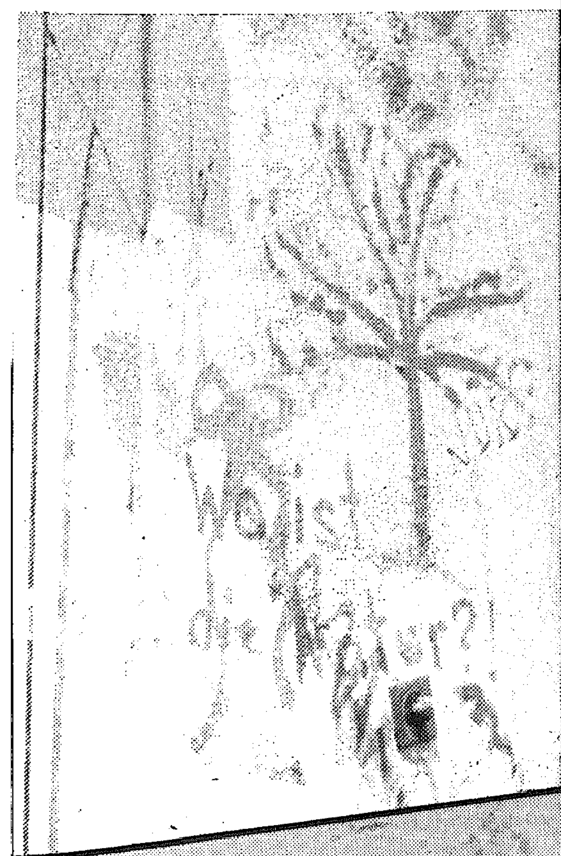
CHRISTEN DRÜBEN. Organ des Christlich-Paneuropäischen Studentenwerks e.V. (Vorsitzende: *Walburga von Habsburg*).

SÜDAFRIKA JOURNAL. Organ der *Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft*, die für das Apartheids-Regime wirbt.

Diese letztere Verbindung führte dazu, daß der an *Wir Selbst* angeschlossene Buchvertrieb *VAV* neuerdings auch *»jedes Buch aus Südafrika«* besorgt. (Jäger, S. 62)

Die inhaltliche Wende von den Sympathisanten jeder nationalen Unabhängigkeitsbewegung (also z.B. der IRA gegen Großbritannien, der Korsen gegen Frankreich oder der Basken gegen Spanien) hin zu Vertretern alt-rechter, »wertkonservativer« (rassistischer Apartheids-) Vorstellungen ist von den Funktionären vollzogen, die NR-Basis scheint's nicht zu stören; vermutlich, weil sich für eine ›wertkonservative‹ Partei zwischen CDU/CSU und NPD/DVU finanziell und politisch einträglichere Perspektiven erschließen.





S B o

r /2 Stu Z



Letzte Nachrichten aus dem Nirgendwo

von Winfried Reebs

Fragmente zur Konstitution gegenwärtigen Bewußtseins
oder der Kopf ist rund,
damit das Denken die Richtung ändern kann.

But I still haven't found
what I'am looking for.
(U 2)

In veränderten Zeiten transformieren sich die Mythen, Konzepte, Wünsche und Sehnsüchte. Mit welchen neuen Bestimmungen kann es weiter gehen? Eine Frage, die in unzähligen Gesprächen, in Kneipen und im kleinen Kreis immer wieder angerissen wurde.

Die grundsätzliche Frage nach der Utopie steht meines Erachtens ungelöst, mit tiefen Brüchen versetzt, zwischen Raum und Zeit. Der *Reale Gedanke* auch wenn er zur Wirklichkeit drängt ist nicht ausreichend für die Bestimmung des Handelns. Er erscheint für den Moment als hinreichend, erweist sich aber für eine neue politische Ausrichtung neuer Bewertung des Alltäglichen als zu mangelhaft. Dies ist eine subjektive Erfahrung meinerseits, die ihre Bestätigung in den letzten Jahren gefunden hat und die ich in generalisierter Form bei anderen ebenso wieder angetroffen habe.

Was heißt das eigentlich, leben nach den *realen Gedanken?* Ich verstehe hierunter die kurze gedankliche Ausrichtung, also den Entwurf für den nächsten oder übernächsten Tag. Das Leben und das teilweise Überleben in einem wie auch immer gearteten Alltag. Was fehlt war und ist eine übergeordnete Philosophie, ein gesellschaftlicher Entwurf, eine *Bestimmung von innovativem Charakter*, die den gegenwärtigen Tendenzen Rechnung trägt. Das Leitmotiv der gesellschaftlichen Veränderung, die Utopien der Transformation von unten, die immer noch als Gespenst meine Gedanken und Träume zu beschäftigen in der Lage sind, ziehen schon lange nicht mehr durch Europa, und haben ihre aktuelle Bezogenheit als Hoffnungsträger, Steigbügelhalter oder wie auch immer verloren. Die gedankliche utopische Durchschlagskraft, innovative Ausstrahlung unterliegt der schleichenden Agonie.

Die Suche aber nach neuen Formen, ohne die alte Identität zu ignorieren, in einer Epoche in der das sogenannte Apolitische, die soziale individuelle Karriere (Yuppies, gesellschaftlicher Auf- und Einstieg, wenn auch nur als Scheinbild) zum generalisierten Gedanken geworden sind, ist mit größten Anstrengungen und Schwierigkeiten verbunden.

Der subjektive Verlust an politischer Identität (umsetzbarer), gekoppelt mit den authentischen *Erfahrungen* der letzten 15–20 Jahre läßt sich nicht, und das zum Glück, nahtlos in ein verändertes gesellschaftliches Umfeld mit anderer Wertdominanz, integrieren. Der Mangel an innovativer Auseinandersetzung, wenn er nicht in alte tradierte Aktionsformen und Erklärungsschemata zurückfallen soll, bleibt momentane Realität. Alte Strukturen, wenn auch teilweise oberflächlicher Art, sind aufgelöst oder in Auflösung begriffen. Was bestehen bleibt, und das habe ich auch bei meinen letzten Aufenthalten in Berlin immer wieder stark erfahren, sind einzelne atomisierte, denkende Köpfe einer vormals »kollektiven Struktur«, im Bewußtsein, daß das auf längere Sicht ein persönlich wie auch gesellschaftlich unzufriedener Zustand bleibt. Die persönliche Unfähigkeit des einzelnen, das »nicht mehr wollen«, die theoretische Ablehnung einer Rückkehr, bzw.Rückbesinnung auf tradierte Politikkonzepte, als auch die sogenannte Wiederaneignung des »Privaten« stehen diametral der Fortführung des Gewohnten gegenüber. Die totale Ablösung vom Politischen, gekoppelt mit einer Post-neuen-Innerlichkeit, dem Rückzug ins »nur« Private stellt ebenso keinen gehbaren Ausweg dar.

Aber warum eigentlich nicht!? Es erscheint doch kurz vor einer Jahrtausend- und auch noch Jahrhundertwende nicht geboten sich von der tradierten Rechtfertigung eines abstrakten Anspruches vom politischen Individuum erschlagen zu lassen.

Aber es ist ja auch nicht der politische Anspruch, egal aus welchen Sourcen er seine Kraft schöpfte, sondern die Erkenntnis, daß die Authentizität des Einzelnen, die Erfahrungen der letzten Jahre, die heute nicht mehr im gleichen Maße als umsetzbar erscheinen und sind, zu einem spürbaren und fühlbaren Mangel führen.

Die verinnerlichten sozialen, kollektiven, politischen Fragmente bleiben als akkumulierte Bedürfnisse bestehen, die sich nicht gegen die Normalität einer gesellschaftlichen Konformität eintauschen lassen. Dieser Zwiespalt, der sich meiner Auffassung nach sehr stark im Bewußtsein des Einzelnen niedergeschlagen hat, stellt aber andererseits erstmal keine Basis der konkreten Umsetzung oder theoretischen Neuorientierung dar. Hierzu sind mehrere gesellschaftliche Komponenten notwendig, die es zu erarbeiten gilt. Bloch's Prinzip Hoffnung weist zwar schon in eine diskutierbare Richtung, wobei aber die konkreten Fragen auch erstmal unbeantwortet bleiben. Vielleicht müssen sie es auch! Die Fragen auf was können wir hoffen, stellen sich so nicht; denn das "Auf was" muß von uns beantwortet werden. Die heute abgebrochenen leeren Formeln, auch wenn sie zu einer bestimmten historischen Phase einen Kern von Wahrheit in sich trugen, erweisen sich schon seit Jahren als ineffizient mangels gesellschaftlicher Ausstrahlungskraft und der Nichtadaption an den gegenwärtigen Zeitgeist.

Die authentischen Kollektiverfahrungen eines jeden Einzelnen von uns sind notwendige Bausteine einer Stufe der Entwicklung gewesen (und sind es noch immer), die auf keinen Fall negiert werden darf und kann. Sie (die authentischen Kollektiverfahrungen) prägen im positiven Sinne unsere derzeitigen gesellschaftlichen Wert- und Moralvorstellungen und haben uns im großen Maße sensibilisiert gegen eine Ausrichtung der post-neuen-Innerlichkeit. Unsere momentane Kritik des Bestehenden, unsere Zweifel als auch unsere zeitweilige Hilflosigkeit sind Ausdruck authentischer Erfahrungen, also gefühlte, gelebte und keine theoretisch angeeigneten.

Die Frage was wir aus dem bisher skizzierten an Erkenntnis entwickeln müßten, wird auch in diesem kurzen Artikel nicht zu beantworten sein, wobei doch davon ausgegangen werden kann, daß Erkenntnis über die Verhältnisse der erste Schritt zu deren Veränderung beinhaltet.

»Der Kopf ist immer voraus
er ist das mobilste und
schwerfälligste Ding zugleich.
Im Kopf entspringt das Neue,
aber im Kopf haftet auch
am längsten das Alte!«
Ludwig Feuerbach, 1843

Das Schielen auf ein neues *»Revolutionäres Subjekt«*, welches in alter Tradition uns jetzt nur im neuen Gewande verblenden soll, haben wir u.a. in unseren *Thesen zum Verfall und Auflösung der Arbeit* provokativ als obsolet erklärt, denn es wird die soziale Bewegung bestenfalls 10 Schritte zurückwerfen, als auch nur einen in Richtung sozialer Emanzipation vorwärts bringen. Beispiele dieser **Ersatztheorien** lassen sich genügend finden, es sei in diesem Kontext nur auf die **»Neue Zusammensetzung der Klasse«** à la *Wildcat* hingewiesen, welche einen klaren und eindeutigen Beleg dafür liefert, wie mittels größten theoretischen Klimmzügen, die in sich zweifellos logisch erscheinen, tradierte Politikformen, Erklärungsschemata auf die heutige veränderte politische Landschaft und deren ebenso veränderten ökonomischen Determinanten gepresst werden sollen.

Der Blick gerichtet auf die kämpfenden Massen, die »abstrakte Kollektivität der Straße«, wird in naher Zukunft nur als geschichtlicher Ausnahmefall (Ventilfunktion) von der Geschichte vereinnahmt werden, und befriedigt von daher nur im konkreten Moment des Ausbruches unsere Träume einer »explodierenden Kollektivität« der Straße, die punktuell mit mehr Bauch als Kopf gelebt wird und unsere Träume der gesellschaftlichen Transformation von unten hierbei *nicht* einlösen kann. Dieses »Fest der Straße«, welches es nicht zu verwechseln gilt mit dem »Straßen-Fest«, auch wenn eine Sprachverwandschaft unstreitbar gegeben ist, hat eine lebensnotwendige Funktion, vermittelt es doch, die sich der Normalität entziehende Sozialität, die sich aber mit gleicher Geschwindigkeit wie entstanden verflüchtigt.

Für die Zeiträume *dazwischen*, die allgemein als politische Kontinuität zu formulieren sind, bleiben augenblicklich die alten Handlungsschemata tradierter Politk und deren Analyse, oder aber der wie oben skizzierte Verlust, bzw. Mangel sozialer Utopie als Kristallisationspunkt politisch-sozialer Aktion und Reflexion.

Was verbarg, bzw. verbirgt sich hinter so abgerundeten Ausdrücken wie »revolutionäre Utopie«, oder des »politisch-sozialen Kristallisationspunktes«? – Doch nichts anderes als die unterschiedlichsten »Revolutionstheorien« dieses Jahrhunderts. So unterschiedlich sie auch waren (Marxismus-Leninismus, Stalinismus, Kulturrevolution in China, Diktatur des Proletariats etc.), so gaben sie in der jeweiligen Epoche doch die **Identitätsschablonen**, die Anstöße und Hoffnungen revolutionärer bzw. sozial-revolutionärer Veränderungen.

Heute bieten uns selbige klassischen Revolutionsbilder und Utopien, die je nach Couleur ihre Protagonisten selbst an die Wand stellten oder zu Zahnrädern in ungeölten Systemen verkommen ließen, keine innovativen Anstöße, sprich Identifikationspunkte mehr. Sie sind größtenteils zu Negativmythen verkommen, die mit unseren konkreten Bedürfnissen nicht in Einklang zu bringen und zu wünschen sind, und sich in der ihr immanenten Tendenz zum Teil ins Gegenteil verkehrt haben.

Die bisher beschriebene Erfahrung stellt an sich nichts besonders Neues dar, sondern gewinnt nur an Bedeutung in der Konfrontation mit dem *Identitätsverlust* einer weiteren Ebene, dem der **Alternativkultur** der letzten Jahre. Vereinfacht gesagt war und ist die Al-

ternativkultur u.a. auch eben ein Reflex auf obigen Identitätsverlust gewesen. Das sich lossagen, das nicht warten auf irgendeinen Stichtag, sondern die »Politik in erster Person«,im hier und jetzt, wurde konkret umgesetzt. Wir wußten, daß Revolution nicht mehr die Erstürmung irgendeines Palastes sein konnte, dafür gab die Geschichte genügend historische Beispiele. Der Mensch, also **wir** mußten uns ebenfalls verändern, damit sich radikal etwas veränderte. Die **Aufhebung der Trennung von Alltag und Politik**, von privater und öffentlicher Sphäre, die immer nur Herrschaft zementierte, sollte umgekehrt werden. Dies bedeutete schon in den 70er Jahren die radikale An-Wiederaneignung des Alltags, die Politisierung des Alltäglichen, dessen Umsetzung ihren Ausdruck in der Alternativkultur, den Kollektiven etc. fand. Es wurde versucht die Revolution durch **uns**, das Subjekt, zu revolutionieren, und ihrer machtstrategischen Entfremdung die emanzipatorische Dimension entgegen zusetzen. In diesem Prozeß befinden wir uns immer noch, nur mit dem Unterschied, daß er kein Neuland mehr darstellt, sondern wir auf eine über 10-jährige Erfahrung zurückgreifen können, die uns jetzt mit neuen Erkenntnissen konfrontiert.

Es soll hier an dieser Stelle in keinster Weise ein detaillierter Abriß dieser Entwicklung nachgezeichnet werden, noch eine tiefgreifende Analyse folgen, sondern es soll »nur« zu einigen Erscheinungsformen Stellung bezogen und die entsprechenden Fragen gestellt werden:.

Haben wir nicht jene alten Revolutionsbilder in den 70er Jahren durch ein »Neues« ersetzt, den alles durchdringenden »kollektiven Mythos«, der sich phasenweise in eine Dogmatik kleidete, die »nicht-kollektiv-Arbeitende« in der Hochphase als Opportunisten diagnostizierte?

Um nicht mißverstanden zu werden, soll noch einmal hervorgehoben werden, daß es sich hiermit nicht um einen Angriff auf Kollektive im Speziellen handelt, sondern gegen die damit oft einhergehende Engstirnigkeit anderen Denkstrukturen, Formen, Facetten des Alltags gegenüber. Ist nicht in der Vergangenheit aufgrund des dogmatischen Anspruchs auf Kollektivität in *allen* Bereichen, die autonome emanzipatorischer Entwicklung des Einzelnen zugunsten eben dieses Anspruches stark reduziert, wenn nicht gar verhindert worden?

Warum ziehen sich immer mehr der 30–40-Jährigen aus dem politischen Geschehen aktiv zurück, und betrachten es nur noch wohlwollend aus sicherer Entfernung? Warum finden sie sich in den Strukturen, die sie selbst einmal mit entwickelt und aufgebaut haben, nicht mehr wieder?

Warum steigen eigentlich verhältnismäßig wenige Jüngere in unsere Projekte/Kollektive ein?

Ist es wirklich nur wie *M. Horx (Das Ende der Alternativen, S. 56)* konstatiert, das "ohne alternative Sozialisation, das Arbeiten in einem Projekt zu dem wird, was es objektiv ist: ideologisierte Armut"?

Ich glaube, daß sich der »Bruch« vieler mit der Form der Alternativprojekte und ihrer kollektiven Maximen nicht aus dem Scheitern der Projekte selbst, sondern, und das erscheint das Paradoxe, aus der **Verwirklichung der Ansprüche** heraus, vollzog. Denn an irgendeinem Punkt der kollektiven Entwicklung, zumeist gerade dann wenn die Projekte am »laufen« sind, stehen sich individuelle Emanzipationsansprüche und die Gruppe pötzlich gegenseitig im Weg, obwohl es ja gerade jetzt darum ginge, beides zu verschmelzen. Spiegelt sich hier nicht der schon uralte Konflikt zwischen Kollektiv und Individuum, zwischen**Kollektivismus und Individualismus** wieder, der sich hier konkretisiert als Konflikt zwischen individuellem Arbeitsethos und kollektivem Anspruch. Jüngstes Beispiel dieser Art von Konflikt ist die Diskussion über die Spaltung eines der ältesten Berliner *Vorzeigekollektive*. Ich spreche hier von *KOMET* (nachzulesen in der taz und anderen Zeitungen).

Wurde das Kollektiv nicht teilweise zur Kontrollinstanz, das jede individuelle Ausformung und Qualifikation des Einzelnen als »Bedrohung« empfindet, denn er/sie könnte ja »selbständig« arbeiten und nur vor sich hinwurschteln, und sollte dann doch besser in einen normalen Betrieb gehen. Verhinderte dies aber gerade nicht das, worum es den meisten, die in Projekte einstiegen, eigentlich außer des abstrakten Anspruches, individuell immer ging, ein eigenes Profil, eine Autonomie der Arbeit gegenüber dem normalen Berufsleben zu gewinnen. Hiermit soll aufgezeigt werden, daß neben dem Verlust, den ich weiter oben schon mal als **Mangel** bezeichnet habe, auch ein starker Identitätsverlust in den eigenen Projekten zu verzeichnen ist, dessen Ursprung in einem zu erstarrten dogmatischen Kollektivdenkschemata begründet liegt.

In Wahrheit bin ich davon überzeugt,
daß ich mich niemals werde retten können,
wenn ich mir Rettung durch andere und
und nicht durch mich selbst erwarte.
Wenn die individuelle Autonomie
nicht zu Beginn einsetzt,
wie sollte man sie am Ende wiederfinden?
Und wenn wir ihre Verwirklichung nicht
beschlossen haben,
wozu sollten wir sie am Anfang bejahen?
Raoul Vaneigem

Die Wiederaneignung des Sinns [an dieser Stelle die herzlichsten Grüße an Bill Bao, – Mitautor der Arbeits-Sondernummer –, dem es doch mehr um die Wiederaneignung der Sinnlosigkeit geht], die Aufhebung des Mangels und die Wiedererlangung innovativer Ausstrahlung, kann nur durch die Selbsterkenntnis der Fehler, des offenen undogmatischen Diskurses und Reflexion einhergehen. Neue Rezepte können hier nicht gegeben werden, würden sie doch dem Ziel selbst widersprechen.

Nur die autonome Emanzipation der Individuen ist die einzige Grundlage der klassenlosen, herrschaftsfreien Gesellschaft.

Letzten Endes werden wir, Sie und ich, sehen,
was wir aus diesen Fragmenten machen können.
Was mich betrifft, so kam ich mir
wie ein Fisch vor, der aus dem Wasser hochspringt
und auf der Oberfläche eine kleine, kurze
Schaumspur hinterläßt
und der glauben läßt oder glauben machen will
** oder glauben möchte oder vielleicht*
tatsächlich selbst glaubt,
daß er weiter unten,
dort wo man ihn nicht mehr sieht,
wo er von niemandem kontrolliert wird,
einer tieferen, kohärenteren, vernünftigeren
Bahn folgt.
Michel Foucault



Jenseits der Ökonomie – Ausgangspunkte für ein utopisches Wirtschaftskonzept

von Luciano Lanza

»Peter Ibbetson«, ein Film aus dem Jahr 1935, wurde von den Surrealisten sehr gepriesen. Der zentrale Charakter, eingesperrt in eine Hütte, träumt davon, herauszukommen und die Frau, die er liebt, zu treffen. Denselben Traum träumt auch die Frau, und die beiden Träume werden zu einem, der dann von beiden als Realität gelebt wird. Die Grenzen zwischen Traum und Realität werden durch die Kraft ihres Wunsches, sich zu treffen, trotz der materiellen Unmöglichkeit niedergerissen: die Realität des Traums.

Kann Utopia, der große Traum des Menschen, geträumt, ersehnt, als Realität betrachtet werden? Aus der Spannung zwischen ihren zwei Polen – dem eines rationalen Plans und dem eines Traums – entsteht Utopie; sie zeigt uns die Möglichkeit, den Traum zu leben. Der utopische Traum könnte, würde er eher kollektiv als individuell gelebt, zu einer großen Kraft zur Umgestaltung werden. Indem er nämlich diese soziale Metamorphose beinhaltet, könnte er es uns ermöglichen, die Lücke zwischen Traum und Realität zu schließen. Innerhalb der utopischen Dimension sind die beiden Begriffe »Traum und Realität« nicht länger unvereinbar. Utopia ist nicht das Vorspiel zur Desillusionierung beim Erwachen sondern zu einer transformierten Realität. Die erträumte Gesellschaft wird konkret ausgemalt, und dabei basiert der soziale Traum auf rationalen Plänen, die beides zugleich sind, Negation des sozialen Kontexts, in welchem sie auftauchen, und Befreiung des unbewußten Wunsches. So ist das utopische Projekt einerseits Kraft einer radikalen Umgestaltung und andererseits immer auch stark im existierenden Zustand verwurzelt, von welchem es sich befreien will. Sogar die kühnste Utopie ist nie gänzlich »anders«.

Der echte utopische Prozeß pflanzt sich unaufhörlich fort; alle Ziele, die schon erreicht sind, werden zum Status Quo, aus dem sich in einem unaufhörlichen Kontinuum ein weiteres utopisches Projekt entwickelt, welches neues Leben aus der fortbestehenden Spannung bezieht.

Wir können uns die anarchistische Utopie als dynamisch im physiologischen Sinne vorstellen. Statistische Ziele bedeuten ihren Tod. Denn die Ziele, die wir uns heute setzen, sind wie sehr wir uns auch bemühen mö-

gen, unvermeidbar mit der Gegenwart verbunden. Wir müssen genauso erkennen, daß die anarchistische Utopie, selbst wenn sie als explizit offenes Ziel formuliert wird, sich doch gleichzeitig in einem bestimmten theoretischen und ideologischen Raum bewegt, und zwar im Sinne einer ideologischen Kritik an der dominierenden Ideologie und der Ideologie der Unterdrückten, die sie nur ersetzen würde. Welche Hypothese utopischer Ökonomie ist dann möglich, wenn wir von diesen Prämissen ausgehen? Welchen Platz hat die Ökonomie in diesen Projekten? Und des weiteren, gibt es tatsächlich einen Platz für Ökonomie in der utopischen Vision?

Utopische Denker und die Ökonomie

Bevor wir diese Fragen beantworten können, müssen wir unsere Vorstellungskraft in Richtung Utopia in Bewegung setzen, zum Land der *Ajojens*, der *Terra Australis*, müssen die *Sonnenstadt* durch das Tor des Sonnenuntergangs betreten, müssen unter den *Basiliade*-Inseln segeln, müssen die 100 Provinzen *Ikariens* besuchen, den Berichten des weisen alten Mannes aus *Nirgendwo*lauschen oder sogar mit einem Raumschiff zu den grauen Wüsten von *Anares* fliegen.

Was werden die Bewohner dieser nichtexistierenden Orte uns zu sagen haben? Wissen sie, wie unser Dilemma zu lösen ist? Werden sie fähig sein, unser Denken vom Druck unserer trivialen Ränke zu befreien?

Fragen wir einen aufs Geradewohl: »Alles wird gemeinsam besessen«, erzählt uns ein Bürger *Utopias* und kommt gleich einer anderen Frage zuvor und sagt, daß »jede Familie ihre Produkte zum Umschlagsplatz bringt, und diese Waren dann auf die verschiedenen Lagerhäuser verteilt werden. Aus diesen Lagerhäusern nimmt sich jede Familie, was sie braucht, ohne Geld oder ein anderes Kaufmittel. Warum sollte man also auf Güter verzichten, wenn mehr als genug für alle da sind? Und in gleicher Weise, warum sollte man Angst davor haben, daß einer mehr verlangt als er braucht?« (Literaturliste Nr.14, S. 154 und 197)

Das ist das mythische »Nehmen vom Ganzen«. Und wenn wir unseren imaginären Informanten weiter befragen, entdecken wir, daß Verbindungen zwischen Städten ähnlichen Regeln folgen, gepaart mit einer Art »Familienökonomie«: »sobald der Senat von *Amauroto*, bestehend aus drei Repräsentanten jeder Stadt, Lebensmittel entdeckt, die in einer Stadt im Übermaß vorhanden sind, in der anderen aber fehlen, versucht man den Mangel der letzteren mit dem Überfluß der ersteren auszugleichen; und sie machen das ohne etwas dafür zu bekommen, erhalten, was sie brauchen von einer anderen Stadt. So ist die ganze Insel wie eine Familie.« (14, S. 207)

Eine Art Kommunismus findet man auch in der *Sonnenstadt*: »alles wird geteilt; aber es gibt Amtspersonen, die die Verteilung kontrollieren; nicht nur die der lebensnotwendigen Dinge sondern auch der Bildung und der Unterhaltung; durch diese Kontrolle verhindert man, daß sich jemand etwas aneignet. Sie sagen, Eigentum beginnt damit, ein Haus und Kinder und Frau für sich zu haben, da das der Eigenliebe Vorschub leistet; um Reichtümer an den Sohn weiterzugeben, werden die Leute anfangen, sich an gemeinsamem Besitz zu vergreifen, wenn sie stark und nicht ängstlich sind, oder wenn sie eher schwach sind, gierig, heimtückisch und scheinheilig werden.« (4, S. 38–39)

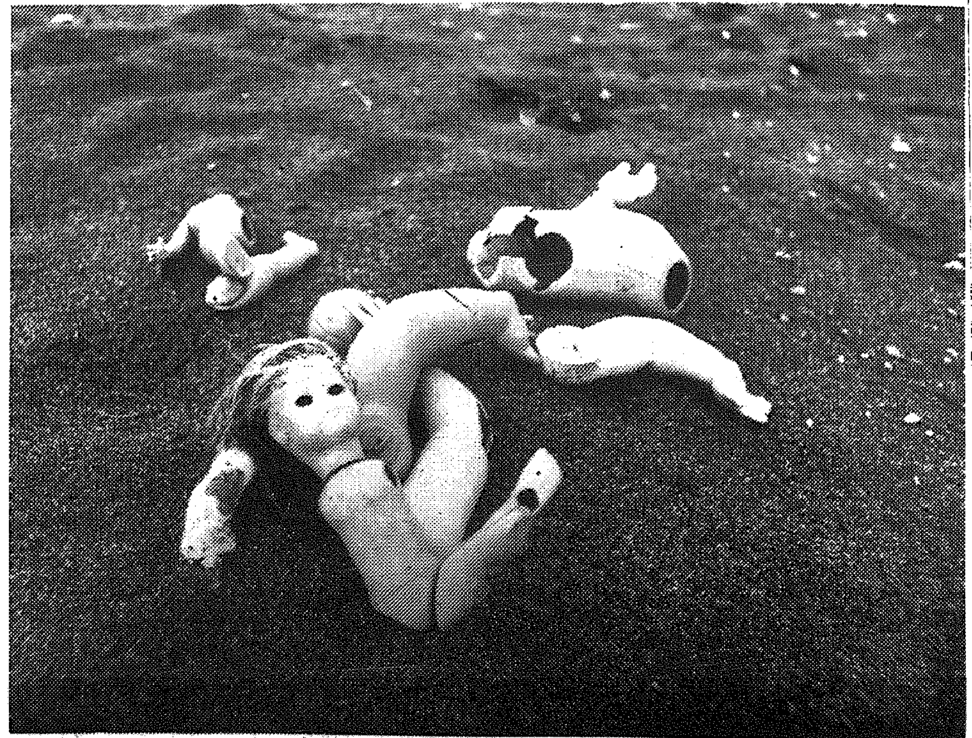
Bernard de Fontanello sagt uns in seiner *Geschichte der Ajojens*, daß »in Aginao die Begriffe dein und mein unbekannt sind; aber nicht alles wird geteilt. Niemand besitzt Land; es gehört dem Staat, der für seine Nutzung und die Verteilung seiner Früchte an alle verantwortlich ist.« (7, S. 129) Alle Produkte werden gesammelt und dann in den einzelnen Vierteln durch Mitglieder des Stadtrates (Minchiskoa – Adoe) verteilt, lokale Verwalter (Minchiskoa) verteilen die Produkte dann an die verschiedenen Häuserblocks, wo die Hausvorstände (Minchisti) sie wieder an die einzelnen Familien verteilen.« Wenn jemand einen Rock, einen Mantel oder eine Hose braucht, (das ist ihre gesamte Kleidung) fragt er den Minchisti, der ihm sofort das gibt, was er braucht. Andere, weniger wichtige Dinge, werden durch Tausch erworben.« »Es passiert jedoch auch, daß Leute die Wünsche ihrer Mitbewohner erfüllen ... z.B. wenn jene, die in einem Haus zusammenwohnen, sehen, daß dem Nachbarn etwas fehlt, das sie haben, bieten sie es ihm an, ohne darum gebeten worden zu sein. Ich muß jedoch dazu sagen, daß der Geber erwartet, bei einer ähnlichen Gelegenheit, vom Nehmer auch einen Gefallen erwiesen zu bekommen.« (7, S.130–131)

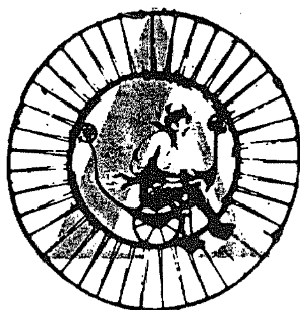
Alles in allem haben uns die utopischen Schriftsteller sehr wenig über unser Problem zu sagen: sie schildern uns sehr oft Überfluß und Gleichheit. Gabriel de Foigny, der Schöpfer der ersten libertären Utopie *La Terre Australe* im Jahre 1676 ignoriert das ökonomische Problem fast ganz. »Das resultiert aus der Mentalität der Einwohner, die mit der Neigung geboren werden, nicht mehr zu wollen als die anderen. Wenn, rein zufällig., jemand etwas besitzen sollte, das nicht alle haben, wäre es unmöglich für ihn, es zu besitzen.« (6, S. 122) Für de Foigny ist das Problem der Sozialstruktur und der Freiheit wichtig: »Er lehrte mich, daß der Mensch von Natur aus frei ist, und daß er sich nicht unterwerfen kann, ohne seine Natur zu verleugnen, ohne seine eigene Natur zu unterdrükken; er macht sich zum eigenen Sklaven, was ein Widerspruch und extreme Gewalt ist. Er lehrte mich, daß das Wesen des Menschen in seiner Freiheit besteht, und ihm die Freiheit wegzunehmen, ohne ihn zu zerstören, bedeutet, ohne dieses Wesen zu leben.« (6, S.143) De Foigny stellt sich eine Gesellschaft ohne Regierung vor, in der alle Entscheidungen von lokalen Räten getroffen werden. »Wenn es passieren sollte, daß jemand etwas entdeckt mit dem er nicht einverstanden ist, oder das er für besonders wichtig für das öffentliche Wohlergehen hält, wird er es seinen Freunden vorstellen und sie werden dann gemeinsam über die Aktion entscheiden, ohne einen anderen Gedanken als den an das Gemeinwohl des Landes.« (6, S. 170)

Es gibt gewisse Analogien zwischen de Foignys Utopie und jener von *William Morris* 1890 und jener *Ursula Le Guins* 1974, aber während die beiden letzteren der anarchistischen Theorie Tribut zollten, nahm sie de Foigny vorweg.

In *Kunde von Nirgendwo* schreint Morris, obwohl er sich nicht ausdrücklich auf den Anarchismus bezieht: »in ihrem Sinne haben wir keine Regierung« und seine Ökonomie zeigt ganz deutlich den Einfluß Kropotkins: »Die Dinge, die hergestellt werden, werden deshalb hergestellt, weil sie gebraucht werden: man macht Dinge für den Nachbarn, als ob es für sich selber wäre, man produziert nicht für einen vagen Markt, von dem man nichts weiß und über den man keine Kontrolle hat: da es kein Kaufen und Verkaufen gibt, wäre es glatter Blödsinn Güter herzustellen, nur weil sie unter Umständen gekauft würden; denn es ist niemand mehr gezwungen, sie zu kaufen. Es ist alles gut, was gemacht wird, und völlig auf den Zweck zugeschnitten. Es kann nur hergestellt werden, was wirklich gebraucht wird; deshalb werden keine überflüssigen Güter hergestellt. Überdies, wie zuvor schon gesagt, haben wir herausgefunden, was wir wollen, deshalb machen wir nicht mehr, als wir brauchen.« (15, S. 199–200)

Photo: Herby Sachs

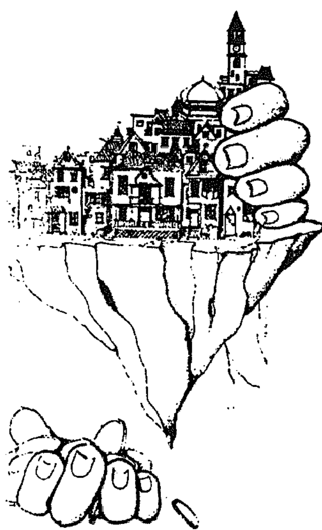




Die Frage, die einem sofort in den Sinn kommt, wenn man Morris liest, – warum denn niemand mehr produziert, als nötig ist – wird durch Ursula Le Guin in *The Dispossessed (Planet der Habenichtse)* mit einem Computer beantwortet. Le Guin, eine moderne Utopistin, eliminiert den Begriff der Ökonomie: jeder nimmt am Produktionsprozeß nach seinen Präferenzen teil. Ein Computer verteilt die Aufgaben. Güter werden nach Bedürfnis verteilt. Mahlzeiten werden in kommunalen Speisesälen serviert, die Menschen schlafen in Schlafräumen oder in Einzelschlafzimmern, sofern vorhanden und entsprechend ihren Vorlieben. Jedermann ist frei, es gibt keine Regierung, ein ausdrücklicher Hinweis auf anarchistische Ideen. Le Guin beschreibt den Planet *Anares* als eine anarchistische Welt, als eine moderne Welt, nicht eine die auf ein mythisches goldenes Zeitalter zurückblickt. In dieserweiten und komplexen Welt werden die Produktionsaktivitäten wissenschaftlich koordiniert und durch die Ethik in ihrem Zusammenhang gehalten.

Die Beispiele, die wir betrachtet haben, beziehen sich ganz offensichtlich auf nur einen einzigen Aspekt aus dem weiten Feld von Lösungen, die uns die verschiedenen utopischen Denker anbieten. Wir können hier unmöglich auch nur kurz streifen, was sie uns über Probleme der Ökonomie zu sagen haben. Der für mich wichtigste Aspekt dabei ist aber, daß sich viele der bekanntesten Schriftsteller für die Abschaffung des Privateigentums einsetzen, während andere versuchen, es beizubehalten, es bestenfalls einzuschränken. Wenn man durch und durch unegalitäre Utopien vernachläßigt, wie jene von Francesco Patrizi in *La Citta felice* (1562), von Gott in *The new Solima* (1648) oder von Fenelon in *Salento* (1699), müssen wir feststellen, daß selbst jemand wie *Fourier* ein ökonomisches System ausmalt, in welchem die Produktionsfaktoren unterschiedliche Belohnungsstufen erhalten: 5/12 für Arbeit, 4/12 für Kapital und 3/12 für Talent oder Managerfähigkeiten.

Ernest Callenbach zeichnet in *Ecotopia* (1975) ein System konkurrierender Unternehmen, in welchen die Arbeiter alle Partner sind: »die ökotopische Wirtschaft funktioniert fast wie die kapitalistische, aber ein Einzelner kann Arbeitern keinen Lohn anbieten und kein Ökotopianer kann Besitz erben.« (3, S. 127 + 125)



Manchmal wird das Problem auch durchaus präzise angegangen: *Morelly* schreibt in *La Basiliade* (1753): »Eigentum, die Mutter aller Verbrechen, die den Rest der Welt verschlingen, ist ihnen unbekannt . . . es ist ja Privateigentum, das die soziale und ökonomische Ungleichheit schafft, aus der Klassen geboren werden, zusammen mit dem Antagonismus zwischen den Berufen, Unterschieden und Rängen.«

Auch *Cabet* argumentiert in *Icarie* (1840) für das Privateigentum, das allerdings vom Staat kontrolliert werden soll. Damit nimmt er teilweise vorweg, was Skinner in *Walden Two* (1948) geschrieben hat, wo Gemeinschaftseigentum herrscht, weil alles von einer Regierung aus Experten und durch ein psychologisches Konditionierungssystem dirigiert wird.

Jedoch, ungeachtet der Beispiele, die wir betrachtet haben, kann man nur überrascht sein von dem Mangel an Aufmerksamkeit, die den ökonomischen Problemen von den utopischen Schriftstellern geschenkt wurde oder besser, von den kaum ausgeführten Lösungen. Scheinbar herrscht die Devise, daß, wenn erst das Böse eliminiert ist, sich das Leben schon selbst organisieren wird, fröhlich und ohne Probleme. Nur Denker wie Kropotkin bieten in *Die Eroberung des Brotes* eine tiefergehende Analyse an. Aber es ist offensichtlich, daß seine Vorstellung von einer utopischen Gesellschaft sich als Ergänzung aus seiner Analyse der bestehenden Gesellschaft herleitet.

Dieser Mangel an Aufmerksamkeit der Ökonomie gegenüber liegt womöglich an der Auffassung, daß die Ökonomie zum Bereich der Notwendigkeit gehöre. Und das ist ein starker Kontrast zur utopischen Spannung, die auf Realisierung des Unmöglichen zielt. Es liegt womöglich auch an der einseitigen Sicht der Ökonomie als eines Bereichs der Unterdrückung, der Gier, der »Korruption der menschlichen Natur«. Meiner Ansicht nach hat die Ökonomie aber ein Doppelgesicht und kann auf *zweierlei Art* interpretiert werden: als **Element von Machtbeziehungen und als Element sozialerBeziehungen.**

Die zwei Gesichter der Ökonomie

Im ersten Fall ist die Ökonomie eine Manifestation von Macht und ihre Strukturen sind der Macht angepaßt, die sie geschaffen hat, wie *Pierre Clastres* richtig feststellt: »Die politischen Machtverhältnisse gehen den ökonomischen Unterdrückungsverhältnissen voraus und sind ein Grundelement davon.« (5, S. 146)

Außer in den wenigen Fällen von Gesellschaften ohne Macht, die Clastres studiert hat, kann gesagt werden, daß die »Konstante« oder besser die »unabhängige Variable« der Gesellschaft die Macht und das System der Herrschaft ist. Diese Konstante manifestiert sich in der Geschichte in Formen, die abhängen von den zufälligen Aspekten der Situation in der sie entstehen. Eine dieser Erscheinungsweisen ist das Ökonomische Element, welches sich in dem Zusammenspiel derjenigen Formen äußert, die der »neuen Macht« vorausgehen und jener, die selbst ein Teil der Macht sind. Eine bestimmte Macht schafft sich die für sich am besten geeignete ökonomische Form, um sich an der Macht zu halten und reproduzieren zu können. Daraus entwickelt sich eine gegenseitige Abhängigkeit von Macht und Ökonomie: Die Macht ist die Voraussetzung, die Ökonomie deren historische Verlängerung. Diese gegenseitige Abhängigkeit entwickelt sich bis zu einem Punkt, wo es unmöglich wird, die beiden Elemente voneinander zu trennen, und es zu versuchen, wäre willkürlich, außer vielleicht in einer Situation der »Machtergreifung«, in welcher der Prozeß der gegenseitigen Abhängigkeit noch nicht abgeschlossen ist.

Die ökonomischen Verhältnisse, die von der Macht geschaffen werden, bewegen sich aber nicht nur in Richtung Machtgesellschaft, sondern betreffen alle sozialen Beziehungen in einer Weise, daß selbst Beziehungen zwischen »Subjekten« einem Prozeß der Vereinheitlichung unterworfen sind. Sie müssen sich diesem Beziehungsmodell anpassen, und reproduzieren so die Verhältnisse in der Logik der Herrschaft.

Die Ökonomie der Macht ist uns deshalb einerseits bekannt. Aber wir können in ihr auch den Ausdruck eines Aspekts sozialer Beziehungen sehen. Unter dieser Perspektive repräsentiert die Ökonomie ein Moment in den zwischenmenschlichen Beziehungen, das für die Einzelnen eine Erweiterung ihrer Möglichkeiten sowie ihrer Verwendbarkeit bedeutet. Diese Beziehung findet im Tausch ihren Ausdruck. Tausch ist ein grundsätzliches Element des gesellschaftlichen Lebens. Wir tauschen Neuigkeiten, Sensationen, Ideen; sogar Liebe ist ein Tauschverhältnis und vielleicht sogar das totalste: denn wir geben uns selbst und erhalten dafür die Liebe eines anderen. Deshalb ist Tausch ein sozialer Akt; auch wenn Dinge getauscht werden und damit jene spezielle Ebene erreicht wird, die wir als die ökonomische bezeichnen.

Wirtschaftswissenschaftler haben ihre »Wissenschaft« – die politische Ökonomie – im Sinne einer Machtideologie begründet, aber es gibt keinen Grund, weshalb Ökonomie nicht auch in eine völlig andere Richtung entwickelt werden könnte. Tausch könnte genausogut einer anderen Logik folgen als wir sie kennen: »Das Ziel des Tauschs war es, eine Art Freundschaft zwischen den zwei betroffenen Menschen zu schaffen; gelang ihm das nicht, hatte er sein Ziel verfehlt.« (18, S. 84) Und weiter: »Ein großer Teil des primitiven Tauschs, weit mehr als in unseren Tagen des Kommerz,hatte diese bestimmte Funktion: soziale Beziehungen zu regulieren.« (20, S. 190) Und Karl Polanyi erklärt mit gutem Grund: »Die bedeutendste Entdeckung der neuesten historischen und anthropologischen Forschung ist, daß die Ökonomie des Menschen in der Regel in seinen sozialen Beziehungen aufgeht.« (17, S. 61)

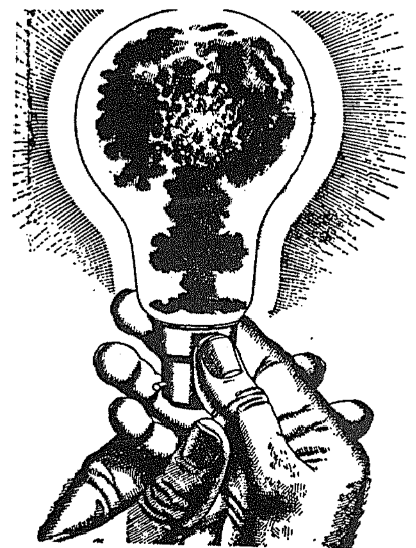
Tausch erhält deshalb seinen Charakter von der sozialen Struktur: Wenn die Macht kein wesentliches Element ist, ist der Tausch wechselseitig und egalitär; aber in demselben Moment, in dem die Gesellschaft durch politische Macht bestimmt wird, wird das Wesen des Tauschs auf den Kopf gestellt. Wir können sogar mit Clastres sagen, daß Macht eine Unterbrechung des Tauschs darstellt; – seit dem Moment, wo der primitive Mensch nicht mehr nur für sich selbst produziert; dann, wenn das Gesetz des Tauschs zwischengeschaltet wird, und sich so die direkte Beziehung zwischen dem Menschen und seinem Produkt verändert. Macht verletzt die egalitären Regeln des Tauschs und ersetzt sie durch Schuldverpflichtungen: »Hier liegt der Unterschied zwischen dem amazonischen Wilden und dem Indianer des Inkareiches. Erster produzierte um zu leben, letzterer arbeitete, damit andere leben konnten; andere, die nicht arbeiteten, die Bosse, die ihm sagten: ›Du mußt uns geben, was du uns schuldest, du mußt in alle Ewigkeit abzahlen, was du uns schuldest.‹« (5, S. 145)

Die *Schuld* als Instrument der Abhängigkeit wird nur durch die Wechselwirkung des Tauschs bedeutungslos, eine Wechselwirkung, die selbst durch das Geschenk unterlaufen wird. Das Geschenk produziert eine besondere Form von Verschuldung; es erzeugt eine Abhängigkeit und das nicht zufällig: »Der begünstigte dieser Großzügigkeit fühlt sich verpflichtet. Der Geber hat das Recht auf gute Behandlung bei der nächsten Gelegenheit.« (20, S. 299) Für primitive Völker war das Geschenk reversibel. Geben, ein einseitiger Akt, konnte nur dadurch Vollständigkeit erlangen, wenn der Beschenkte gleichfalls schenkte. Andernfalls würde der Beschenkte dem Geber gegenüber in ein Abhängigkeitsverhältnis geraten und *Jean Baudrillard* bemerkt richtig: »Man hat aus der Gabe, unter dem Namen des Gabentauschs, das Kennzeichen der primitiven ›Ökonomien‹ und damit zugleich eine Alternative zum Prinzip des Wertgesetzes und der politischen Ökonomie gemacht. Es gibt keine schlimmere Mystifikation. Die Gabe ist *unser* Mythos; ein idealistischer Mythos, der unseren materialistischen Mythos ergänzt – wir begraben den primitiven Menschen unter beiden zugleich. Der primitive symbolische Prozeß kennt nicht die Unentgeltlichkeit der Gabe, er kennt nur die Herausforderung und die Reversion der Tauschvorgänge. Wenn diese vernichtet ist, eben durch die Möglichkeit des einseitigen Gebens (was die Möglichkeit voraussetzt, Wert zu horten und ihn nur in einer Richtung zu transferieren), dann ist die eigentliche symbolische Beziehung tot, und die Macht tritt auf den Plan.« (1, S. 52)



Wenn wir die moderne Macht analysieren, so entdecken wir, daß Dienste geleistet werden, die gar nicht angefordert wurden. »Neu an der bürokratischen Weise der Produktion und Herrschaft ist, ihr Altruismus . . . Die Bürokratie bietet der Gemeinschaft nicht nur ihre Dienste an, sondern sie dient ihr auch wirklich und effektiv. . . . sie funktioniert, sie bringt Opfer, sie verwaltet, sie weist an und plant, sie *dient* (so trägt sie zur Entfremdung bei), indem sie den Menschen die Macht der Entscheidung wegnimmt, ihre Initiative, ihre Verantwortlichkeit für ihr Tun, für ihre Kommunikation . . . mit anderen Worten: sie nimmt ihnen ihre spezifische menschliche Aktivität. (9, S. 125)

An diesem Punkt müssen wir uns fragen, ob der Stammeshäuptling, wie er von Clastres beschrieben wird – der keine Macht besitzt, der mehr arbeitet als andere, der gibt – nicht doch schon die Attribute der Herrschaft besitzt, und ob es nicht nur die besondere soziale Struktur ist, die die Realisierung dieses Potentials verhindert. Sind die Geschenke des Häuptlings nicht vielleicht schon eine primitive Form der ungeforderten Leistungen der bürokratischen Gesellschaft? Ich denke, daß einseitige Leistungen ein Moment bei der Entstehung von Macht sind, da sie die egalitäre ökonomische Beziehung zerstören. Der Tausch muß deshalb ganz neu bewertet werden: als ein Instrument des fortdauernden Gleichgewichts in der Gesellschaft. Einseitigkeit bedeutet dagegen eine ungleiche Beziehung und ist ein mögliches Vorspiel zur Herrschaft.



Damit kommen wir aber zu einer weiteren Frage: Ist »Wert« ein Strukturelement der Reversibilität des Tauschs? Wenn wir den Tauschwert nicht in unsere Überlegungen einbeziehen, können wir nicht verstehen, warum der Wilde ein Geschenk mit einem Gegengeschenk erwidern will. Wenn der Tausch in einer umkehrbaren und gleichberechtigten Situation stattfindet, bedeutet das, daß der Wert der getauschten Güter gleich sein muß; sonst wäre der Tausch ungleich und würde die Erwartung auf Ausgleich nach sich ziehen, und so immer weiteren Ansprüchen Nahrung geben. Die Existenz einer Wertkategorie, selbst in den Gesellschaften ohne politische Macht, ist also alles andere als irrelevant. Der Wert stellt aber auch das Fundament für die Ökonomie dar, welche ich vorher als eingebettet in eine Herrschaftsbezie-

hung definiert habe. »Die Theorie des Werts dagegen ist nicht einfach ein Teil der Wirtsschaftswissenschaften, sondern sie ist das Prinzip, aus dem sich die gesamte Wissenschaft herleitet.« (16, S. 7) Auch Joan Robinsons Ironie beruhigt uns nicht: »Eine der großen metaphysischen Ideen in der Ökonomie findet sich im Begriff *Wert*. Was ist Wert, woher kommt er? Er bedeutet nicht Nützlichkeit – das Gute das uns Güter tun. . . . er bedeutet nicht Marktpreise, die sich von Zeit zu Zeit unter dem Einfluß von Zufälligkeiten ändern, noch ist er nur ein historischer Durchschnitt aktueller Preise. Er ist nicht einfach ein Preis; sondern er erklärt, wie Preise zu dem wurden, was sie sind. Was ist er? Wo finden wir ihn? Wie alle abstrakten Konzepte ist er nur ein Wort, wenn man versucht, ihm auf den Grund zu gehen.« (19, S. 64)

Zuallererst ist Wert im ökonomischen Sinne ein fundamentaler Gehalt der »Ökonomien der Macht« und läßt keine Möglichkeit offen für eine Adaption an unser utopisches Projekt.

Aber ist es denn möglich, sich eine soziale Beziehung völlig ohne den Wert vorzustellen (im weiteren Sinne und nicht in seinem strikt wissenschaftlichen)? Um ein einfaches Beispiel zu nehmen: Jemand teilt einem anderen eine Idee mit; letzterer überprüft sie und ordnet sie gemäß seiner kulturellen Wertigkeiten ein: als interessant oder sogar stimulierend oder von wenig oder gar keinem Interesse, in welchem Fall er sie vergißt. Dieser Prozeß enthält eine Bewertung. Die Kultur ist demzufolge nach Wertskalen strukturiert, die es erlauben, Klassifikationen durchzuführen. Ohne dies Struktur wären alle uns umgebenden Dinge amorph: Eine schöne Landschaft wäre einer stinkenden Gasse gleichzusetzen; Mozarts Klavierkonzert in D Moll wäre nicht besser, außer vielleicht quantitativ, als ein Lied von Orietta Berti (italienische Schnulzensängerin). Eine der wichtigsten kulturellen Funktionen besteht darin, einer Tatsache, einemEreignis, einem physischen Element, einem kulturellen Produkt usw. mehr oder weniger Wert beizumessen. Wert und Werturteil sind kulturelle Kategorien. Sie sind unentbehrliche Merkmale von Kultur, ohne die Menschen kein Urteilsvermögen haben.

Ein analoger Prozeß läuft bei der Beurteilung von Dingen ab: Wir halten ein Ding für wertvoller als ein anderes, und wenn wir gezwungen sind zu wählen, wählen wir das, das uns mehr interessiert. Vor die Wahl zwischen einer Flasche Gattinara 1961 (ein besonders guter Jahrgang) und dreißig Litern Coca Cola würde ich nicht zögern, das erste zu wählen, selbst wenn es quantitativ weniger ist. Das bedeutet nicht, daß einige meiner Freunde nicht dreißig Liter dieses grausigen amerikanischen Getränks vorziehen würden. Unsere Entscheidungen für solche Dinge basieren auf Werten, und es kann auch gar nicht anders sein, denn sonst würde tödliche Uniformität herrschen.

Der Wertbegriff ist also ein unverzichtbares Element unserer Kultur, und zwar ein alles andere als negatives. Bis jetzt habe ich Wert gleichbedeutend mit »Werturteil« benutzt. Aber das Problem wird schon komplexer, wenn wir dieses Werturteil auf die soziale Beziehung des Tausches übertragen. Der gleichberechtigte Tausch beinhaltet die Gleichheit der Werte, die getauscht werden; die beiden tauschenden Subjekte bestimmen beim Tausch eine »Quantifikation des Wertes« der Objekte des Tauschs. Die Quantifikation ist nicht aus sich heraus objektiv sondern wird es erst im Umkreis der sozialen Beziehung. Der daraus resultierende »Tauschwert« entsteht aus den verschiedenen Motiven der zwei Tauschenden und ist offensichtlich willkürlich. Diese Willkürlichkeit ist jedoch frei gewählt und sie erlaubt erst die konkrete Realisierung des Tauschs. Die Werte, die den Dingen von den beiden Tauschpartnern beigemessen werden, basieren auf den jeweiligen Bedürfnissen in dem Moment.

Wenn wir diese simple Beziehung auf eine komplexere Ebene übertragen, wie es eine Gesellschaft ist, können wir einen Prozeß der generalisierten Objektivierung von Tauschwerten beobachten, hervorgerufen durch das Bedürfnis, den Wert im Voraus zu bestimmen. Dieser Vorgang wurde sowohl von bürgerlichen wie von marxistischen Ökonomen vollkommen mystifiziert. Sie sehen im Tauschwert entweder das Gute oder das Böse in der Gesellschaft. Jean Baudrillard mit seiner offensichtlichen Abkehr von der Logik des Werts ist das beste Beispiel: »Das Auftreten des Wertes bedeutet gleichzeitig das Auftreten von Recht und Ordnung.« (2, S. 230) Er sucht nach der radikalen Überschreitung des Wertgesetzes. »Es ist klar, daß das nicht im mystifizierenden Bewußtsein oder der revolutionären Illusion über die befreiende Vernichtung von Tauschwerten begründet ist. Sie haben nicht erkannt, daß es keinen Widerspruch gibt – genau das Gegenteil ist der Fall – zwischen der Realisierung der Bedürfnisse und dem Tauschwert. Dieser Widerspruch gründet im Idealismus, und zwar demselben, der all die Illusionen über Tauschwerte zusammenfaßt; vorausgesetzt es ist leichter, wenn man eine Revolution machen will, sich auf Werte zu stützen; – vorausgesetzt die Revolutionäre unterliegen selbst einer Sublimierung und bewerten die radikale Natur des Wertgesetzes und so auch seiner Überwindung als zu niedrig. Reformisten, die Werte domestizieren und sie nur an der Oberfläche bekämpfen . . .« (2, S. 230)

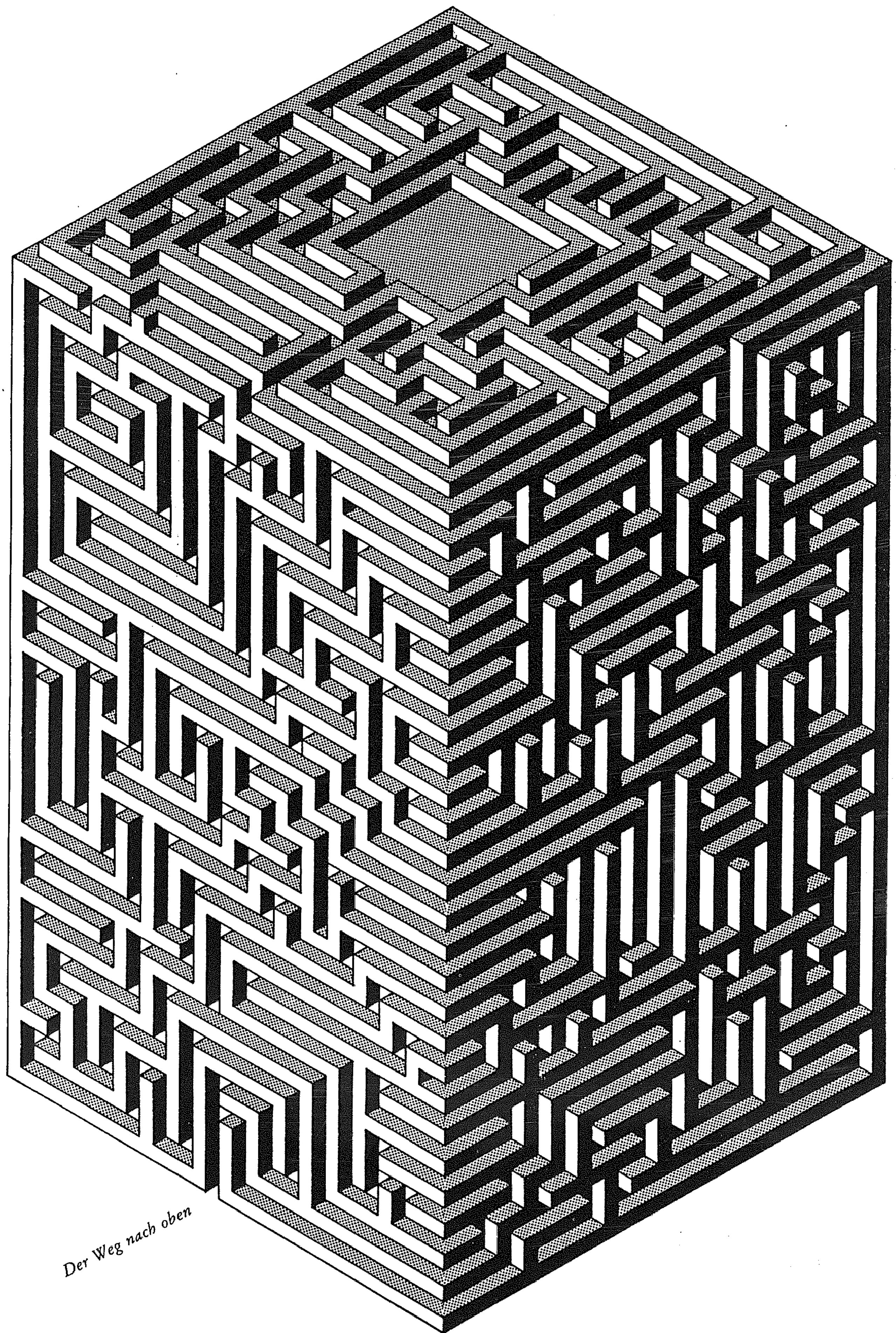
Eine Position dieser Art, die einer gewissen neomarxistischen Richtung eigen ist, setzt die Fehler von Marx fort – sie verwechselt eine Wirkung mit ihrer Ursache, die jüngsteErscheinungsform (die auch am leichtesten wahrzunehmende) mit dem Element, das sie bestimmt. Meiner Meinung nach ist es nicht so sehr das Wertgesetz selbst, das die Gesellschaft vom rechten Weg abbringt, sondern eher der Kontext, in dem sich dieses Gesetz in Richtungen entwickelt, die mehr oder weniger wünschenswert sind. Wenn die Logik der Gesellschaft einer Herrschaftsbeziehung entspricht, funktioniert auch das Wertgesetz nach der Logik der Herrschaft und wird zum Vehikel für soziale Beziehungen, welche die Logik der Herrschaft von der sozialen Arena nun auch in den Bereich der Wirtschaft übertragen.

Das »allgemeine Äquivalent« – welches durch seine bloße Existenz die ganze Gesellschaft in der Weise bestimmt, daß alle Beziehungen sich nach seiner Logik reproduzieren, – ist die *Herrschaft* und Renè Loureau benennt ihren wesentlichen Aspekt: »Das Prinzip der Äquivalenz auf alle sozialen Gegebenheiten auszudehnen, bedeutet, daß der Staat, der gleichzeitig die Legitimationsmacht der Institution und das Resultat aller institutioneller Legitimität ist, das ganze gesellschaftliche Leben steuert, jede Erneuerung, jede Bewegung und oft sogar revolutionäre Aktionen – bis die neuen gesellschaftlichen Kräfte Formen erzeugen, die den existierenden äquivalent entsprechen, im Rahmen eines wechselnden Gleichgewichts, regressiv oder progressiv, aber immer definiert durch die heilige Existenz eines Staates als des metaphysischen Garanten des »Sozialen«. (11, S. 107)

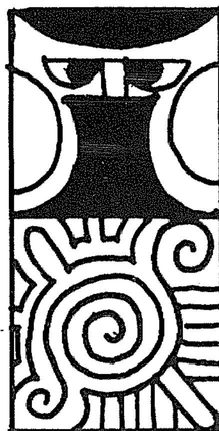
Eine Menge, vielleicht alles, hängt deshalb vom Typus der sozialen Beziehungen ab; d.h. davon, ob diese in ein System von Herrschaftsbeziehungen eingebettet sind oder ob sie sich in einer Umgebung der Freiheit als fundamentaler Prämisse entwickeln. In diesem letzteren Fall können wir uns recht gut eine »neutrale Funktion des Wertgesetzes« vorstellen: Man kann es als eine bloße Kommunikationstechnik betrachten. Wir können uns aber auch vorstellen, daß das Wertgesetz nicht nur eine neutrale sondern sogar eine positive Funktion hat. Seine unterdrückerische Auswirkung ist sogar nur in einer völlig widerspruchsfreien Gesellschaft möglich, in jener transparenten Gesellschaft der zweiten Phase des Kommunismus, in welcher laut Marx in seiner *Kritik des Gothaer Programms*, Werte nicht existieren, weil sie unnötig sind, »denn der vergesellschaftete Mensch, die menschliche Spezies und das Individuum stellen eine Wirklichkeit gewordene Einheit dar. Jedes Individuum repräsentiert die Spezies und die Spezies kann in jedem Individuum gesehen werden. Die Bedürfnisse des vergesellschafteten Menschen bestimmen die Produktion. Die menschliche Spezies regelt alles selbst.« (8, S. 137f.) Für mich wenigstens erscheint diese Art von Gesellschaft alles andere als attraktiv. Wenn das Utopia ist, so ist es totalitär; es ist der Traum des »totalen Planers«; es ist eine Gesellschaft, in der Verschiedenartigkeit einer Gleichheit der Masse weicht; wo das Individuum seine individuellen Charakteristika verloren hat; wo jeder im anderen gesehen werden kann.

Wenn aber das Wertgesetz nach der neuen Logik freier sozialer Beziehungen arbeitet, wird es ein Zunehmen der Verschiedenartigkeit erlauben, ohne in irgendeiner Art die Gleichheit zu gefährden. Und wenn die Wertkategorie tatsächlich verschwinden sollte, wie würden die Bedingungen in der Praxis aussehen, durch welche „die Bedürfnisse des vergesellschafteten Menschen die Produktion bestimmen«? Bedürfnisse manifestierensich nach einer Werteskala, die von der besonderen Natur des Subjekts abhängt, aber wenn diese Zuschreibung von Werten nicht stattgefunden hat, wären Bedürfnisse undifferenziert und zufällig. An diesem Punkt entsteht ein Problem: Wenn Bedürfnisse die Wertkategorie enthalten, sollte es möglich sein, Bedürfnisse zu bewerten. Aber was ergibt das für einen Sinn?

In so einer komplexen Gesellschaft wie der unsrigen entsteht das Bedürfnis nach einer bestimmten Sache nicht einfach so, sondern ist abhängig von der Kenntnis dieser Sache; Bedürfnisse entstehen beim Austausch von Wissen und werden fast ausschließlich durch Tausch befriedigt. Das Bedürfnissystem des modernen Menschen ist eine differenzierte Reaktion auf das Produktionssystem, und die »Entscheidungsträger« (die unser Leben bestimmen) können mit gutem Grund erklären, daß »sie sich nicht auf die Bedürfnisse haben verlassen können, welche die Gesellschaft eingklagt; sie ›wissen‹, daß die Gesellschaft nicht fähig ist, ihre Bedürfnisse zu erkennen, da sie keine unabhängigen Variablen in bezug auf die neuen Technologien sind.« (13, S. 114) Diese technokratische Sicht, die auch die Rolle der Planer überbewertet, bringt jedoch einen anderen



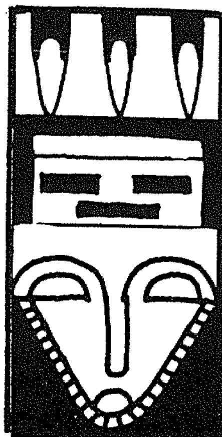
Der Weg nach oben



Aspekt der Bedürfnisse ans Licht: sie gründen sich auf ein System von Beziehungen. Die Komplexität der Bedürfnisse wächst in Abhängigkeit von der Komplexität der Beziehungen, und in unserer gegenwärtigen Situation ist es unmöglich, die »natürlichen Bedürfnisse« des Menschen zu erkennen, um zwischen diesen und denjenigen zu unterscheiden, die sich aus der Herrschaftsgesellschaft ableiten.

Was sind nun diese natürlichen Bedürfnisse? Vorausgesetzt, es ist überhaupt möglich, sie zu benennen, so würden wir wahrscheinlich bestimmmte einfache Bedürfnisse auflisten, die mit dem »Existenzminimum« in Zusammenhang stehen – was nur einen winzigen Teil unserer Bedürfnisse betrifft. Selbst hier müßten wir sagen, daß dieses Existenzminimum, das dann als Bereich der Grundbedürfnisse definiert würde, sehr viel differenzierter ist als allgemein angenommen. Wir brauchen nur an die sogenannten primitiven Völker denken: Sie sind nur arm, wenn wir sie an unseren kulturellen Maßstäben messen. Sie befriedigen ihre Bedürfnisse mit einer Quantität und Qualität von Gütern, die uns zum Spott dienen. Hier haben wir es mit einer anderen Kultur mi anderen »Grundbedürfnissen« zu tun. Daher können wir mit gutem Grund behaupten, daß das sogenannte Existenzminimum von der Art der Kultur abhängt. Bedürfnisse (einer weitreichende Kategorie, die nicht nur Güter beinhaltet) sind in der menschlichen Kultur und ihrer Produktion alles andere als zweitrangig. Als der prähistorische Mensch Kultur zu »produzieren« begann, löste er sich aus seinem »natürlichen Zustand«. Seine Bedürfnisse wurden nicht länger von rein physiologischen Notwendigkeiten bestimmt sondern auch (und dies zunehmend) von seiner Kultur. So verloren die Bedürfnisse ihre »Natürlichkeit« durch die symbolische Vermittlung des Imaginären, das ihnen eine neue Dimension gab.

Der Mensch – das einzige *kulturelle Tier*, das wir kennen – wird deshalb geprägt durch den Abstand zwischen Natur und Kultur. Diese zwei Elemente verändern sich in einer Art ›chemischen Reaktion‹ zu etwas Neuem, das sich von seinen ursprünglichen Komponenten unterscheidet – und es unmöglich macht, diese noch auseinanderzuhalten. Was wir wahrnehmen, das Sichtbare und Adaptierbare, welches unser Interesse an einer sozialen Analyse hervorruft – sind lediglich die kulturellen Variationen des Menschen. Die Analyse der Bedürfnisse ist daher vor allem eineAnalyse der Kultur der Bedürfnisse. Diese Analyse, die darin besteht, die Bedürfnisse in ihrem historischen Kontext einzuordnen, kann aber nicht deren Ursprung und Ziel erklären und bedeutet daher eigentlich nur eine interpretierende Beschreibung. Wenn bei all dem die Beharrlichkeit der Macht und der Kultur der Macht bewußt ist – das Binom Kultur/Natur ist ja eher ein Trinom Kultur/Natur/Macht – so ist klar, daß hier Bedürfnisse unter den Bedingungen von Herrschaft beschrieben werden. Deshalb können wir heute nur sehr vage Vermutungen über Bedürfnisse im Zustand der Freiheit anstellen. Denn das bedeutet, aus einem widersprüchlichen und komplexen Kontext jene Bedürfnisse herausziehen, von denen wir, je nach unserer ideologischen Position, glauben, daß sie symptomatisch für Bedürfnisse im Zustand der Freiheit sind. Auf den Punkt gebracht: eine »Theorie der Bedürfnisse« – vorausgesetzt sie ist möglich und nützlich – macht erneut deutlich, was eigentlich längst bekannt sein sollte: Frei geäußerte Bedürfnisse können nur eindeutig identifiziert werden, wenn die Herrschaft beseitigt ist.



Macht und Gesellschaft

Wir müssen uns leider bewußt werden, daß Macht nicht von der Gesellschaft zu trennen ist; sie nimmt innerhalb der Gesellschaft Gestalt an und plaziert sich in und um die strategisch wichtigsten Funktionen. Auf diese Art

gewinnt Macht eine Unerläßlichkeit, die jeden Vorschlag, sie total abzuschaffen als unrealisierbar erscheinen läßt. Eine Erkenntnis sogar mancher Anarchisten, die sich mehr oder weniger bewußt auf das liberaldemokratische Theorem beziehen, daß die Summe der Macht in der Gesellschaft gleich ist, – und die daher die Macht gleichmäßig auf alle Mitglieder der Gesellschaft verteilen wollen. Aber die Struktur der modernen Gesellschaft scheint die Theorie von der immer gleichen Summe der Macht zu widerlegen. Aufmerksame Ideologen der Macht, wie *Niklas Luhmann*, haben schon darauf hingewiesen, daß die Quantität der Macht zunimmt, seit die gesellschaftlichen Systeme immer komplexer werden. Denn daraus folgt auch eine Zunahme möglicher Alternativen und damit eine Mehrzahl von Reaktionsmöglichkeiten der Entscheidungsträger, was ein Ansteigen der Macht bedeutet, die auf der sozialen Ebene wirkt.

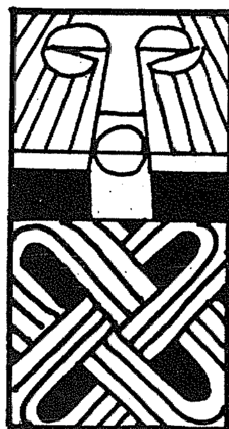
Luhmann sieht noch einen anderen »beherrschenden« Aspekt der Macht: »Die Kausalität der Macht liegt nicht notwendigerweise in der Tatsache, daß der Wille der Subordinierten gebrochen wird, sondern eher in der Neutralisierung dieses Willens« (12, S. 10) Die Einsicht bringt ihn dahin, sich über den Vorschlag einer egalitären Teilung der Macht lustig zu machen: »Emanzipation wird zum letzten Trick des *Managements*: indem man den Unterschied zwischen Ranghöheren und Untergebenen leugnet, nimmt man letzteren die Basis ihrer Macht. Während angeblich die Macht eingeebnet wird, wird doch tatsächlich der Teil der Macht reorganisiert, der – alles in allem – schon in den Händen der Untergebenen ist.«

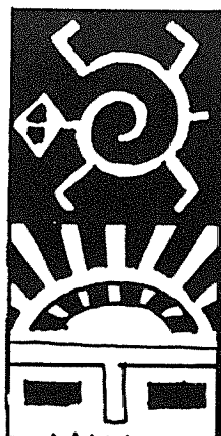
Die Macht, die das anarchistische Utopia annullieren möchte, die Macht, gegen die wir uns wenden, hat sich beträchtlich geändert. Sie ist nicht mehr nur (aber war sie es je?) eine Struktur, die auf der Gesellschaft lastet, sie wurde ein *Element der Gesellschaft*. Sie hat nicht mehr länger »ein Herz, das es zu zerstören gilt« sondern viele kleine Herzen, die über den ganzensozialen Körper verteilt sind. Unsere Analyse der Macht hat sich immer auf eine Vorstellung von der Macht beschränkt, die jetzt offensichtlich überholt ist.

Wie aber sollen wir etwas bekämpfen, das wir bislang gar nicht richtig begriffen haben?

Die Analyse der »neuen Bosse« (Anarchokongreß zu diesem Thema 1980) – der Technobürokratie – war ein wichtiger Schritt in dieser notwendigen Erneuerung unserer Theorie. Aber es reicht nicht aus, den Feind zu erkennen oder sein Funktionieren auf einer allgemeineren Ebene zu verstehen. Wir müssen die sozialpsychologische Dynamik, die die neuen Bosse hervorbringt, und die Dynamik (die »Krümmung« wie Rene Loureau sagen würde), die sie der Gesellschaft geben, verstehen. Wenn die Macht in ihrer institutionalisierten Form (dem Staat), in unser Unbewußtes eingegangen ist, – wie können wir sie dann treffen?

Unter diesem Blickwinkel scheint das Problem unlösbar, und das damit zusammenhängende Problem der Ökonomie, nicht länger nur als Machtbeziehung begriffen, würde dasselbe Schicksal erleiden. Unsere einzig »mögliche« Vorstellung der Ökonomie wird uns von der Macht diktiert und wir, als zerbrechliche Werkzeuge dieser Manipulation, werden den Traum weiterträumen, den uns die Macht träumen läßt. Aber vielleicht gibt es in den Tiefen unserer Träume Stellen, die noch nicht von der Macht erforscht, gewogen, manipuliert und verzerrt wurden. Dies ist aber nicht nur ein Traum sondern eben auch eine Realität, die wir nur oft nicht sehen, weil wir mit den Augen der Macht sehen. Eine Realität, die noch nicht von Tausenden von Jahren der Herrschaft erstickt worden ist. Der tote Punkt der Macht, der Spalt, der zu schließen ist, ist die Vielfältigkeit der sozialen Umgebung. Trotz der traurigen Träume der totalen Planer sind wir nicht nur graue »homogenisierte« Objekte; es gibt noch immer Subjektivität, selbst wenn sie geschmäht und verachtet wird.





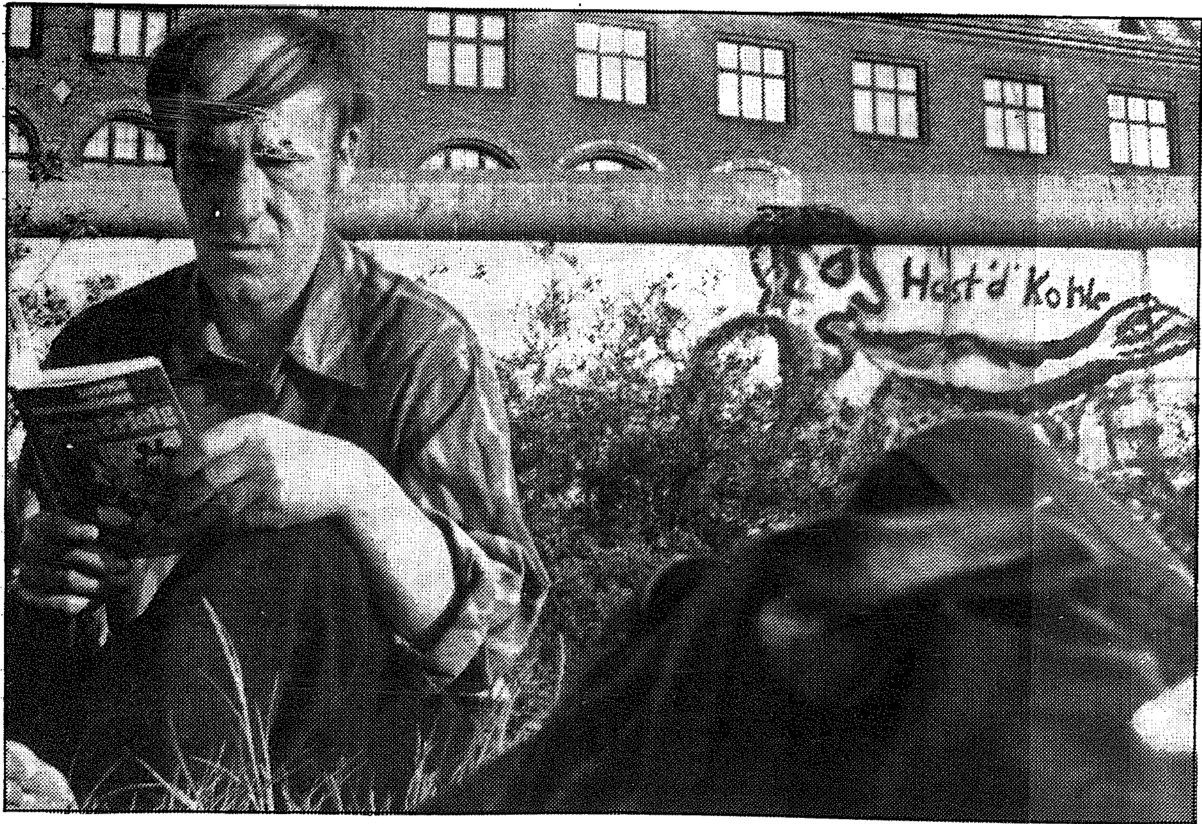


Photo: Herby Sachs

Die Ökonomoie der Freiheit

Die Macht versucht die Komplexität der Umwelt auszurotten und auf ein System zu reduzieren, das dann durch ihren symbolischen Code geregelt wird, – doch die Komplexität der Umwelt bleibt bestehen und reproduziert sich immer neu. Nicht einmal der Kleidermode – dem äußerlichen und sichtbaren Aspekt dieser angestrebten Uniformität – gelingt es, alle und alles zu beherrschen. Und ich glaube, daß aus dieser Tatsache das utopische Projekt neue Kraft schöpfen kann. Bei dem hier angesprochenen ökonomischen Machtsystem ist offensichtlich, wie es jene Aspekte auswählt, die es für relevant hält, und sie aus der Komplexität herauslöst. So seiner Komplexität beraubt, entwickelt sich das ökonomische System nach einer besonderen Logik – definiert als die »ökonomische Logik«. Auf diesen Weg festgelegt, zeigen sich uns die Grenzen seiner Möglichkeiten, sich selbst zu reproduzieren. Auf diese Weise erhalten wir einen Code »normalen« ökonomischen Verhaltens, welches mit dem System harmoniert. Aber unser eigenes Wissen von *Normalität* gibt uns eine Chance zu »überschreitendem« Verhalten. Dadurch wird das ökonomische System dazu gezwungen, seinen Rahmen möglicher alternativer Aktionen zu erweitern. Denn wenn es überleben will, müssen seine Institutionen den Rahmen vorhersehbaren abweichenden Verhaltens berechnen können.

Damit haben wir eine erste noch unvollständige und nicht definitive Antwort, die als Arbeitshypothese dienen kann: dieBetonung der Vielfalt der Formen als Negation der Reduktion, die durch das Machtsystem bewirkt wird. Wenn sich die *utopische* Ökonomie im Sinne sozialer Komplexität strukturiert, kann sie selbst Formen annehmen, in denen eine große Vielfalt ökonomischer Beziehungen verwirklicht ist.

Die Ökonomie zu überschreiten, heißt deshalb, daß das »Nirgendwo« der Ökonomie in der Abschaffung »ökonomischer Systeme« besteht – in einer Formenvielfalt, die nicht beschrieben werden kann, – der Anarchie. Da Ökonomie ein »kulturelles« Produkt des Menschen ist, können wir sie uns auf verschiedene Weise vorstellen. Denn die Gesetze der Ökonomie funktionieren nach der Logik der sozialen Beziehungen. Wenn diese heute objektivierte Formen annehmen, dann deshalb, weil die Macht all unsere sozialen Beziehungen objektiviert. Wir können jedoch die Ökonomie auch im Sinne einer kulturellen Kraft verstehen, die diejenigen ökonomischen Beziehungen zu identifizieren hilft, die den gewünschten sozialen Beziehungen nicht im Wege stehen sondern sie ergänzen. Der Prozeß einer *Ökonomie der Freiheit* bedeutet ein Vorgehen, das von den *sozial Handelnden* erdacht und entschieden wird. Die so identifizierten ökonomischen Beziehungen reproduzieren sich selbst nach einem Schema von »Vereinbarungen« und machen damit Verhalten vorhersagbar.

Vereinbarungen (*Konventionen*) zwischen Gruppen, um bestimmte wechselseitige Tätigkeiten auszuführen, könnten meiner Ansicht nach das Moment der Vermittlung und der Koordination zwischen den Akteuren in der Gesellschaft darstellen. Auf seiner Suche nach offenen Formen findet das utopische Projekt seine positive Bestätigung in der Vereinbarung. Denn – indem es sich in einem Zustand von Stabilität/Instabilität vergegenständlicht, der stets offen für Modifikationen bleibt – findet es seine Basis im Ausdruck des Willens, in der Freiwilligkeit oder der Wahl der Entscheidung. Dieses System wäre »offen«, weil eines der wichtigsten Elemente der Konvention ihre Relativität ist, die das Auftreten anderer Regeln der Übereinkunft nicht nur zuläßt sondern sogar anregt. Ihre »bewußte Willkürlichkeit« bewahrt sie davor, absolut zu werden. Dafür gibt es keine Voraussetzungen, weil externe Begründungen für die Subjekte der Entscheidungen fehlen. Überdies ist die Konvention im eigentlichen Wortsinn nur zwischen freien und gleichen Partnern möglich. Wenn das nicht der Fall wäre, wäre die Konvention nur eine mehr oder weniger verdeckte Täuschung. Eine Konvention, die die Ungleichheit oder den Verlust der Freiheit einer Gruppe bewirkt, kann nicht als Konvention betrachtet werden, da das Festhalten an ihr ihre Natur dahingehend verändert, daß sie ein fundamentales Element verliert – ihre Widerrufbarkeit.

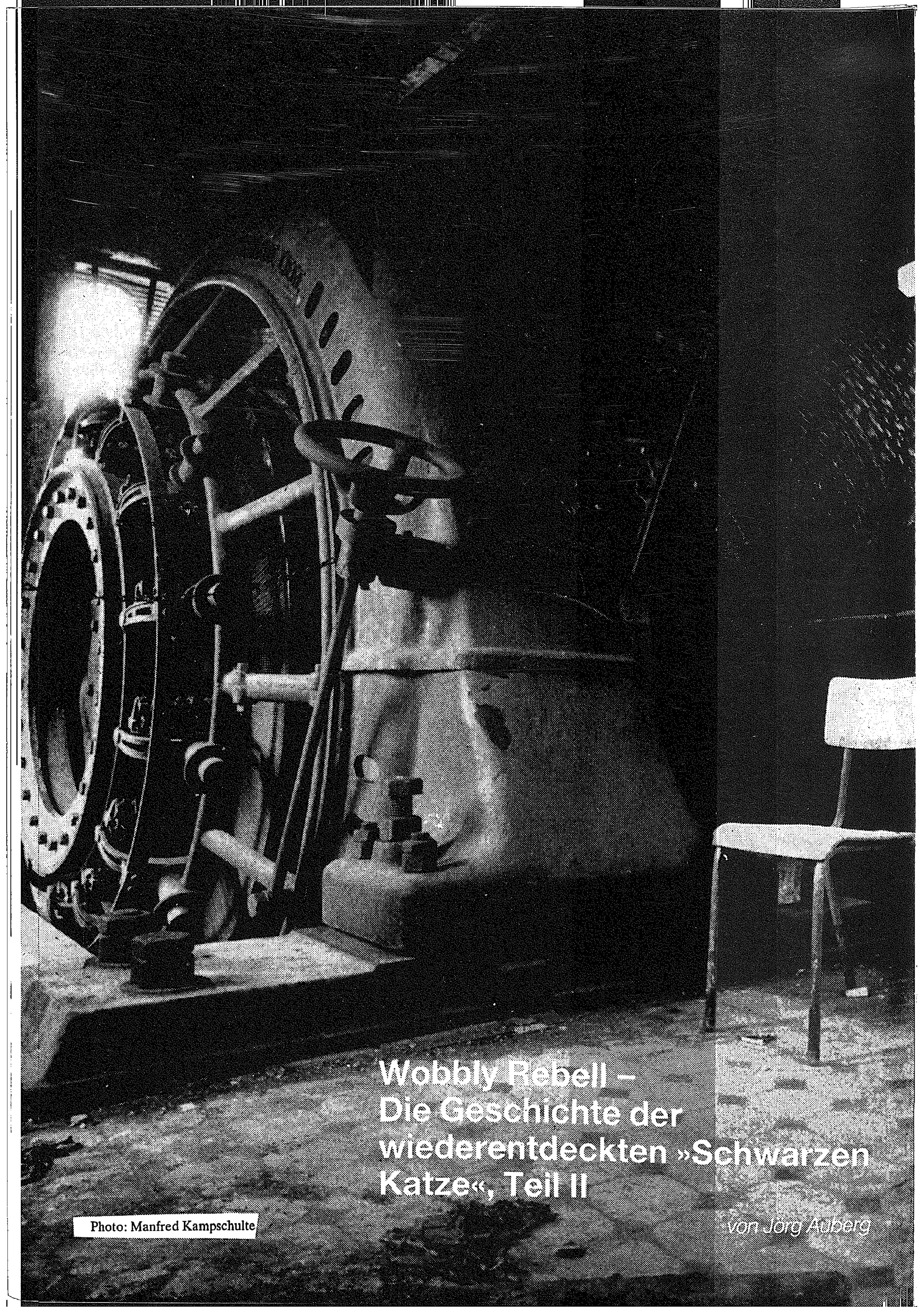
Der Begriff »Konvention« könnte durch »Vertrag« ersetzt werden, wenn diese Beziehung rein ökonomische Aspekte berührt; das heißt, wenn sie eine begrenztere Dimension hat, ohne daß dadurch ihre Substanz eingeschränkt würde. Diese Substanz benötigt keine äußere Rechtfertigung, auch wenn jeder ständig nach Rechtfertigung für sein Tun, seine Erklärungen und Hypothesen sucht. Die Ursache dieser Sucht nach Rechtfertigung hat sich von Zeit zu Zeit verändert. Dennoch frage ich mich, ob die Forderung nach Rechtfertigung nicht Teil eines im Kern autoritären Denkens ist. Denn die Suche nach einem *absoluten Prinzip* kann immer durch eine Gedankenstruktur beschrieben werden, die einer Pyramide entspricht. Die Extremen und radikalen Konzeptionen von Freiheit und Gleichheit bilden eine horizontale sozioökonomische Achse,innerhalb deren Grenzlinien

wir Elemente von Selbstbestimmung und Selbstrechtfertigung erkennen können. Freiheit legitimiert sich selbst. Wenn wir uns die heutigen Gesellschaften ansehen (und die der letzten Jahrhunderte), so wird deutlich, daß ihnen allen »Freiheit« zugrundeliegt. Diese Freiheit mag mystifiziert und verfälscht sein, sie mag die Unfreiheit in der Maske der Freiheit sein, aber sie wird dennoch immer behauptet. Wenn also die Herrschaftsgesellschaft immer ›hinter einer Wand von Freiheit‹ agieren muß, um sich einen Schein von Legitimität zu geben, so heißt das, daß Freiheit ein fundamentales Element unserer sozialen Existenz ist. Freiheit ist ein Wert, den nicht einmal der schlimmste Diktator leugnen oder den Menschen entfremden kann. Diese Überlegung mag als verspielt betrachtet werden, vielleicht ist sie es auch. Aber in dieser Verspieltheit liegt der offene Zweifel des anarchistischen Utopia, d.h. seine antidogmatische Substanz – das selbst die Konvention als anzweifelbare Form eines Projekts des Übergangs ansieht.

Übersetzt vom Italienischen ins Englische von A. Retter
vom Englischen ins Deutsche von Bernhard Arracher und Irene Neres
(wobei die Zitate – also Vorsicht – aus den diversen Sprachen wohl zunächst ins Italienische übersetzt wurden!!?!)

Anmerkungen:

1 Baudrillard, J.: Lo scambio simbolico e la morte, Feltrinelli, Milan 1979; deutsch: Der symbolische Tausch und der Tod
2 Baudrillard, J.: Per una critica dell'economia del seggno, Mazzotta Editore, Milan 1974
3 Callenbach, E.: Ecotopia, Mazzotta Editore, Milan 1979; deutsch: Ökotopia, Rotbuch, Berlin 1978
4 Campanella, T.: La città del sole, Feltrinelli, Milan 1977; deutsch: Sonnenstaat
5 Clastres, P.: La cocietà contro lo Stato, Feltrinelli, Milan 1977; deutsch: Staatsfeinde
6 De Foigny, G.: La terra australe, Guida Editori, Naples 1978; deutsch: Sehr curiose Reise-Beschreibung durch das neuentdeckte Südland, Karin Kramer Verlag, Berlin
7 De Fontanelle, B.: La storia degli Agiaoiani, Guida Editori Naples 19079
8 Heller, A.: La teoria dei bisogni in Marx, Feltrinelli, Milan 1981
9 Lapassade, G.: L'analisi istituzionale, Isedi, Milan 1974
10 Le Guin, U.K.: I reietti dell'altro pianeta, Editrice Nord, Milan 1976; deutsch: Planet der Habenichtse, Heyne Verlag, München 1974
11 Lourau, R.: Lo stato incosciente, Edizioni Antistato, Milan 1980
12 Luhmann, N.: Potere e complessità sociale, Il Saggiatore, Milan 1979
13 Lyotard, J.: La condizione postmoderna, Feltrinelli, Milan 1981
14 More, T.: Utopia, Guida Editori, Naples 1979; deutsch: Utopia, Reclam, Stuttgart 1964
15 Morris, W.: Notizie da nessun luogo, Guida Editori, Naples 1978; deutsch: Kunde von Nirgendwo, Schwarzwurzel Verlag, Reutlingen 1981
16 Napoleoni, G.: Valore, Isedi, Milan 1976
17 Polanyi, K.: La grande transformazione, Einaudi, Turin 1974
18 Radcliffe-Brown, A.R.: The Andaman Islanders, The Free Press, Glencoe 1948
19 Robinson, J.: Ideologia e scienza economica, Sansoni, Florence 1966
20 Sahlins, M.: L'economia dell'età della pietra, Bompiani, Milan 1980
21 *I nuovi padroni*, Edizioni Antistato, Milan 1978 (Hierfür suchen wir einE ÜbersetzerIn, die zwar viel Zeit benötigen darf, aber wenig Geld erwarten kann, na? Trotzdem-Verlag, Tel. 07033/44273).



Wobbly Rebell – Die Geschichte der wiederentdeckten »Schwarzen Katze«, Teil II

von Jörg Auberg

Photo: Manfred Kampschulte

I.
Der Weg in die Konsumgesellschaft

Die Zeit nach dem Ende des 2. Weltkriegs war in den USA einerseits von einer antikommunistischen Hysterie und Paranoia und einer gewaltigen staatlichen Repression geprägt, andererseits erleichterten Prosperität und Massenkonsum, bedingt durch eine effiziente Massenproduktion und ein erhöhtes Arbeitslohnniveau, den Rückzug ins Private und die Unterwerfung unter das totalitäre System. Von der Militanz der Gewerkschaftsbewegung, die sich in den 30er Jahren in solchen Aktionen wie "Sit-down"-Streiks und Fabrikbesetzungen ausgedrückt hatte, war keine Spur, da zum einen der Staat die Rechte der Gewerkschaften stark einschränkte und sich zum anderen das soziale Gefüge veränderte. Die Kinder der jüdischen Immigranten aus Osteuropa, welche die militante Gewerkschaftsbewegung entscheidend mitgeprägt hatten, gingen im US-amerikanischen Mainstream auf. Viele Frauen, die als union maids gesungen hatten: »Oh you can't scare me, I'm stickin' to the union 'til the day I die«, wurden im reaktionären Roll-back wieder an den Herd zurückgedrängt, um im trauten Heim die ihnen zugewiesenen Rollen als treusorgende Ehefrauen und Mütter zu spielen. Viele Arbeiterfamilien, die in die Mittelschichten "aufgestiegen" waren, zogen aus den allmählich verschwindenden klassischen Arbeitervierteln der Vorkriegszeit in kleine, saubere Vorstädte, wo es nicht die Solidarität vergangener Tage gab, dafür aber das Fernsehen.

Die Prosperität und der Massenkonsum konnten aber nicht über die ungleiche Einkommensverteilung und die Macht der Wirtschaftsmonopole hinwegtäuschen: 1956 bezog beispielsweise 1% der Bevölkerung 26% alles zu versteuernden Einkommens. Nach dem Krieg hatte sich in den USA eine superrationale, ultrazentralisierte Gesellschaft entwickelt, die von einer bürokratischen und technokratischen Machtelite aus Politik, Wirtschaft und Militär beherrscht wurde, welche die übrige Bevölkerung vom Gestaltungsprozeß der Gesellschaft ausschloß. So war (und ist) die US-amerikanische Gesellschaft nicht demokratisch, sondern zutiefst hierarchisch und totalitär.

Nicht anders verhielt es sich mit den großen US-Gewerkschaftsverbänden American Federation of Labor und Congress for Industrial Organizations, die sich 1955 zur AFL-CIO zusammenschlossen. Auch sie verfügten in der Nachkriegszeit über einen aufgeblähten bürokratischen Apparat, der jegliche eigenständige Aktivität der Gewerkschaftsbasis im Keim zu ersticken suchte. Die "Führer" bestimmten, was das Beste für die ArbeiterInnen war, und die Basis war lediglich Befehlsempfänger der gutbezahlten Funktionäre. Bis heute ist die AFL-CIO-Führung eine weiße, männliche Gerontokratie, in der die Spitzenpositionen nur aus Gründen des plötzlichen Ablebens, der Unfähigkeit oder eines bewiesenen kriminellen Verhaltens geräumt werden. Es ist wohl ein Zeichen der Kontinuität, daß die AFL seit ihrer Gründung 1881 bisher nur mit vier Präsidenten ausgekommen ist: "Ol' Sell'em Out Sam" Gompers, Bill Green, George Meany (mean, just mean) und Lane Kirkland, der ein Südstaatenaristokrat von Geburt ist und Sozialismus ebenso wie seine Vorgänger verabscheut. Diese Leute profitieren von jeher vom System, wie es ist.

II.
Der Syndikalismus am Ende

Im repressiven Klima der Nachkriegszeit hatte die revolutionär-syndikalistische Gewerkschaft Industrial Workers of the World, die es immer noch gab, einen schweren Stand. 1946 berichtete die New York Times, daß sich die Mitgliederzahl der IWW auf 20.000 belaufe, aber schon bald sollte sie mehr und mehr Mitglieder verlieren. Zwar hieß es in einer Resolution des IWW-Konvents von 1946: »Wir betrachten die Kommunistische Partei und ihre Grünschnäbel als eine große Gefahr für die Arbeiterklasse . . . den Interessen des Weltfriedens kann am besten durch Arbeiterbewegungen gedient werden, die klar die Interessen der Arbeiter und nicht die Interessen eines politischen Staates vertreten«,[1] doch dies bewahrte sie nicht davor, daß sie vom Justizministerium auf die Liste der subversiven Organisationen gesetzt wurde, auf der sie bis zur Abschaffung dieser Liste im Jahre 1974 verblieb. Kurze Zeit später entschied das Finanzministerium, daß die IWW der Zahlung einer Körperschaftseinkommensteuer unterliege. In zusätzliche Bedrängnis kam sie, als sie sich weigerte, die nicht-kommunistische Eideserklärung zu unterzeichnen, wie es das gewerkschaftsfeindliche Taft-Hartley-Gesetz forderte, wonach die Vorsitzenden einer Gewerkschaft bestätigen mußten, daß sie weder Mitglieder der KP noch "dieser Partei verbunden" seien und keine Beziehungen zu einer Organisation unterhielten, deren Ziel es sei, "die Regierung der Vereinigten Staaten durch Gewalt oder illegale oder sonstige mit der Verfassung nicht zu vereinbarende Methoden" zu stürzen.[2] All diese Repressionsmaßnahmen forderten ihren Tribut von der IWW, die ihren Tiefpunkt wohl 1961 erreichte, als nicht mehr als 115 Wobblies ihre vollen Mitgliedsbeiträge zahlten.

In den fünfziger Jahren organisierte die IWW vor allem Friedensmärsche und Demonstrationen, protestierte gegen die Erschießung ungarischer Arbeiter 1956 und den Algerienkrieg und engagierte sich im Kampf der Bürgerrechtsbewegung gegen den alltäglichen Rassismus. Sie unternahm auch immer wieder Versuche, ArbeiterInnen zu organisieren. 1959 begannen IWW-Aktivisten in New York eine Kampagne gegen die üblen Praktiken der Personalbüros des Restaurantgewerbes, um bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Zunächst waren sie recht erfolgreich und erlangten eine weite Aufmerksamkeit, als sie vor den Betrieben Streikpostenketten bildeten und zum Boykott aufriefen, aber Übergriffe der Polizei und Einschüchterungen durch die Unternehmer führten schließlich dazu, daß der Kampf verlorenging. Solche Frustrationen erlebten IWW-Aktivisten des öfteren; der hohe Einsatz von Zeit und Energie führte zu nichts, was für eine Revitalisierung der IWW nicht gerade förderlich war. 1964 versuchte die IWW zu neuer Stärke zu gelangen, indem sie sich wieder den unorganisierten, umherziehenden Farmarbeitern widmete. Junge Organisatoren begannen eine Kampagne in den Beerenfeldern von Michigan, und im Sommer gelang es ihnen, einen Streik auf einer Heidelbeerfarm zu organisieren, wobei es vor allem um die Verbesserung der katastrophalen Lebensbedingungen in den Camps ging. Doch die Unternehmer schüchterten einen Teil der Arbeiter ein, und Streikbrecher fuhren die Ernte ein. Aber immerhin hatte die IWW einen Teilerfolg, da ihre Aktivitäten zu Lohnerhöhungen in diesem Gebiet und zu sauberen Camps in einigen Fällen führten.

Neuanfang in den 60ern

Als sich Anfang der 60er Jahre eine radikale Oppositionsbewegung zu entwickeln begann, erlebte de IWW eine Renaissance und tauchte aus der Obskurität vergangener Jahre wieder in das Interesse eines größeren Kreises von jungen Leuten auf, die sich von der libertären Tradition der IWW angezogen fühlten, während sie die Verbohrtheit und der Dogmatismus sowohl der alten kommunistischen Linken wie auch der antikommunistischen, sozialdemokratischen Linken gleichermaßen abstießen. 1967 sprachen sich die IWW-Mitglieder dafür aus, auch StudentInnen, die sich nicht in einem Lohnabhängigkeitsverhältnis befanden, in die IWW aufzunehmen und sie in der neugegründeten "Education Workers Industrial Union 620" zu organisieren. So entstanden auf so manchem Campus IWW-Gruppen, die darum kämpften, daß die Arbeiter- und Studentenschaft ihre Institutionen selbst verwalten. Und im Zuge der heranwachsenden Gegenkultur bildeten sich Kooperativen und Kollektivbetriebe, die in irgendeiner Weise für das Movement (wie die radikale Opposition genannt wurde) arbeiteten und sich bald der IWW anschlossen. Die IWW betrachtete diese nicht-profitorientierten Betriebe als interessante moderne Experimente der Arbeiterselbstverwaltung, als eine neue Form, um "die neue Gesellschaft in der Schale der alten" aufzubauen, wie das alte IWW-Motto lautete. 1970 waren mehr als zwei Dutzend solcher Betriebe in der IWW.

In den Jahren 1967–68 wuchs die Zahl der IWW-Mitglieder rasch an, was zum Teil auf die Radikalisierung innerhalb der Opposition gegen Rassismus, Imperialismus und den Vietnamkrieg zurückzuführen war. Aber die IWW profitierte in jener Zeit auch von der Selbstzerstückelung der Studentenorganisation SDS (Students for a Democratic Society). Zwar hatten Paul Jacobs und Saul Landau 1966 noch geschrieben: »Für die neuen Radikalen sind die politischen Sekten der alten Linken der dreißiger und vierziger zum größten Teil irrelevant«[3], doch schon kurze Zeit später bildeten sich innerhalb von SDS autoritäre marxistisch-leninistische, trotzkistische und andere Sekten, die sich heftig befehdeten. Die Progressive Labor Party (PL), eine maoistische Abspaltung der KP mit einer rigiden ML-Disziplin, versuchte, die Kontrolle über SDS an sich zu reißen. Diesem Vorhaben stellte sich eine in der Jugendbewegung verwurzelte Fraktion namens Revolutionary Youth Movement entgegen, die sich in die Weatherman und in die RYM-II-Fraktion spaltete. Während die einen »Mao, Mao, Mao-Tse Tung!« riefen, schrieh die anderen: »Ho-Ho-Ho Chi Minh – Dare to struggle – Dare to win!«

Auf dem SDS-Konvent im Sommer 1969 in Chicago gelang es der Weatherman-Fraktion durch einen Coup, die PL auszuschließen – und zwar weil sie nicht die Nationale Befreiungsbewegung in Vietnam, Nordkorea,

Kuba, die afro-amerikanische Befreiungsbewegung und – Albanien(!) unterstützte. Und damit war der SDS am Ende.

Im Frühjahr 1970 gingen, nachdem sich drei Weatherpeople beim Bombenbasteln mit einem Haus in Greenwich Village in die Luft gesprengt hatten, führende Weatherman-Kader um Bernardine Dohrn, Kathy Boudin und Bill Ayers in den Untergrund, um sich für den Rest der Dekade in symbolischen Bombenattentaten zu ergehen. Die PL löste sich auf, nachdem sich Mao die Hand von »Tricky Dicky« Nixon hatte schütteln lassen. RYM-II versuchte vergeblich, eine marxistisch-leninistische Avantgardepartei aufzubauen. Viele SDS'ler, die dieses Sektierertum nicht mitmachen wollten, tratender IWW bei, und der allgemeine Trend zum Antiautoritatismus auf der Linken zog auch andere an, die keine Studenten waren, so daß die IWW-Mitgliederzahl 1969 um 44% anwuchs.[4]

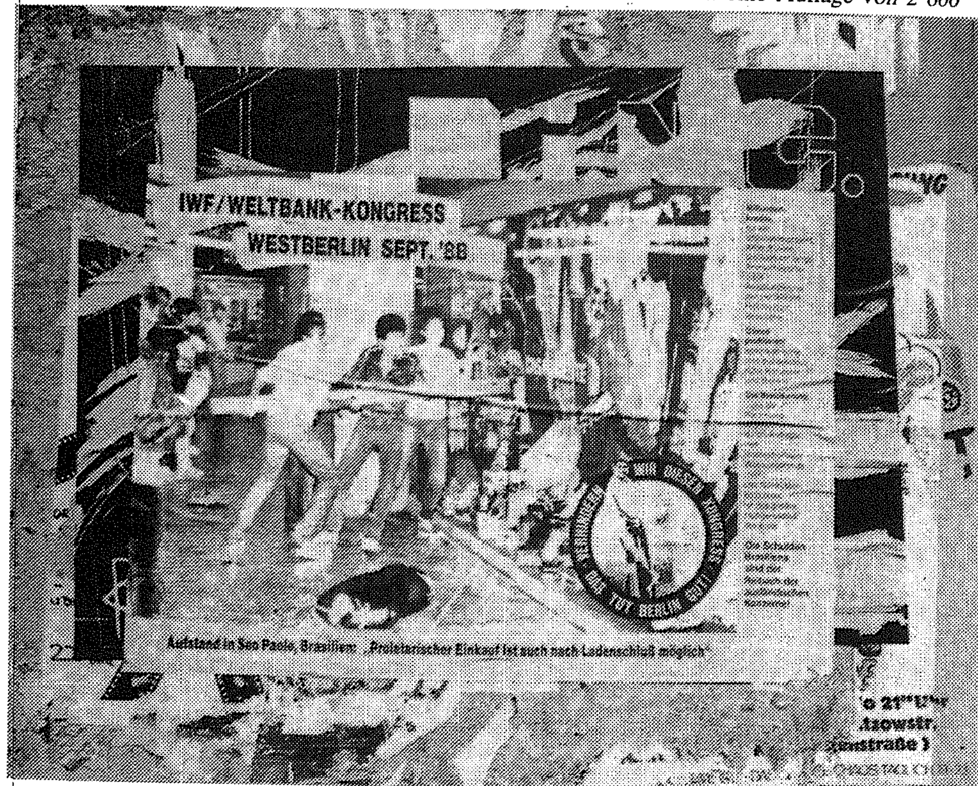


Photo: Herby Sachs

III.
Die IWW heute

In einer Studie Anfang der 70er Jahre kam Jerry Calvert zu dem Schluß, daß die Leute vor allem wegen der Reputation der Wobblies für Militanz, Mut und Selbstaufopferung der IWW beitraten. Die Wobblies von heute seien Träumer. Nicht vornehmlich als Gewerkschaft sei die IWW zu betrachten, meinte Calvert, sondern vielmehr als eine »anarchistische Föderation autonomer Gruppen und Individuen«, die politisch nicht einer einheitlichen Linie zuzuordnen seien. »Innerhalb der Organisation sind Marxisten, Vegetarier, Christen, Aussteiger der Gegenkultur, selbsterklärte Anarchisten, Pazifisten und/oder Befürworter der Anwendung von Gewalt zu finden. Die IWW kann deshalb als eine Dachorganisation betrachtet werden, die verschiedene libertär-sozialistische Strömungen umfaßt.«[5]

Trotz allem betrachten die heutigen Wobblies die IWW als eine syndikalistische Gewerkschaftsorganisation und nicht als eine anarchistische oder anarchosyndikalistische Organisation, wie es etwa die Internationale Arbeiter-Assoziation (IAA) ist, von der sie meinen, sie sei »politischer« als die IWW: »Die Anarchosyndikalisten wollen ›den Staat zerschlagen‹ und verfechten deshalb eine quasi-insurrektionäre Auffassung der Revolution«, meint Mike Hargis. »Die IWW möchte auf der anderen Seite eine Situation schaffen, in der sozusagen ›der Staat im Schlurfen verlorengeht‹. Das heißt nicht, daß die IWW recht hat und die Anarchosyndikalisten unrecht haben. Überhaupt nicht; denn historische und soziale Bedingungen werden das bestimmen. Es soll nur darauf hingewiesen werden, daß die IAA politisch anarchistisch ist, während die IWW in ihrer Mitgliederschaft Anarchisten, Sozialisten oder nur einfache militante Gewerkschafter hat.«[6]

Heute (im Sommer 1987) hat die IWW etwa 500 Mitglieder, deren Zahl kontinuierlich, aber langsam steigt, und die monatlich erscheinende Zeitung der Organisation, der Industrial Worker hat eine Auflage von 2 600 Exemplaren. Die Mitgliederschaft umfaßt – wie Bob Rivera vom IWW-Hauptbüro in Chicago schreibt – vier Generationen; die meisten AktivistInnen sind Ende 20 oder Anfang 30. Also: Die IWW ist kein Haufen in Nostalgie schwelgender Greise, wie oft unterstellt wird. (Im Jahre 1968, als die Mitgliederzhal der IWW immerhin um 28% stieg, schrieb George Woodcock, der Autor des Buches Anarchism: »Der Arbeiterradikalismus ist tot, und seine eine große Manifestation in der amerikanischen Vergangenheit belebt sich jedes Jahr für einen grotesken und geisterhaften Sabbat wieder, wenn die wenigen überlebenden Veteranen der IWW sich versammeln, um auf dem jährlichen Konvent in Chicago alte Slogans zu rufen und einer nicht zuhörenden Welt alte Lieder des Trotzes vorzusingen.«[7]

Auch der 1979 entstandene Dokumentarfilm The Wobblies von Stewart Bird und Deborah Shaffer vermittelt das Bild, die IWW sei durch die staatliche Repressionswelle 1917–1920 ausgelöscht worden. Die Aktivitäten der IWW umfassen die Unterstützung von Streiks, internationale Solidaritätsarbeit (wie die Unterstützung der Solidarnosc, der CNT, der englischen Bergarbeiter usw.), dieOrganisierung von Kooperativen und Kollektivbetrieben, Agitation und Schlung in der »normalen« US-amerikanischen Arbeiterbewegung und die Unterstützung der Forderungen der indianischen Völker.

Die Vision von Egalitarianismus, Selbstverwaltung und einer dezentralisierten Gesellschaft habe noch immer Stehvermögen bei ArbeiterInnen, meint Bob Rivera. Auch heute halten die Wobblies Programm und Theorie der IWW für weiterhin relevant, sehen die Welt in zwei Klassen mit unvereinbaren Interessen geteilt, wollen die Produktionsmittel übernehmen und den Kapitalismus abschaffen und betrachten die Hauptaufgabe der IWW darin, die unorganisierten ArbeiterInnen, die etwa 80% der US-amerikanischen Arbeiterschaft ausmachen, zu organisieren. Einer der Gründe, warum sich die Arbeiterbewegung in den USA auf einer Talfahrt befinde, meint Mike Hargis, sei das Mißtrauen der ArbeiterInnen (besonders in den Südstaaten) gegenüber den bürokratischen, anti-demokratischen Praktiken der AFL-CIO. Diese Gewerkschaftsressentiments könne die IWW in eine pro-gewerkschaftliche Haltung umdrehen, da sie direkte Demokratie, direkte Aktion und Eigenverantwortung der Gewerkschaftsbasis praktiziere und die Vision einer besseren Welt anbieten könne. »Was wir als Vermächtnis von der Vergangenheit haben ist eine vernünftige Theorie und ein vernünftiges Programm. Die Aufgabe für die Zukunft ist, dies beides in die Praxis umzusetzen. Die Zukunft der Menschheit steht auf dem Spiel.«[8]

IV.
Reagans Wirtschaftspolitik – Exemplarischer Widerstand und typische Repressalien

Die Arbeiterbewegung in Reagans Amerika befindet sich auf dem Rückzug. In den 80er Jahren haben die großen Korporationen von ihrer gewerkschaftlich organisierten Belegschaft immer mehr »Zugeständnisse« gefordert: Kürzungen der Arbeitslöhne und Sozialleistungen; Beseitigung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten; Streikverbot für die Dauer von Tarifverträgen; Senkungen der Renten; Abschaffung des Mutterschaftsschutzes. Die zunehmende Arbeitslosigkeit, die durch Fusionierung, Diversifikation, Kapitalexport und der Einführung technologischer Neuerungen gefördert wird, hat die Position der Unternehmen gestärkt. Die Reagan-Administration unterstützt diese arbeiterfeindliche Politik: der »Soziallohn« wurde reduziert; die Körperschaftsbesteuerung wurde auf allen Ebenen (Profite, Einkommen, Besitz usw.) gesenkt; das *National Labor Relations Board* wurde mit reaktionären Ideologen besetzt; der Bundesgerichtshof wurde mit rechten Richtern bestückt. Zudem werden Produktionsanlagen zunehmend in Billiglohnländer verlagert. All diese Maßnahmen haben die Gewerkschaftsbewegung immens geschwächt, die vielerorts die »Zugeständnisse« an die Bosse ohnmächtig hinnehmen mußte. Doch trotz allem regte sich an der Gewerkschaftsbasis Widerstand.

Es blieb der kleinen Ortsgruppe P-9 der *United Food and Commercial Workers Union* (UFCW) überlassen, den Kampf gegen die

»Zugeständnis-Politik« der Unternehmer aufzunehmen. P-9 hatte eine lange Tradition einer Gewerkschaft, deren Aktivitäten einzig und allein von ihren Mitgliedern bestimmt wurden. Zunächst als »Independent Union of All Workers« bekannt, wurde sie in einem »Sit down«-Streik im November 1933 geboren. Mehrere erfahrene Wobblies und Sozialisten halfen, Struktur, Zielsetzung undAktivitäten der Gewerkschaft zu entwicklen. »Sie sollte eine Industriegewerkschaft sein, eine Gewerkschaft für alle Arbeiter, in der Tradition der IWW«, erinnerte sich ein Veteran jener Jahre. Und P-9 wurde dieser Tradition gerecht. Als die Verantwortlichen der Fleischfabrik Hormel in Austin (Minnesota) der Ortsgruppe ein unzumutbares Angebot machte, traten die P-9er im August 1985 in den Streik, der von der Arbeiterschaft im ganzen Land aufmerksam verfolgt wurde, da zum ersten Mal ArbeiterInnen gegen die »Zugeständnis-Politik« der Bosse aufbegehrten. Dementsprechend war auch die solidarische Unterstützung der Streikenden. Wie viele Ortsvereine der Gewerkschaften versorgte auch die IWW die P-9er mit Tonnen von Lebensmitteln und unterstützen sie mit all den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Aber der Kampf der P-9 wurde auch von den Friedensaktivisten, Farmern, Arbeitslosen, Minoritäten, Feministinnen, Studenten und Bürgerrechtlern unterstützt, die Lebensmittel, Geld und Kleidung spendeten, sich an Massenversammlungen und Streikposten beteiligten. Hormel-Produkte wurden boykottiert und von den Regalen in den Supermärkten geräumt.

Wie gewöhnlich fuhren die staatstragenden Kräfte harte Geschütze auf. Die Gerichte schränkten die Rechte in eklatanter Weise ein, indem sie verboten, vor den Fabriktoren Streikposten aufzustellen und Demonstrationen zu organisieren. Ein Streikführer wurde des Verstoßes gegen die Gesetze gegen den »kriminellen Syndikalismus« angeklagt, die während des ersten Weltkriegs eingeführt worden waren, um die Aktivitäten der IWW zu unterbinden. Laut Augenzeugenberichten wurden Demonstranten von der Polizei brutal zu Boden gerissen und in Polizeiwannen geschleppt. Tränengas wurde in die Menge geschossen; flüchtende Demonstranten wurden verfolgt, mit Faustschlägen traktiert und verhaftet. Das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde beschnitten: Flugblätter durften nicht verteilt, »Boycott Hormel«-Buttons nicht getragen und Reden nicht gehalten werden. Die Nationalgarde eskortierte Streikbrecher durch die Streikpostenlinien. Solidaritätskonzerte mit *Arlo Guthrie* und *David Bromberg* wurden verhindert, da niemand in Austin der P-9 einen Saal vermieten wollte. Die AFL-CIO denunzierte die Streikenden als »gierige Arbeiteraristokraten«, die nur höhere Löhne als andere Hormel-Arbeiter, die die Konzessionen akzeptiert hatten, erreichen wollten. Und UFCW-Präsident Bill Wynn forderte die P-9er ständig zur Beendigung des Streiks auf und bezeichnete einen bekannten Streikführer als »Ayatollah von Austin«, der Gewerkschaftsmitglieder als Geislen nehme. Die Medien schlugen sich wie gewöhnlich auf die Seite des kapitalistischen Staates und schürten eine Anti-P-9-Stimmung: »Die Leitartikel in den yeitungen ermunterten P-9er immer und immer wieder, ihre ›Selbstmordmission‹ aufzugeben, während Schlagzeilen und Cartoons Gewalt mit Verzweiflung vermengten. Berichte über eine ›tiefe düstere Stimmung‹, ein ›letztes Aufstemmen‹ und ›ernste Gewalt‹ kamen häufig vor. Streikbrecher wurden in ›human interest‹-Geschichten porträtiert, während Berichte von Massenversammlungen und Lebensmittelkarawanen für die letzten Seiten bestimmt waren. Die Fernsehberichterstattung stützte sich auf montierte Ausschnitte mit viel Action und trug dadurch zum Eindruck exzessiver Gewalt bei. Auf diese Weise gaben die Medien der Basisbewegung ein verzerrtes Bild von sich selbst und verdrehten die Bilder von ihr, wie sie von der Außenwelt gesehen wurde.«[9] Und diese Berichterstattung diente natürlich auch der Legitimation der Repression der P-9 durch die kapitalistischen und staatlichen Kräfte. Schließlich unterlief die UFCW vollends den Streik der P-9er und vereinbarte im August 1986 mit Hormel einen Vierjahresvertrag, der das Lohnniveau wieder auf das Niveau von 1982 anhob, aber weder eine Garantie zur Wiedereinstellung der 700 von Hormel entlassenen Arbeiter enthielt noch Verbesserungen der Arbeitsbedingungen festschrieb. So versuchte die bürokratische Gewerkschaftszentrale wieder einmal, einer Basisbewegung die Kehle zuzuschnüren. Sie ging sogar soweit, ein revolutionäres Wandgemälde am »Labor Center« in Austin zu zerstören, das die P-9er Nelson Mandela gewidmet hatten. So sollte jede Spur des Widerstands der Basis ausgelöscht werden. Es ist wohl bezeichnend, daß UFCW-Präsident Bill Wynn zur gleichen Zeit den Gompers-Murray-Meany-Orden der AFL-CIO erhielt.

Der Kampf der P-9 hat gezeigt, daß es nötig ist, sich gegen die Konzessionen an die Korporationen zur Wehr zu setzen, zu kämpfen, um nicht noch weiter an die Wand gedrückt zu werden. Für Viele war der Hormel-Streik ein Wendepunkt, die Hoffnung auf eine »alternative« Arbeiterbewegung, deren Aktivitäten allein von der Basis bestimmt werden, die sich im Klaren ist, daß sie von Lane Kirkland und Kumpanen nichts zu erwarten hat. »Die Schlacht von Austin hat einen Funken entzündet«, meinte Mike Hargis im *Industrial Worker* vom Oktober 1986. »Wir müssen diesen Funken am Leben erhalten und die Flammen der Unzufriedenheit entfachen.« Die große Solidaritätswelle, die zur Unterstützung der P-9er das ganze Land erfaßte, läßt für die Zukunft hoffen. Die Aufgabe der IWW besteht darin, stets »dazusein« und ihre Lösung der Probleme den ArbeiterInnen anzubieten: die internationale Solidarität und den unablässigen Kampf gegen alle Formen der Herrschaft. »Als Mitglieder der IWW spielen wir eine sehr kleine Rolle«, meint Bill Culp von der IWW in Vancouver, »aber wir tun weiterhin unser Bestes, die Arbeiter über die Vorzüge des Syndikalismus und einer libertären sozialen Organisation zu informieren.« Sie hoffen, daß ihre Arbeit irgendwann einmal fruchtet. Am Schluß des Buches *The IWW: Its First Seventy Years* schreibt Patrick Murfin: »Die IWW lebt nicht nur, sie beginnt, in der Energie, Hingabe und Aktivität ihrer Mitgliederschaft zu gedeihen. Wir sehen den nächsten 70 Jahren mit Enthusiasmus entgegen.«

Anmerkungen:

Kontakt: Industrial Workers of the World, 3435 North Sheffield, Room 202, Chicago, Illinois 60657, USA.

1. Zitiert nach Joyce L. Kornbluh (Hg.): *Rebel Voices. An IWW Anthology* (Ann Arbor: University of Michigan Press, 1968), S. 355
2. Zit. nach Daniel Guérin: *Die amerikanische Arbeiterbewegung 1867–1967* (Frankfurt: Suhrkamp 1970), S. 105
3. Paul Jacobs und Saul Landau: *The New Radicals* (New York: Vintage Books, 1966), S. 42
4. Die meisten Informationen über die jüngere Geschichte der IWW stammen aus dem Buch *The IWW: Its First Seventy Years* (Chicago: IWW, 1976) von Fred Thompson und Patrick Murfin.
5. Jerry Calvert: *A Changing Radical Political Organization: The Wobblies Today*, Diss. Washington State University, 1972, S. 130–132
6. Mike Hargis: *Whatcha Done Lately: The IWW Since '75*, in *Industrial Worker*, 16.6.–15.7.1980
7. George Woodcock, *Anrchism Revisited* in *Contemporary Anarchism*, hg. Terry M. Perlin (New Brunswick, N.J.: Transaction Books, 1979), S. 31
8. Mike Hargis: *Whither the IWW*, in *Industrial Worker*, August 1979
9. Peter Rachleff: *The Hormel Strike: Turning Point for the Rank-and-File Labor Movement*, in *Socialist Review*, Nr. 89 (Sept-Oktober 1986), S. 94

Bei dem nachfolgendem Artikel handelt es sich um einen Vorabdruck eines kurzen Kapitels aus dem gleichzeitig erscheinenden Buch von ***Holger Jenrich »Die Anarchistische Presse nach 1945«, Trotzdem-Verlag, Grafenau 1988; 34.-DM.***

»Befreiung« – Zur Geschichte einer anarchistischen Zeitschrift

von Holger Jenrich

Januar 1952

„Befreiung"

Internes !

Hiermit geht es ins 4.Jahr hinein,daß"Befreiung"monatlich herauskommt. Der Anstoß zur Verbindung kam nach dem Kriege aus Sachsen,womit die Grundlage für"Befreiung"geschaffen wurde.Die Anreger in Sachsen sind se Nov.1948 wegen ihres Einsatzes für die Bewegung inhaftiert.Ein Gen.star in der Haft,und ein anderer,junger Genosse leidet an schwerer Tbc. Den andern geht es gesundheitlich noch so leidlich,was sie der Hilfe durch Pakete verdanken.Es ist jedoch dringend nötig daß mehr Solidarität ein= kommt,um den Genossen und Angehörigen zu helfen.

Die Finanzierung von"Befreiung" schleppte sich so hin,und ist teils auc gelegentlich außergewöhnlichen Spenden zu verdanken.Ein Teil der Gen. ist so arm,daß wir Ihnen "Befreiung "unentgeldlich zusenden.Mögen die welche es eben können,durch außergewöhnliche Solidarität helfen. Jedes Blatt kostet an Material mindestens 0,30,wenn nicht mehr bei den steige den Preisen.

Wie immer nach dem Kriege haben wir uns auch im vergangenen Jahr bemüht eine Zusammenarbeit aller antistaatlichen,freiheitlichen Kräfte anzureg und sie zu veranlaßen durch Versammlungen und Propaganda an die Öffent= lichkeit zu treten.Wir dachten dabei an Zusammenarbeit in den deutsch= sprachigen Gebieten,Westdeutschland,Österreich und der Schweiz. Leider ist dies noch nicht zustande gekommen.

Wir waren uns bewußt daß ein solches Zusammenarbeiten mancherlei Schwie rigkeiten bedingt,wegen der verschiedenartigen Ansichten.Vielleicht ist es auch besser daß die Ansichten nicht vermischt zusammen erscheinen.

Wir betrachten es als Aufgabe,in dem geistigen und daraus resultierende allgemeinen Chaos unserer Zeit,klare Auswege und Ziele zur Massenbefrei ung aufrechtzuhalten,und wünschen allen Gleichwollenden!Mut und Gesund= heit im neuen Jahr. Brüderliche Grüße: Die Zusammensteller.

Abrechnung vom 25.9.51.--25.12.51. Bestand am 25.9.--33,09ℳ. Einnahmen: für "Befreiung" W.G.H.20,00ℳ.--A.N.F.7,76ℳ.--H-Sch.M.6,00ℳ.-J.M.D.50,00 H.P.BW.4,00ℳ--O.P.D.1,00ℳ.--E.E.B.5,00ℳ.--W.B.W.6,00ℳ.H.B.O.10,00ℳ.--- J.K.(USA.)5 D.=20,85ℳ.(Okt.ber.angef.) Mülheim 26,00ℳ.Zus. 169,70ℳ. Ausgaben:Papier u.Matr.81,40ℳ.Porto 31,75ℳ.Farbe 9,00ℳ.Farbband,Kordel u.Klemmern zus.5,25ℳ. Insges.127,40ℳ. Bestand am 25.12.51. 42,30ℳ. Solidarität für pol.Inhaftierte u.Angehörige in der Ostzone ging vom 25 9.51.--25.12.51. ein : J.M.D. 50,00ℳ. O.M.(USA.) 5 D.==20,85ℳ.-O.P.D.4 H.Sch.M.4,00ℳ.W.B.W. 3,00ℳ. Mülheim 30,00ℳ. Nach Berlin gesandt dafür den Gesamtbetrag 112,00ℳ. Die erwähnten 5 D.=20,85ℳ.v.O.M.wurden eben= falls schon in der Oktobernr.angeführt. Berliner Gen.ersucht um Quitti rung dort eingegangener Solid.für Ostzone von P.K.1,20ℳ.-Fr.Gi.1,00ℳ.

Gründungsphase der ***Befreiung***

Bis 1947 dauerte es, ehe die in viele kleine Teile zersplitterte anarchistische Bewegung im Nachkriegsdeutschland so etwas wie ein inoffizielles gemeinschaftliches Organ vorweisen konnte. *Willi Jelinek*[1] hatte von Zwikkau aus mehrfach auf die Gründung eines solchen Blattes gedrängt und in den Rundschreiben seiner "Informationsstelle" die Idee über Jahre hinweg forciert: »Wo kann eine Zeitung gedruckt werden? Wer kann einen Vervielfältigungsapparat beschaffen...?«[2]

Lange Zeit tat sich nichts, die Rundschreiben führten weiterhin das provisorische Leben eines Mitteilungsorgans, Jelinek und sein »Zwickauer Kreis« wuchsen zu einer für den deutschen Nachkriegsanarchismus unentbehrlichen Gruppe heran:

»Je mehr sich die Tätigkeit des Zwickauer Kreises ausdehnte, desto gefährlicher wurde die Verbreitung seiner Rundschreiben und Diskussionsbriefe. Die kommunistischen Sicherheitsorgane schöpften Verdacht. Sie beauftragten Spitzel mit der Überwachung, wovon es wenigstens zweien gelang, die Anarchisten zu täuschen und ihr Vertrauen zu erwerben. Jelinek spürte, wie sich eine Schlinge um ihn zusammenzog. Er schrieb an Willy Huppertz in Mülheim/Ruhr, dem er vorsichtshalber die Abonnentenliste des ehemaligen *Proletarischen Zeitgeistes* übersandte, damit sie im Falle einer Verhaftung bei ihm nicht mehr gefunden werden konnte. Die beiden Männer kamen überein, die Rundschreiben künftig in Westdeutschland herauszugeben und von hier auch an Gesinnungsfreunde in der russischen Zone zu schicken. Dies geschah später in Gestalt der *Befreiung*. Man sollte nicht übersehen, daß der Grundstein dieses anarchistischen Blattes in Zwickau gelegt worden ist.«[3]

Willy Huppertz[4] beeinflußte in nachhaltiger Weise den deutschen Nachkriegsanarchismus; ein Mann, der sich schon seit jeher als Anarchist verstanden, jedoch niemals einer offiziellen anarchistischen Organisation angehört hatte. Nach der Befreiung aus dem Konzentrationslager Oranienburg im Mai 1945 ließ er sich wieder in seiner Heimatstadt Mülheim nieder. Der zunehmend enger werdende Kontakt zu Willi Jelinek stärkt Huppertz' Selbstbewußtsein. Nachdem er von den Zwickauer Genossen nicht nur die Abonnentenliste des alten Blattes *Proletarischer Zeitgeist* – quasi der Leserstamm für die neu zu gründende Publikation –, sondern auch eine Schreibmaschine sowie Geld für den Kauf einer Abzugsmaschine erhalten hatte, stand der Gründung der ersten wichtigen Zeitschrift des deutschen Nachkriegsanarchismus nichts mehr im Wege. Nach einigen abgezogenen Rundschreiben aus dem Jahr 1947, die noch keinen Titel trugen und deren Lesbarkeit an die Grenzen der Zumutbarkeit stieß, erschien im März 1948 die offizielle erste Nummer der *Befreiung* betitelten neuen Zeitschrift. Daß *Befreiung* letztendlich die langlebigste anarchistische Publikation im Nachkriegsdeutschland werden sollte, war nicht vorauszusehen.

Huppertz, der der *Befreiung* in den 40er Jahren den Untertitel »Sozialrevolutionäre Blätter« gab, stellte sich von Beginn an mit ungeheurer Disziplin der neuen Verantwortung. Monatlich erstellte er mindestens eines, mitunter auch zwei Hefte seiner Zeitschrift, die in den ersten Jahren, finanzieller Engpäs-

se wegen, als zusammengeheftete Sammlung hektographierter Blätter erschien. Deutlich wurde indes schon von Beginn an die politische Ausrichtung des Blattes: Huppertz propagierte deutlich seine anarcho-kommunistische Gesinnung mit gelegentlichen individual-anarchistischen Zügen.[5] Seine politische Vision vor Augen, scheute er sich nicht vor Kritik und Polemiken den Genossen der anderen anarchistischen Richtungen gegenüber. So distanzierte sich Huppertz von den Syndikalisten, denen er vorwarf, »daß jede zentralistische Organisation, ob Partei oder Gewerkschaft mit bezahlter Führung, ein Hemmschuh für Arbeiterbewegung und Aktionen im Sozialismus ist.«[6] Er beschimpfte die Räte-Anarchisten und ihre Idee, indem er keine Unterschiede zwischen Räterepublik und dem Parlamentarismus zu machen bereit war.[7] Den Individual-Anarchisten, deren Vordenker Stirner er aufgrund seiner Angriffe gegen jedwede Autorität in Schutz zu nehmen pflegte, bescheinigte er »ideologische Akrobatik« und einen »Mangel an Gemeinschaftssinn«.[8] Den Linksmarxisten um die Zeitschrift *Neues Beginnen* hielt er vor, auch Marx und Engels hätten zeitlebens nichts anderes als staatserobernde Tendenzen verfochten, und verwarf das ideologische Gerüst der »Internationalen Sozialisten«.[9] Die Gesell-Anhänger klammerte er gar vollkommen aus seinem anarchistischen Weltbild aus: »Wir betrachten sie als bürgerlich-reformistische Politiker beziehungsweise Schöngeister, die jeder grundsätzlichen anarchistischen Bewegung ablehnend gegenüberstehen.«[10]

Gescheiterte Kooperationen

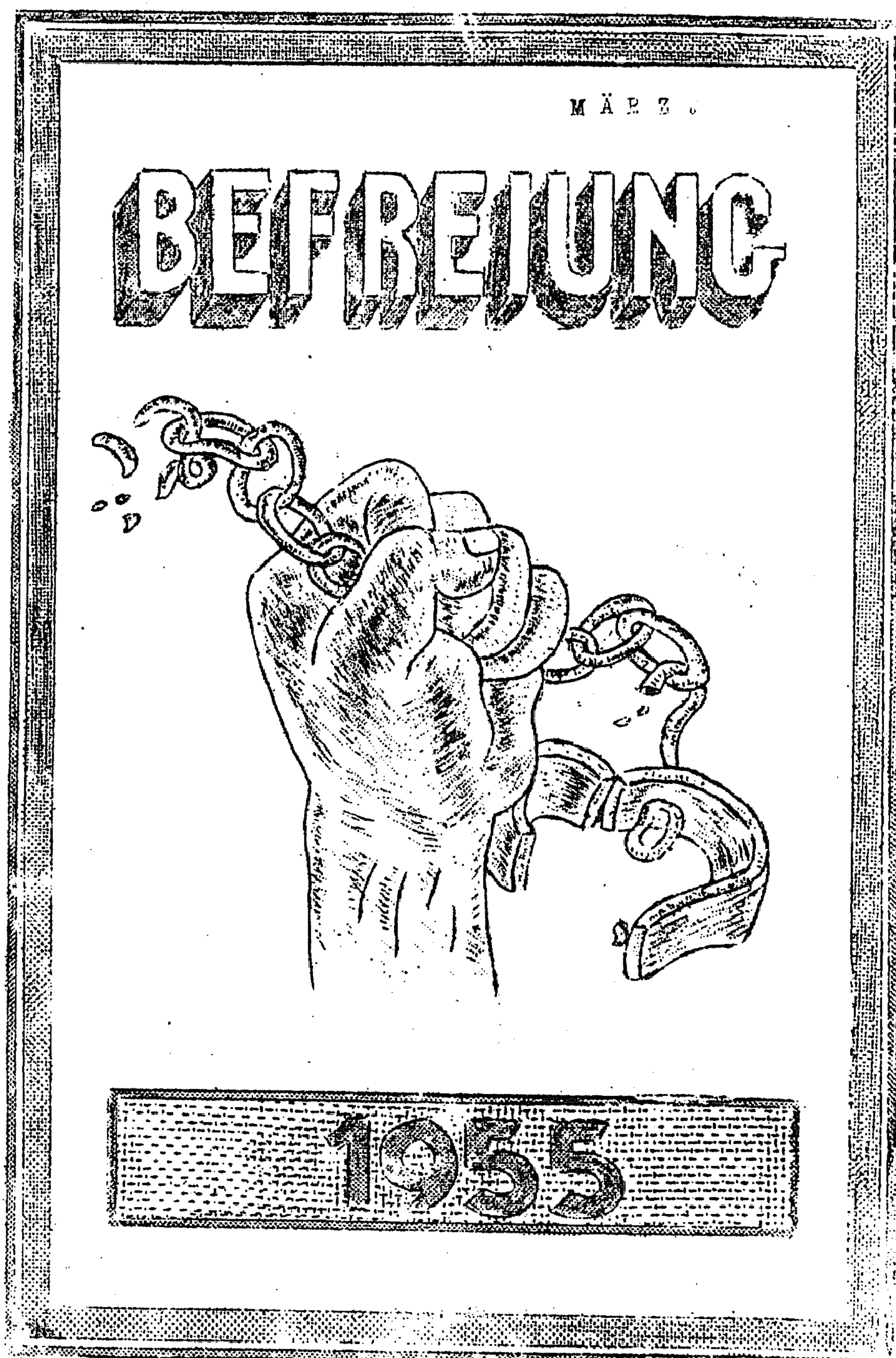
Trotz all dieser Anfeindungen galt Huppertz unter Deutschlands Anarchisten als ein auf dem Gebiet der Publizistik kompetenter Mann. Als am 27. Februar 1949 die erste Nachkriegs-Konferenz anarchistischer Gruppen in Düsseldorf die Herausgabe einer gemeinsamen Publikation beschloß, wurde nach längeren Überlegungen Huppertz mit der Erstellung dieses gemeinsamen Diskussionsblattes beauftragt. Die erste Nummer, so der Konsens der Konferenzteilnehmer, sollte im März 1949 erscheinen.

Großen Ehrgeiz, den Aufbau eines neuen Blattes zu forcieren, hegte Huppertz indes nicht. Entgegen dem Düsseldorfer Beschluß wurde kein neues Periodikum geschaffen, sondern lediglich eine Diskussionsbeilage zur *Befreiung*, die nur zweimal erschien. Der klammheimliche Versuch Huppertz', *Befreiung* als gemeinsames Organ aller deutschen Anarchisten zu installieren, stieß auf erhebliche Kritik. Vorgeworfen wurde ihm, *Befreiung* ungeachtet der gemeinsamen Beschlüsse als Verlautbarungsorgan einer einzigen anarchistischen Richtung anzusehen. Huppertz verließ dieser Kritik und anderer Dinge wegen vorzeitig die in Düsseldorf konstituierte lose Arbeitsgemeinschaft. Damit erledigte sich gleichzeitig das Projekt einer gemeinsamen anarchistischen Publikation.

Ungeachtet aller Schwierigkeiten, die seine Sturheit und Radikalität nach sich zogen, bemühte sich Huppertz um Kontakte innerhalb der deutschen anarchistischen Bewegung. Kaum hatte er der Düsseldorfer Arbeitsgemeinschaft den Rücken gekehrt, setzte er sich mit Rudolf Oestreich in Verbindung, der in Berlin das Blatt *Der freie Arbeiter* herausgab.[11] Nach längerer Diskussion beschlossen Huppertz und Oestreich, ihre beiden Blätter zusammenzulegen. Ab Mai 1950 erschienen erstmals die *Vereinigte(n) Blätter*. »Während Oestreich meist über aktuelle Fragen schrieb, beschäftigte sich Huppertz weiterhin mit den Grundsatzproblemen, wobei er keinen Schritt vom Wege des Anarcho-Kommunismus abwich. Die Gemeinsamkeiten lagen hauptsächlich im Antimilitarismus, in der Ablehnung gewerkschaftlicher Mitarbeit und in der Verneinung aller Formen des Rätesystems bis hinab zu den Betriebsräten. Auf diesen drei Grundlagen näherten sich die Berliner und die Mülheimer Gruppe, bis sie endlich beschlossen, gemeinsam eine neue Organisation zu bilden. Sie dürfte im September 1950 entstanden sein, eine offizielle Gründungsversammlung und einen offiziellen Gründungsbeschluß gab es nicht. Oestreich und Huppertz einigten sich auf den Namen *Unabhängige Arbeiterunion*.«[12]

Ab Dezember 1950 erschienen die *Vereinigte(n) Blätter* als Zeitschrift der »Unabhängigen Arbeiterunion«. Lange lebten diese Organisation und mit ihr die Zeitschrift jedoch nicht. Nachdem die Resonanz auf Union und Publikation mehr als schwach blieb, wurden der Verband aufgelöst und die Zeitschrift eingestellt. Oestreich und Huppertz schrieben dazu: »Wir schafften für das ganze Bundesgebiet die öffentliche Betätigungsmöglichkeit, aber leider machte man keinen Gebrauch davon. [...] Was nicht lebensfähig ist, sollte man nicht künstlich erhalten«.[13] Fortan gab es wieder die *Befreiung*. *Der Freie Arbeiter* erschien nicht mehr.

»Huppertz hatte sich im Laufe der Jahre ein wenig professionalisiert. Die *Befreiung* erschien jetzt beidseitig bedruckt, mit einem Impressum und ohne den überholten Untertitel »Sozialrevolutionäre Blätter«. Dafür verstand Huppertz sein Blatt nun als »Organ der



Föderation deutschsprachiger Anarchisten«, obwohl ein solcher Zusammenhang gar nicht existierte.«[14]

Unter Deutschlands Anarchisten nahm die Unzufriedenheit mit *Befreiung* deutlich zu, zumal Huppertz im Mai 1953 mit seinem in *Befreiung* abgedruckten »Anarchistischen Manifest« den Zorn etlicher Genossen auf sich gezogen hatte. Huppertz verwahrte sich energisch gegen die nun häufig vorgetragenen Vorwürfe der Anmaßung und Meinungsdiktatur. Einen Vorschlag, *Befreiung* nicht mehr als Organ der deutschsprachigen Anarchisten herauszugeben, sondern ihr eine deutlich persönliche Note zu verleihen, lehnte Huppertz schlichtweg ab. 1954 verlangten Hamburger Anarchisten abermals von Huppertz, *Befreiung* in ein Diskussionsorgan umzugestalten. Nicht ein einzelner sollte künftig über Inhalt und Ausrichtung des Blattes zu befinden haben, sondern eine Pressekommission, der auch Huppertz angehören sollte. Dieser lehnte jedoch auch die neuerliche Bitte um ein Mitbestimmungsrecht ab und veröffentlichte – als Gegenreaktion – kurz darauf ein erneutes Programm der nicht existenten »Föderation deutschsprachiger Anarchisten«, dessen Ausrichtung konsequenterweise strikt anarcho-kommunistisch war. Viele Anarchisten sahen sich aufgrund der Huppertz'schen Kompromißlosigkeit letztendlich vor die Frage gestellt, ob sie die Verbreitung der *Befreiung* weiterhin fördern sollten. Nachdem auch persönliche Gespräche mit Huppertz nichts an den verhärteten Positionen änderten, zogen Hamburger Genossen erste Konsequenzen. Sie versagten der *Befreiung* fortan ihre Anerkennung und gründeten im Juli 1955 mit *Information* eine neue Zeitschrift.

Huppertz brachte trotz des Bruchs mit einem Teil seiner Genossen weiterhin die *Befreiung* heraus, auch wenn die Auflage der Zeitschrift zu diesem Zeitpunkt lediglich 250–300 Exemplare betrug.[15] Seit Dezember 1955 erschien das Blatt mit einem neuen Untertitel: »Anarchistisches Organ«. Inhaltliche oder konzeptionelle Änderungen hatte der Wechsel des Untertitels nicht zur Folge. Huppertz beschritt seinen einmal eingeschlagenen Weg unbeirrt weiter und sah sich erst drei Jahre später in einer Sackgasse angelangt. Die Kritik an Form und Inhalt seiner Publikation war innerhalb der anarchistischen Bewegung derart laut geworden, daß auch Huppertz sie nicht mehr länger ignorieren konnte. Ende 1958 legte er schließlich die redaktionelle Betreuung der *Befreiung* nieder. Ab Anfang 1959 erschien das Blatt in Berlin, unter redaktioneller Verantwortung des alten Genossen Rudolf Oestreich, mit dem Huppertz knapp zehn Jahre zuvor den Versuch mit den *Vereingte(n) Blätter(n)* gestartet hatte.

Befreiung bekam unter der Redaktion Oestreichs eine andere Form und eine andere Ausrichtung. Der neue Verantwortliche änderte erneut den Untertitel und taufte das Heft in »Blätter für anarchistische Weltanschauung« um. Obwohl Huppertz gelegentlich noch Artikel mit anarchokommunistischer Tendenz für sein altes Blatt schrieb, bekam *Befreiung* durch die Berliner Redaktion nun unübersehbar antimilitaristische Züge – eine Folge der auch in anarchistischen Kreisen gewachsenen Sensibilität für das atomare Vernichtungspotential und die zunehmende Bedeutung der Anti-Atomtod-Bewegung.

Befreiung war erst kurze Zeit in der Verantwortung Oestreichs erschienen, da beschloß die »Konferenz deutschsprachiger Anarchisten« in Neviges auf Vorschlag von Otto Reimers aus Hamburg die »Schaffung einer einheitlichen Presse, einer gedruckten Zeitschrift, die als Verbandsorgan zwischen den Gruppen und zur Werbung Außenstehender dient.«[16] *Befreiung* und die in Konkurrenz zu ihr entstandene *Information* sollten dem Beschluß nach zusammengelegt werden und ab Januar 1960 unter dem Titel *Neues Beginnen* gemeinsam erscheinen. mit der Wiederaufnahme dieses Titels des einstigen Blattes der *»Internationalen Sozialisten«*[17] sollte die Notwendigkeit des Umdenkens und des nochmaligen Neubeginns symbolisiert werden.

Obwohl der Beschluß einstimmig getroffen worden war, wurde das geplante Projekt nie in die Tat umgesetzt. Wieder einmal scheiterte eine Professionalisierung der deutschen anarchistischen Presse an »persönlichen Reibungen, an Richtungsstreitereien zwischen den Gruppen, am Konflikt zwischen Tradition und Fortschritt.«[18] *Information* und *Befreiung* erschienen weiterhin separat, das Projekt *Neues Beginnen* wurde verworfen.

Nachdem Oestreich, der *Befreiung* nun von der »Anarchistischen Vereinigung Berlins« herausgeben ließ, schwer erkrankt war, übernahmen verschiedene Genossen kommissarisch das Blatt. Erfolg war ihnen nicht beschieden. Erst erschwerte 1961 der Bau der Berliner Mauer die Arbeit der »Anarchistischen Vereinigung«, dann brach nach dem Tode Oestreichs 1963 auch die Westberliner Rest-Organisation zusammen. Um *Befreiung* überhaupt am Leben erhalten zu können, übergaben die Berliner die redaktionelle Verantwortung erneut nach Mülheim zu Willy Huppertz.

Ab Januar 1963 – der 16. Jahrgang des Blattes hatte gerade begonnen – fungierte der Mülheimer Alt-Anarchist abermals als Herausgeber und Redakteur der *Befreiung*. Wiederum brachte er seine Publikation auf deutlich anarcho-kommunistischen Kurs, gab der *Befreiung* durch die gelegentliche Veröffentlichung von Fremdartikeln andersdenkender Anarchisten aus Hamburg oder Berlin jedoch eine versöhnliche Note. Der langjährige Ärger innerhalb des anarchistischen Lagers schien ob der ungewohnten Liberalität Huppertz' wie fortgeblasen. Die ehemali-

Aug 58

befreiung

blätter für anarchistische weltanschauung

ge »Anarchistische Vereinigung Berlins« stellte Huppertz ihre Schreibmaschine und einen neuen Abzugsapparat zur Verfügung. Zudem wurden die ehemaligen Leser der mittlerweile wieder eingestellten *Information* aufgefordert, erneut *Befreiung* zu abonnieren, sie finanziell zu unterstützen und zu verbreiten.

Doch die Periode der Zufriedenheit währte nicht lange. Schnell gab Huppertz erneuten Anlaß zur Kritik, weil er *Befreiung* weiterhin als anarchistisches Meinungsmonopol zu nutzen sich anschickte. Bestrebungen, neben dem Mülheimer Blatt Mitte der 60er Jahre ein zweites anarchistisches Periodikum zu installieren, verliefen im Sande.

Vielen Anarchisten blieb wieder einmal nichts anderes übrig, als die *Befreiung* als »Löschblatt« zu brandmarken und es zu ignorieren. Bis zum Ende der 60er Jahre dauerte es, ehe *Befreiung* erneut eine inhaltliche und redaktionelle Umstrukturierung erfuhr.

Die Phase nach der Studentenbewegung

Bis zum Beginn der Studentenbewegung existierte *Befreiung* als Bindeglied der anarchistischen Gruppen weiter, ohne besondere Aufmerksamkeit zu erregen oder sich besonderer Zuneigung innerhalb der anarchistischen Bewegung in der Bundesrepublik sicher zu sein. Willy Huppertz steuerte weiterhin unbeirrt auf anarcho-kommunistischem Kurs, wagte aber, aufgrund seiner stetigen Isolation in der eigenen Bewegung, die eine oder andere überraschende ideologische Öffnung. So räumte er beispielsweise intellektuellen anarchistischen Theoretikern wie Reinhold Ellenrieder schon 1967 breiten Raum ein, damit dieser versuchen konnte, einem an sich Intellektuellen-feindlichen Publikum seinen Entwurf des »Kybernetischen Anarchismus« nahezubringen. Ellenrieders Hoffnungen, die *Befreiung* zu seinem eigenen Blatt umfunktionieren und die Redaktion schrittweise von Mülheim, nach Berlin verlegen zu können, scheiterten letztendlich am Desinteresse der Leser und an Huppertz' weiteren publizistischen Ambitionen. Nach zwei umfangreichen Beilagen im Jahre 1968 verabschiedete sich Ellenrieder wieder von der *Befreiung*.[19]

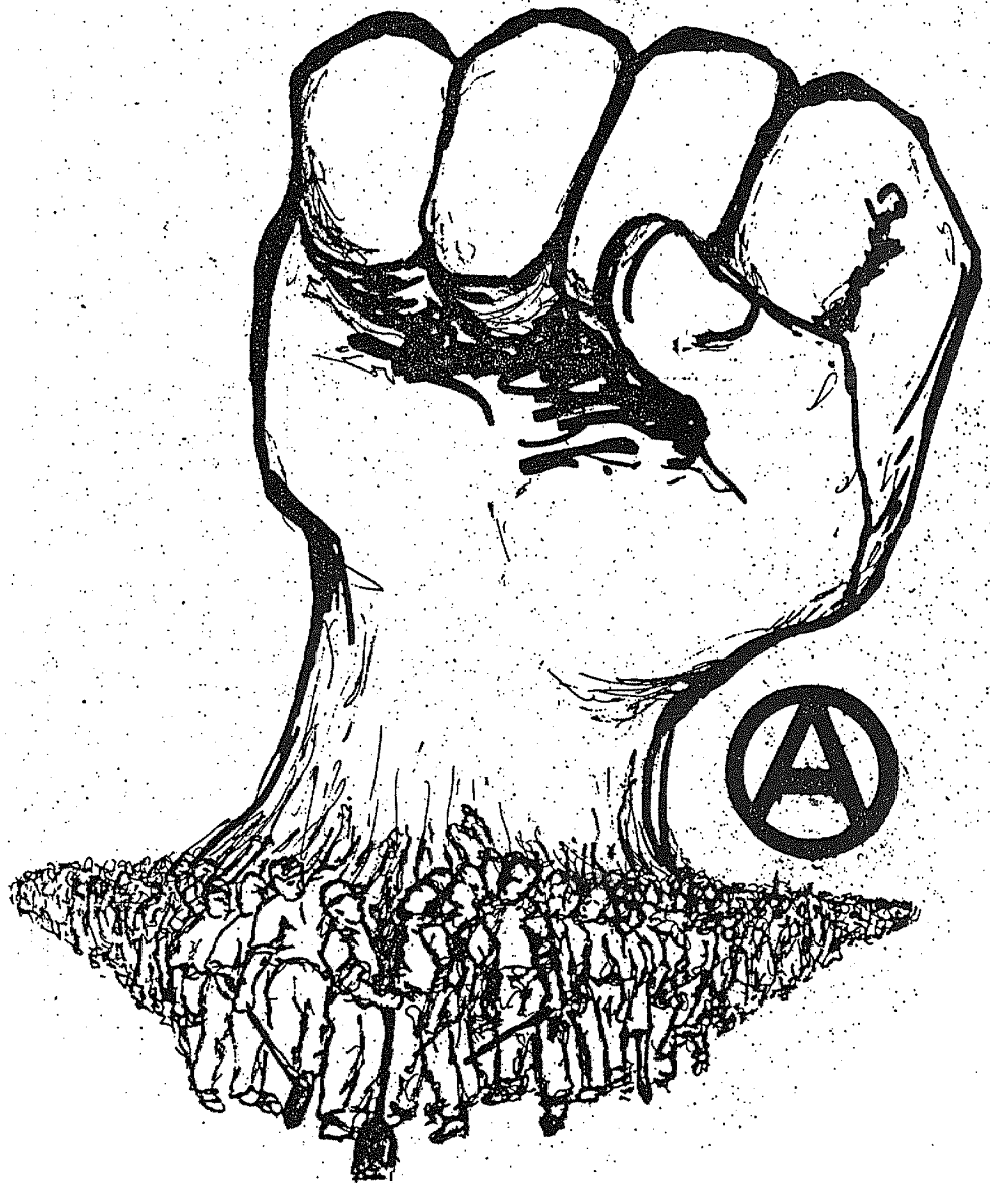
Noch im gleichen Jahr vollzog *Befreiung* eine nicht für möglich gehaltene Richtungsänderung. Herausgeber Huppertz und die Leser kamen fast ausschließlich aus der Arbeiterbewegung und derem intelligenzfeindlichem Teil:

»Ihr teilweise vom Proletkult bestimmtes Ressentiment war so tief eingewurzelt, daß es nicht auf einmal absterben konnte. Die Studenten erschienen als Besserwisser und Schnösel. Statt sich belehren zu lassen, wollten sie eher die Arbeiter und alten Anarchisten belehren.«[20]

Vorbeigehen konnte Huppertz jedoch nicht an den neo-anarchistischen Strömungen, die, ausgelöst vom Pariser Mai 1968, unübersehbar auch in die Bundesrepublik getragen worden waren. Spätestens, als der deutsche Altanarchist Rudolf Krell 1968 auf der Gründungskonferenz der »Internationale der Anarchistischen Föderationen« (IFA) im oberitalienischen Carrara die *Befreiung* als »zu klein für die anarchistische Bewegung in Deutschland« bezeichnete und ein größeres Organ« forderte, das »die Studentenunruhen nachhaltig beeinflussen« könnte[21], war Huppertz zum Handeln aufgefordert. Nachdem der Plan der französischen Anarchistischen Föderation gescheitert war, eine deutschsprachige Ausgabe ihrer Zeitschrift zu erstellen und in der Bundesrepublik zu vertreiben, sprang Huppertz Ende 1968 über seinen eigenen Schatten und veröffentlichte einen Beitrag des im Pariser Mai durch radikales Denken und Handeln hervorgetretenen Studentenführers Daniel Cohn-Bendit in *Befreiung*. Es folgten etliche Buchbesprechungen über den Linksdradikalismus und im laufe der Zeit »trotz ihrer distanzierten Haltung mehrere überwiegend positive Stellungnahmen zur Studentenbewegung – über Dutschke, Cohn-Bendit und die Provos«.[22]

Die merkbare Öffnung der *Befreiung* für die militante neo-anarchistische Bewegung provozierte einmal mehr den Unmut der alten anarchistischen Genossen um Otto Reimers oder Alfred Weiland. Da sie dem neuen Anarchismus der »Anarchos« weder mit Sympathie noch mit Hoffnung begegneten, stellten sie jegliche Mitarbeit an dem Mülheimer Blatt ein und vereinbarten die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift.[23]

Ab September 1969 war nicht mehr Willy Huppertz allein, sondern ein neues »Redaktionskollektiv« für *Befreiung* verantwortlich. Das Blatt aus Mülheim hatte sich ungeachtete der harschen Kritik vieler Altanarchisten zu einem Bindeglied zwischen dem alten und dem neuen Anarchismus entwickelt und gab dem breiteren inhaltlichen Spektrum nun auch in kollektiven Strukturen Ausdruck. Doch nachdem sich auf dem Hamburger



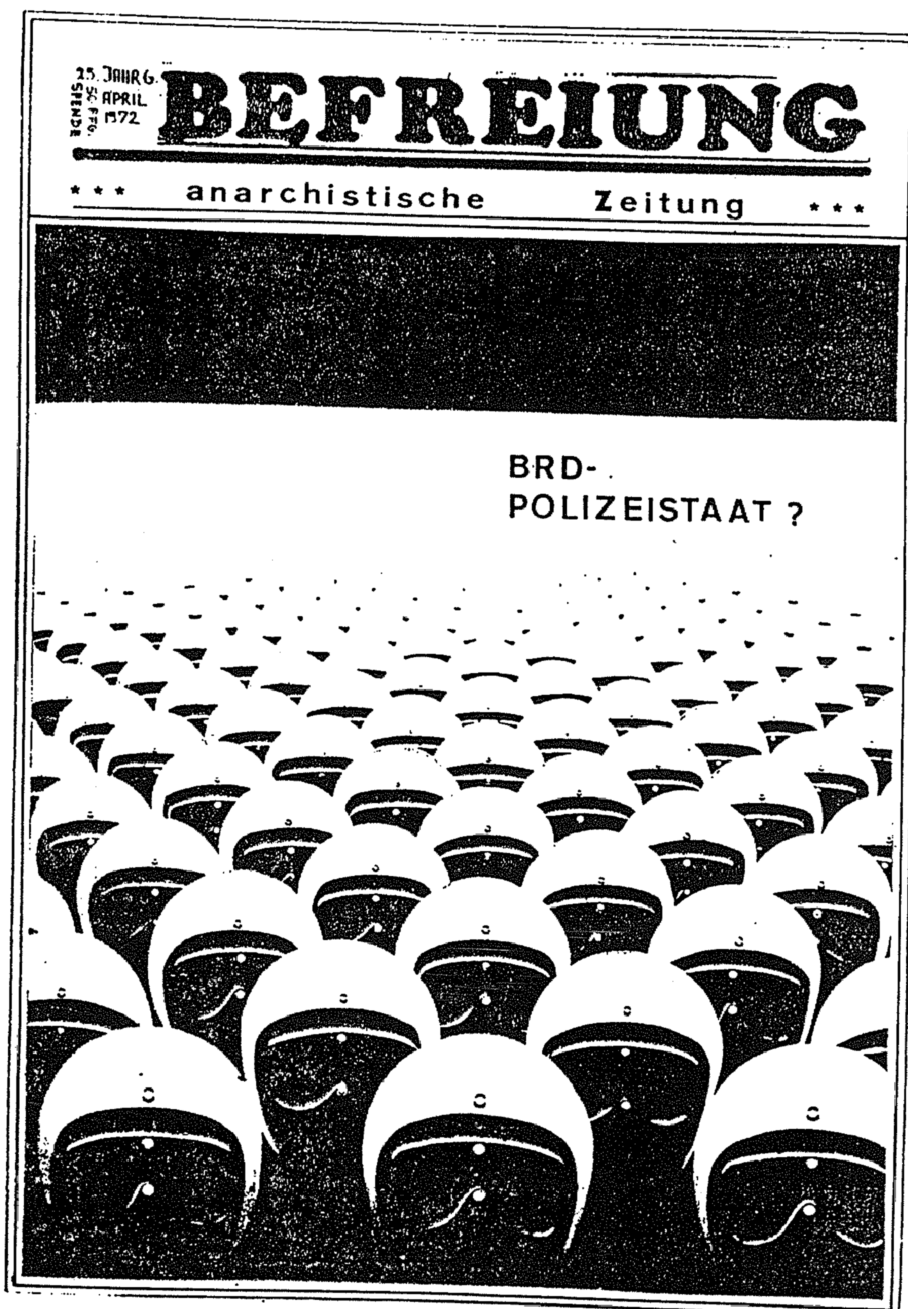
Pfingsttreffen 1970, das die Gründung einer bundesdeutschen Anarchistischen Föderation hatte bringen sollen, alte und junge Anarchisten stritten und bekämpften, stellten Uwe Timm, Günter Freitag und Michael Grüttner ihre erst kürzlich aufgenommene Arbeit im neuen Redaktionskollektiv der *Befreiung* wieder ein. Auch war durch die Gründung des *Anarcho-Infos* die *Befreiung* ihrer Meinung nach überflüssig geworden. Ab Mai 1970 erstellte Huppertz *Befreiung* wieder in alleiniger Verantwortung. »So war es denn einsam geworden betreffend regelmäßiger Schreiber im Sommer 1970. Bezüglich Herstellung und Versand war ich vordem und auch dann sowieso auf mich allein gestellt.«[24]

Die "Kölner" *Befreiung*

Ab Herbst 1970 jedoch änderte sich das Gesicht der *Befreiung* von Grund auf. Zwei junge Anarchisten aus Köln waren auf das Blatt aufmerksam geworden und boten dem alleingelassenen Herausgeber der *Befreiung* ihre Mitarbeit an. Sie schlugen Huppertz vor, *Befreiung* künftig in Köln zu erstellen und den alten Genossen somit vom Gros der Arbeit zu entlasten. Huppertz, der sich vieler Vorbehalte dem neuen Anarchismus gegenüber entledigt hatte, akzeptierte das Angebot. Im Oktober 1970 übergab er die Redaktion der *Befreiung* an das u.a. von Ralph Aurand zwischenzeitlich mitbegründete »Anarcho-syndikat« in Köln.

Im November 1970 erschien *Befreiung* erstmals unter Kölner Verantwortung und in gänzlich neuem Gewand. Die Zeitschrift bestand nicht länger aus hektographierten grünen oder rosaroten Blättern, sondern war im Offset-Verfahren auf weißem Papier gedruckt, versehen mit Illustrationen auf der Titelseite und im Heftinnern. Die neue Redaktionsmannschaft stellte sich ihrenLesern mit erstaunlichem Optimismus vor:

»23 Jahre hat der Genosse Willy Huppertz nahezu alleine die Befreiung herausgegeben, in einer Zeit, in der nicht nur die anarchistische Bewegung, fast gänzlich liquidiert in den faschistischen KZs, gegenüber der herrschenden Reaktion eine hoffnungslos verlorene Sache zu sein schien.
Das erneute Anwachsen unserer Bewegung hat es nun möglich und erforderlich gemacht, anarchistische Propaganda in größerem Umfang zu betreiben und an den Erfordernissen des aktuellen Kampfes zu orientieren. Deshalb wird Befreiung jetzt von einem Redaktionskollektiv verfaßt, in dem der Genosse Willy Huppertz selbstverständlich weiter mitarbeitet.«[25]



Der Einfluß Willy Huppertz' schwand im Laufe der Zeit jedoch merklich. Die Kölner Anarchos sorgten nicht zuletzt stilistisch für den Beginn einer neuen Ära der *Befreiung*. Das nun in der Zeitschrift vorherrschende Vokabular erinnerte an den Black-Panther-Jargon und an den der Berliner Untergrundblätter. Polizisten, Richter und Politiker wurden fortan »pigs« (Schweine) tituliert, mit der Maschinenpistole statt der schwarzen Fahne wurde ein neues Symbol des Widerstands eingeführt. Das neue Redaktionskollektiv, dem neben Huppertz ein Dutzend junger Männer und Frauen angehörte, ging mit spürbarem Eifer an die Arbeit, schrieb bissig, pointiert, radikal zu aktuellen Fragen und grundsätzlichen Problemen. Gleich von der ersten in eigener Verantwortung erstellten Ausgabe verkauften die Kölner »Anarcho-Syndikat'ler« an die 1000 Exemplare im Handverkauf, nachdem die *Befreiung* zuletzt von Willy Huppertz an ganze 350 Interessenten verschickt worden war.[26]

Daß der neue Ton und das neue Aussehen der traditonsreichen *Befreiung* vor allem den alten Lesern nicht gefielen, war anhand erboster Anrufe und Zuschriften abzulesen. Willy Huppertz selbst rechtfertigte in der Dezembernummer 1970 das neue optische und inhaltliche Konzept und stellte sich schützend vor seine jugendlichen Mitstreiter:

»Nachdem eine Kölner Gruppe Jüngerer die Novembernummer *Befreiung* herausbrachte, Jüngerer, die sich konsequent für den Anarchismus entschieden, in einer Zeit, wo mancherlei kleinbürgerliche oder marxistische Tendenzen sich als ›antiautoritär‹ behaupten, erfolgten durch ältere Anarchisten und Leser der *Befreiung* kritsche Zuschriften, die meinten, *Befreiung* sei in eine gewaltsame und rüde Tendenz übergegangen.
Ich stelle die Frage, in welchem System wir leben? Doch wohl im kapitalistischen, wo durch Staatsgewalt gestützt, die Beherrschung, Ausbeutung und Entrechtung von Menschen betrieben wird. ... Wollen wir als Anarchisten uns heute und in Zukunft von allen notwendigen Gewalthandlungen im Kampf gegen Herrschaft distanzieren? Der Einsatz der Jüngeren erfolgt in antistaatlicher, anarchistischer Zielsetzung. ... Freuen wir Alten uns, wenn junge, energische Freunde mit uns kämpfen.«[27]

Auch in der Folgezeit ließ Huppertz dem Kölner Redaktionskollektiv bei der Erstellung der *Befreiung* größtenteils freie Hand. Huppertz lieferte der Redaktion nur noch sporadisch längere Artikel, die zumeist als Beilage erschienen. So war einer seiner Texte »Rätesystem oder freie Gemeinschaft« überschrieben. Während er selbst als kommunistischer Anarchist das letztere System favorisierte, verfocht das Kölner »Anarcho-syndikat« mit Vehemenz die Räte-Theorie.

Ab Mitte 1971 war der redaktionelle Einfluß Willy Huppertz'Bnahezu gleich Null. Fortan kümmerte er sich ausschließlich um die Verwaltung des Geldes sowie um die Abonnentenkartei und war zudem für die weiterhin zahlreichen Beschwerden seitens alter Anarchisten zuständig, die sich mit der neuen

Ausrichtung der *Befreiung* gar nicht anfreunden konnten: »Die Zeitung hat sich meiner Ansicht nach zu einem oberflächlichen Radau- und Revolverblatt entwickelt. In diesem Sinne gibt die jetzige *Befreiung* unseren Gegnern das beste Wasser auf die Mühle.«[28]

Die Kölner »Anarchos« hatten in der Zwischenzeit ihre erste Krise gemeistert, nachdem sie im Mai 1971 wegen Arbeitsüberlastung nicht in der Lage waren ein Heft herauszubringen. Ab März 1972 erschien *Befreiung* mit dem Untertitel »Anarchistische Zeitung«, im Mai 1972 mit dem ersten farbigen Titelblatt. Die erhöhte Verbreitung der Publikation hatte auch eine erhöhte Aufmerksamkeit der Behörden zufolge. Am 7. Februar 1972 wurde *Befreiung* in Köln und Mülheim beschlagnahmt wegen angeblicher Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe, wegen »Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland« und »Volksverhetzung«. Drei Jahre später wurde der seit Oktober 1974 als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts und als Kontaktadresse fungierende Ralf Stein von der Polizei verhaftet. Die presserechtliche Verantwortung übernahm kommissarisch Uli Dillmann. Willy Huppertz hatte seit Januar 1974 keinerlei Funktion mehr inne. Auch die Finanzen und die Abonnentenverwaltung der *Befreiung* wurden mittlerweile von Köln aus erledigt.

Die polizeilichen Ermittlungsverfahren gegen *Befreiung* sowie die Verhaftung des presserechtlich Verantwortlichen, Ralf Stein, brachten das nun schon seit 27 Jahren existierende anarchistische Blatt in Bedrängnis. *Befreiung* konnte in den ersten Monaten des Jahres 1975 nicht erscheinen:
»Leider findet sich so gut wie kein Drucker mehr bereit, die Befreiung zu drucken. Das hängt nicht zuletzt von den zunehmenden Repressionen des Staates und seiner Strafverfolgungsbehörde ab, besonders die ›linken Drucker‹ ragen hier bei der Weigerung, uns zu drucken, heraus.«[29]

Ab Mai 1975 gelang der Zeitschrift wieder ein regelmäßiges Erscheinen. Der für Stein als presserechtlich Verantwortlicher eingesprungene Uli Dillmann gab das Blatt nun im eigenen »Verlag Neue Kultur« heraus. Einher ging damit eine letzte, nun endgültige inhaltliche Kurskorrektur. *Befreiung* verlor die erst unter Kölner Regie erworbene räte-kommunistische Ausrichtung sowie das mitunter allzu aufgesetzt wirkende revolutionäre Pathos und wandte sich vollständig dem Anarcho-Syndikalismus zu. Im Unterschied zum klassischen Anarcho-Syndikalismus, der sich einerseits nach Industriezweigen und andererseits nach Berufen organisierte, sollten nach dem in *Befreiung* postulierten Modell die Berufsverbände wegfallen und durch territoriale Vereinigungen ersetzt werden. Die Grundsatzforderung nach »Klassenkämpferischer Gewerkschaftsbewegung ohne bonzenhafte Demokratie« löste innerhalb der Leserschaft und der gesamten anarchistischen Bewegung heftige Diskussionen aus, »die in ihrer Breite und Länge für die deutsche Anarchobewegung beispiellos« waren.[30] Letzten Endes hielten sich Zustimmung und Ablehnung innerhalb der anarchistischen Bewegung in etwa die Waage; ihre Skepsis verloren jedoch auch die Befürworter nicht. »Insgesamt kann festgestellt werden, daß die meisten deutschen Anarchos für die Schaffung einer anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft sind, aber nochschwanken, ob sie innerhalb oder außerhalb des DGB ansetzen sollen.«[31]

Der neue anarcho-syndikalistische Kurs der *Befreiung* wurde auch nach der Haftentlassung Ralf Steins und dessen Wiedereintritt als presserechtlich Verantwortlicher im Juni 1976 beibehalten. Neben der Diskussion um die Gründung einer syndikalistischen Gewerkschaft im eigenen Land widmeten sich die Redakteure und Mitarbeiter der Kölner Zeitschrift nun auch vermehrt internationalen syndikalistischen Themen. Im Zuge dieser Neuorientierung erschienen ab 1976 die vom – mit der Redaktionsmannschaft der *Befreiung* verflochtenen – »Komitee Freies Iberien« herausgegebenen *Iberien-Nachrichten* als Beilage der *Befreiung*. Das zu Beginn von Uli Dillmann, ab Nr.6/1976 von Ralf Stein verantwortete Blatt, das auch unabhängig von *Befreiung* vertrieben wurde, informierte in deutscher Sprache über die aktuellen politischen Entwicklungen in Spanien und Portugal.

Nachdem sich im Oktober 1976 die syndikalistische »Initiative Freie Arbeiter Union« (I-FAU) gegründet hatte, fand *Befreiung* mehr und mehr eine konkrete politische Heimat. In der Folgezeit arbeiteten die Redakteure des Blattes eng mit der neuentstandenen Gruppe zusammen, ohne *Befreiung* jedoch zum offiziellen Organ der I-FAU umzufunktionieren.[32] Nach einer mehrmonatigen Pause erschien *Befreiung* Anfang 1978 zum letzten Mal, weiterhin ohne direkte Anbindung an die I-FAU, aber doch als Sprachrohr des anarcho-syndikalistischen Verbandes:
»Wir, die wir die Befreiung machen, treten für die FAU ein, sind in ihr aktiv, sind anarcho-syndikalistische Anarchisten«[33] das Ende der traditionsreichen anarchistischen Zeitschrift war indes nicht mehr aufzuhalten. Die Herausgeber beklagten vor allem die fehlende Unterstützung durch anarcho-syndikalistische und andere anarchistische Gruppen:



BEFREIUNG

anarchistische zeitung

28. Jahrgang —— 7/75 —— 50 Pf. empf.



»Die Schwäche der deutschen anarchistischen Bewegung ... spiegelt sich sicherlich in der *Befreiung* wieder: die anarchistische oder libertäre Bewegung trägt sie gegenwärtig nicht, sondern konsumiert sie – zum größten Teil jedenfalls.«[34]

30 Jahre nach ihrer Gründung, nach wechselvoller Geschichte mit diversen Wechseln der Herausgeber und etlichen politischen Neuorientierungen, wurde *Befreiung* 1978 endgültig eingestellt. Den Verlust der langlebigsten anarchistischen Publikation im Nachkriegsdeutschland suchte die im Rahmen der I-FAU neugegründete Zeitschrift *Direkte Aktion* auszugleichen.



BEFREIUNG

anarchistische zeitung

30. Jahrgang 7/77 1.00 DM empf.

Anmerkungen

Die Faksimiles stammen aus dem adz, Wetzlar und dem Trotzdem-Archiv.

1 Willi Jelinek (?-1952) überlebte als eines der wenigen Mitglieder der ehemaligen »Allgemeinen Arbeiterunion/Einheitsorganisation« (AAUE) die nationalsozialistische Gewaltherrschaft. Aufgrund seines unermüdlichen Engagements für die anarchistische Idee wurde Jelinek am 10. November 1948 in seiner Zwickauer Wohnung von zwei sowjetischen Offizieren verhaftet und ins ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen, das nun als Internierungslager für politische Gegner des kommunistischen Systems diente, verbracht. Im Straflager Bautzen starb Jelinek schließlich am 20. März 1952. Die Todesursache blieb ungeklärt. (Jelinek-Briefe im *Trotzdem-Archiv*)

2 Rundbrief der Zwickauer »Informationsstelle«, 1.Jg., Nr.1/1946, S. 11f.

3 Günter Bartsch: Anarchismus in Deutschland, Bd.1: 1945–1965 (Hannover 1972), S. 57. Die erwähnte Zeitschrift *Proletarischer Zeitgeist* erschien als Organ der AAUE von 1922 bis 1933 in Zwickau.

Willy Huppertz (1904–1978), Schlosser, kam erstmals als 21-Jähriger mit freiheitlich-sozialistischen Ideen in Kontakt. Nach seiner Wandlung vom christlichen Sozialisten zum Atheisten besuchte er Versammlungen der syndikalistischen *Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD)* und beteiligte sich aktiv an der Verbreitung der Zeitschrift *Proletarischer Zeitgeist*. Im Zuge der Machtübernahme der Nationalsozialisten kam Huppertz im Frühjahr 1933 in Schutzhaft. Nach seiner Entlassung verstärkte er seine Kontakte innerhalb der anarchistischen Bewegung. Im Anschluß an das gescheiterte Attentat auf Hitler vom 20.Juli 1944 wurde der bei einem großen Elektrokonzern in Mülheim beschäftigte Huppertz verhaftet und ins Konzentrationslager Oranienburg gebracht. Nach der Befreiung des Lagers durch russische Truppen im Mai 1945 begann Huppertz schnell wieder mit anarchistischer Tätigkeit.

5 Bartsch, aaO, S. 131

6 *Befreiung*, 2.Jg., Nr.13/1949, S. 10

7 Bartsch, aaO, S. 139

8 ebda., S. 139f.

9 ebda., S. 140

10 Rudolf Oestreich (1878–1963), Metallarbeiter, war als Gründer die zentrale Figur der »Föderation Kommunistischer Anarchisten Deutschlands« (FKAD). Er verlieh der 1919 gegründeten Organisation den ausgeprägt anarcho-kommunistischen Zug sowie die Antipathie gegenüber den Anarcho-Syndikalisten (FAUD). Vor dem 1.Weltkrieg verantwortete er das *Mitteilungsblatt der Föderation der Kommunistischen Anarchisten Deutschlands* und gab nach dessen Einstellung bis 1933 die Zeitung *Der freie Arbeiter* heraus, die [es schon vor dem 1. Weltkrieg als Zeitung der AFD (Anarchistische Föderation Deutschlands) gegeben hatte und die] er 1949 für zwei Jahre erneut aufleben ließ.

12 Bartsch, aaO, S. 149f.

13 *Vereinigte Blätter*, 2.Jg., Nr.7/1951, S. 2

14 Bartsch, aaO, S. 229

15 ebda., S. 254

16 Neviges-Protokoll, zit. n. Bartsch, aaO, S. 254

17 Von 1947–1950 veröffentlichten die »Internationalen Sozialisten« um Alfred Weiland in Berlin monatlich die hektographierte Zeitschrift »Neues Beginnen«.

18 Bartsch, aaO, S. 267

19 Reinhold Ellenrieder gründete wenig später den »Arbeitskreis für anarchistische Philosophie« und veröffentlichte die Zeitschrift *Anarchie*.

20 Bartsch, Bd.2/3 (Hannover 1973), S. 123

21 ebda., S. 142

22 ebda., S. 149

23 Die *neues beginnen* betitelte Zeitschrift erschien von 1969 bis 1971 in Hamburg.

24 Brief von Willy Huppertz, in: *Anarcho-Info*, 2.Jg., Nr.11/12, 1971, S. 56

25 *Befreiung*, 23.Jg., Nr.11/1970, S. 2

26 Bartsch, Bd.2/3, S. 171

27 *Befreiung*, 23. Jg., Nr.12/1970, S. 2

28 Brief von Hugo Paegel an Willy Huppertz vom 15.12.1971

29 *Befreiung*, 28.Jg., Nr.7/1975, S. 2

30 Bartsch: Der neue Anarcho-Syndikalismus, in: *Studien von Zeitfragen*, 15. Jg., Nr.3/1976, S. 11

31 ebda., S. 13

32 Als offizielles Organ der I-FAU (heute FAU) dient seit 1977 die Zeitschrift *Direkte Aktion*

33 *Befreiung*, 31.Jg., Nr.1/1978, S. 2

34 ebda.

von Jörg Auberg

MEDIENKRITIK

MEDIENKRITIK

Teil 1

I

»Wir leben in einer Epoche ohne Zukunft«, schrieb *Simone Weil* in einem Essay aus dem Jahre 1934 (*Unterdrückung und Freiheit*; Rogner & Bernhard/2001, 1987). »Die Erwartung des Kommenden ist nicht mehr Hoffnung, sondern Angst.« Das Grauen des Zukünftigen spiegelt sich im Grauen des Gegenwärtigen, besonders dann, wenn sich dieses Stechschrittland, »wo es aufwärts geht, aber nicht vorwärts« (*H.-M. Enzensberger*), in den Medien als Schlaraffenland präsentiert, wo Probleme erkannt und Gefahren gebannt werden. Hab Spaß am Erfolg denk positiv die Milch macht's! Fröhlich, köstlich, prima, alles bestens. Sa ja zu Crunchy Nut. Alle lieben Bill Cosby. Nun erzählen Sie doch mal, Herr Cohn-Bendit, wie war das damals 68 mit der Revolution? Wir haben sie so geliebt . . . Mit Somat bieten sich Ihnen glänzende Aussichten . . . Everything's all right, be happy . . . We of the TV age are cool (*McLuhan*) . . . and now a message from letter V . . . World series 1987! It's great zu be here . . . J. hits a ground ball to shortstop . . . Krazy Kats meets Ignatz Mouse in Kokonino County, throwing cartoon bricks at each other . . . You dont't need a weatherman to know which way the wind blows. . . . A hard rain is gonna fall . . . Dig it, kid? It's TV, nothing but TV!

II

Vor nicht allzu langer Zeit zog ein kanadischer und inzwischen verwesender Literaturprofessor namens Marshall McLuhan in die Medienwelt hinaus, um den Unwissenden zu verkünden, das Fernsehen verwandle als *das* Medium des elektrischen Zeitalters den Planeten in eine »globales Dorf«, bevölkert von einer neuen »Stammesgemeinschaft« mit synopotischer Sinneswahrnehmung. Doch der Begriff der Gemeinschaft beinhaltet Qualitäten von direkter Realitätserfahrung, direkter Kommunikation, aktiver Teilnahme an Entscheidungsprozessen und kreativer Mitgestaltung des sozialen Lebens. Im Zusammenhang mit dem Massenmedium Fernsehen diesen Begriff ins Spiel zu bringen, ist im besten Fall absurd und realitätsfern zu nennen, denn das Fernsehen wendet sich an ein Massenpublikum, an eine Masse von solitär, isoliert voneinander und verstreut lebenden Individuen, auf die mit Salven und Tönen und Bildern eingeschossen wird, ohne daß ihnen die Möglichkeit einer Antwort auf diese Attacken bleibt. Standardisierte Formen, Formate, Genres und stereotypisierte Szenarien, Plots, Charaktere und Figurenkonstellationen tragen zur Bildung einer passiven, verläßlichen Masse von Konsumenten bei, welche das bekommen, was sie erwarten sollen.

Darüberhinaus halten Standardisierung und Stereotypisierung (wie besonders die US-TV-Produktion zeigt) die Produktionsko-

sten gering, ermöglichen eine Fließbandarbeit mit hohem Produktionsausstoß, und diese Billigproduktionen können vor allem in Lateinamerika, Afrika und Asien mit hohen Profiten abgesetzt werden, während die eigenen lokalen Produktionen aufgrund der in diesen Ländern wenig entwickelten TV-Technologie chancenlos bleiben. In Nigeria beispielsweise kostete 1974 eine 30-Minuten-Episode aus US-Produktionen £ 35–40, längere Episoden £ 80–110.

Gleich den missionarischen Glaubensfeldzügen des 18. und 19. Jahrhunderts dient die exportierte US-Fernsehkultur seit den 50er Jahren als Herold des Uncle-Sam-Imperiums, verspricht große Verheißungen und versorgt die Welt mit Bildern des wunderbaren,unbeschwerten Lebens in Cockaigne – Made in USA, und die US-Konzerne machen dabei ein hervorragendes Geschäft. Über Jahre hin finanzierten Colgate-Palmolive, Coca-Cola, Pepsi-Cola, Ford und General Motors US-Programme in Übersee, um ihre Produkte an die ohnehin schon auf das Widerlichste ausgebeuteten Menschen in diesen Ländern zu verkaufen. So verwundert es nicht, daß der autoritäre Über-Vater Ben Cartwright mit seinen absonderlichen Söhnen selbst freitags über die nigerianischen Bildschirme galoppierte und dort ein ums andere Mal die amerikanischen Werte verteidigte. McLuhan träumte als naiver Globaltrottel vom »globalen Dorf«, das sich jedoch als globale Ponderosa (oder aktueller: als globale Southfork Ranch) erweist. Mit der Fernsehkultur hat sich das US-Kapital eine nahezu unerschöpfliche globale Bonanza gesichert.

Doch wäre es zu kurzsichtig, das Fernsehen nur nach ökonomischen Aspekten zu beurteilen.

III

In einer entfremdeten und fragmentisierten Gesellschaft, in der die Menschen winzige Bereiche des sozialen Lebens bewohnen und kaum über das gesellschaftliche Ganze Kenntnis haben, beziehen sie sich bei der Suche nach Orientierungspunkten auf die Massenmedien und in erster Linie auf das Fernsehen. Gern wird das Fernsehen sowohl von den MedienarbeiterInnen als auch von vielen Politikniks als »Fenster in die Welt« beschrieben, als »Spiegel«, der die Realität reflektiere, »wie sie ist«, doch das Fernsehen wirkt mit all seinen Auslassungen, Vergrößerungen, Verkleinerungen, Verkürzungen, Verwirrungen und Verzerrungen eher wie ein Spiegelkabinett desorientierend und kann dazu beitragen, daß der Unterschied zwischen Realität und Abbild nicht mehr zu erkennen ist. Das Fernsehen reflektiert nicht die Realität, sondern es prägt sie und die Gestalt der Gesellschaft. Es ist Lieferant von Begriffen, Idolen, Identifikationen, Informationen, Verhaltensanleitungen, emotionaler Spannung, Werte- und Interpretationssystemen, Symbolen und Sprache und prägt auf seine Weise das tägliche Bewußtsein.

In diesem Prozeß agieren das Fernsehen und andere Medien natürlich nicht allein: Schule, Familie, Betrieb, Wissenschaft und Kunst (also all jene Institutionen, die unter dem Begriff »kultureller Apparat« zu fassen sind) leisten ihre Beiträge zur Akkulturation und gestalten kontinuierlich das Bewußtsein. Aber dennoch kommt den visuellen Meiden eine besondere Rolle zu, vor allem durch ihre Eindringlichkeit, ihre Penetrierung des Alltags, ihre fast ununterbrochene Präsenz, ihren verhältnismäßig unaufwendigen Zugang, ihren symbolischen Gehalt, ihre Simplifikation und Instant-aneität. Sie benennen Partikel der Realität, und das, was nicht benannt wird, wird gerade durch die Nicht-Erwähnung als irrelevant deklariert. Es sind eben nicht die fundamentalen Rhythmen des alltäglichen Lebens, die Tag um Tag erfahrene Ausbeutung, Unterdrückung, Diskriminierung, Inauthentizität und Unfreiheit, die akzentuiert werden, sondern all das, was einen Novitäts- und damit Tauschwert vorweisen kann.

Das Fernsehen, und was in ihm keine Erwähnung findet, ist eben nicht ›real‹. ›Realität‹ in den visuellen Medien ist das Spektakel; die Routine fällt unter den Tisch und wird ertragen. Indem die Alltäglichkeit des Leidens unter der Herrschaft im öffentlichen, medialen Diskurs verschwiegen wird, erfährt sie eine Abdrängung ins sprachlose Abseits, aus dem sie nicht mehrherauskommt. Sie erscheint nicht als Problem, sondern als Notwendigkeit und Unabänderlichkeit.

Aber die Aufgabe des Fernsehens besteht ja auch nicht in der Problematisierung bestehender Herrschaftsverhältnisse, sondern gerade in deren Affirmation, in der Vermittlung von Herrschaftsideologie, die auf die Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten zum bestehenden System ausgerichtet ist.

MEDIENKRITIK

IV

Ein Gesellschaftssystem, das zwar in seiner formalen Struktur und nach seinem verfassungsmäßigen Statut demokratisch organisiert erscheint, doch in dem politische, ökonomische und militärische Eliten alleinige Verfügungsgewalt besitzen, muß ständig einen allgemeinen Konsens zum bestehenden System produzieren, um dessen Existenz zu gewährleisten. Dies wird nicht allein dadurch erreicht, daß Menschen geknebelt und unterjocht werden, sondern auch dadurch, daß sie die »geistige und moralische Führung« (Gramsci) von Eliten anerkennen und sich ihr unterordnen. Ihre ideologische Hegemonie ist ein System von konstitutiven und konstituierenden Bedeutungen und Werten, die umgekehrt in der praktischen Erfahrung bestätigend wirken. Sie bildet so ein Verständnis von Realität für die meisten Menschen in der Gesellschaft, ein Verständnis von Realität innerhalb eines begrenzten Rahmens, über den nur wenige hinauskommen können. Ihre Wahrnehmung von Realität spielt sich in den von den hegemonischen Eliten vorgegebenen Koordinaten ab, und der Sinn jeglicher Hegemonie fundiert sich in der Selbst-Identifikation des Individuums mit den hegemonischen Ausprägungen und Wucherungen, bewirkt durch eine ›internalisierte‹ Sozialisation, die gegenüber dem Bestehenden ›positiv‹ sein soll; ist sie es nicht, so soll das, was existiert, zumindest als notwendig, unausweichlich und unabänderlich anerkannt werden.

Die hegemonischen Eliten, die im staatlichen Organisationsgebilde die dominierenden Funktionen ausüben, profitieren davon, daß sich das Machtgefüge nicht auf eine kleine Gruppe von Herrschenden konzentriert; vielmehr unterteilt es sich in politische, ökonomische, bürokratische und kulturelle Sphären von Spezialisten, die voneinander zwar eine gewisse Autonomie zu entwickeln scheinen, doch der Mechanismus, der sie zusammenhält, ist die herrschende Ideologie als Mittel zur Beibehaltung des bestehenden gesellschaftlichen Systems und der Kontrolle über divergente Gruppen und Klassen.

Ideologische Hegemonie ist aber keine statische Struktur, sondern ein gelebter Prozeß, der sich an Erfahrungen, Beziehungen und Ereignissen orientiert, sich ständig verändert. Sie muß fortwährend erneuert, verteidigt und modifiziert werden. Sie ist dann effektiv, wenn ihre Institutionen zu einer Totalität verschmelzen, sich im Zusammenspiel miteinander verstärken und einen Panzer gegen Widerstände bilden. Oppositionen entstehen immer wieder, doch zumeist werden sie entweder erfolgreich in das bestehende System absorbiert oder an den Rand gedrängt und eliminiert.

In diesem Prozeß kommt dem Fernsehen die Aufgabe zu, die Grenzen für den politischen Diskurs abzustecken. Durch Selektion, Auslassung, Hervorhebung und Akzentuierung gestaltet es die Wahrnehmung von Realität. Indem JournalistInnen lediglich ihrer ›Aufgabe‹ in ihrem Beruf nachkommen, dienen sie den Definitionen der Realität und damit den Interessen der politischen undökonomischen Eliten. Diese haben ein Interesse an gesellschaftlicher Stabilität, »daß es bleibt, wie es ist«; JournalistInnen haben ein Interesse daran, die ›neuesten‹ Nachrichten unters Volk zu bringen, sie ›interessant‹ zu gestalten und die Menschen stets ›auf dem laufenden‹ zu halten. Sie bestimmen, was einen Nachrichtenwert besitzt, was kommentiert und interpretiert wird. Ihr Kodex enthält Begriffe wie ›Aktualität‹, ›Unparteilichkeit‹, ›Objektivität‹ und ›Glaubwürdigkeit‹, mit denen sie ihre Arbeit zu legitimieren suchen.

V

MedienarbeiterInnen bilden sich etwas darauf ein, ›so aktuwell wie möglich‹ zu berichten und die ›entscheidenden‹ Fakten zu liefern. Aber gerade diese Fetischisierung von Aktualität und Fakten führt dazu, daß sich die Aufmerksamkeit auf das unmittelbar Gegenwärtige konzentriert, ein Ereignis aus seinem Kontext gerissen wird, Zusammenhänge und Verbindungen kaum erkennbar sind. Fakten, nicht Komplexe, stehen im Mittelpunkt des Interesses; sie werden zum Gegenstand der ›öffentlichen Diskussion‹; sie scheinen dem Publikum die Wahl zu lassen, was von ihnen zu halten oder was mit ihnen anzustellen sei. Die in der Realität vorgefundenen und ideologisch ausgewählten Fakten werden in Meldungen und Bildberichte verpackt und in den Nachrichtenmagazinen ›objektiv‹ präsentiert.

Nachrichten, gleichgültig ob sie einen Super-GAU, eine Erdbebenkatastrophe oder den Tod von Pa Cartwright alias Lorne Greene behandeln, werden in einem einförmigen, emotionslosen Tonfall und Rhythmus dem Publikum dargeboten, den Eindruck erwekkend, daß es nichts auf diesem Planeten (und darüber hinaus) gibt, über das im Fernsehen nicht ›objektiv‹ berichtet werden könnte. Ob H.-J. Friedrichs oder Dan Rather – sie sind ›tough‹; was es in der Welt zu sehen gab, ha-



ben sie gesehen; nichts kann sie in ihrer ›Professionalität‹ erschüttern, jeden Giftgastoten und jeden Verstümmelten können sie in ihrem monotonen Rhythmus verpacken. Was immer der Inhalt der Nachricht auch sein mag, die implizite Botschaft ist: ›Macht's euch bequem, Leute. Es gibt nichts, worüber ihr euch aufregen müßtet. Alles geht seinen geordneten Weg; alles ist unter Kontrolle, und wenn's nicht unter Kontrolle ist, könnt ihr sowieso nichts tun. Kümmert euch nicht, und wenn's euch kümmert, kümmert euch auf unsere Art. Was immer zu verstehen ist, wir verstehen es, und wenn wir's nicht verstehen, kann es niemand. Wir sind die Erklärer der Welt und der Realität!‹

Damit befinden sich diese MedienarbeiterInnen in der gleichen Rolle wie die mittelalterlichen Priester, die ein Monopol auf die Auslegung der Realität besaßen, bestimmte ideologische Perspektiven im Sinne der Herrschenden verbreiteten und die globale Hegemonie des Papsttums förderten. Diese wurde erst durch die Einführung des Buchdrucks, der das Monopol der kirchlichen Buchproduktion durchbrach, und den aufkommenden nationalistischen Protestantismus unterminiert, ohne daß sich aber dadurch fundamentale Veränderungen zugunsten der Menschen durchgesetzt hätten. An die Stelle alter Dogmen traten neue; das System der Unterdrückung wurde ›reformiert‹ und modifiziert.



VI

Gleich ihren priesterlichen Vorgängern amplifizieren die heutigenBMedienarbeiterInnen Repräsentationssysteme, die das bestehende soziale System legitimieren. Die Priester predigten ihren Kirchengemeinden, daß die Machtstruktur göttlich sanktioniert sei; ihre NachfolgerInnen lassen keine Gelegenheit aus, um das Publikum darauf hinzuweisen, daß die Machtstruktur durch ›demokratische Wahlen‹ legitimiert sei. Die MedienarbeiterInnen von heute sind wie die priesterlichen Ideologieverbreiter in das dominante Herrschaftssystem integriert, orientieren sich an den verinnerlichten gesellschaftlichen Konsensnormen, so daß ein direkter Eingriff von Seiten der politischen und ökonomischen Eliten relativ selten stattfindet. Die MedienarbeiterInnen haben, wie das Bundesverfassungsgericht einmal feststellte, »integrierend in das Staatsganze« zu wirken, und so formen sie den gesellschaftlichen Konsens, indem sie sich an ihm orientieren und gleichzeitig ihn reflektieren, so daß sie den dominanten Interessen innerhalb des Staates Geltung verschaffen.

Der Anschein, von politischen und ökonomischen Gruppen wie auch vom Staat selbst ›unabhängig‹ und ›unparteilich‹ zu sein, ist notwendig, um in den Augen des Publikums als ›glaubwürdig‹ gelten zu können. Wie wichtig dieser Schein für die Herrschenden ist, zeigte sich im Pariser Mai 1968, als das Regime das Fernsehen als offenes Propagandainstrument gegen die Revoltierenden einsetzte. Die große Diskrepanz zwischen dem, was auf den Straßen und in den Fabriken tatsächlich vorging, und dem, was auf den Fernsehschirmen erscheinen durfte, war zu offensichtlich. Die Folge war, daß die ORTF-JournalistInnen in den Streik traten, nicht unbedingt weil sie sich mit den Revoltierenden solidarisieren wollten, sondern weil sie nicht mehr ›objektiv‹ arbeiten konnten und ihre ›Glaubwürdigkeit‹ gefährdet sahen.

Allein die vorgebliche ›Unparteilichkeit‹, die das Fernsehen als Medium für das gesellschaftliche Ganze erscheinen läßt, ist Voraussetzung für die Sicherung des Konsens ›der Nation‹. So ist im Fernsehen viel vom ›nationalen‹ oder ›allgemeinen‹ Interessen die Rede, was aber nichts anderes als das besondere Interesse von herrschenden Eliten ist. Wenn ZDF-Intendant Stolte von einer »nationalen Verpflichtung« des Fernsehens redet, so ist dies eine Verpflichtung gegenüber dem Staat, der, wie seine bestellten Vertreter gern behaupten, ein Instrument zum Schutz ›des Lebens‹ und von ›Minderheiten‹ sei. Daß es sich bei diesen ›Minderheiten‹ nicht beispielsweise um Sinti und Roma, sondern um politische und ökonomische Eliten handelt, wird dabei geflissentlich verschwiegen.

VII

Die Macht des Fernsehens rührt nicht so sehr daher, was es sagt, sondern vielmehr daher, was es nicht sagt.

Denn es affirmiert nicht nur ständig den Status Quo, sondern verhindert gleichzeitig, essentielle und fundamentale Fragen über die Struktur des Systems zu stellen und alternative (oder besser: radikale) Visionen einer anderen Gesellschaft aufzuzeigen. Der öffentliche Diskurs spielt sich im Rahmen der in den Parlamenten vertretenen Parteien und deren Meinungen und Interpretationen ab. Es ist ein System des doppelten Betruges, das die Sphäre öffentlicher Debatten auf das ›Zentrum‹, die berühmt-berüchtigte ›Mitte‹ der Gesellschaft zusammenpreßt und gleichzeitig die Illusion erzeugt, als sei diese Sphäre frei und offen, pluralistisch, jedem und jeder ohne Beschränkungen zugänglich. Doch Mei-

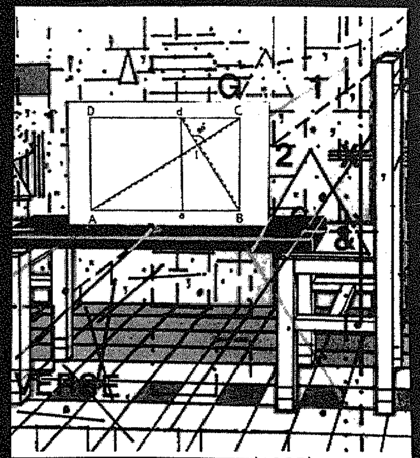


Photo: Herby Sachs

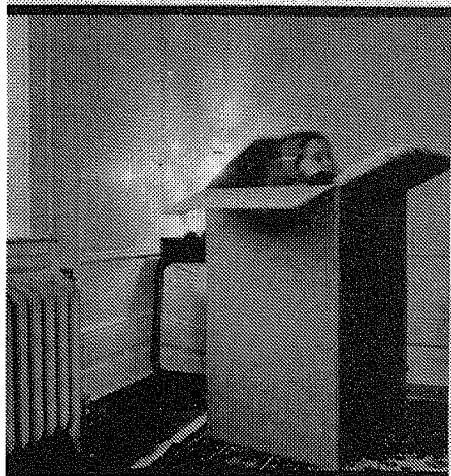
nungen und Interpretationen, die vom ›Konsens‹ abweichen,wird schlichtweg die Relevanz abgesprochen, und sie werden als ›extremistisch‹, ›verantwortungslos‹ oder ›abenteuerlich‹ deklariert. So war das Geschrei groß, als während der Lorenz-Entführung Horst Mahler seine Beweggründe für den Verbleib im Knast erklären und ungehindert ›agitieren‹ durfte (»Vorwärts mit dem Aufbau der KPD!«), ohne daß sich eine öffentlich-rechtliche, freiheitlich-demokratische, der Ausgewogenheit verpflichtete Diskussionsrunde diesem ungeheuerlichen Vorgang anschloß. Die maßgebenden FersehmacherInnen glaubten ihr Medium von Staat und Terroristen mißbraucht, ja geradezu vergewaltigt, hatten sie sich doch die Aufgabe gestellt, ›den Bürger‹ kritisch und ohne Rücksicht auf die Mächtigen im Staat zu informieren, und nun beugte sich der ohnmächtige Staat dem heimtückischen und verwerflichen Treiben diabolischer Terroristen, die nicht nur, bösartig wie sie nun einmal waren, den Staat in die Knie zwingen, sondern auch die Rundfunkfreiheit in infamer Weise zerstören wollten. Vor solchen Übergriffen mußte das Fernsehen in Zukunft geschützt werden. Es konnte doch nicht angehen, daß das Fernsehen seine kritische Unabhängigkeit verlor.

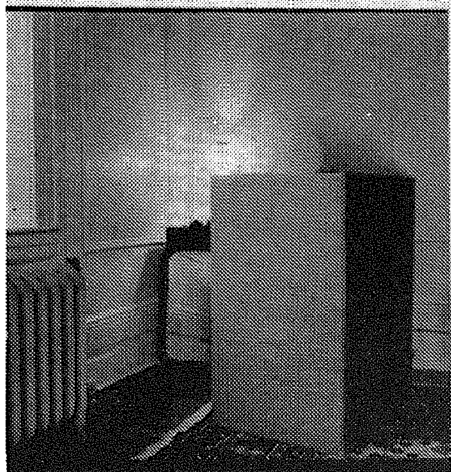
Trotz allem tauchen von Zeit zu Zeit vereinzelt Radikale auf, doch eben nicht als gleichberechtigte DiskutantInnen, sondern als exotische AbweichlerInnen; nicht in den ›politischen‹ Sendungen, sondern im Programm der Kultur und Unterhaltung. So traten beispielsweise vor einiger Zeit der trotzkistische Professor *Ernest Mandel* und ein Schweizer Anarchist (dessen Namen ich leider vergessen habe) gemeinsam in einer Talk-Show auf. Nachdem sie über den Bankrott des bürgerlich-kapitalistischen Systems Einigung erzielt hatten, gerieten sie sich über den Entwurf einer zukünftigen Gesellschaft, über die Frage der Dezentralisation und der föderativen Organisation in die Haare und trugen so zur Unterhaltung des Publikums bei. Obwohl sie radikale Positionen zur Sprache brachten, führte dies nicht dazu, daß nun Tausende die *Workers Vanguard* oder den *Schwarzen Faden* abonnierten. Die beiden Radikalen ließen sich in den vorgegebenen Rahmen zwängen und entsprachen den von den Medien projiezierten Bildern von Radikalen, wobei besonders der Anarchist den herrschenden Erwartungen nachkam. Konnte Mandel noch vom Prestige und der ›Autorität‹ des radikalen Akademikers zehren, so agierte der Anarchist, ohne den medialen Rahmen zu beachten: emotional, impulsiv, auf Individualität pochend, sichtlich engagiert. All dies diskreditiert den Schweizer Anarchisten in keiner Weise; im Gegenteil, es spricht für ihn, doch im rituellen Kontext des Fernsehens mußte er in dena Agen eines ›konditionierten‹ Publikums als Exot gelten, der außerhalb der politischen Konventionen und damit außerhalb der politischen Legitimität stand. Um im Fernsehen wirkungsvoll agieren zu können, müssen besondere Kommunikationsstrategien entwickelt werden.

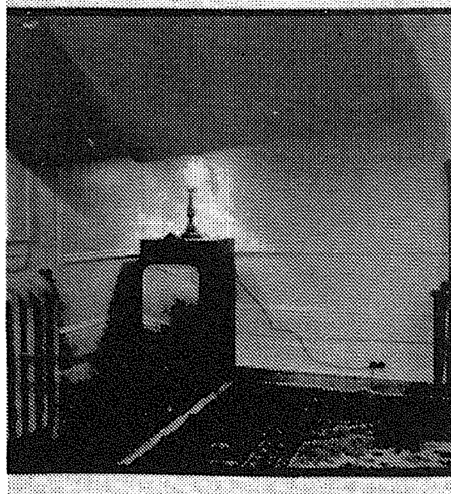
Ein anderes Beispiel ist der Film *Die lange Hoffnung* der Medienwerkstatt Freiburg, der im März 1984 zu später Stunde im ZDF lief und laut Statistik immerhin von 800 000 Menschen gesehen wurde, was der libertären Bewegung jedoch kaum nützte, eher schon der Reputation des ZDF als ›liberaler‹ Sendeanstalt. Es mochte daran liegen, daß dort ein historisches Ereignis in ›revolutionärer Nostalgie‹ beleuchtet wurde, ohne daß es gelang, Beziehungen und Verbindungen zu der Situation und dem Kontext, in dem die ZuschauerInnen lebten, herzustellen. Es war Geschichts-Verpackung, isoliert und abgetrennt, Anarchismus als hübsch verschnürte Antiquität, die keinem wehtat. Vielleicht ist











er dasauch.

»In einer viel komplizierteren Gesellschaft mit Computern, planetarischen Dimensionen einer Weltwirtschaft brauchen wir viel größere Geister als Marx oder Bakunin; wir sind so blöd, daß wir auf's 19. Jahrhundert zurückgreifen. Wenn die Technologien die des 20. Jahrhunderts sind, warum dann nicht auch die Ideologie, die Philosophie und die Politik; denn die Politik befindet sich auch immer noch im 19. Jahrhundert.«

(Abraham Guillen, in: Die lange Hoffnung; *(im Buch!), Trotzdem-Verlag, 1985).*

Teil 2

VIII

Eine wichtige Aufgabe von Ideologie besteht darin, ihre Opposition zu definieren und sie per definition zu eliminieren, sei es durch Absorption oder physische Zerstörung. Die Omnipräsenz und Zentralisation der Massenmedien wie auch ihre Integration in das Netz des ökonomischen und staatlichen Apparats schaffen für Oppositionsbewegungen Bedingungen, die nicht mehr allein durch die Konfrontation mit Polizei, Armee und Justiz charakterisiert sind. Medien sprechen ein entscheidendes Wort mit, wenn es um Identität und Existenz von Bewegungen geht. Wie eine Studie von E. F. Dowell aus dem Jahre 1939 (*The History of Criminal Syndicalism Legislation in the United States*; rpt. Da Capo Press, 1969) erläutert, diente das arg verzerrte Bild der IWW in den Medien, wo sie als eine »Bande« von »Brandschatzern«, »Bombenlegern«, »Terroristen«, »Handlangern« der Sauerkrautfresser und später der Bolschewiki denunziert wurde, als Legitimationsgrund für die Kriminalisierung, für die Etablierung der anti-syndikalistischen Gesetze, für die Einkerkerung und Lynchung vieler Wobblies.

Auch auf die Black Panthers Party (BPP) hatte das Medienbild einen nicht unbeträchtlichen Einfluß. Ursprünglich als Selbstschutzorganisation für Afro-AmerikanerInnen gegründet, wurde sie aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes von den Medien als militärische Organisation definiert, die den ›Rassenkrieg‹ anstrebe. Berichte konzentrierten sich auf die Uniform und das Gewehr, welche eigentlich nur ein neues afro-amerikanisches Selbstbewußtsein gegenüber der rassistischen Polizei demonstrieren sollten, nun aber zu den einzigen Merkmalen eines Black Panthers wurden, während das 10-Punkte-Programm der BPP und die Arbeit in den Communities unerwähnt blieben. Schlimmer noch: Die Medien stürzten sich auf ›Führer‹ wie *Huey P. Newton, Bobby Seale* und *Eldrige Cleaver*, erhoben sie zu Medien-›Stars‹ und entfremdeten sie so ihrer Basis in den Communities. Wie Huey P. Newton in *Revolutionary Suicide* (Harcourt, Brace & Jovanovich, 1973) schreibt, war es besonders Cleaver, der der durch die Medien hochgeputschten revolutionistischen Rhetorik und Militanz zum Opfer fiel, für den Revolution mit der Erstürmung der Barrikaden mit der Waffe in der Hand gleichbedeutend war, während er sich an der Arbeit in den Communities kaum beteiligte. Seine Identität wurde maßgeblich von den Medien-Vorstellungen mitgepägt.

Heute haben die visuellen Medien den Alltag entscheidend penetriert, und so wird es zunehmend schwieriger, daß sich Oppositionsbewegungen wirklich eigenständig definieren, zu sehr haben die Medien das Bewußtsein und die Realität schon verpackt.

IX

Außerparlamentarische Bewegungen werden als ›Störenfriede‹ und ›Unruhestifter‹ aufgefaßt, die mit ihren Politikformen die ›Spielregeln‹ des ›parlamentarisch-demokratischen‹ Systems verletzen. Statt den traditionellen Weg von der Peripherie der Gesellschaft zu den Lobbyisten und dem Mainstream der Macht zu gehen, nehmen sie die Straße als politischen Kommunikations- und Artikulationsort für sich und ihre Ziele in Besitz, sind nicht durch irgendwelche ›demokratische‹ Wahlen formal ›legitimiert‹ und werden von den herrschenden Eliten als Bedrohung von Ruhe und Ordnung betrachtet, als ›anmaßend‹ und ›irrelevant‹ bezeichnet. So lassen die ›vom Volk‹ gewählten Politikniks keine Gelegenheit aus, um zu betonen, sich keinesfalls dem »Druck der Straße« beugen zu wollen, oder mit anderen Worten: Bei uns wird die Politik immer noch nach guter alter Art in den Hinterzimmern gemacht, und wie aus gut informierten Kreisen aus dem Orbit des Innenministeriums zu erfahren war, soll, kann und wird sich daran in der nächsten Zeit auch nichts ändern. Da dieser Sauerkrautstaat aber der freiheitlichste ist, der je von deutschem Boden ausging, besteht freilich (noch) ein Recht auf freier Meinungsäußerung und Demonstration, doch soll dies in geordneten Bahnen verlaufen, und DemonstrantInnen ist strengstens untersagt, die innere Sicherheit, Ruhe und Ordnung sowie Moral zu gefährden. Allein dadurch, daß sie auf die Straße gehen, stellen sich die DemonstrantInnen außerhalb des Konsens, und dies schlägt sich auch in der Medienberichterstattung nieder.

Der TV-Bericht über eine Demonstration reißt dieses Ereignis aus seinem Kontext, erklärt kaum Zusammenhänge und Beziehungen, die zur Demonstration führten, reduziert die politischen Inhalte auf wenige Worte, wenn überhaupt; bestimmte Symbole werden von den Kameras in Großaufnahme registriert, während andere unbemerkt vorüberziehen; die Zahl der TeilnehmerInnen wird zumeist bewußt niedrig angegeben; zudem wird der Bericht häufig von anderen Berichten über die ›hohe Politik‹ (zwei Politiker schütteln sich gegenseitig die Hände, grinsen in die Kamera und werfen sich auf die bereitgestellte Couch) eingerahmt, was die Beiläufigkeit der Demonstration im Kontext des Weltgeschehens unterstreichen soll. In vielen Fällen ist auch die Rede von den »zumeist jugendlichen Demonstranten«. Vordergründig eine ›objektive‹ Feststellung, so schwingen in dieser Formulierung doch Bedeutungen mit, die die Demonstration marginalisieren und trivialisieren. Zunächst einmal wird mit dem Begriff ›Jugend‹ Idealismus, Naivität und Illusionismus à la ›Mit 17 hat man noch Träume‹ assoziiert. Indem die Präsenz von ›Jugendlichen‹ hervorgehoben wird, wird gleichzeitig auf die Abwesenheit der ›respektablen‹, ›verantwortungsbewußten‹ und ›lebenserfahrenen‹ Erwachsenen überdeutlich hingewiesen. Wenn diese ›Jugendlichen‹ erst einmal den ›Ernst des Lebens‹ gekostet, Familie und Beruf haben, so der gutbürgerliche Fingerzeig, werden ihnen diese ›Flausen‹ schon vergehen. Die politischen Aspekte und Forderungen der DemonstrantInnen werden unter den Teppich gekehrt, und das ganze Ereignis wird mit dem Etikett ›Die Jugend geht wieder einmal auf die Straße‹ versehen; warum und wofür bleibt uninteressant.

X

Kommt es während einer Demonstration zu »gewalttätigen Ausschreitungen«, so sind die »Chaoten« daran Schuld. im *Fremdwörterlexikon* (1983) eines gewissen Prof. Dr. G. Wahrig (!)wird ein »Chaot« als eine »extrem radikaler Anarchist« definiert. In einem Land, in dem Ruhe und Ordnung als höchste Bürgerpflichten gelten, sind diese verrufenen Gesellen selbstverständlich die erdenklich schlimmste Plage, gegen die mit aller zu Gebote stehender Härte vorgegangen werden müsse, wie die ›kleinen Männer auf der Straße‹ mit der BILD-Zeitung in der Manteltasche gern verlauten lassen. ›Chaoten‹, aus dem Kontext gerissen, ins Scheinwerferlicht und unter ein Vergrößerungsglas geschoben, werden als »Polit-Kriminelle« stigmatisiert, die nicht nur die ›Demokratie‹ gefährden, sondern auch das Land in ›Anarchie‹ und ›Gewalt‹ stürzen wollen.

Diese Stigmatisierung von ›Außenseitern‹ hat Tradition. Im Mittelalter diente sie dazu, als ›Hexen‹ verdächtigte Frauen, die vom Satan besessen seien, und Dissidenten, die die Autorität der Kirche in Frage stellten, auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen. Es wurde eine moralische Panik ausgelöst, die die Bindung an die dominanten gesellschaftlichen Normen stärkte und eine fest zusammengeschlossene Einheit von Herrschenden und Beherrschten ermöglichte, die angesichts einer angeblichen gefährlichen Bedrohung Klassenunterschiede und Interessenkonflikte kaschierte. Indem die Medien angebliche ›Chaoten‹ überlebensgroß als Gefahr für die ›anständigen Deutschen‹ präsentieren, schweißen sie den Mainstream der Gesellschaft zusammen und schwören ihn auf den ›inneren‹ Feind ein, der unschädlich gemacht werden müsse, ehe er größeren Schaden anrichte, wie die tiradischen Beschwörungsformeln von den Medien-Politik-Kanzeln lauten. Ein neues Weimar dürfe es keinesfalls geben. Aber gottseidank: Die freiheitliche Demokratie ist in diesem Land stabil und sicher, wehrt jede niederträchtige Attacke mit der freiheitlich-demokratischen Grund-Ordnung souverän ab und weiß seine braven BürgerInnen zu schützen.

Außerparlamentarische Bewegungen werden fein säuberlich in Mehrheit und Minderheit unterteilt. Die Mehrheit ist gutmütig, reformorientiert und moderat, während die Minderheit radikal und extremistisch ist. Da gibt es beispielsweise – zumindest im Medienbild – eine Gruppe von HausbesetzerInnen, die lediglich ein alternatives Wohnprojekt durchsetzen wollen, während eine Clique von ›Extremisten‹ innerhalb der Bewegung etwas ganz anderes im Schilde führen: Sie wollen nämlich, heimtückisch und hinterhältig wie sie nun einmal sind, Vater Staat die Gurgel aufschlitzen. Dieses Mehrheit/Minderheit-Paradigma polarisiert Oppositionelle in zwei klar zu unterscheidende, einfache, stereotype Gruppen. Diese Klassifikation zieht Spezifizierungen und Konkretisierungen nach sich, indem die Forderungen nach Reformen und Alternativen der ›moderaten Mehrheit‹ als in begrenztem Maße legitim erachtet werden, während die Minderheit sich aus »crazies«, »hooligans«, »Radikalinskis«, »Rowdies«, »Krawallmacher«, »Linksfaschisten« usw. usf. zusammensetzt, die sich an die Spitze der Bewegung gesetzt haben und die Mehrheit ›mißbrauchen‹. Die Mehrheit ist so ein Haufen von willfährigen Mitläufern und ›Verführten‹. Indem die Bewegung so kristallklar polarisiert wird, kann die aufgetretene Militanz auch im herrschenden Sprachgebrauch erklärt werden: Nicht die kapitalistischen Verhältnisse, Ausbeutung, Repression, Kriegsgefahr, Neo-Faschismus etc. sind die Gründe; vielmehr wurde eine Meute von »dupes« von einer Clique von Extremisten gegen Vater Staat aufgehetzt. Kann diese Handvoll Agitatoren isoliert werden, können Ruhe und Ordnung, die Normalität und der Status quo wiederhergestellt werden. Etikettenwerden verteilt: hier Friedensfreund oder Alternativler, dort Extremist und ›Gewalttäter‹; die Spreu wird vom Weizen getrennt. Soziale Konflikte werden in das kulturelle System transportiert, wo der hegemonische Prozeß sie in die fabrizierten Rahmen presst. Der Körper der kulturellen Produktion verarbeitet das, was er verdauen kann; das andere scheißt er aus und spült es weg.

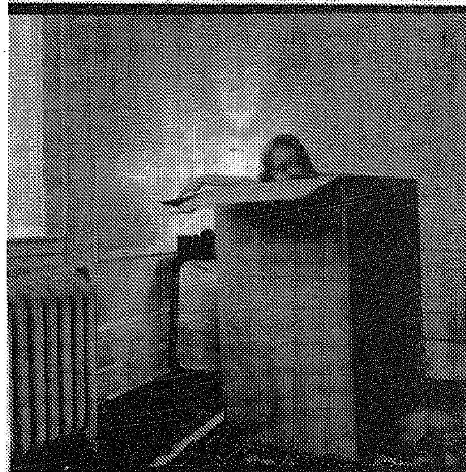
XI

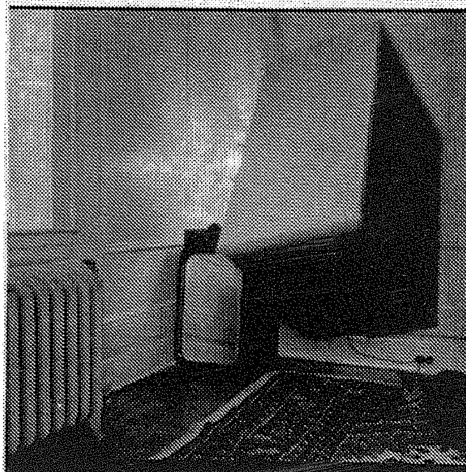
Dieses Mehrheit/Minderheit-Paradigma hat sich in der Vergangenheit für die Herrschenden als sehr effektiv erwiesen. Schon zu Beginn dieses Jahrhunderts produzierte die US-Filmindustrie Streifen, in denen Streiks als Resultat der Agitation von ›ausländischen‹, ›unamerikanischen‹ ›Saboteuren‹ dargestellt wurden; diese Halunkken hetzten aus schändlichem Eigennutz die Masse der ArbeiterInnen gegen ihre Bosse auf, obwohl doch Staat, Kapital und Kirche nur das Beste für das Proletariat im Sinne hatten. Machwerke diese Art wurden in den 30er, 40er und 50er Jahren immer wieder produziert. Filme wie *Riffraff, Red Dust* oder *Black Fury* denunzierten jegliche gewerkschaftliche Organisierung, zeigten Streikende als häßliche, dreckige, ärgermachende Trunkenbolde und Streikführer als Schurken und Gangster. Wenn der Held des Films an einem Streik teilnahm, so war er borniert oder arglos, ›erwachte‹ am Ende und lernte die Segnungen des Systems zu schätzen.

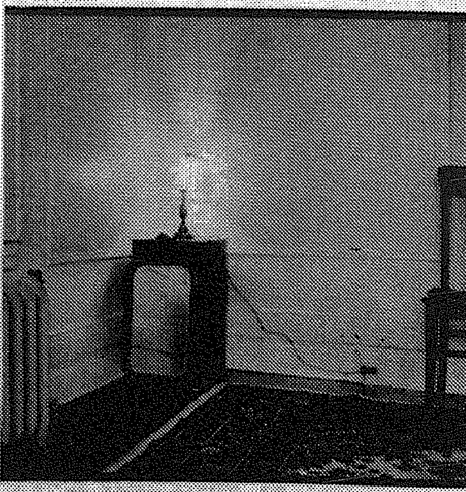
Im BRD-Fernsehen wird, wenn auch nicht so plumb, mit einer ähnlichen Strategie operiert. So erschien beispielsweise während des letzten DruckerInnen-Streiks ein sich betont seriös gebender, mit einer autoritär-gewichtigen Miene ausgestatteter Debilist auf dem Bildschirm, ließ seinen ausgestreckten schwarzrotgoldenden Zeigefinger in die Höhe schnellen und erklärte der versammelten Fernsehgemeinde: »Hier hat wohl der falsche Gewerkschaftsführer mit seinen Bizeps gespielt.« Ursachen und Hintergründe des Strieks wurden außer Acht gelassen; vielmehr wurde der Arbeitskampf darauf zurückgeführt, daß eine profilierungssüchtige Gewerkschaftsführung ihre Kräfte mit den ›Arbeitgebern‹ messen wollte. Ein alternatives Schema war, daß eine clique von ›Intellektuellen‹ innerhalb der Gewerkschaftseliten eine staatsfeindliche Stimmung schüren wollte und die Streikenden, die nicht wußten, was gut für sie war, für ihr niederträchtiges Treiben mißbrauchte: »Da sind Leute am Werk, die eine andere Republik wollen« , meinte in dunkler Vorausahnung der postsenile F.J. Strauß. (Leider war dies nicht der Fall.)

Der Arbeitskampf wurde in einem Schema ›Gewerkschaft versus nationales Interesse/ Allgemeinwohl‹ präsentiert; die Streikenden würden, so die Botschaft, die Nation im Würgegriff halten, die anständigen, ordnungsliebenden BürgerInnen daran hindern, ihrem täglichen Geschäft nachgehen und sich an ihrer Erbauungslektüre ergötzen zu können.









Die Streikenden selbst erschienen in ihrer Masse als Opfer eines von ihnen im Grunde nicht gewollten Streiks, an dem sie sich nur aus falsch verstandener Solidarität oder gutmütiger Dummheit beteiligten. Da sollten sie doch lieber Solidarität mit dem demokratischen Staat üben, der die Interessen der ArbeiterInnen ohnehin viel besser als jede Gewerkschaft zu vertreten wisse.

Abgesehen von den Kommentaren werden ›Arbeitgeber‹ und GewerkschafterInnen auch in der ›objektiven‹ Berichterstattung und Präsentation recht unterschiedlich behandelt. Vertreter von ›Arbeitgebern‹ werden vornehmlich in Büros interviewt, in denenihr soziales Prestige und ihre ›Autorität‹ durch große Schreibtische und vollbepackte Bücherregale im Hintergrund unterstrichen wird, während GewerkschafterInnen ›vor Ort‹, bei Versammlungen, vor Fabriktoren von ReporterInnen angesprochen werden, vor einem Hintergrund also, der ungeordnete Aktivität, Ruhestörung und vor allem Ohnmächtigkeit gegenüber den verantwortungsvollen Kapitalfürsten signalisiert. Vertreter der ›Arbeitgeber‹ liefern Fakten und Erklärungen, GewerkschafterInnen sorgen für ›Ereignisse‹ und erscheinen in der visuellen Präsentation als einzige und verantwortliche Quelle der ›Zwietracht‹ im sozialen Leben.

GewerkschafterInnen kritisieren oft die ›voreingenommene‹ und ›ungerechte‹ Behandlung im Fernsehen und klagen stattdessen eine ›faire‹, ›neutrale‹ und ›unparteiliche‹ Berichterstattung ein. Doch diese Forderung geht an der Realität vorbei; der Traum, es könne mediale Repräsentationsformen geben, die ›neutral‹ sind und durch die die Realität reflektiert wird, »wie sie wirklich ist«, als sei sie nicht durch das Medium vermittelt und interpretiert, ist längst ausgeträumt und nicht zu verwirklichen. Das Fernsehen zu tadeln, es berichte und interpretiere parteilich, läßt die Tatsache außer Acht, daß es seine ideologische Effektivität gerade durch den Anschein der ›Objektivität‹ und ›Ausgewogenheit‹ bezieht. Der Einfluß des Fernsehens ist dann am größten, wenn sich die Menschen dieses Einflusses am wenigsten bewußt sind.

XII

»Mit Hilfe der Massenpresse und des Rundfunks kann man ein ganzes Volk, beim Frühstück oder Abendbrot, fertige und folglich absurde Meinungen hinunterschlucken lassen; denn sogar vernünftige Ansichten werden entstellt und falsch in dem Geist, der sie ohne Reflexion aufnimmt. Damit kann man auch nicht einen einzigen Geistesfunken erzeugen.« (Simone Weil)

Heute sind die Medien längst zu einem totalen Environment verschmolzen, begleiten die Menschen vom Aufstehen bis zum Schlafengehen, von der Geburt bis zum Tod, produzieren ständig und unentwegt eine Pseudo-Realität und verdrängen im Zusammenspiel mit der restlichen Kulturproduktion jegliche Authentizität. Kunst, Architektur, Stadtplanung, Erziehung und Ausbildung, Fabrik und Büro, Fassade und Innenausstattung, Kaufhaus und Neonreklame, Plakatwände und Schuhfenster, Supermarkt und Verpackung, Mode und Kosmetik, Kommunikationsmittel und Massenmedien tragen zur Verbreitung einer offiziellen Realität bei, die nichts mehr mit den tatsächlichen Existenzbedingungen in diesem Herrschaftssystem zu tun hat, zu einer Eliminierung des Bewußtseins der erfahrenen Unterdrückung, zur Auslöschung jeglicher Koordinaten, so daß das moderne Individuum zunehmend jener Figur in *Sesame Street* ähnelt, die unentwegt hin- und herläuft und auf die Frage »was machst du denn hier?« mit einem verzweifelten »Ich will aber da sein!« antwortet, weder hier noch da, sondern im Nirgendwo ist.

Die Realität wird durch das Bild bestimmt, nach der die Realität gestaltet werden soll. Was als Bild erscheint, gilt als ›real‹, da abgebildet, auch wenn es lediglich Vorstellungen präsentiert, die der Ent-Individuation dienen:

»Wo man lügt – und wo täte man das nicht? – lügt man nicht mehr wie gedruckt, sondern wie photographiert; nein, nicht *wie* photographiert, sondern effektiv photographiert. Das Medium der Photographie ist als solches derart glaubwürdig, derart›objektiv‹, daß es mehr Unwahrheit absorbieren, sich mehr Lügen leisten kann als irgendein anderes Medium vor ihm. Wer also die Realität schablonenhaft machen will, tarnt, mit dem Mittel der Photographie, seine Schablone realistisch.« (*Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen I;* C. H. Beck 1956)

Indem das Fernsehen den Anschein erweckt, realistisch zu sein, zugleich aber Schemata für ein inauthentisches, entfremdetes Leben liefert, dient dies nur zum Ertragen der Realität. Wie Abraham Polonsky einmal sagte, heißt realistisch zu sein, die Realität begreifbar darzustellen, um sie verändern zu können. Er kam darauf zu sprechen, als er *Chaplins ›Monsieur Verdoux‹* mit *Carol Reeds ›Odd Man Out‹* verglich, einem metaphysischen Film über einen tödlich verwundeten irischen Widerstandskämpfer, wo realistisch erscheinende Details aneinandergereiht wurden, um einen ›realistischen Effekt‹ zu erzielen. Ähnlich verhält es sich beim Fernsehen: im Detail realistisch, im Ganzen aber genau das Gegenteil.

Wie *Odd Man Out* schwört auch das Fernsehen jeglicher Veränderung der Verhältnisse ab; es will helfen, das Leben zu ertragen, wie es ist (denn das Bundesverfassungsgericht »mißbilligt« ja »streng« den Selbstmord, »da niemand selbstherrlich über sein Leben verfügen und sich den Tod geben darf . . .«). Das Fernsehen muß daher der Revolte gegen die staatliche Autorität vorbeugen, oder wie es der heutige ZDF-Intendant 1973 ausdrückte:

»Die Aufforderung zum ›Populären‹ ist kein Freibrief für das ›Triviale‹, sondern die Hinwendung zum einfachen Menschen, zur geschundenen Kreatur, zu denen also, die ohne eigenes Verschulden ›zukurzgekommen‹ sind. Sie bedürfen unserer Hilfe in einem besonderen Maße, denn ihr Zugang zu Information, Bildung und Unterhaltung führt häufig nur über das Fernsehen.« Schlimmer geht's nimmer: Die »geschundene Kreatur« wird noch weiter geschunden. Das ist also die Rache des Fernsehens an all jenen, die nicht den geforderten Effektivitätsforderungen des Systems nachgekommen sind. Als sei der ›geschundenen Kreatur‹ nicht schon übel genug mitgespielt worden, soll sie nun auch noch ihren Bildungshorizont durch das »Literarische Quartett« mit Reich-Ranicki und Karasek (Helmut) oder die Schlemmer-Sendung »Essen wie ein Gott in Deutschland« erweitern. Das ist ja nun wirklich der widerlichste Zynismus, der sich nur erdenken läßt.

»Wenn dieses Bündel auf die Welt geworfen
wird
die Windeln sind noch nicht einmal gesäumt
der Pfarrer nimmt das Trinkgeld eh er's tauft
doch seine Träume sind längst ausgeträumt
es ist verraten und verkauft«
(Hans Magnus Enzensberger)

Anmerkung

Wertvolle Anregungen und Hinweise für diesen Artikel stammen aus Todd Gitlins *The Whole World is Watching: Mass Media in the Making & Unmaking of the New Left* (UC Press 1980); Stuart Halls »Deviance, Politics, and the Media«, in *Deviance and Social Control*, hg. Paul Rock & Mary McIntosh (Tavistock 1974); und den Beiträgen von Tony Bennett, James Curran und Stuart Hall in *Culture, Society and the Media* (Methuen 1982).

Der Film auf der »Spielwiese sozialer Wirklichkeit«

von Herby Sachs

Langweilige Geschichten und schön verpackte Bilder, scheinbar kritische Inhalte und schnöde Klischees beherrschen die Filmszenerie seit eh und je. Die vorbeifließenden Bilder auf der Kinoleinwand gehorchen bedingungslos den Interessen einer gigantischen Medienindustrie. Das Unterhaltungskino setzt keine Geschichten in Bewegung, die sich annähern könnten an die Diskussion um einen sozialen Film. Und alles bewegt sich! Doch mit der pirouettenhaften Leichtigkeit, die in der Filmwelt so sprichwörtlich ist, an der sozialen Wirklichkeit vorbei. Die kommerziellen Verwertungsbedingungen verwehren unserer Wahrnehmung den Blick auf provozierende Bilder, die die Friedhofsruhe dunkler Kinoräume durchbrechen könnten. Gefragt und präsentiert werden unerträgliche Abläufe von koketten Vorbildern, edlen Sätzen und gelackten Menschen, die in perfektionistischer Machart unsere Phantasie zur Einförmigkeit glätten.

Mit einer Träne im Auge

Diese Strickmuster sind bekannt. Das Interesse die Filmästhetik, die Filmstoffe etc., weltmarktorientiert herzustellen ist ebenfalls nichts Neues. Großes Vorbild ist das amerikanische Kino und die Filmleute starren nach wie vor gebannt über den Teich, geradewegs hinein in das vermeintliche Mekka der Illusionen, wo die Träume von Geld und Ruhm noch wahr werden könnten. Auch diese Tendenz scheint seit ewigen Zeiten ihren eindimensionalen Weg zu finden. Trotz alledem befällt mich ein bitterer Nachgeschmack, wenn – wie spätestens mit *»Good Morning Babylon«* geschehen – auch die Taviani-Brüder sich in diesem sorgsam geknüpften Spinnennetz verfangen. Die Tavianis haben fast Jahrzehnte versucht einen »subversiven Film« auf der Basis des Experiments zu entwickeln. Sie haben immer »politische Filme« gemacht.

Einige linke FilmemacherInnen haben aus dieser Situation heraus schon seit längerer Zeit die Konsequenz gezogen und ihre Film- oder Videoproduktion und den Verleih in eigener Regie aufgebaut. Sie arbeiten z.T. an Dokumentar- und Spielfilmen im Zusammenhang mit Betroffenen, versuchen insgesamt mit ihrer Arbeit einen sozialen und politischen Film – nicht ohne Genuß am Zuschauen zu entwickeln. (Z.B. Medienwerkstatt Freiburg, *vgl. SF-18*; Medienwerkstatt Franken oder andere Filmkollektive und einzeln arbeitende FilmemacherInnen.) Doch auch dieser wichtige Versuch soll nicht Thema dieses Artikels sein. Im engeren Sinne ist nach den Filmen gefragt, die manchmal in den Programmkinos laufen, also einem breiten Publikum zugänglich sind und eine Auseinandersetzung um soziale und ausgegrenzte Fragen und Widersprüche suchen. Auch die Filme sind gemeint, die in diesem Zusammenhang mit Film experimentieren. Gerade in der sogenannten kritischen Programmkinoszene finden sich diese Filme immer weniger, da sie keine Kassenerfolge sind, sondern höchstens im Zuge des Verleihmechanismus gezeigt werden, oft aber ganz unter den Projektor fallen, ja nicht einmal einen Verleih finden. Das linke Publikum jedoch strömt wieder zu Hauf in die Kinos, nimmt und konsumiert die leichte Kost, die kein Risiko aufwirft mit »der unerträglichen Leichtigkeit des Seins« im »Himmel über Berlin«.

Von den anderen Filmen, die mit jener Distanz und ironischem Abstand vom unmittelbaren Alltag zu experimentieren suchen, oft Filmgestaltung und Soziales (Politik) nie als zwei voneinander unabhängige Elemente begreifen, von den Low-Budget oder den Erstlingsfilmen soll hier die Rede sein. Denn es gibt sie noch. In geringer Anzahl und sie gehören aufgestöbert und zeitlich abgepaßt. Einige von diesen Filmen sind große Enttäuschungen, doch manche interessant. Um zunächst ein Beispiel vorzuführen, nehmen wir uns einen Film, der neu, aber bisher sehr unauffällig geblieben ist – der erste Spielfilm eines Dokumentarfilmers.

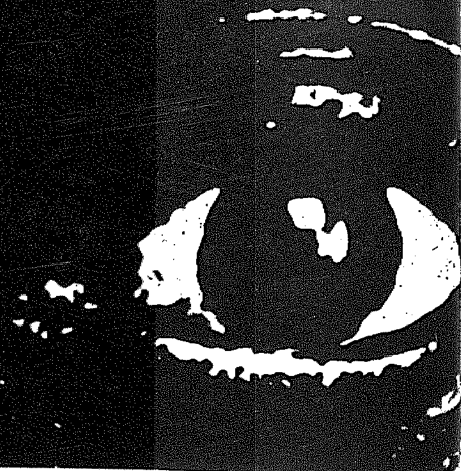
Drachenfutter von Jan Schütte

Die Geschichte des Films ist einfach erzählt. Im Flüchtlingslager/»Asylantenheim« warten zwei Pakistani auf ihre Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung. Der Eine soll abgeschoben werden – er ist gezwungen sich auf die Machenschaften eines Fluchthelfers einzulassen und verschwindet nach Amerika. Der Andere wartet weiter – er trifft einen Chinesen und sie realisieren den gemeinsamen Traum – ein kleines Restaurant zu eröffnen. Am Tage der Eröffnung kommt die Polizei – der Pakistani wird zwangsabgeschoben. Ende.

Deutschland – das Traumland – wird aus der subjektiven Perspektive der Flüchtlinge gezeigt. Die ZuschauerIn sieht aus ihrer Position auf ein tristes Asylantenheim in der Gegend um den Hamburger Hafen – wie die Beiden abgefertigt werden vom Sozial- und Ausländeramt, denn sie verstehen kaum ein Wort! Die Figuren sind keine Helden – keine Action – keine Toten, sie wollen in diesem Land aber leben – aus welchen Gründen auch immer.

Wesentlich an diesem Film ist u.a. daß eine Wirklichkeit in Bildern entsteht, die mit Schwarz-Weiß Material realisiert und teilweise in langen Einstellungen gefilmt wie authentische Situationen wirkt. Ein sozialer Film der ohne den dicken Zeigefinger zu erheben eine klare Haltung zu einzelnen Institutionen und dem ständig präsenten Rassismus in Deutsch-Land bezieht. Der Film ist mit einer spürbaren Nähe zur sozialen Situation entwickelt, aber die Kamera bewahrt eine gewisse Distanz und dringt nicht in voyeuristischer Nahaufnahme in die Figuren ein. Der Film ist draußen in der Wirklichkeit und nicht im Atelier gedreht. Orientiert an tatsächlichen Momenten des Flüchtlings-Alltags gelingt eine Verschmelzung fast dokumentarischer Bilder mit Spielfilmelementen. Realistisch und ohne Pathos auch deshalb, weil u.a. die Beamten der Staatsmacht nicht als Dummköpfe dargestellt werden. Sie sind eher zu freundlich, banal, ja immer loyal. Doch die ergriffenen Maßnahmen zur »Lösung der Asylantenflut« werden in ihrer politischen Funktion durchschaubar und die subjektive Brutalität einzelnen Flüchtlingen gegenüber ist offensichtlich. Der unüberwindliche Graben zwischen staatlicher Willkür und den Flüchtlingen wird ein wenig verringert durch die Konfrontation mit anderen Menschen. Das geschieht oft in einer Komik, die mehr über die Ausgrenzung von AußenseiterInnen hierzulande aussagt, als bekannte Sprüche und Schlagworte beinhalten.

Damit macht der Film sich frei von einer Botschaft oder dem puren Transport von Ideologie. Keine trügerische Harmonie dominiert in »Drachenfutter«, sondern eine soziale Auseinandersetzung, die in gewisser Weise Ähnlichkeit mit den neorealistischen Nachkriegsfilmen der Italiener hat, doch mit weniger Pathos (z.B. *Fahrraddiebe* von de Sica). »Drachenfutter« setzt ein kleines Zeichen auf dem Weg zu einem sozialen Film. Erbeinhaltet die Chance einer Annäherung

Ein spezifisches Charakteristikum des Films ist, daß er beim Verkauf nicht in den Besitz des anderen, des Käufers übergeht, sondern sein Verkauf nur den Preis einer Leihmiete darstellt. Der *„Filmhandel untersteht demnach nicht den üblichen Gesetzen von Kauf und Verkauf, sondern vielmehr denjenigen des ‚Copy-right'"* (Peter Bächlin, *»Der Film als Ware«*, S. 126). Daraus ergeben sich sehr gewichtige, für den Film wesentliche Verwertungsbedingungen, aber auch spezielle Produktionsbedingungen – z. B. bei Produktionskalkulationen, die einen Spezialfall der marktwirtschaftlichen Gesetze darstellen. Der allgemeinen Ökonomie gleich ist der Zwang, Absatzgebiete erweitern zu müssen, Maßnahmen einzuleiten, die den Vertrieb freischaufeln und Strategien, die eine beschleunigte Auswertung garantieren. Denn je kürzer die Zeit der Kapitalzirkulation ist, desto höher ist die Chance, einen Profit zu erzielen, der über dem Durchschnitt der allgemeinen Warengewinnsätzen liegt. FILMFAUST 34-35/83

an ein schwieriges Experiment im Zeitalter verkürzter Zukleisterungen der Sinne durch immer mehr Fun- und Actionfilme.

Wo ist das Kino?

Doch wo werden solche Filme überhaupt gezeigt? Und wenn, wie lange? Beobachtungen entsprechend laufen einige dieser Filme nur in großen Städten mit mehreren Programmkinos. Wenn überhaupt!

Oder sie laufen in Kinos, die Risikobereitschaft und Engagement miteinander verbinden können. Die sind selten zu finden nicht nur aus finaziellen Gründen. In Köln beispielsweise wurden entsprechende Filme sehr kurz im kleinsten Raum eines Programmkinos gezeigt. *Drachenfutter* war dabei eine Ausnahme als gut besuchter Film.

Falls das Fernsehen – Oh Schreck, in den Fängen dieses Molochs liegt die Lösung nicht verborgen – den Film nicht ankauft, wird er niemals einem breiteren Publikum zugänglich. Vielleicht in 10 Jahren, als »schöne Geschichte« aus der Zeit der Flüchtlingszwangsabschiebungen. Aber meilenweit an einer notwendigen Auseinandersetzung und entsprechend möglichem Widerstand vorbei. Und zwar gewollt, nicht ungewollt, da wieder einmal das »Abendland in Gefahr« ist.

Offensichtlicher Mangel ist – bewußt oder unbewußt – die soziale Auseinandersetzung im Film zu führen oder auch zu experimentieren, um die liebgewonnenen Wahrnehmungshierarchien durcheinanderzuwirbeln. Und es fehlt ein Publikum, das den Ausschaltknopf der Videoanlage und des Fernsehers findet. Ein Publikum, das vor allem für sich selbst die Fragen und Widersprüche, die Filme aufwerfen zu lösen sucht. Im weitesten Sinn fehlt es an Menschen im Film- und Medienbereich, die sich bewußt in sozialen und politischen Handlungen bewegen, die andere bewegt.

Der soziale Film

Der soziale Film steht in direkter Beziehung zur Gesellschaft, ihren Menschen ohne ein Aktionsmittel erster Ordnung sein zu können, weil er nicht mehr leisten kann als ein Verhältnis von Fiktion und Wirklichkeit zu politischen und sozialen Bedingungen herzustellen. Zwei Dimensionen prallen aufeinander, eine in der man/frau leben, eine andere, die im Kopf existiert. Ihr Aufeinandertreffen bewirkt die Chance zwei unterschiedliche Welten, mehr Simulation, als Fiktion und Realität, unterscheiden zu können. Die Utopie ist stets Opposition zur Realität, die korrigiert werden kann.

»Der Film hat auf exemplarische Weise Entwurfscharakter. Er stellt verlockende Möglichkeiten in Aussicht, wie es anders sein könnte, ohne je einen Zweifel daran zu lassen, daß die abgegebenen Versprechungen einer scheinhaften Realität, einer als Fiktion hergestellten Realität sind. Der Film führt uns Möglichkeiten vor – bietet uns Möglichkeiten an, ohne uns mit deren alltäglicher Wirklichkeit zu beschweren. Er verschafft uns das Gefühl, unbelastet auswählen und entscheiden zu können.« (Werner Kutschmann: La Realité est enorme choissez!, In: *Filmfaust Nr.31*) Entsprechend kann der Film die ZuschauerIn direkt bis zur unmittelbaren Betroffenheit erreichen und Erkenntnisse auslösen, da hinter den Bildern nichts versteckt werden soll. Alles kann zur Sprache kommen, nichts deren Wirkung verschleiern.

»Verdammt in alle Ewigkeit« –*
Die Sinne auf dem dunklen Weg der Verblendung und Täuschung

Unsere Sehweise funktioniert reibungslos, da wir bis heute nicht gelernt haben in Bildern zu sehen und uns mit ihnen auseinanderzusetzen. Wenn eine Sprache nicht gelesen werden kann, ist alles unverständlich. Schon bei Kindern sollte eine Vermittlung im audiovisuellen Zeitalter beginnen. Doch die »Fernsehanstalten sind die Pauker des visuellen Analphabetismus«.

Wir tappen im Dunkeln – Bilder aus Kino, Fernsehen, Video, Reklame, Zeitschriften sensibilisieren uns nicht zur Differenzierung und Durchschaubarkeit. Sie überdecken die Möglichkeit frei zu entscheiden was das Auge, die Sinne, das Gehirn aufnimmt. Die Bilder setzen sich scheinbar willkürlich zusammen, aber in ihrer Gesamtheit begrenzen sie. Und mit der inhaltlichen Begrenzung des Ausschnitts, der bewußt eingesetzten Geschwindigkeit der Schnittechnik werden die Menschen okkupiert. Wir können uns bestimmten Bildern kaum entziehen. Es scheint ein gigantisches Spiel. Wir gaukeln uns etwas vor, bis die anderen, ja schließlich wir selbst davon überzeugt sind, basierend auf der Simulation von Kommunikation.

Die meisten Filme bestehen aus Bildern des schönen Scheins, Klischees, die in den Köpfen auf irgendeine Weise produziert vorhanden sind. Der Gedanke, ein Film könnte so sein oder so oder auch anders, dieser subversive Spielraum, dieses Feld freier Assoziation stirbt aus. Die Konformität ist berechenbar – der Augenblick großer Lüge wird zur vollkommenen Wahrheit. Schein-Veränderung findet statt durch eine kontinuierliche Entwertung der Wirklichkeit. Die Bandbreite der Klischees ist unerschöpflich. Diese Schein-Bilder treten an die Stelle des Lebens, sie ersetzen es, sie besetzen Hirn und

Herz der ZuschauerInnen.

Das Interesse ist offen, und nicht verdeckt, in eindeutiger Ausrichtung die Sinne zu beherrschen, an nackter, ökonomischer Unterhaltung orientiert. Die Bildsprache wird zunehmend internationalisiert, um neben der Kolonisation der Sinne die ökonomische Herrschaft weiter auszubauen durch internationale Verkaufssteigerung. Eine Verflachung der Ansprüche an Form und Inhalt des Films korrespondiert mit der inzwischen vollkommenen Auflösung des Kinos als öffentlicher Treffpunkt und Kommunikationsort.

Vieles spricht dafür, daß das Kino in seiner Funktion der Ort zur Verbreitung von Werbefilmen oder besser zum perfekt organisierten Werbeträger einer gigantischen, audiovisuellen Industrie geworden ist. Menschliche Erfahrungen sollen weniger gemacht, sondern vielmehr als audiovisuelle Erlebnisse konsumiert werden. Filme werden so gebaut, daß ein direkter Bezug zu abrufbaren Teilen im Bewußtsein per Erlebnisknopf die entsprechenden Impulse auslöst. Bei der Zusammensetzung menschlicher Erfahrung fließen die Grenzen zwischen Fiktion und Realität zusammen. Kriterien zur Unterscheidung oder Irritation lernen wir nicht.

Wie man/frau sieht*

Anders der Film »Wie man sieht« von Harun Farocki aus dem Jahr 1986. Leider wird dieser Streifen nur selten zu sehen sein. Die Filmsprache ist ungewöhnlich, teils in Bewegungsbildern, teils in für sich stehenden Standbildern, die den Mythos von Technologie und das Computerzeitalter hinterfragen.

Standpunkte und Orte schaffen eine Atmosphäre des Nachdenkens, Ruhe entsteht in der Monatge von Ton, Bild und Texten, um Freiräume für Reflexionen herzustellen.

Der Film erfordert große Aufmerksamkeit und Konzentration, damit die verschiedenen Ebenen über Zeit und Realität nicht zu reinen Informationen verschmelzen. Der Film erzählt fragmentarisch über Geschichte und Wirklichkeit bei der Produktion von Technologie. Verästelungen geht Farocki ausführlich nach. Er sucht nicht nur nach Zusammenhängen von Ursache und Wirkung, sondern nach Elementen und Strukturen, die darunter liegen. An einer Stelle zum Beispiel wird über die Verbindung von KZ-Automation und Entwicklung des Computers gesprochen. Nur mit Hilfe der Berechnung und der Automation als Vorgang funktionierte die Beherrschung und der effektive Einsatz von SlavenarbeiterInnen im Faschismus. Die Verbindung zur Ideologie wird nicht direkt mitgeliefert, sondern kann von der ZuschauerIn in eigen: zu entwickelnde und assoziierbare Zusammenhänge gesetzt werden. Eine Annäherung an strukturelle Ansätze scheint die zu Grunde liegende Methode zu sein.

»Wie man sieht« verknüpft verschiedene Überlegungen mit Bildern, Autobahnkreuze als ehemalige Kreuzungen, wo einst Städte entstanden sind, Geschwindigkeit, die im Verhältnis zur Mechanisierung steht. Rasende Autos mit Hunden, bewegte Bilder reizen die Betrachtung und irritieren gewaltig. Die Texte sind gesetzte Kontrapunkte-Sprache in einer großen Geschwindigkeitsmaschine. Sichtweisen und Hierarchien werden zertrümmert mit dem Versuch über Bilder immer neues Material aufzufinden, das die üblichen Erklärungsschemata von der Entstehung der Technik sprengt; z.B. wird die Erfindung des Maschinengewehrs und seine Verwendung im Zusammenhang mit der Rationalisierung des Schlachtfeldes hinterfragt. Dabei reicht eine Erklärung der Effektivierung von Tötungsproduktion nicht aus.

Oder die Bilder von Pin-up-girls, die auftauchen u.a. als Teil der Technikgeschichte. Männliche Visualisierung der Frau – der Körper als Objekt – oder besser als Befriedigungsmaschine. Die Rolle der Frau ist in die Geschichte der Technik eingebaut, Sexualität als industriell produzierte »Sinnlichkeit«.

Über Irritation und Ausbruch – Publikum und MedienarbeiterIn

Gerade die Verwirrstrategien fordernder und provozierender Filme setzen Impulse über Bilder in Bewegung, die ein Pendant zum Medienapparat herstellen. Wir müssen sie aufstöbern und in die Kinos zerren, unsere Bedürfnisse artikulieren und diskutieren, um die endgültige Ausgrenzung aus diesem Medienspektakel zu verhindern. Bei Zeitschriften ist der Versuch auch nicht ganz gescheitert, im Gegenteil! Eine Welle von Aktivitäten mit einer unendlichen Fülle von Provokationen gilt es in Bewegung zu setzen in Form von audiovisuellem Chaos und Parodien, um Illusionen zu zerstören. Und nicht nur in Ängsten zu ersticken, eingebunden ineinem realen und glatten Bild der modernen Welt. Kino ist nicht reiner Konsum unter Ausschaltung der persönlichen Realität. Dieser Weg ist näher an assoziierbaren Verknüpfungen, die Innen- und Außenwelt miteinander zu verbinden. Um das »Material«, aus dem die Bilder gemacht sind von innen heraus aufzusprengen, sind wieder Diskussionen über Filme und eine Denkarbeit erforderlich, ohne die die ZuschauerInnen in Zukunft Filme nur noch mühelos serviert bekommen und sogar ohne Rülpser schlucken. Im weitesten Sinne soll das Publikum einen Film, aus seinen widersprüchlichen Elementen zusammensetzen, eigenes hinzudenken oder träumen können um soziale Utopien zu entwickeln. Es geht um eine Art Eingriff – eine direkte Teilnahme, damit der Prozeß filmischer Konventionalität gebrochen werden kann. Alltägliche Wahrnehmung wird die Ebene bloßer Illustration erst überschreiten, wenn eigene Standpunkte und Materialien kritisch überdacht werden können und laufende Bilder in Richtung einer Veränderung das platte Abbild mit dem wirklichen Leben verlassen.

Die Medien liefern ständig beliebige Mengen von Standardisierungen, die uns zu Nachahmern und Nachlebern machen. Der Sinn ist die Vernichtung und Ausgrenzung von selbstbestimmter Aneignung und kollektiver Verarbeitung unserer Wahrnehmung. Das ist wahrlich eine tödliche Bedrohung, der wir uns kaum entziehen können, da sie uns ohne Schmerz zu erzeugen ›Vorbilder‹ liefert, die wir »Nachbilden« sollen. Ein gegen den Strom schwimmen, immer auf dem Sprung sein, fordert gerade in einer audiovisuellen Welt die Beliebigkeit der Mythologisierung zu vermeiden. Überall sollten wir versuchen den Zwängen der »Vor-Bilder« zu entkommen und versuchen ein engmaschiges Netz der Subversion zu entwickeln, um die Intensität und Unmittelbarkeit der sozialen, und menschlichen Momente freizusetzen.

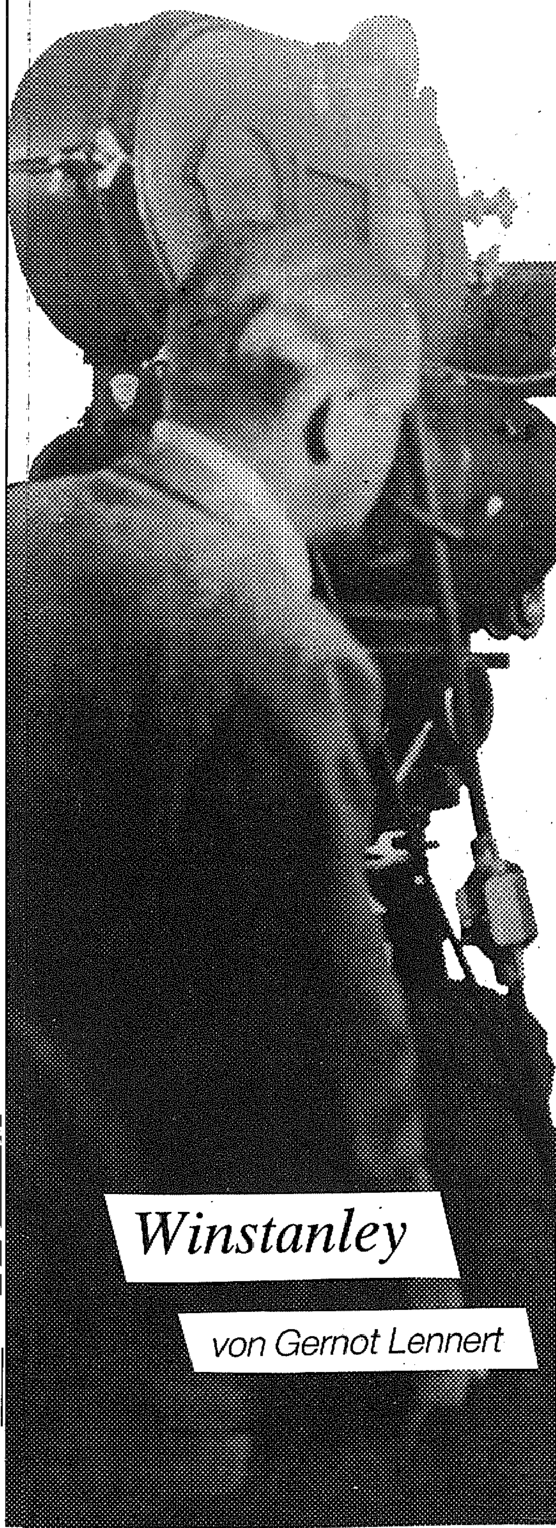
Verleihadressen:

Für den Farocki-Film: (16mm, Farbe, 72 min.) Basis-Filmverleih, Güntzelstr.60, 1000 Berlin-31; Tel. 030/8533055

Für *Drachenfutter*: Fimverleih Pandora, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt-90.

Der Clou jedoch ist der, daß in der Bundesrepublik marktgerecht weder produziert noch verliehen werden kann. Grund dafür sind die besonderen ökonomischen Bedingungen hier bei uns. Deren Besonderheit besteht in der Monopolstellung der amerikanischen Produktionen und Verleihe in der Bundesrepublik, die jeglichen Versuch einer marktorientierten Filmproduktion bis in den Inhalt der deutschen Filme hinein dominieren.

FILMFAUST 34-35/83



Winstanley

von Gernot Lennert

Der Spielfilm *Winstanley* informiert über eine geschichtliche Bewegung und einen politischen Denker, die in Mitteleuropa bislang weitgehend unbekannt geblieben sind.

Gerrard Winstanley (1609–1676) war der wichtigste Flugschriftenautor und Sprecher der *Diggers*. Sie besetzten im April 1649 ein Stück Gemeindeland auf dem St. George's Hill (für sie, die für Heiligenverehrung nichts übrig hatten, *George Hill*) bei Cobham in Surrey südwestlich von London. Die Diggers forderten für die Armen das Recht, auf Gemeinde- und Brachland in autonomen Gemeinschaften ohne Geld, Lohnarbeit, Kirche, staatliche Justiz und Gesetze zu leben, »ohne irgendwelches Eigentum gelten zu lassen, sondern getragen von dem Bewußtsein, daß die Erde eine gemeinsame Schatzkammer darstellt, wie sie ja auch am Anfang für alle dagewesen war.« (*The True Levellers Standard Advanced [Wofür das Banner der wahren Levellers weht]* April 1649). Zentrales Element in der revolutionären Strategie der Diggers war die Gewaltfreiheit, nicht nur wegen des religiösen Hintergrunds ihrer Programmatik, sondern weil sie mit Verweis auf den gerade beendeten Bürgerkrieg argumentierten, daß ein gewaltsamer Sturz eines Herrschers immer nur neue Herrscher an die Macht bringe. Sie aber wollten mehr.

Ihre markanteste Tätigkeit, das Umgraben und Pflügen des von ihnen besetzten Landes, gab ihnen den Namen (engl. *to dig* = graben, umgraben, damals auch pflügen).

England befand sich, wie im Film anfangs geschildert, in einer Umbruchsituation. Das Parlament hatte sich im Bürgerkrieg durchgesetzt, Enthauptung des Königs und Abschaffung der Monarchie hatten England zur Republik gemacht. Radikale religiöse und politische Gruppen waren außerhalb und innerhalb der Armee entstanden. 1647 hatten in Putney die Armeeführung und die gewählten Soldatenvertreter – die Agitators – über die politische Neugestaltung Englands debattiert.

Der Film zeigt das Schicksal der Digger-Kommune bei Cobham; während sich General Fairfax, der Oberkommandierende der Armee, nach einem spektakulären Treffen mit Winstanley und William Everard bereitfand, die Diggers zu dulden, zogen sie sich den Haß der örtlichen Grundbesitzer und des Pastors Platt zu, die die Diggers mehrmals überfielen, verprügelten, ihre Hütten niederbrannten und ihre Anpflanzungen zerstörten, bis die Diggers von Cobham nach Ostern 1650 nicht mehr die Kraft zum Weitermachen aufbringen konnten. Auch die Digger-Kommunen an anderen Orten hielten wahrscheinlich nicht viel länger aus.

Für *Winstanley* wurde das 17. Jahrhundert mit beachtlicher Genauigkeit trotz niedrigen Budgets rekonstruiert. Zeitgemäßes Schuhwerk, landwirtschaftliche Geräte und die Spieße der Soldaten wurden speziell unter Anleitung von Experten für den Film hergestellt. Nicht nur bei Kleidung und Gebäuden, sondern auch beim Vieh wurde auf größtmögliche Authentizität geachtet.

Gedreht wurde in unmittelbarer Nähhe der Originalschauplätze, wobei St. George's Hill selbst nicht zur Verfügung stand. Er ist heute, von Luxusvillen und einem großen Golfplatz bedeckt, eine öffentlich nicht mehr zugängliche Hochburg des von Winstanley so entschieden abgelehnten Privateigentums. Dem Besucher droht, ähnlich wie im 17. Jahrhundert den Diggers, wieder eine Anzeige wegen unbefugten Betretens (Die an der Haupteinfahrt auf Warntafeln angekündigten Sicherheitspatrouillen sind dem Verfasser beim Hügelrundgang jedoch nicht begegnet.).

Grundlage für die Filmhandlung sind David Cautes Roman *ComradeBJacob* und die Schriften Winstanleys. In Anlehnung an den Roman konstruiert der Film eine Beziehung zwischen Winstanley und der Frau seines Intimfeindes Platt – eine Begebenheit, die aus den Quellen nicht ersichtlich ist.

Trotz aller historischer Genauigkeit ist die Digger-Kommune im Film immer am gleichen Ort zu sehen, obwohl die Diggers vom St. George's Hill auf ein anderes Gelände bei Cobham ausweichen mußten. Merkwürdig ist auch, daß William Everard, der die Digger-Gemeinschaft von Cobham verlassen hatte, vermutlich um sich der Meuterei bei Burford im Mai 1649 anzuschließen, und dessen weiterer Lebensweg ungeklärt ist, im Film später als Überbringer der Flugschriften der anderen Digger-Kolonien auftaucht.

In Schweden lief der Film 1981 unter dem Titel *Winstanley – den förste anarkisten* (der erste Anarchist). Im deutschen Verleih gibt es diesen nicht ganz unrichtigen, aber irreführenden Zusatz nicht. Zweifellos strebten die Diggers eine herrschaftsfreie Gesellschaft an, aber wenn Winstanley der erste Anarchist war, dann war er auch der erste, der seine staatsablehnende Haltung zugunsten der Propagierung eines Staatskommunismus verwarf. Nach dem Zerfall der Digger-Bewegung veröffentlichte Gerrard Winstanley im Jahr 1652 *Law of Freedom in an Platform (Das Gesetz der Freiheit im Entwurf)*, einen durchdachten und systematischen Verfassungs- und Gesellschaftsentwurf für einen kommunistischen Staat in England ohne Privateigentum, mit gewählten Beamten und einem Justizsystem, das im Extremfall sogar die von Winstanley zuvor so entschieden verworfene Todesstrafe vorsieht.

Zitate Winstanleys und anderer Zeitgenossen – entweder aus dem off oder Personen in den Mund gelegt – vermitteln einen guten Eindruck von den literarischen Qualitäten und politischen Einsichten Winstanleys und vom Stand der damaligen politischen Diskussion. Auch Freunde der englischen Sprache dürften nicht zuletzt deshalb den Film zu schätzen wissen.

Winstanley setzt beim Zuschauer aber auch eine übers gewohnte Maß hinausgehende Bereitschaft zum Mitdenken voraus. Denn vieles wird zwar gezeigt, aber nicht erläutert. Von daher ist der Film nicht leicht verdaulich. Ohne ein Mindestmaß an vorheriger oder nachträglicher Zusatzinformation können einige Passagen des Films rätselhaft bleiben. Zumindest bei den Vorführungen in Mainz ergab sich für die der englischen Sprache nicht mächtigen Kinobesucher das Problem, daß im dritten Viertel des Films die deutschen Untertitel zeitweise offenbar nicht vorhanden und nur unterhalb der Leinwand zu sehen waren.

Auch wenn der Film einige Fragen mehr als nötig offenläßt (und damit vielleicht neugierig macht, mehr zu erfahren), bietet er einen eindrucksvollen Einblick ins Geschehen im 17. Jahrhundert – »very good history« im Urteil des Historikers Christopher Hill.

Anmerkungen

* *Winstanley*, England 1975, 95 min, schwarz-weiß, 35 mm; Regie: Kevin Brownlow/Andrew Mollo; hergestellt für: British Film Institute Production Board; Kopie mit deutschen Untertiteln bei den *Freunden der deutschen Kinemathek, Welserstr.25, 1000 Berlin-30; Tel.030-2111725*

* Gernot Lennert: *Die Diggers – eine frühkommunistische Bewegung in der Englischen Revolution.* Trotzdem-Verlag, Grafenau 1987, 25.-DM

* Gerrard Winstanley: Gleichheit im Reiche der Freiheit. Sozialphilosophische Pamphlete und Traktate *(Hermann Klenner Hrsg.)* Reclam Verlag, Leipzig 1983.



Der Defiliermarsch Josef Capek (Die Diktatorenstiefel) 1936

Josef Čapek – »Die Toten sind die Glücklicheren«

von Ulrich Grochtmann

Wenn von tschechischer Literatur aus dem 20. Jahrhundert die Rede ist, fallen meist die Namen *Hašek, Seifert, Kohout, Havel, Kundera*; – zuweilen auch *Karel Čapek* (1890–1938), dessen Werk gerade in jüngster Zeit wieder an Popularität zu gewinnen scheint.

Im Schatten Karel Čapeks stand und steht immer noch sein Bruder *Josef Čapek* (1887–1945). Beide waren Maler und Schriftsteller. Spricht man von Josef Čapek, so wird meist an den Kinderbuchautor und -illustrator erinnert, z.B. an »Die Geschichte vom Hund und der Katze«, die kürzlich im Dausien-Verlag (Hanau) neu erschien und an den »dicken Urgroßvater«. Wer aber kennt hierzulande beispielsweise Josef Čapeks Schriften »Die Kunst der Naturvölker« (1938) (wird derzeit erstmals übersetzt) oder seine 1936–1939 entstandenen Aphorismen, die erst 1947 unter dem Titel »In die Wolken geschrieben« erscheinen konnten? Ebenfalls noch unübersetzt sind die philosophische Schrift »Der hinkende Wanderer« und die Erörterungen über »Die bescheidenste Kunst«.

Die Bedeutung der von Josef Čapek herausgegebenen und geprägten Kunstzeitschriften und seine eigenen journalistischen Beiträge sind unaufgearbeitet. Auch der 1930 erschienene Roman »Im Schatten des Farnkrauts«, für den Čapek den Staatspreis erhielt, ist heute weitgehend unbekannt, obgleich er kürzlich verfilmt wurde.

Josef Čapek hat sich politisch nie organisiert, doch hat er es auch nie vermocht, sich in den »Elfenbeinturm der Kunst« zurückzuziehen. Während des 1. Weltkriegs war er Mitarbeiter an der Berliner Zeitschrift *Die Aktion*, einem Organ, das sich allen avantgardistischen Strömungen öffnete und gleichzeitig kompromißlos die sozialdemokratische »Burgfriedenspolitik« bekämpfte und früher eine Trennung von SPD und USP forderte, als dies von seiten Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts geschah. Josef Čapek machte sich als Mitarbeiter der *Aktion* allerdings durch »unpolitische« Grafiken einen Namen; was diese Zeitschrift nicht daran hinderte, ihm im April 1917 ein Sonderheft zu widmen.

Wie sein Bruder Karel war Josef Čapek mit dem Philosophen und ersten Präsidenten der ČSR, Tomáš Garrigue Masaryk, eng befreundet, und ebenso blieb er dem humanistischen Gedankengut der tschechischen Arbeiterbewegung verpflichtet. Mehr noch: Mit seinen während des 1.Weltkriegs »gereiften« und 1918/19 erschienenen Abhandlungen über »Die bescheidenste Kunst« hat er den tschechischen »Proletkult« entscheidend beeinflußt, von dem aus Brücken zu den avantgardistischen Strömungen »Poetismus« und »Surrealismus« führen. Čapeks kunsttheoretische Erörterungen wurden vielfach als wegweisend für eine Kunst betrachtet, die ihr Maximalziel in der Verfeinerung der menschlichen Sinne als Voraussetzung neuer zwischenmenschlicher Beziehungen sah und gleichzeitig die Aufhebung der Trennung zwischen Kunst und Leben erstrebte.

Der Grafiker Josef Čapek trug nach dem 1. Weltkrieg mit dazu bei, das Werk des in Böhmen und Mähren so geschätzten russischen anarchistischen Theoretikers Petr Kropotkin bekannt zu machen, in dem er die Motive für die jeweiligen Einbände von Kropotkins einflußreichen Schriften entwarf (»An die jungen Leute«, »Anarchistische Moral«). Ebenso zeichnete er kurz nach dem 1.Weltkrieg Grafiken für *Červen* (dt. Juni), das Organ dertschechischen Anarchokommunisten, die damals hofften, ihre Zielsetzungen in der neugegründeten tschechoslowakischen Republik schrittweise verwirklichen zu können. Vom Herausgeber des *Červen* Stanislaw K. Neumann wurde Josef Čapek wiederholt als »ein Hauptpfeiler zeitgenössischer Kunst« bezeichnet.

Wie sein Bruder Karel hat Josef humanistisches Gedankengut nicht nur konsequent vertreten, sondern bis zu seinem Lebensende auch in gefährlichsten Situationen entsprechend gehandelt. Beide haben sich beispielsweise in den 30er Jahren durch Wort und Tat für deutsche Emigranten eingesetzt. Beide gehörten zu den Mitbegründern einer »Freiheitsbibliothek«, und beide haben bis zuletzt an das bessere Deutschland geglaubt. Die Gebrüder Čapek haben wiederholt den hartnäckig vertretenen Gedanken verworfen, ein sich ständig verschärfender Rüstungswettlauf könne kriegerische Konflikte verhindern. Allein von hier aus erscheint die in Ost und West immer noch hartnäckig vertretene These, Josef Čapek sei – im Gegensatz zu seinem



Ad infinitum

„Du, warum wird so viel gerüstet ?" — „Warum ? ! Eben wegen eines möglichen Konflikts"
„Und warum ist irgendein Konflikt möglich ?" — „Nun, eben weil so viel gerüstet wird"
Josef Capek 21.1.1934

Bruder Karel – als *unpolitischer Grafiker* und Schriftsteller einzustufen, in einem recht fragwürdigen Licht.

Ab 1933 wendet sich Josef Čapek einem Genre zu, dem er bisher kaum Beachtung schenkte: der politischen Karikatur. Während manche seiner Zeichnungen aus dem 1.Weltkrieg den Eindruck erwecken mochten, er suche als sozial engagierter Grafiker und Schriftsteller die These zu widerlegen: »Im Krieg schweigen die Musen«, erinnern seine politischen Karikaturen aus den Jahren 1933–1938 unwillkürlich an die Worte Bert Brechts:

»Was sind das für Zeiten, wo ein Gespräch über die Schönheit der Bäume fast ein Verbrechen ist – weil es ein Schweigen über viele Untaten einschließt«.

Josef Čapek versuchte damals, durch schockierende Grafiken auf folgenschwere Ereignisse und Entwicklungen in Deutschland und anderswo (Spanien, japanische und italienische Aggressionen) aufmerksam zu machen, ja seine Zeitgenossen im In-und Ausland wachzurütteln. So läßt manche seiner Zeichnungen die von erbittert-sarkastischem Geist geführte Feder erkennen; manche Grafik mutet wie ein verzweifelter Aufschrei an, gerichtet an ein viel zu gleichgültiges, ja abgestumpftes und tagtäglich weiter abstumpfendes Publikum.

Josef Čapek läßt die Menschen unter die Erde ziehen und bereits im Jahre 1936 die Toten als die Glücklicheren erscheinen. In Schreckensvisionen führt er die Gefahr eines Krieges vor Augen, der das Ende der Menschheit bedeuten könnte. Aktuell und bedrückend.

Nicht minder bedrückend sind seine 1937 entstandenen *»Diktatorenstiefel«*. Er benutzt dieses blitzblank geputzte Schuhwerk als Symbol grauenvoller entmenschlichter und entmenschlichender Wirklichkeit. Diese Stiefel – von Professoren und Advokaten auf einen unantastbaren Podest emporgehoben und dort in hellem Glanz erstrahlend – läßt Čapek dem Menschen buchstäblich über den Kopf wachsen; von diesen Stiefeln wird das menschliche Individuum zertreten und die Erdkugel zerplatzt unter ihnen wie ein Luftballon. Josef Čapek stellt diese Visionen jedoch nicht als Ausdruck einer unabwendbaren Katastrophe dar: Am Ende des Zyklus erscheint der Schusterjunge, der die Stiefel wegträgt, und der »alte Trödler« wirft sie dorthin, wo sie hingehören: auf den Kehrichthaufen der Geschichte. »Wie dieser pfeifende Schusterjunge werden die Völker einmal erkennen, daß Diktatorenstiefel nichts weiter als Rindsleder sind.«

Berichten der Nichte Josef Čapeks gemäß trugen diese *»Diktatorenstiefel«* wesentlich zu seiner Verhaftung am 1.9.1939 bei, etwa acht Monate nach dem Tode seines Bruders Karel, der an den Folgen des Münchner Diktats regelrecht zugrunde gegangen war.

Josef Čapek war bis zu seinem Lebensende in Konzentrationslagern inhaftiert. Letztmals gesehen wurde er im April 1945 im KZ Bergen-Belsen. Er ist wahrscheinlich auf einem Todesmarsch ums Leben gekommen.

Josef Čapeks Karikaturen aus den Jahren 1933–1938 erschienen Anfang 1949 in einem heute nicht mehr existierenden Prager Verlag. Danach wurden sie in Ost und West »vergessen«, trotz – oder gerade wegen (?) – ihrer erschreckenden Aktualität. Selbst anläßlich der 100. Wiederkehr seiner Geburt im Jahre 1987 wurde in führenden tschechoslowakischen Presseorganen nicht an den bissigen Karikaturisten erinnert. Während der Gedenkfeiern in Bergen-Belsen im Jahr 1985 wurde der Name Čapek nicht ein einziges Mal erwähnt.

Nachtrag:
Seit 1983 existiert in Dortmund eine *Čapek-Gesellschaft für Völkerverständigung und Humanismus*, die sich nach den beiden Brüdern benannt hat. Ihre Wanderausstellung *Geschichte aus der Nähe. Politische Karikaturen von Josef Čapek u.a. aus der Zeit von 1933–1938* ist ausleihbar. Im gesellschaftseigenen *Čapek-Verlag* wird ein die Ausstellung begleitender Dokumentenband, hrsg. von Ulrich Grochtmann in dritter, erweiterter Auflage erscheinen, – neben den erwähnten Karikaturen enthalten Ausstellung und Katalog Aphorismen, letzte journalistische Beiträge Josef Čapeks aus dem Jahre 1938 sowie Grafiken und Gedichte, die in Konzentrationslagern entstanden. Hinzugefügt wurden Texte und Grafiken aus dem Prager »Sozialdemokrat«, dem von 1921–1938 erschienenen »Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik« und aus dem Prager »Simpl« (1934), einer satirischen Zeitschrift, die der KPČ nahestand.

1988 veröffentlichte die Čapek-Gesellschaft *Moderne Zeiten. Mit Feder und Pinsel gegen Volkverdummung, Diktatur und Krieg – Grafiken aus der ČSR von 1927–1938.* Mit historischen Erläuterungen von *Ulrich Grochtmann* und Beiträgen von *Uta Ranke-Heinemann* und *Erhard Eppler*. Der Band enthält u.a. Grafiken von Josef Čapek, *František Bidlo* und *Bedřich Fritta*. Drei Grafiker, die ihr soziales und politisches Engagement mit dem Leben bezahlen mußten: František Bidlo starb am 9.Mai 1945, nach monatelanger Haft in Theresienstadt, Bedřich Fritta ist 1944 in Auschwitz umgekommen. Für den Buchhandel ist dieser Band über den Trotzdem-Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1 beziehbar.
Wer sich für die Ausstellung, für Publikationen aus dem Čapek-Verlag oder die weitere Arbeit der Gesellschaft interessiert, wende sich an *Ingeborg Brillowski, Spannstr.18, 4600 Dortmund-14; Tel. 0321/ 23 16 67 oder Eva-Maria Dämmer, Café Tee-Pott, Sauerbreystr. 6, 5650 Solingen-Ohligs (11), Tel. 0212/33 42 90.*



Ein Diktator, zwei Diktatoren, drei Diktatoren

Josef Capek (Die Dikatatorenstiefel) 1936

Termine

☆**Ganz schön. Mühsam.** Vertonte Gedichte von Erich Mühsam bieten *3 Plus*. 80 Minuten Vortragsdauer. Gage ist Verhandlungssache. *Kontakt: Ulrich Penquitt, Augustin-Wibbelt-Str. 39, 4650 Gelsenkirchen, Tel. 0209—39169.*

☆ **Gefängnisse** gibt es auch in Deutschland und darinnen *Menschen*, die im Widerstand mit ihrer ganzen Person stehen und daher praktische Solidarität brauchen wie z.B. Korrespondenz, Briefmarken, Besuche.
Widerstand und Überleben gehen Hand in Hand und schließlich wollen *wir* doch alle das *eine*, oder? In unserer Situation liegt es an euch statt hohlem Pathos, zu handeln und Taten zu zeigen.
Kontakt: *Ali Yilmaz, Peter Baumann, Limburgerstr. 122, JVA, D-6252 Diez.*

☆**Wichtige Absage!!!**
Das internationale anarchistische Treffen zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution in Lyon findet nicht statt!
Beim 1. Vorbereitungstreffen, am 4.6.88 in Lyon stellte sich heraus, die Personaldecke der OrganisatorInnen des COLLECTIV 89 zu dünn war, daß bis zu diesem Zeitpunkt kein Geld aufzutreiben war, und daß auch in der Stadt Lyon (im Gegensatz zu Venedig 1984) keine vergleichbaren räumlichen Möglichkeiten für ein internationales Treffen gefunden werden konnten. Der Kongreß wurde deshalb ersatzlos abgesagt.

☆ Seit dem **25.5.88** halten Anarchos/-as das **Norbert-Kubat-Dreieck (ehem. Lennedreieck) in Berlin** *besetzt.* (Nähe Potsdamer Platz). Seitdem wird ein Hüttendorf errichtet, das von Tag zu Tag wächst. Bis zum 1.6. waren es bereits 17 Hütten und 15 Zelte. Bis zum 1.7. darf die Westberliner Polizei das Ex-DDR-Gelände nicht betreten; sie provoziert deshalb vor dem Gelände. Der Senat sieht vor allem eine 6-spurige Autobahn über das Gelände vor und wird zweifellos am 1.7. seine Schlägertrupps in Aktion setzen wollen. Die Besetzung sieht sich auch im Zusammenhang mit der Zerstörung autonomer Infrastruktur (Schließung des SO 36), Bedrohung von Szenekneipen (wie Schlehmil, Blockschock und pink panter) durch ›Bürgerwehren‹ usw.
Norbert Kubat-Dreieck deshalb, weil *Norbert Kubat* nach dem 1. Mai 1987 verhaftet wurde und im Knast in den »Selbsttod« getrieben wurde (25./26.5.87).
Unterstützt die BesetzerInnen!!!

☆ **Anarcho-Zeltlager am Illmensee.** Der Termin hat sich konkretisiert: es findet vom **14.7.88–20.7.88** ca. 25km südwestlich von Ravensburg statt. Unkosten pro Tag 15.-DM (für Campen mit Zelt und Auto sowie Verpflegung ohne Alkohol). Vorauszahlungen an *Postgiro Stuttgart – Kennwort Zeltlager – Nr.2676 70-703.* Für weitere Infos: *Richard Epple-Haus, Poststr., 7400 Tübingen, Tel. (Di 20 Uhr): 07071/32743*
Themen: Nacharbeitung der libertären Tage 1987 zu den Bereichen ›Notwendigkeit sozialer Gegenmacht, Innere Sicherheit, Frauen‹; und Aktuelles, wie § 129a – am Beispiel Ulla und Ingrid, wie IWF-Tagung in Berlin.

Kurzes

☆ Die **Bürgerinitiative »Volksentscheid zum 23. Mai '89«** will das im Grundgesetz Art. 20 Abs. 2 verankerte *Abstimmungsrecht* praktisch durchsetzen. Nach dem Vorschlag der Initiative soll es künftig auch möglich sein, zu Sachfragen der Politik außerparlamentarische Gesetzesinitiativen zu entwickeln, wenn sich mindestens 50 000 Stimmberechtigte einem Vorschlag anschließen. Lehnt der parlamentarische Gesetzgeber einen solchen Vorschlag ab, soll die Initiative das Recht haben, ein *Volksbegehren* einzuleiten. Gewinnt dieses mindestens 1 Million Unterschriften, soll es zum *Volksentscheid* kommen.
Diese Forderung zu einer Initiative für direktere Demokratie wurde am 5.5.88 vom Bundestag abgelehnt und soll nun über eine *selbstorganisierte Volksabstimmung* bis zum 23.5.89 dennoch erhoben werden.
Wer sich davon etwas verspricht (u.a. öffentlichkeitswirksame Propagierung von bestimmten Themen wie etwa die Schweizer Initiative GSOA zur Abschaffung der Armee u.a.), kontaktiere (bzw. fordere seinen/ihren »Stimmbrief« an bei): *Bundesabstimmungsbüro, Volksentscheid zum 23.Mai 89, 8991 Achberg.*

»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen **und Abstimmungen** . . . ausgeübt.« (Grundgesetz, Art. 20, Abs. 2). Tja??

Der **Theaterhof Priessental** in 8263 Burghausen lädt zum *Dorfspiel'88* ein. Es soll am **31.7.** und **7.8.** ab 14 Uhr in *Mehring* stattfinden. Motto: *Ein historischer Spaziergang – oder die Verführung eines Dorfes.* Die Intention der Aktivisten ist es die Tradition des Volksschauspiels aufzugreifen und möglichst viele Bewohner des Dorfes einzubeziehen. Kontakt: *Michael Müller, Martin Lüttge u.v.a, Theaterhof Priessental e.V., 8263 Burghausen.*

Israel und der Anarchismus

von Syma Popper

(Die Autorin dieser Kritik, Syma Popper, ist 62 Jahre alt, sie lebte viele Jahre in Israel)

Joseph Luden ist ein Israeli, Herausgeber der anarchistischen Zeitschrift *Problemen* in Tel Aviv. Sie erscheint in jiddischer und nicht in hebräischer Sprache und ist somit nur einem engen Kreis von Lesern zugänglich; sie kann so mit ihren antietatistischen Ideen weder auf die jüdische noch die arabische (palästinensische) Bevölkerung, geschweige denn auf die Jugend, Einfluß nehmen, die hebräisch und nicht jiddisch spricht. Joseph Luden hat eine seltsame Idee vom "anarchistischen Ursprung des Zionismus und des Staates Israel", (so sinngemäß), die er trotzdem unter Anarchisten verbreitet, durch seinen Bericht für den internationalen anarchistischen Kongreß in Paris vom 31. Oktober bis 2. November 1986 in französischer Sprache und durch dessen ins Deutsche übersetzten Nachdruck in der deutschen anarchistischen Zeitschrift *TRAFIK* Nr.28 2/1988 – herausgegeben von *Peter Peterson.*

Luden schreibt: "Als Ahnherr des Zionismus gilt der jüdische Schriftsteller Moses Heß, . . . ein Mann mit Visionen, Anarchist und Sozialist. Er veröffentlichte schon ein Buch über den Judenstaat noch bevor sich Theodor Herzl, der allgemein als Begründer des Zionismus angesehen wird, mit der Judenfrage beschäftigte."

Nach dieser Version würde das Wort vom Judenstaat vom »Anarchisten« *Moses Heß* hergeleitet und er, nicht Herzl, wäre der eigentliche Gründer des Zionismus und der Vater des Staates Israel, so daß dieser quasi ein anarchistischer Staat(?) sei. Nein? ›Das ist schon deshalb unmöglich, weil *Anarchismus* und *Staat* widersprüchlich sind?‹

Moses Heß war kein Anarchist, sondern ein Sozialist und zwar ein sozialistischer Theoretiker und Gesinnungsfreund von Karl Marx und Lasalle. Trotzdem (vielleicht aus praktischen und moralischen Gründen, vielleicht auch um des Friedens willen) befürwortete auch er einen jüdischen Staat *nicht.* In *Max Nettlaus* »Geschichte der Anarchie, Bd.1« lesen wir:

"Heß hielt sich nicht lange auf dieser Höhe [der philosophischen Gedankengänge über den kommunistischen Anarchismus, Anm. S.P.]; ich nenne seine nächsten Schriften nicht, weil ich jetzt nicht feststellen kann, inwieweit schon in ihnen der Abstieg zum Vulgärsozialismus stattfindet; er schrieb 1845 die antianarchistische Broschüre »Die letzten Philosophen« gegen Max Stirner u.a.."

Und im *Lexikon Linker Leitfiguren*, Büchergilde 1988, lesen wir im Artikel von Shlomo Na'aman:
(Für Heß) "kann der zentralisierende Staat (Betonungen von mir, S.P.) Gleichheit und Gemeinschaft einführen, und auf ihn will Heß bis zum Endstadium seines geschichtlich bedingten Absterbens nicht verzichten." Und "Er (Heß) nimmt an der Seite von (Wilhelm) Liebknecht am Feldzug . . . gegen Bakunin teil."

Von 1841 bis 1848 arbeitete er zusammen mit Karl Marx; später hat er mit Lassalle Propagandaschriften herausgegeben, auch zwei eigene Broschüren der lassalleanischen Bewegung.

Moses Heß hat nie ein Buch über den »Judenstaat« geschrieben, sondern ein Buch »Rom und Jerusalem«, in dem er eine "neueInterpretation verfaßt, nämlich daß patriotische Juden in ihrer alten Heimat eine mustergültige Gemeinschaft errichten, die das Neue Jerusalem beispielhaft vorleben. Diese Gemeinschaft wird auch das mosaische Gesetz für alle Juden modernisieren." (zit. aus »Heß, Moses«, Lexikon Linker Leitfiguren, Büchergilde 1988). Eine Gemeinschaft also, nicht einen Staat! Und weiter Shlomo Na'aman: "Die zionistische Bewegung hat Heß als *Vorläufer* eingestuft, obwohl dem wichtige Gründe entgegenstehen, da er nie das Leben in der Diaspora verurteilt hat. Er hat die Übersiedlung nach Palästina und die Konzentration von Juden dort als jüdische Gemeinschaft mehr denn als Staat der Juden gewünscht. Die Überführung seiner Gebeine nach Israel war eine Demonstration des Judenstaates gegenüber der Diaspora, aber im Sinne des Zionismus, nicht von Heß."

Eigentlich hätte es mich nicht gewundert, wenn Heß doch für einen JudenSTAAT eingetreten wäre, denn er war kein Anarchist, sondern ein Sozialist. Wenn er es aber trotzdem nicht getan hat, so gilt dies umso mehr für einen Anarchisten. So hat sich der anarchistische Theoretiker *Gustav Landauer* für die genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Strukturen (Kibbuzim) in Palästina interessiert und sie als solche befürwortet, nie aber die Notwendigkeit eines jüdischen Staates! Das gleiche gilt natürlich für alle Anarchisten, die den »Zionismus« bejahten, – das war nicht der Zionismus im Sinne Herzls, das war die Befürwortung einer Zusammenkunft von Menschen, die eine Gemeinschaft bilden sollten, nicht einen Staat! Sonst wären sie auch keine Anarchisten gewesen.

Zu den Kibbuzim selbst: ihre Mitglieder führten (und führen) im *inneren*, im engen Rahmen des Kibbuz, eine freiheitliche, egalitäre, kollektivistische Lebensform, (obwohl die Leiharbeit in ihren Fabriken immer zunimmt!), aber im weiteren Rahmen befürworteten und erstrebten sie einen Staat – d.h. eine Herrschaftsorganisation –, den sie am Ende (Mai 1948) auch bekommen haben und dem sie bis zum heutigen Tage Treue zollen und ihm bewußt ergeben sind. So daß ihre Liberalität und Egalität hier aufhört; in ihrem Staatsbewußtsein begehen auch sie in diesem weiteren Rahmen Staatsschweinereien und -verbrechen, z.B. als Soldaten.

Weiter geht's mit Joseph Luden: "So strömten nach 1945 hunderttausende Juden aus Europa und Arabien nach Israel . . .: der jüdische Humanismus mit seinen ausgeprägt libertär-sozialistischen und anarcho-syndikalistischen Tendenzen erlebte einen außergewöhnlichen Aufschwung."

Diese armen Menschen nach 1945 waren nicht "libertär-sozialistisch und anarcho-syndikalistisch" geprägt, sondern zumeist Kleinbürger mit den normalen Berufen, wie sie sie in Europas Städten ausgeübt hatten, und sie waren bürgerlich geprägt. Sie kamen nach dem Holocaust nach Israel (damals noch Palästina) um dort zu leben und nicht "um das öde . . . Land zu bebauen", denn sogar nach zionistischer Lesart war "das öde Land" im Jahre 1945 schon längst bebaut. Wer Geld genug hatte war nach seiner Ankunft in eine Stadt seiner Wahl gezogen; und die anderen, die kein Geld hatten, wurden nolens volens zu den Kibbuzim geschickt.

Weiter erzählt uns der Artikel über den "später ermordeten Anarchisten und Anhänger Tolstois, *Josef Trumpeldor* (1880-1920)".

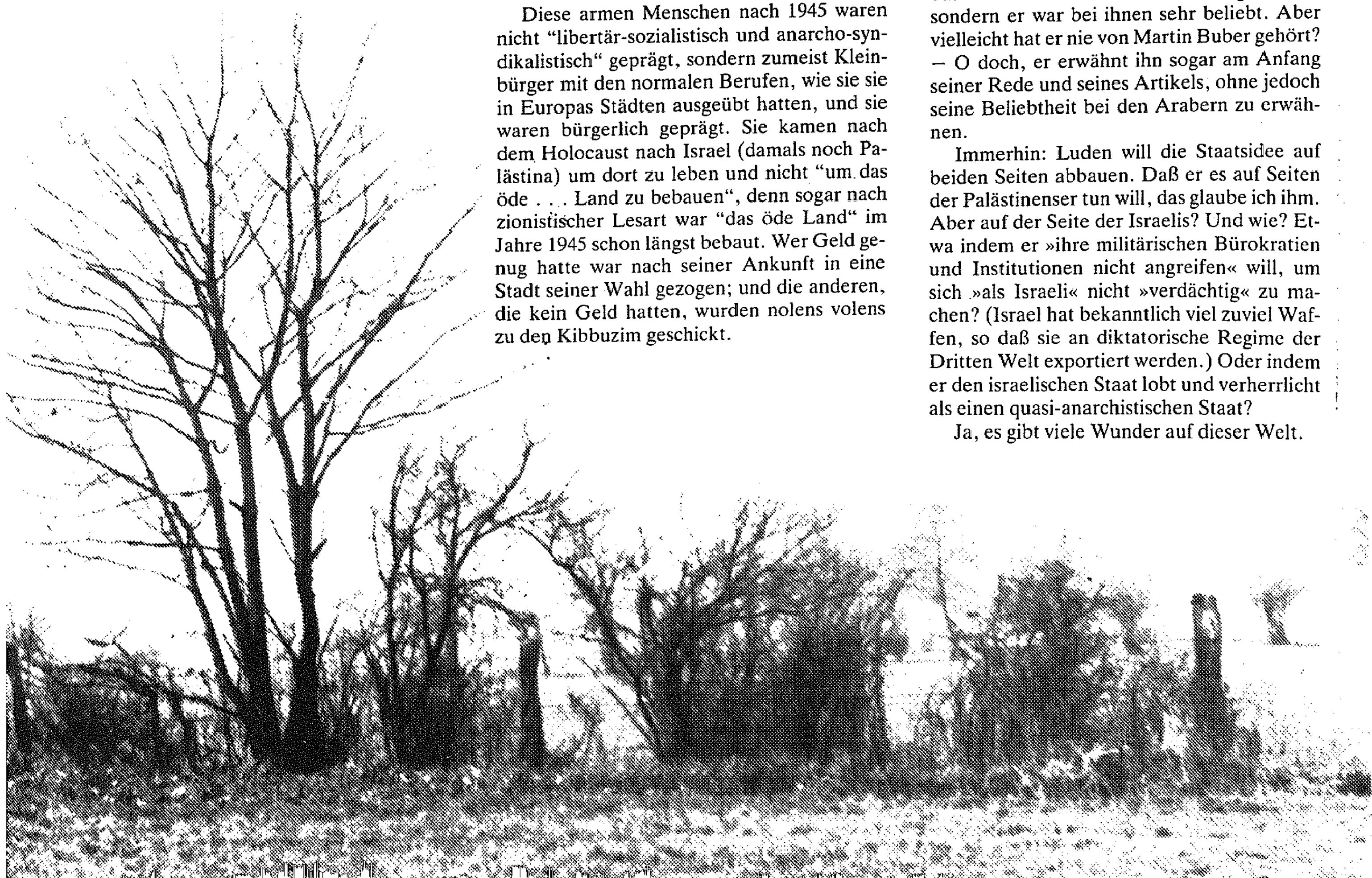
Josef Trumpeldor war bestimmt kein Anarchist, sondern das Gegenteil davon. Er wurde in Rußland geboren und verlor als *Soldat* im 1. Weltkrieg einen Arm. Dann immigrierte er nach Palästina und wurde zu einem Idol, zu einer Heldenfigur der rechtsradikalen *Betarim* (der "Betar"-Partei, angeführt von Zeev Jabotinski und später von Menahem Begin, die sich nach der Staatsgründung zu "Herut" umbenannt hat). Er wurde deshalb ihre Heldenfigur, weil er mit nur einer Hand gegen die Araber in Tel Hai, Galiläa gekämpft hat und dort auch von Arabern erschossen wurde. In Tel Hai ist er auch begraben und sein Grab wurde zu einer Art Wallfahrtsort der Rechtsradikalen. Auch salutierten sie sich gegenseitig in bester Soldatenmanier mit dem Wort »Tel Hai!«. Diesen Josef Trumpeldor als Anarchisten zu bezeichnen und noch dazu als Anhänger des zutiefst pazifistischen, religiösen Anarchisten Tolstoi ist eine große Frechheit.

Und weiter heißt es: "Das Ende des arabisch-israelischen Konflikts wird wesentlich durch den Chauvinismus der beiden Seiten erschwert."

Da muß man unterscheiden: Die Palästinenser wehren sich und kämpfen, nicht weil sie chauvinistisch sind, sondern weil sie sich von einer Besatzungs- und Unterdrückungsmacht befreien wollen. Es ist mir schleierhaft, warum der Begriff »Befreiung« für Anarchisten wie Joseph Luden und Peter Peterson in diesem Fall fremd ist. Schleierhaft ist mir auch, warum es für Luden und die seinen nicht möglich war und ist, wie er sagt, mit Arabern Kontakte anzuknüpfen – obwohl das für Martin Buber nicht nur möglich war, sondern er war bei ihnen sehr beliebt. Aber vielleicht hat er nie von Martin Buber gehört? – O doch, er erwähnt ihn sogar am Anfang seiner Rede und seines Artikels, ohne jedoch seine Beliebtheit bei den Arabern zu erwähnen.

Immerhin: Luden will die Staatsidee auf beiden Seiten abbauen. Daß er es auf Seiten der Palästinenser tun will, das glaube ich ihm. Aber auf der Seite der Israelis? Und wie? Etwa indem er »ihre militärischen Bürokratien und Institutionen nicht angreifen« will, um sich »als Israeli« nicht »verdächtig« zu machen? (Israel hat bekanntlich viel zuviel Waffen, so daß sie an diktatorische Regime der Dritten Welt exportiert werden.) Oder indem er den israelischen Staat lobt und verherrlicht als einen quasi-anarchistischen Staat?

Ja, es gibt viele Wunder auf dieser Welt.



Diskussion: Amnestie-Debatte
Versuch einer endgültigen Verabschiedung

von Gruppe Einstürzende Zweierbeziehungen

Die **Amnestiediskussion** wurde im letzten *Schwarzen Faden (Nr.27)* mit zwei Beiträgen fortgeführt. Einer der Beiträge kam von der *Linken Liste Frankfurt* und führte einige, zunächst sehr interessante, Ansätze aus.

So wird die Berechtigung der Forderung nach Amnestie abgeleitet aus dem Recht auf eine Wiedergutmachung, die die Linke inclusive RAF gegenüber dem Staat geltend machen könne. Und zwar auf dem Hintergrund der jahrelangen tödlichen Strategien die dieser Staat gegenüber einer fundamentalen Opposition verfolgte.

Der Problematik die in der Amnestieforderung, durch die mögliche Stärkung der Legitimität des Staates, steckt, könne durch eine breite oppositionelle Bewegung entgegen gewirkt werden. Als weiterer Hauptaspekt wurde angeführt, die Chance sich durch die Amnestiediskussion die Geschichte der Linken wieder anzueignen. In dem Sinn, daß die aus der Zerfallsphase der APO heraus entwickelte Stadtguerillapraxis auch eine Reaktion auf den Verlust der kollektiven und antiautoritären Errungenschaften darstelle, für die man nicht einfach die Verantwortung negieren könne.

In diesem Zusammenhang wurde auch eine klare Abgrenzung zur distanzierenden Haltung der GRÜNEN gegenüber der linken Geschichte vollzogen.

Der andere Beitrag versteht sich als eine *Zwischenbilanz* einer »deutschen Diskussion« und reflektiert die Entwicklung der Amnestiedebatte seit 1984. Die Bezeichnung »Zwischenbilanz« in der Überschrift läßt erwarten, daß der Autor mit einer Fortführung rechnet.

In der Hoffnung, daß es eine solche *nicht gibt*, geht es uns darum, zu zeigen, daß die Forderung nach Amnestie von RAF-Leuten / von Ex RAF-Leuten / von politischen Gefangenen / von der Gewalt abschwörenden politischen Gefangenen (Zutreffendes bitte ankreuzen) nun endgültig auf den Müll sollte!

Grundsätzlich ausklammern wollen wir die Forderung nach Freiheit für alle Gefangenen und Internierten. Das scheint uns die Forderung nach Revolution bzw. Anarchie, in anderem Gewand, zu sein. Diese ist zwar ab und an mal wieder zu stellen, aber in der Amnestiedebatte geht es um jede Menge aktuelle politische Bezüge, die mit dieser Utopie nichts gemein haben.

Bei der Lektüre der Beiträge im *SF* fällt zuerst die zynische Begründung auf, mit der, der Einwand, daß bei einer Amnestiediskussion vielleicht erstmal die zu Amnestierenden gefragt werden sollten, ob sie wollen, vom Tisch gewischt werden mußte. Weil sie nicht gefragt wurden, ob sie in den Knast wollten, so die bestechende Logik, »sowenig war die Notwendigkeit gegeben, die Gefangenen um Erlaubnis zu fragen, da es ihnen selbstverständlich freistehen würde, diesen Aufenthaltsort wieder aufzusuchen«. Diese Haltung drückt gegenüber den Gefangenen einen reinen Objekt-Bezug aus. Der Staat hat sie nicht gerfagt, ob sie rein wollen, also müssen wir sie auch nicht fragen, ob sie raus wollen.

Diese Übereinstimmung in der Herangehensweise von Staat und Amnestiediskutierern negiert jedesmal völlig die politische Identität der Gefangenen. Diese sitzen seit Jahren bzw. Jahrzehnten im Knast; in verschiedenen Zeiten unterschiedlich starkem Vernichtungswillen unterworfen. Dieser Vernichtungswille zielt, mit Hilfe von Isolationstechniken, in erster Linie auf die Brechung der Identität. Konkrete Methoden in diesem Zusammenhang sind zum Beispiel, *die extreme Ausdünnung von Sinnesreizen, dieabsolute Nichtbeeinflußbarkeit der einfachsten, direkten Lebensumstände (Licht- und Luftverhältnisse)*. Die damit bezweckten Resultate sehen u.a. so aus: *Reduktion der Vielfalt von Emotionen, Zerstörung des Denkens in zeitlichen, wie in kausalen Zusammenhängen, Hervorrufen eines Gefühls des Ausgeliefertseins durch die Unausweichlichkeit der, bis ins kleinste bestimmten, Realität.*

All das, was außerhalb des Knasts seine Orientierung durch die Interaktion findet (finden kann), ist nicht zufällig im Knast Angriffsziel; kann doch eine starke Identität die Grundlage zum Überleben bilden. (Und eben nicht der Grundkurs Marxistische Ökonomie oder der Karate-Schwarzgurt).

Daraus wird ersichtlich, daß es noch viel weniger als außerhalb der Knastmauern eine Aufspaltung der Identität in eine private und politische geben darf. Sonst ist man schon zwangsgespalten, verurteilt zum Renegaten oder zur Kampfmaschine.

Nehmen wir jetzt mal die hypothetische Situation an, in der eine Amnestie über die Identität der Gefangenen hinweg, gegen ihren Willen, umgesetzt wird, und man ihnen auf ihre Einwände hin, die patzige Antwort gibt: ›Wenn es euch nicht paßt, dann geht halt wieder rein,‹ dann kann man vielleicht empfinden, wie zynisch und ignorant diese Haltung ist.

Wenn es so »natürlich« ist, daß RAF-Gefangene nichts von einer Amnestie halten und es sich insofern um »einen rhetorischen Einwand« handelt, wenn angemerkt wird, daß sich die Betroffenen erstmal dazu äußern müßten, dann können wir zwar eine Verzweiflung über die seit Jahren andauernde Sprachhülsenproduktion der *Antiimp*-Fraktion verstehen, können jedoch keine Berechtigung sehen ein staatliches Objektverhältnis zu reproduzieren.

Noch viel weniger können wir akzeptieren, wie die Argumente von zweien, die keine Aussteigerkarriere hinter sich haben (*Reinders und Fritzsch*) und zudem aus dem Knast heraus klare, politische Positionen in die Debatte einbringen, im Rahmen der ›Zwischenbilanz‹ abserviert werden. Dort wird, an Hand der Zuspitzung ihrer Argumentation, der ausführliche Beitrag der beiden, (wie er auch in der *taz* vom 4.12.87 zu lesen war) als unrealistisch und abgehoben diffamiert. Wir halten es für angebrachter sich auf Reinders und Fritzsch einzulassen, als sich spaltenweise mit Aust, SPIEGEL, STERN und den GRÜNEN auseinanderzusetzen, auch weil diese Auseinandersetzungen dann zu einem großen Teil überflüssig

werden.

Darum wird das gelegentlich aufgegriffen und im folgenden gegen einige der grundlegenden Argumente, auch der Linken Liste, gewandt.

Relativ einfach sind die Interessen derer zu durchschauen, die eine Amnestie für Aussteiger, wie es neudeutsch heißt, fordern/unterstützen. Die Stichworte für diesen »Kotau vor der Macht« lauten: Feindbilder abbauen, verhärtete Fronten aufweichen, Geste der Versöhnung. Zentrale Forderung an die Delinquenten: Absage an die Gewalt. Daß der politische Offenbarungseid ohne Verrat ehemaliger Genossen oder aber mindestens der politischen Idee (und das mediengerecht) nicht genügt, hat das Boock-Verfahren gezeigt.

Gefordert ist der Nachweis, daß die Brechung der – isolationsgefolterten – Identität stattgefunden hat und das Vollzugsziel somit vorzeitig erreicht wurde; daher der Entlassungauch nichts mehr im Wege steht. Die Beweislast liegt beim Delinquenten.

Etwas schwieriger wird die Diskussion um die Forderung nach Amnestie für Angehörige der RAF bzw. Amnestie für alle politischen Gefangenen. Wobei bei der zweiten Formulierung immer hübsch der Deckel auf der Frage bleibt, wer politischer Gefangener ist, und wer bestimmt, wer politischer Gefangener ist.

Nicht gerade von der Kenntnis der Auseinandersetzung um diese Begrifflichkeit zeugt es, wenn seitens des bilanzierenden Beitrags, auf den Einwand (von Reinders/Fritzsch), daß diese noch nie sehr gute Unterscheidung der Gefangenen, sich nicht durch das Bestreben auszeichnet, Bewußtsein für Klassensolidarität zu schaffen, entgegnet wird, sie hätten verkannt, »daß sie im Unterschied zum normalen Gefangenen deshalb sitzen, weil sie politisch motivierte Straftaten begangen haben«.

Relativ klar war mal, daß es nicht darum geht die unterschiedlichen Motive und Wege in den Knast zu negieren, daß der Kampf gegen Knäste aber kein teilbarer ist, will man nicht die Wertsetzung der Gesellschaft reproduzieren. Das heißt: Kämpft jemand im Knast um seine Identität, seine Freiheit in Solidarität, was bedeutet, nicht auf Kosten anderer Knackis, dann hat niemand das Recht seine Straftat mit der ›politischen Straftat‹ eines Linken aufzurechnen, um damit eine Berechtigung/Reihenfolge zu klassifizieren.

Neu war für uns im Rahmen der Forderung: Amnestie für Angehörige der RAF, die Wendung der LiLi: »Amnestie als Wiedergutmachung«. Ausgehend von der Berechtigung »der Linken, einschließlich der RAF-Gefangenen . . . vom bundesdeutschen Staat eine Wiedergutmachung . . . zu verlangen«, folgert der Autor, daß, wenn es schon keine Entschädigung geben kann, man eine Abkehr von jener »tödlichen Strategie hätte . . . schon lange erwarten können«. Etwas weiter folgt dann allerdings doch: »Aber was kann man schon erwarten . . .?«

Ja, man kann tatsächlich nichts er-warten. Von dieser anscheinend nicht oft genug zu wiederholenden Banalität, daß beim Warten nichts passiert, einmal abgesehen, verbirgt sich im Begriff der Wiedergutmachung eine, von ganz anderen Gesetzmäßigkeiten gespeiste, Dynamik. Wiedergutmachung, ein Begriff der nach den Weltkriegen Konjunktur hatte, suggeriert eine Zäsur, einen Einschnitt in die Geschichte. Irgendeine Situation hat sich bereinigt, ein Krieg ist beendet. Nun gehen die Beteiligten daran einige Ungerechtigkeiten aufzuwiegen.

Dieses Bild läßt völlig außer acht, daß es diese Unterbrechung, diesen Einschnitt auf der Seite der staatlichen Repression gegen Widerständische nicht gibt. Im Gegenteil, es gibt eine kontinuierliche Weiterentwicklung der tödlichen Strategie auf juristischem, militärischem und politischem Gebiet.

Gerade im Bezug auf die Guerilla ist die jüngere Repressionsgeschichte voll von immer neuen Konstruktionen, um die Leute überhaupt noch verknacken zu können (Bsp.: Es ist schon länger nicht mehr nötig, jemand eine Tatbeteiligung an einer konkreten Straftat nachzuweisen, einstmals ein Eckpfeiler des Strafrechts. Konstrukt: gesamt RAF). Die Frage der Amnestie, der Gnade (vor Recht) zu stellen, in einer Zeit, wo das ganz alltägliche Recht einer kapitalistischen Gesellschaft, die sich demokratisch nennt, pausenlos gebeugt werden muß, um überhauptmit der Abschreckung nachzukommen, erscheint zumindest grotesk.

». . ., deshalb fordern wir ersteinmal unser Recht. Auf ihre Gnade sind wir dann nicht mehr angewiesen«. (Reinders/Fritzsch)

Was eine absurde Taktik ist das, die dem Gegner seine permanenten Rechtsbrüche verschleiern hilft, indem sich auf eine humanistisch angehauchte Amnestiedebatte einläßt. Derweil werden munter neue Leute aus anderen Spektren (Gentechnologie, Autonome) kriminalisiert, mit nicht minder fragwürdigen Gesetzesauslegungen.

Auch da sitzen Leute im Knast, die, würden sie ihr Recht bekommen, längst wieder draußen wären.

Natürlich wird das Recht gebeugt, wenn es nötig ist, und zusätzlich werden nach und nach die Gesetze der aktuellen Rechtssprechung angepaßt (Erweiterung des § 129, immer wieder). Aber man muß sich doch nicht gleichzeitig was von Versöhnung und Deeskalierung auf's Ohr drücken lassen und das dann noch forcieren und als offensive Politik verkaufen. Nach *der* Logik fordern wir in 5 Jahren Amnestie für die Leute aus der Startbahnbewegung als Wiedergutmachung für jahrelanges Unrecht im Wald. Und lassen sie jetzt erstmal ohne große Gegenwehr drin.

Ganz unter den Tisch fallen bei der LiLi, durch den Blick auf die RAF, bzw. ihr Scheitern und den Zusammenhang der Wiedergutmachung, sämtliche anderen Ansätze, die zum Teil zeitlich parallel und inhaltlich unterschiedlich entwickelt wurden (*2. Juni*). Ansätze aber auch, die aus den Erfahrungen der 70er Jahre bereits Konsequenzen zogen (*RZ*), oder die völlig andere Schwerpunkte setzten (Häuserkampf der 80er, Gorleben usw.). In diesem Kontext fehlt es zwar an genauen Auseinandersetzungen mit dieser Geschichte und ihren Folgen, nicht jedoch an der Kontinuität selbst.

Die einzigen, die wirklich eine Zäsur vollzogen haben und mit einem dadurch geprägten Weltbild Politik machen, sind jene Kreise, die sich 77/78 von einer radikalen Ablehnung des Staates weg, zu einer parlamentarischen Politik und zu einem verstärkten Verkauf alternativer Dienstleistungen hingewandt haben. Für sie ist der Begriff stimmig, sie zogen einen Schlußstrich unter ihre Vergangenheit.

Das irritierende ist, daß dieser Mechanismus genau benannt wurde. »Gerade die Genossen aus der Sponti-Metropole suchten dann später ihre revolutionären Jugendwünsche mit grüner Realpolitik zu sublimieren . . . Ihre Bewältigung der Vergangenheit wird so zum Instrument eines geschichtsklitternden Pragmatismus, in dem die einstigen Niederlagen . . . nun zur avantgardistischen Klugheit funktional uminterpretiert werden.« Nichtsdestotrotz prägt die LiLi einen Begriff, der nur in dieser Tradition eine Berechtigung hat.

Es kann uns heute nicht um *Wiedergutmachung* gehen. Die Kontinuität von Unterdrückung und Lebensraumzerstörung, von Völkermord und Krieg ist in den letzten 20 Jahren nicht einmal ansatzweise angeknackst worden, und sie wird fortgeführt. Die von uns, die heute im Knast sitzen, haben in unterschiedlichen Zeiten verschiedene Wege ausprobiert. Wir sollten weitere Wege suchen, dabei Sackgassen als solche benennen und aus gemachten Fehlern ein paar Lehren ziehen. Vor allem sollten wir denen im Knast die Möglichkeit geben, sich in einer Kontinuität des Widerstands wiederzufinden, statt ihnen zu suggerieren, daß die Sache jetzt mal zu einem endgültigen Abschluß geführt werden müßte, weil sichdie Suche nach praktischen, radikalen Ansätzen irgendwie erledigt hat.

Als hätten wir inzwischen den echten Stein der Weisen gefunden. Richtig, mit Amnestie hat das dann nichts mehr zu tun. Aber wie auch? Es ist leicht zu schreiben: ›Amnestie war in der Regel ein (Macht-)Mittel eine oppositionelle Bewegung zu befrieden, Massenloyalität wieder herzustellen. – So soll es diesmal aber nicht sein. Diesmal muß sie »mit einem empfindlichen Legitimationsentzug einhergehen« ‹(LiLi).

Wie soll das gehen, wenn schon die Teilnahme an der Debatte aktuelle Unterdrükkung verschleiern hilft und Legitimation spendet, durch die Unterstellung, daß Humanität vorhanden sei.

Die tatsächlichen Bewegungen der Linken sind schwach. Wenn sie stärker wären, gäbe es auch einen etwas anderen Ansatz für eine Amnestieforderung. Die oben benannte grundsätzliche Problematik bliebe jedoch bestehen. Um Amnestie, die tatsächliche Freilassung von Leuten, als politischen Sieg gegen die Interessen des Staates nach Befriedung und Loyalität durchzusetzen, bedarf es eines mittleren Zusammenbruchs des Massenkonsens, der diese Gesellschaft trägt. Da damit demnächst nicht zu rechnen ist, sondern höchstens mit Irritation und Unbehagen, hervorgerufen durch eine höhere Frequenz von Nadelstichen, an dieser Stelle nochmal, der nicht mehr ganz neue Vorschlag dem richtungsweisenden Kampf um die Schließung der Iso-Trakte, gegen Iso-Haftbedingungen generell, ganz pragmatisch ein Plätzchen innerhalb der existierenden Bewegungen einzuräumen.

Auch der Punkt: »Amnestie als Aneignung eigener Geschichte« rückt nicht die Gefangenen in den Mittelpunkt der Debatte. Es taucht auf, das »Eingeständnis, daß es damals, am Ende der 60er Jahrem die gemeinsame Sache« gewesen sei, aus der heraus »einige Genossen den Weg in den Untergrund wählten« (LiLi).

Wir meinen es bedarf keines »Eingeständnisses« etwas als eine gemeinsame Sache zu betrachten, aus der heraus zu dieser Zeit ein Versuch eine Berechtigung hatte. Seine Fortführung (Fixierung auf ML-Befreiungsmodelle) führte in die Sackgasse.

Es degradiert die damalige Entscheidung zum bewaffneten Kampf nicht zu einer falschen, weil im Rückblick ersichtlich wird, wie problematisch die Weiterführung wurde. Wenn sich einzelne auf Grund ihres Menschseins (ihrer Analysen, Wünsche, Ängste, Projektionen etc.) zu diesem Weg entschloßen hatten, dann verlangt das uns kein Eingeständnis ab, taten sie es auf dem Hintergrund gemeinsamer Erfahrungen.

Ihre Leben stehen auch nicht im Legitimationszwang gegenüber einer Situation, in der ich, im warmen Sessel sitzend, die Geschichte an mir vorüberstreifen lasse. Anders ausgedrückt: Wir können heute nicht behaupten das gefunden zu haben, was sie damals zweifellos für sich auch suchten, kollektive Perspektiven in einem widerständischen Dasein.

Sämtliche anderen Richtungen, die aus dem Zerfall der 68er Bewegung heraus eingeschlagen wurden, scheiterten, gemessen an ihren Ansprüchen, ebenso (K-Gruppen, Institutionsmaschierer, religiöse Ansätze . . .). Im Scheitern jener wurden, wesentlich unspektakulärer, zum Teil systemkonforme Positionen eingenommen, die den aufkommenden Reformismus stabilisierten. Eine Entwicklung, die seitens einer radikalen Linken – geht es denn um Aufarbeitung der Geschichte – ebenfalls zu analysieren und schärfer zu kritisieren wäre.



»Die Entscheidung für die Beamtenlaufbahn oder für denBUntergrund, für die Therapie oder für die Kaderorganisation wurde im damaligen Endzeitgefühl oft zufällig getroffen.« (LiLi) – Mal abgesehen davon, daß wir den Gehalt dieser Aussage für leicht Counter-geprägt halten, dokumentiert die Gleichsetzung der Möglichkeiten im Rückblick eher die verbreitete Haltung der legalen Linken, die mit Radikalität (im Sinne von Inhalten und persönlicher Konsequenz) oftmals nur gespielt hat. Diese Beliebigkeit aber auch denen unterstellte, die ihre Schritte unzufällig und ernsthaft vollzogen. Und wenn schon die mögliche Entwicklung von der Revolte zur Beamtenlaufbahn diagnostiziert wird, dann wäre in diesem Zusammenhang das (etwas selbstquälerisch klingende) Eingeständnis der gemeinsamen Wurzeln angebrachter.

Eine Amnestieforderung auf der Basis ei-

nes dumpfen Verantwortungsgefühls, auf Grund der damaligen »gemeinsamen Sache« ist überflüssig. In ihm drückt sich nur die Hoffnung auf eine endgültige Reinigung des Gewissens aus.

Gegen die Amnestie als Aneignung von Geschichte setzen wir die Entwicklung neuer Widerstandsformen unter Berücksichtigung der Geschichte. Geschichte der Nichtanpassung, des Nichtbeamtentums und des Versuchs das eigene Leben dagegen zu setzen, mit allen Risiken. Das ist fraglos schwieriger, instrumentalisiert aber nicht ein weiteres Mal Leute im Knast und deren Geschichte zur Desodorierung der eigenen Perspektivlosigkeit.

Jetzt zurück zu den jüngeren Ereignissen, als da wären, als Spielart der Amnestiedebatte, die Gesprächsangebote von Vollmer und Co. Auf dem Programm steht die »Eröffnung

Auch hier der große Umbruch, aber keine Denunziation der Kontinuität und Fortentwicklung des Knastapparats. Und diese verbohrten Holzköppe im Knast erkennen nichtmal ihre einmalige Chance. Stattdessen sezieren sie die Rolle und Funktion der GRÜNEN in der Landschaft und im Repressionszusammenhang und setzen auf ernüchternde Art und Weise die flotte Phraseologie der GRÜNEN in Bezug zur Knastrealität: »Alles was die GRÜPNEN damit erreichen können, ist, Bestandteil des Knasts zu werden, weil sie den Informationsfluß in den Knast rein und auch raus mitkontrollieren« (Reinders/Fritzsch).

Nun nochmal Frau Vollmer: »Eine politische Lösung im Jahre '88 kann nicht im Geheimen . . . vorangetrieben werden. Sie muß auf dem offenen Tisch der Republik ausgehandelt werden«. – Der steht wiederum in

. . .
Nun, natürlich war es *so* auch wieder nicht gemeint.

Hoffentlich ist jetzt klarer, daß über diese plötzliche Gesprächsbereitschaft nur die Altlasten entsorgt werden sollten. Propagandistisch breitgetretene Angebote stehen ganz unschuldig neben knallharten Kriminalisierungsschüben.

Dort, wo vermeintlich die gesellschaftliche Sprengkraft und Aktualität raus ist, kann schon mal das Dialogmützchen aufgezogen werden, natürlich mit dem Interesse den letzten Rest der politischen Biographien zu psychologisieren; dort aber, wo es um die wichtige Durchsetzung aktueller gesellschaftlicher Neuformierungen geht, wird gandenlos abgeräumt. Ein Schlaumeier, der da diagnostiziert, daß das gar nicht so widersprüchlich ist.



eines gesellschaftlichen Dialogs«. Ein Euphemismus (sprachliche Verhüllung), betrachtet man die Teilnahmebedingungen der einen Seite mal genauer.

». . . Was soll ein ›offener‹ Dialog mit ausgewählten Leuten, hinter verschloßenen Türen, wo es Dutzenden von Gefangenen seit Jahren nicht mehr möglich war, auch nur ein unüberwachtes Wort mit Freunden oder Verwandten zu wechseln«. In der Tat scheint die, von Reinders und Fritzsch beschriebene, alltägliche Erfahrung der Iso-Haft hinter dem honoren ›Angebot‹ verschwunden zu sein.

Faktisch bedeutet das die Anerkennung der Haftbedingungen, ist doch der Charakter einer Ausnahmeerscheinung des ›Angebots‹ offensichtlich. Schließlich fordert niemand offene Dialoge, unzensierte Kommunikationsmöglichkeiten mit wem auch immer, für alle Knackis. Ganz im Gegenteil: Nur hier, nur heute aus aktuellem Anlaß, wir beweisen, daß nach »15 Jahren Wahnsinn immer noch Lösungen möglich sind« (Vollmer).

Stammheim oder Plötzensee oder einem ähnlich exquisiten Ort.

»Wir sind zur Diskussion bereit, aber öffentlich, und ohne die Vorauswahl durch den Verfassungsschutz. Wenn die ganz Besorgten es so ehrlich meinen mit dem Dialog, dann können sie ihn auch mit uns um 20.15 Uhr im 1. Programm führen« (Reinders/Fritzsch).
Das gäbe einen Spaß.
Ein großer Halbkreis. Auf der einen Seite, die seit '75 im Knast sitzenden Anhänger des 2. Juni. Drumherum mehrere kompetente Gesprächspartner in Sachen Militanz, vielleicht von der *Roten Zora*. Zusammen in die Geschichtsanalyse vertieft. Auf der anderen Seite diskutieren *Graswurzler* mit *AKW-GegnerInnen* die Schwächen des autonomen Politikverständnisses in Zeiten der Repression. Immer wieder energische Nachfragen des interessierten Publikums, das zudem mächtig auf Selbstkritik seitens der Guerillavertreter drängt. Ab und zu eingeblendet, daß sich die nachfolgenden Sendungen etwas verzögern

Lassen wir uns auf diesen Dualismus ein, und sei es nur in der Form, daß wir, ganz clever die Gesprächsangebote nutzen (›ich seh die Absicht, aber das kann man ja umgehen‹) und gleichzeitig die Repression benennen; was bis heute allerdings noch niemand macht, haben wir trotzdem die bürgerliche Darstellungsweise der jüngeren Geschichte bereits akzeptiert. Dann sehen auch wir hinter den Knastmauern nicht mehr die Menschen und ihre Kämpfe, sondern nur noch Fossile, Überbleibsel eines überwundenen Jahrzehnts, daß ein wenig ruppig war; über dessen Folgen ›wir alle‹ doch auch mal wegkommen müssen. Dann diskutieren wir Ansätze von Militanz/Guerilla und ihr Scheitern nicht mehr unter der Prämisse einer Suche nach grundsätzlich antistaatlichen Perspektiven, sondern wir ordnen unsere eigene Geschichte staatsloyalen Kategorien unter.

Es gibt keinen Grund mit irgendeinem Organ des Staates oder der herrschenden Kultur

über '77, über RAF/2. Juni oder »Terrorismus« überhaupt zu diskutieren. Die Auseinandersetzung darüber sollte man mit Menschen führen, denen ebenfalls an radikaler Umwälzung gelegen ist. Es gibt auch keinen Grund mit Organen des Staates über Repression zu diskutieren. Es ist ein Wesenszug und keine Fehlprogrammierung dieses Gebildes, daß es sich mit Hilfe, der dafür geschaffenenen Institutionen unliebsamer, praktisch umgesetzter, Kritik entledigt. Es ist richtig, Repression zu demaskieren und ihre Funktion und Wirkungsweise aufzuzeigen. Allerhöchste Zeit ist es, die eigenen Analysen um die Verschärfung der Methoden ernst zu nehmen, in dem Sinn, daß sie nicht immer nur zum Beklagen der Zustände und zur Propaganda benutzt werden, sondern, daß man sich tatsächlich,praktisch und konkret auf sie bezieht.

So manches erstaunte Gesicht, so manch naive Frage im Rhein-Main-Gebiet hätte es nicht gegeben, wären die *eigenen* Worte um die Erweiterung des § 129 wirklich ernst genommen worden. Aber offensichtlich ist der bedrohliche Gehalt der Erkenntnisse nicht in das eigene Alltagsverhalten und in die Diskussionspraxis der Gruppen eingeflossen. Wenn nun endlich dem Letzten klargeworden ist, daß die zwei Erschossenen der *Anlaß* der Repression waren und nicht der *Grund*, dann hört vielleicht endlich das Gejammer auf, daß alles so plötzlich kam und so schnell ging.

Es ist wichtig, und wenn es mit mehr Phantasie geschähe, wäre es noch besser, Ermittlungspraktiken, Verhörmethoden und Haftbedingungen zu denunzieren. Innerhalb der Gruppen und Zusammenhänge jedoch muß sich eine realistische Sichtweise dessen, was neben den spezifischen Themen, auch »Arbeitsgrundlage« ist, durchsetzen. Auseinandersetzung heißt dann, die reale Nähe der Kriminalisierung zu reflektieren, die emotionalen Schwierigkeiten jedes einzelnen bei der Vorstellung von Vernehmung/Verhaftung auszutauschen und daran Überlegungen zu knüpfen, *bevor* der Staatsschutz das tut, wofür er nun mal da ist.

In der Konsequenz heißt das: Die Knastarbeit den ›Spezialisten‹ der Knastgruppen wieder aus der Hand nehmen und zurück in die politischen Zusammenhänge, verschiedenster Zielrichtung, damit! Nur wenn in Zukunft die persönliche Auseinandersetzung mit Repression zur Grundlage unserer politischen Kultur gehört und in den Zusammenhängen am Rande eine Dauerpräsenz hat, wird Knast nicht mehr das Tabuthema sein, das es in den letzten Jahren war. Dann wird vielleicht auch das zyklisch wiederkehrende, widerliche Ritual der moralisch eingeklagten Solidarität gegenüber schweigenden Plenen der Vergangenheit angehören.

Dann wird es eher möglich sein, Menschen, die für Jahre im Knast verschwinden, Unterstützung und Hilfe zu geben, als auch Leuten diesen langen Aufenthalt durch politischen Druck zu ersparen. Druck, der von Bewegungen leichter aufzubauen ist, wenn es sie nicht völlig aus der Bahn wirft, daß sie plötzlich »dran« sind; wo politische Gegenwehr möglich ist, weil niemand mit Aussagen bei den Bullen den Konstrukten noch Nahrung gibt.

Dann werden auch keine, aus dem Abstand und dem schlechten Gewissen geborenen Amnestiedebatten mehr geführt werden müssen. Letztendlich bringt die Verbreitung der Diskussion um Repression und Knast, neben dem Ende der Naivität endlich auch mehr Vielfalt und Ideen wie sich auf Leute im Knast bezogen werden kann. Es lag nicht an der Borniertheit einzelner, daß wenig neue Aktionsformen ausprobiert wurden, sondern daran, daß der Knast draußen, als Thema, genau der Isolation unterlag, der die Menschen drinnen ausgesetzt waren.

Diese Tabuisierung nicht mehr zuzulassen, weil sie auf vielen Ebenen ziemlich katastrophale Folgen hat, wäre so wichtig und vor allem so realpolitisch, daß es mit den vorhandenen Kräften direktmal angepackt werden könnte.

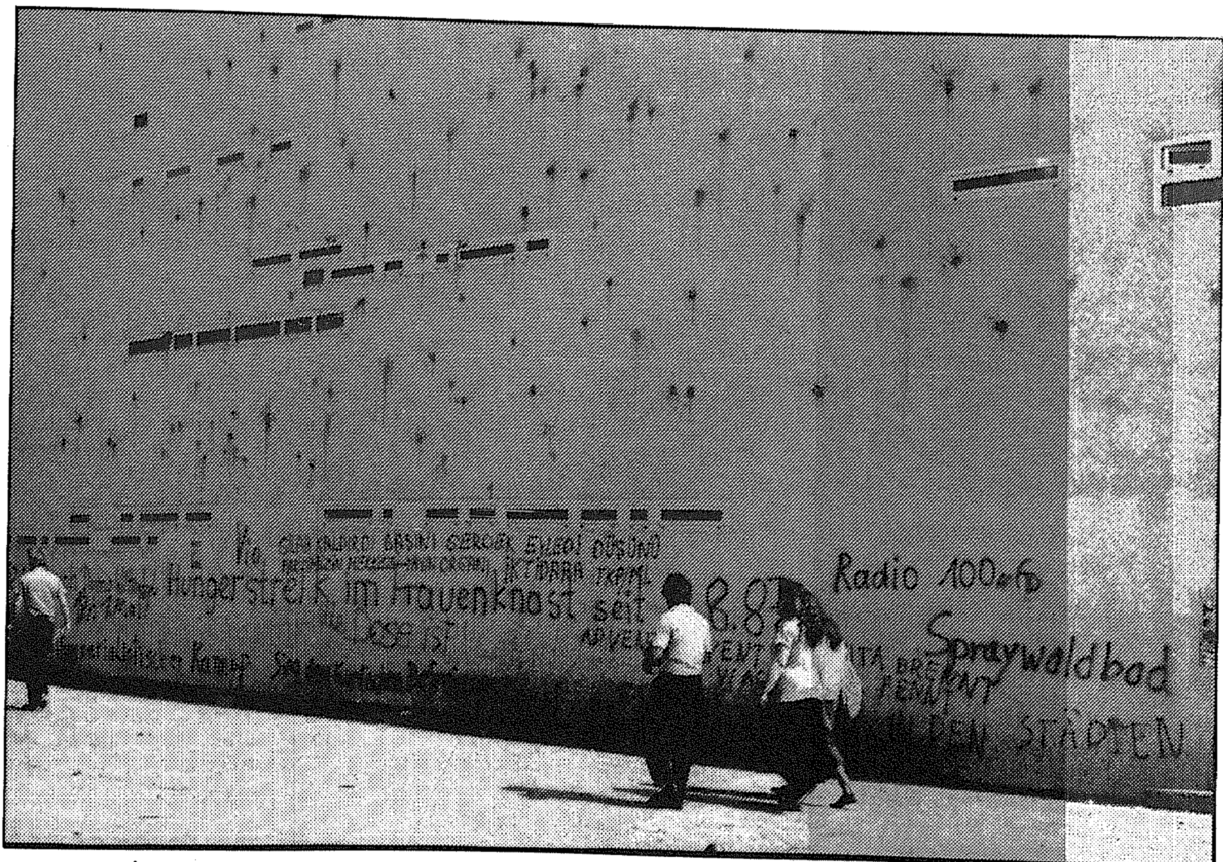


Photo: Herby Sachs

Diskussion: Arbeit – Den Alltag verschärfen – zur Agonie der Allnacht im Zeitalter ihrer technischen Reproduzierbarkeit

von Teilen der ehem. Berliner Gruppe LAVA

Inhaltlich nicht einverstanden zeigten sich 4 ehemalige Mitglieder der Gruppe LAVA mit der in SF-27 wiederaufgegriffenen Arbeits-Debatte, die von dieser Gruppe im Diskussionsrahmen des FLI initiiert worden war. Der Versuch die Thesen für die Diskussion um ›Klasse‹ oder ›Alltag‹ = ›Widerstandsperspektiven‹ zu verwerten, stieß genauso auf Ablehnung wie das Herstellen eines anarchistischen (anarcho-syndikalistischen) Kontexts. Wir geben gern zu, daß wir den »Warencharakter« aufgrund der Fragestellung in SF-27 vernachlässigt haben (was nicht heißt, daß er in anderen SF-Beiträgen enthalten war und ist), sehen jedoch nicht ein, alle herbeitheoretisierten Vorwürfe/Belehrungen hier wiederzugeben, weil sie unserer Ansicht nach den Positionen im SF-27 nicht widersprechen sondern diese z.T. wortgleich wiederholen. Wir beschränken uns deshalb auf den nicht-polemischen Teil und diejenigen Passagen, die uns ›neu‹ und/oder den »Warenaspekt« herauszuheben scheinen. Interessant – aber unserer Ansicht nach zu kurz ausgeführt – ist die Zurücknahme einer zentralen These durch die AutorInnen.

sf-red.

In einer der so typisch fußkalten Berliner Ladenwohnungen traf sich ein Teil der Ex-LAVA zu erneuter »Konstruktion von Situationen«[1]

»Wenn man die Vorstellung der Revolution selbst aufgibt,
was bleibt dann, nur Widerstand?

Nicht nur Widerstand.
Der Begriff des Widerstands unterstellt Passivität,
eine rein defensive Haltung.
Man muß Widerstand leisten und rebellieren.
Aber wie, ich weiß es nicht. . .«
(Interview mit B.H. Levy, in: POLITIKON 1978)

In den einleitenden Worten zum Artikel »Auf der Suche nach Orten des Widerstands« (*SF-27*) sagt Wolfgang Haug, daß »der Blickwinkel (der LAVA-Thesen) verändert und diese selbst entschärft« worden sind. Hier liegt schon die Ursache des Scheiterns in sich selbst begründet. (. . .)

Wenn die Automation als Ergebnis des Konfliktes von Lohnarbeit und Kapital konsequent fortgeschrieben wird, so stürzt sie die bürgerliche Gesellschaft in einen fatalen Widerspruch. Dessen Ausdruck sind die Entwicklung der Produktivkräfte, sowohl Automation und Rationalisierung in der Stahlindustrie wie auch die sogenannte Absatzkrise auf dem Stahlmarkt, die durch Ersatzstoffe und Recycling die Nachfrage weltweit sinken läßt. Menschliche Arbeitskraft wird also in diesem Produktionsprozeß fortschreitend überflüssig. Zugleich aber muß die Bourgeoisie »die Arbeit als *Ware* und als einzigen Geburtsort der Ware erhalten«[2]

Aus dieser Notwendigkeit heraus erklärt sich die determinierende Rolle der Ökonomie, oder genauer: *die Gesellschaft der Ware.* Auf der Ebene der materiellen Existenz bedeutet für die Kollegen in Rheinhausen die Stillegung den Ruin durch Erwerbslosigkeit, d.h. durch die gesellschaftliche Dominanz der Ökonomie und speziell die *Lohnarbeit als zentrales Instrument* darin. Dieses realexistierende Herrschaftsverhältnis setzt sich als Ideologie fort und wird nicht nur von der Praxis der Kapitalseite, sondern auch von ihren willigen Nachbetern in Schulen, Kirchen und Gewerkschaftsetagen proklamiert. So ist es nur folgerichtig, wenn die Kollegen in Rheinhausen ihren Kampf, der zunächst ökonomisch begründet ist, mit Parolen wie »Arbeit ist Leben« verbrämen. Sie fordern einen Zusammenhang ein, der zwar anachronistisch ist, weil er sich im Widerspruch zur Entwicklung der Produktivkräfte befindet, aber in der praktischen Auseinandersetzung stehen sie damit im Konflikt mit den Interessen des Kapitals. Der Krupp-Aufsichtsrat hat die Zeichen der Zeit durchaus richtig erkannt und betreibt die Trennung von Produktion – weitgehend ohne menschliche Arbeitskraft – und Ökonomie, also der gewaltsamen Unterwerfung der Klasse unter das Diktat der Ware vermittels der Lohnarbeit. (. . .) Die Prozesse gesellschaftlicher Veränderungen, die Transformation der Gesellschaft, befinden sich überall, und lassen sich nicht auf einen Punkt reduzieren. Das von uns geforderte Aufbrechen ökonomischer Determinanten heißt nicht den Produktionssektor völlig zu ignorieren.

Das sich leider noch nicht emanzipiert habende Individuum muß sich in generalisierter Weise der gesellschaftlichen Auseinandersetzung stellen können!

Der klassische Widerspruch menschlicher Existenz verläuft zwischen Individuum und Gesellschaft. Betrachten wir diese Kategorien – ohne zunächst zu erklären, was sie im einzelnen bedeuten sollen – als ein dialektisches Verhältnis, so liegt die Aufhebung des Widerspruchs in der Konstituierung als Klasse also in der Überwindung sowohl von Individuum[3] wie von Gesellschaft[3]. Doch gerade diese Aufhebnung ist der emanzipative Prozeß, in dem sich das Individuum von den gesellschaftlichen Zwängen befreit und zugleich sich selbst als von der Gesellschaft getrenntes aufhebt. Insofern ist die Konstituierung als Klasse, weil sie nur im emanzipativen Prozeß stattfinden kann, gelichbedeutend mit der Selbstaufhebung der Klasse.

»Diese Subsumtion der Individuen unter bestimmte Klassen kann nicht eher aufgehoben werden, als bis sich eine Klasse gebildet hat, die gegen die herrschende Klasse kein besonderes Klasseninteresse mehr durchzusetzen hat.«[4]

An dieser Stelle muß eine selbstkritische Anmerkung zum Thema erfolgen: So schrieb LAVA 1984:

»Von einer neuen Klassenzusammensetzung könnte nur gesprochen werden, wenn weiterhin die Determinanten einer künftigen Gesellschaft von der Ökonomie gesetzt würden. In dem Maße jedoch, wie ein Wesensmerkmal der Ökonomie (die menschliche Arbeitskraft) obsolet wird, gehen wir der Aufhebung der bestimmenden Rolle der Ökonomie für linke Politik insgesamt entgegen. Sie kann zukünftig nicht mehr die Determinanten für eine linke soziale Bewegung stellen.«[5]

Diese These sitzt genau dem Fehler auf, den sie zu kritisieren vorgibt. Der bürgerliche Ökonomiebegriff, der materiellen Produktion nachgeordnet und als solcher seinen ideologischen Charakter verkleisternd, wird verabsolutiert.

Menschliche Arbeitskraft wird tendenziell aus dem Bereich der materiellen Produktion verdrängt. Das heißt, ökonomische Konzepte, die ausschließlich darauf Bezug nehmen, sind zum Scheitern verurteilt, gleich ob sie von linken Klassenkämpfern oder von rechten Ideologen vertreten werden. Die zukünftigeFunktion der Ökonomie allerdings gründet sich weiterhin auf die Lohnarbeit als Zwang zur Unterwerfung und als Mittel der Disziplinierung der besitzlosen Klassen. Wenn dies im Bereich der Ideologie und der gesellschaftlichen Simulation erfolgt, so bedeutet das keinesfalls eine weniger reale Unterdrückung.

Die Funktion der Ökonomie geht entgegen linkstraditionalistischen Auffassungen weit über die materielle Produktion hinaus.

Sie durchdringt als Warenbeziehung alle menschlichen, sozialen Beziehungen. Überhaupt sind die Produktivkräfte nur ein Teil der kapitalistischen Wirklichkeit, nämlich die Summe der gesellschaftlich geleisteten Arbeit. Der andere wichtige Teil sind die Produktionsverhältnisse als Summe der Verteilung und der Tauschbeziehungen, der sogenannte Alltag. Innerhalb dieser sehr wohl ökonomisch determinierten Wirklichkeit bleibt die Lohnarbeit erhalten, erfährt als Ware und daher als konstituierendes Moment der Gesellschaft eine ungeheure Ausdehnung. Doch weitgehend durch die Automation ihres materiellen Gehaltes entleert, wird die Lohnarbeit und die auf ihr basierende bürgerliche Ökonomie zur Simulation der geschichtlich realen Schaffung des materiellen Reichtums, zur Ideologie der Ware.

»Nichts ist dem Arbeiterstandpunkt fremder als der opportunistische Kult der historischen Kontinuität, nichts ist ihm widerlicher als der Begriff der Tradition.«[6]

Wenn das proletarische Projekt der unmittelbaren Verfügungsgewalt des Produzenten über sein Produkt nicht mehr die Interessen der Massen einschließt, weil sie nicht mehr im eigentlichen Sinne an der Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums mitwirken, so kann die emanzipative Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft sich nicht auf dieses Gewaltverhältnis beziehen. Tatsächlich ist die Lohnarbeit in ein Herrschaftsverhältnis transformiert worden, in das der Ware.

Ökonomie – und das Kapital hat es immerhin geschafft, jegliche Ökonomie unter seine eigene zu subsumieren – bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Totalität dieses Herrschaftsverhältnisses. Doch deren Aufhebung im Detail, das heißt auf die materielle Produktion beschränkt, ist nur eine Apologie der weiteren Ausdehnung und Perfektionierung der Zivilisation der Arbeit.

Was der Linken zu leisten bleibt, ist die praktische Kritik der Gesellschaft der Ware, also die gewaltsame Revolutionierung des alltäglichen Lebens. Die Determination dieses alltäglichen Lebens ist die Ökonomie in der oben geschilderten Form einschließlich der Lohnarbeit als zentrales Instrument der Herrschaft darin. Kritik der Ökonomie heißt also Kritik der Ware und geht deshalb über eine bloße Aneignung des materiellen Produktionsprozesses hinaus.

(. . .)

[Noch mal zum Artikel in SF-27:]

»Als allgemeine Tendenz steigt die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich während die in der Produktion sinkt.«[7] (. . .) Der Dienstleistungssektor ist ein Bereich mit niedriger organischer Zusammensetzung des Kapitals, d.h. einem hohen Anteil an menschlicher Arbeitskraft. Als solcher ist er die dialektische Ergänzung des Sektors mit hoher organischer Kapitalzusammensetzung, also der weitgehend automatisierten Produktion des materiellen Reichtums. Der Mehrwert wird in Sektoren mit hoher organischer Zusammensetzung des Kapitalsgeschaffen, während in den Sektoren mit niedriger organischer Kapitalzusammensetzung realisiert wird:

»Nehmen wir als Beispiel: Atomkraftwerk, Automobilfabrik und Hamburger-Bar« Jedes eine Maschine mit verschiedenen Bedürfnissen und verschiedenen Produkten. Ein typischer AKW-Arbeiter arbeitet mit einer Ausrüstung von 300 000 Dollars. Ein typischer Automobilarbeiter verbindet sich mit Maschinen im Wert von 30 000 Dollars und der Restaurant/Bar-Arbeiter benützt Produktionsmittel im Wert von 3000 Dollars. Doch die Löhne des AKW- und Automobilarbeiters sind etwa doppelt so hoch wie der Lohn des Restaurant/Bar-Arbeiters.

Für den Automobilarbeiter ist völlig klar, daß eine Beschleunigung des Bandes den Ausschuß an Autos und damit den Profit erhöht. Es scheint also hier ein 1:1 Verhältnis zwischen höheren Investitionen in der Maschinerie, der Produktivität und der Arbeitsintensität zu herrschen. Das ist der Bereich des relativen Mehrwerts. Im niedrigen Sektor hingegen wird die Länge des Arbeitstages entscheidend. Dies ist der Bereich des absoluten Mehrwerts, wo Arbeit dadurch erzeugt wird, daß die Enegrie möglichst lange am Arbeitsplatz gehalten wird«.[8]

Der Dienstleistungssektor müßte einmal genau nach seiner ökonomischen und sozialen Funktion untersucht werden und zwar nicht nur im Hinblick auf Veränderungen in der organischen Zusammensetzung des Kapitals, Ausbeutung und soziale Kontrolle, sondern auch, welche Auswirkungen bestimmte Dienstleistungen auf ihre Natur bzw. Käufer haben. Einerseits führte die Spezialisierung zu einer Zerstörung des Alltagswissens, andererseits bedingt der ökonomische Zwang eine Pseudo-Wiederaneignung ohne eigenständige kreative Fähigkeiten zu entwickeln.

Auf der ›Suche nach revolutionären Perspektiven‹ ist nun der konkrete Ort des Geschehens gefunden: der Alltag! Widerstand hat bisher *nur* im Alltag stattgefunden (natürlich auch in der Allnacht!), denn dieser Begriff ist so umfassend wie das Leben selbst und meint auch gar nichts anderes. Seit einigen Jahrzehnten beschäftigen sich Philosophen, Geschichtswissenschaftler, Soziologen und Psychologen mit der »neuen« Problematik des Alltags, dem Alltagswissen und der Alltagsgeschichte, wobei Lebensbedingungen und Lebensgefühl von bestimmten sozialen Gruppen, Schichten und Klassen untersucht werden mit Scherpunkt auf Arbeiten, Revolten, Unruhen, Hungern, Essen, Trinken, Lieben, Wohnen, Sterben, Schlafen, Freizeit, Brauchtum, Frömmigkeit etc. Dabei gab es einige Versuche, Geschichte von unten zu schreiben und wie G. Lukacs, A. Gramsci, H. Lefévre und Agnes Heller diskutierten vor allem die Entfremdung im Alltag. Unter den Vermarktungsbedingungen der Gesellschaft des Spektakels bleibt jedes Leben fremdbestimmt, auch die anarchistische Individualität/Kollektivität, die Reproduktion, der Alltag.

Bill Bao, Blofeld, Eudaimonia, Mikado Etienne

Anmerkungen:

1) Unsere (Gruppen-)Auflösung war und ist nur Ausdruck der »Konstruktion einer Situation«. Dies ist der höchste emanzipatorische Anspruch, das Objekt zum Subjekt werden zu lassen, indem es sich selbst frei von Führung und (An-)Leitung emanzipiert.
2) Guy Debord: Gesellschaft des Spektakels, Nautilus 1978
3) »Hierzulande gibt es keinen Unterschied zwischen dem wirtschaftlichen Schicksal und den Menschen selbst. Keiner ist etwas anderes als sein Vermögen, sein Einkommen, seine Stellung, seine Chancen. Die wirtschaftliche Charaktermaske und das, was darunter ist, decken sich im Bewußtsein der Menschen, den Betroffenen eingeschlossen, bis aufs kleinste Fältchen«. Horkheimer/Adorno: Dialektik der Aufklärung 1969, S. 188
4) MEW Band 3, Deutsche Ideologie, S. 75
5) LAVA-Thesen, SF-Sondernummer Arbeit 4/85
6) Mario Tronti: Marx, Arbeitskraft, Arbeiterklasse, erste Thesen, 1965 (dt. 1987)
7) W. Haug: Auf der Suche nach Orten des Widerstands, SF-27, S. 36
8) Zitiert nach der LAVA-Zusammenstelllung der Broschüre »Arbeit, Entropie, Apokalypse«, Reagans gesammelte Alpträume, Zürich 1982; in: SF-14, S. 18.



Photo: Manfred Kampschulte

btr. Auf der Suche . . .

W. Haug stach ins Wespennest – die Erwiderung in der *Direkten Aktion* kam postwendend. Der Arbeiter/die Arbeiterin nicht mehr das revolutionäre Subjekt? Also ab in den Alltag. Die ArbeiterInnen-Klasse stirbt sie aus? Andre Gorz schrieb vom Abschied vom Proletariat. Nun im Sinne der anarchistischen Bewegung – speziell der anarchosyndikalistischen – sind die ehemaligen Hochburgen von Argentinien, Deutschland bis Spanien nicht mehr. Doch selbst wenn man/frau die 20er Jahre heranzieht, begeht man damit Fehler, denn (für) den alten damaligen Klassen-Standpunkt (war es leichter) nach einem verlorenen ersten Weltkrieg, revolutionären Bewegungen durch die Oktoberrevolution und aufgrund der damals fehlenden Sozial-Stützungsmaßnahmen Einfluß für linksradikale Strömungen in der Gesellschaft zu gewinnen. Von wegen Sozialpartnerschaft – gerade im Ruhrgebiet – in den Unruhen anfangs der 20er Jahre – Tausende gingen zur FAUD. Und diese wurde regelrecht überrumpelt, jedoch sobald es besser ging erhielten die Kommunisten mehr Einfluß und Mitte der 20er kam auch die SPD wieder auf die Füße in der Arbeiterbewegung. Nun vielleicht liegt es daran, daß all diese starken anarchosyndikalistischen Bewegungen immer dann in die Knie gezwungen wurden, also ohne Repression, wenn sich die sozialen Bedingungen für die ArbeiterInnen verbesserten.

So ist es doch heutzutage kurios, daß gerade die neuen sozialen Bewegungen oftmals von sogenannten Mittelschichtlern getragen werden. Nein, der/die ArbeiterIn ist nicht mehr das revolutionäre Subjekt? Oder erstmal nicht. Gerade deshalb der Frust, daß diese »guten« alten Zeiten nicht mehr da sind. Und wie der Frankfurter Genosse schreibt ›frustriert sind die Genossinnen nach 68 aus den Betrieben wieder ausgezogen, denn die lieben Kollegen zogen nicht mit.‹ Solche Betriebsarbeit ist (eben zynisch gesprochen) kein Zuckerlecken und zum anderen allzu weit darf man/frau sich auch nicht vorwagen, denn sonst ist man/frau schneller draußen als drinnen.

Nun mir selbst ist es auch egal mit welcher Klasse ich die soziale Revolution einleite – jedoch ohne die berüchtigte Arbeiterklasse auch nicht. Denn es ist doch komisch, in *Rheinhausen* haben die Herrschenden schnell gemerkt, hoppla gegen die ArbeiterInnen dürfen wir nicht gleich mit harter Repression kommen wie gegen die BlockiererInnen in Mutlangen. Genauso schnell – durch dieses Nichteingreifen – erreichen dieHerrschenden, daß Strassenblockaden von ArbeiterInnen sich totlaufen.

Wo bleibt also der starke Arm? Denn in Zukunft werden die Räder auch ohne sie – die ArbeiterInnen – laufen, wenn wie Siemens angekündigt hat, in ihrem Repertoire die Fabrik-Automatisierung (durchgeführt ist). Hier müßten tatsächlich Überlegungen eingebracht werden. Hierbei scheint mir einiges über das von W. Haug bezeichnete Ziel auch im Anarcho-Syndikalismus angelegt zu sein: Die Anarcho-Syndikalisten haben in Argentinien und in Deutschland, Spanien etc. nicht nur Betriebsarbeit unternommen. Gerade weil der Alltag einbezogen wurde gab es die *Kommune Freie Erde*, den syndikalistischen *Frauenbund* und die *freie Sänger-Gemeinschaft* usw.

Nur mir scheint, wir sollten uns innerhalb der Bewegung das politische Leben nicht noch dadurch erschweren, uns gegenseitig mit Vorwürfen zu überhäufen. Für mich gehört der *Alltag* und der *Betrieb* zusammen. Ich gebe zu innerhalb der Betriebe läuft verdammt wenig, doch kann soviel laufen. Mittlerweile hab ich schon den fünften erreicht in zehn Jahren und dabei das Gefühl keinen großen Schritt weiter (gekommen zu sein). Jedoch: die Idee einer ArbeiterInnen-Selbstverwaltung noch lange nicht aufgegeben! Denn wie die Hamburger Genossen der *FAU* so gut beschreiben: Warum Arbeitsamt und Sozi uns nicht in Ruhe lassen, sondern schikanieren. So gibt es jetzt auch bei den linken GewerkschafterInnen im Ruhrgebiet die Idee den Kampf der ArbeiterInnen außerhalb des Betriebs mit mehr »ArbeiterInnen-Kultur« auszuweiten, neben der Arbeitslosen-Arbeit, der Anti-AKW usw. So meine ich, daß sich die Chancen für uns AnarchistInnen bessern innerhalb dieser verkrusteten und sozialpartnerschaftlichen SPD-Arbeiterbewegung Einfluß zu nehmen. Natürlich ist die Enttäuschung riesengroß, daß zwar seit einigen Jahren die Massen-Arbeitslosigkeit besteht und adäquat dazu keine entsprechende Arbeitslosen-Bewegung!

Anderseits: wer will sich schon mit den Spießbürgern abplagen? Mann/Frau trifft sich in der (Szene-)Kneipe, dem Umwelt-Laden, dem linken Buchladen und Otto-NormalverbraucherIn ist bah, bah. Das Dilemma drinnen wie draußen (Bezugspunkt: Betrieb) bleibt solange bestehen, wie selbst der Alltag nicht an diese herankommt. Denn wie der Frankfurter Genosse im *SF* beschrieb, wo sind denn die ArbeiterInnen nach der Arbeit, doch im Stadtteil und sind mit Mieten, Radioaktivität usw. gleichermaßen wie alle anderen belastet.

In Sachen *Widerstand* kann es für uns gar nicht genug Arbeits-Felder zu »beackern« geben. Sicherlich müßten hierzu auch innerhalb der FAU die schwarzen Fäden mehr gezogen werden, wie die Arbeitslosen, anstatt allein die FacharbeiterIn in Betracht zu ziehen. Jedoch von den Anarcho-SyndikalistInnen zu verlangen, Abschied vom Proletariat zu nehmen, ist tatsächlich zuviel verlangt. Genauso wichtig aber ist, daß diese die neueren Tatsachen wie weitergehende Automatisierung und ihre Auswirkungen miteinbeziehen.

Nun die Hamburger zeigten ja, daß dies geht, wie eben beim Versuch einer Hausbesetzung im Schanzenviertel.

Aber: wo bleibt die Anarcho-Rockband die in Rheinhausen so richtig einheizt? Damit Jugendliche mitbekommen, daß Anarchie mehr bedeutet, als nur ein Flugblatt der zornigen MetallerInnen, – ohne dies jetzt zu verwerfen. Zumal selbst diese Flugblätter noch viel zu wenige sind im Gegensatz zu den anderen. Wo bleibtder anarchistische Medien-Verbund, der vor Ort Bücher, Broschüren und Videos ausstellt und damit den ArbeiterInnen zeigt



›Alternativen sind möglich‹, auch weiterhin, wenn Rheinhausen den Rhein runter geht. Leider hat es ja mit einem ArbeiterInnen-Sender Rheinhausen nicht ganz geklappt und in diesem Falle ist Organisierung zwar nicht alles, doch nicht unwichtig; verbunden mit einer kontinuierlichen Arbeit im Alltag, im Stadtteil, in der Anti-AKW-Gruppe sowie den noch viel zu wenigen radikalen Arbeitslosen-Läden usw.

Sicher, der Begriff Arbeit an sich ist zu überdenken, wir sollten davor keine Angst haben, auch die FAU will ja nicht den Leistungs-Ethos verteidigen. Hier müßte eher inhaltlich mehr ausgearbeitet werden, wie wir uns heute die Umgestaltung (ohne Patentrezept) vorstellen, damit zumindest die revolutionären Subjekte keine Angst vor der Freiheit bekommen. So ist es doch ein gutes Zeichen, wenn in einigen Betrieben, darunter sogar Rüstung oder Werften alternative Produktions-Vorstellungen konkreter erarbeitet werden. Natürlich mit der Gefahr, daß ohne weiteres die Herrschenden diese Vorschläge für sich zu vereinnahmen suchen, was ja die Solarenergie andeutet. So braucht sich der Siemens-Konzern nur die Freiburger Ökoinstitut *»Sonnenenergie-Wirtschaft«* vorzunehmen und der Öko-Kapitalismus ist gerettet, von wegen der Kapitalismus entzieht sich seine eigenen Mittel.

Aber genauso wie wir den linken GewerkschafterInnen vorwerfen, daß sie sich irgendwelche Beschäftigungs-Modelle oder Ersatz-Arbeitsplätze gefallen lassen, – was setzen wir konkret durch? Eine Zeitung alleine reicht jedenfalls nicht, ein Arbeitskreis, der nach zwei Jahren untergeht auch nicht und Jammern erst recht nicht und kleine Strohfeuer so schön sie sind, wohl auch nicht, wobei nichts gegen Rebellion gesagt sei.

(Fazit? . . .) Vielleicht finden wir auch unter uns ein Verhältnis, was Abschied nimmt: daß Kritik nicht als Anmache formuliert/verstanden ,wird und wenn wir schon trotz gewisser Unterschiede das gleiche Ziel haben gemeinsame Punkte des »Vorwärts-Gehen« (erarbeitet werden). . .

Jakob S., Berlin-21

btr. 10 Jahre Trotzdem-Verlag

Tja, so ist das: ihr seit zehn Jahren Verlag und ich seit 10 Jahren lesen; ich weiß nicht mal, ob 10 Jahre Verlag weniger nervend sind . . . der Streß, gell?!

Klaus Viehmann, Knast Werl

btr. SF-27/88 Lupus-Text

(. . .) Den Autonomen ist hoffentlich klar, daß sie mit ihren Mitteln des gewaltsamen Kampfes gegen Repräsentanten und Institutionen des Staates die soziale Revolution nicht voranbringen, weil der Kampf der Autonomen nicht die Wurzeln und Stützen der kapital-demokratischen Gesellschaft trifft. Eine Startbahn-West Frankfurt ist keine unbedingte Notwendigkeit für die Grundlage des BRD-Staates, sondern nur eine staatliche Einrichtung, die dazu dienen soll, das profit-geschäftliche Leben mittels günstiger Verkehrsverbindungen flotter abwickeln zu können. Insofern ist es falsch, die Aktionen gegen die Startbahn mit einem erfolgreichen Kampf gegen den Staat gleichzusetzen. Leider habe ich die Befürchtung, daß es den Autonomen gar nicht um *diesen* Erfolg geht, sondern bereits das Stattfinden von gewaltsamen Aktionen als Erfolg gefeiert wird. In diesem Kampf mit Helm und Zwille soll mensch die nötigen Erfahrungen sammeln und diese in *Betroffenheit* umwandeln, um autonom als *Der Gerechte Mensch* gegen das *Schweinesystem* anzugehen. (. . .) Es muß doch nicht erst Betroffenheit hergestellt werden, wo doch jeder im täglichen Leben schon genug betroffen ist: Schule, Studium,. Lohnarbeit, Jobber etc. (. . .) Revolutionärer Kampf findet nicht an der Startbahn-West oder in der Hafenstraße statt, wie das immer so gerne gesehen wird, sondern kann nur dort greifen, wo er die Basis des Systems trifft, d.h. am Gegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit. Und damit sind gleich die Adressaten libertärer Agitation genannt: nämlich die Lohnarbeiter. Die Einsicht in diesen Tatbestand vermisse ich oftmals in der autonomen »Bewegung«. (. . .) Das Erklären-Wollen kapitalistischer Geschäftsvorgänge und das Erläutern der Frage, welche Funktion dabei z.B. den AKW's zufällt, als Hirnwichserei abzutun, zeigt leider nur das Desinteresse autonomer Kreise, sich Gedanken über Zweck und Mittel des *Schweinesystems* zu machen. Und wenn es doch mal Autonome gibt, die sich mehr auf der theoretischen Ebene umtun, kommen oftmals falsche Urteile heraus wie z.B. der Staat hätte seinen alleinigen Zweck darin, die Leute zu unterdrücken und zu kontrollieren: Repression. Dabei ist das alltägliche Deckeln der Untertanen notwendige Folge und gleichzeitige Bedingung des staatlichen Zwecks, der da lautet, die politischen Interessen des Kapitals zu gewährleisten mittels der Gewalt/dem Recht. (. . .) »Im Rahmen des Konzepts und unserer Möglichkeiten war es ein Erfolg . . . Die Demo wurde in Richtung Mauer durchgesetzt und nach einigen symbolischen Angriffen auf die Mauer erfolgte der gemeinsam gesicherte Rückzug« (Lupus, SF-27) Schönes Konzept! Fällt denn gar keinem der bestimmte militaristische Ton dieses Satzes auf? Wo bleibt denn da der Anarchismus, wenn es nur noch um die richtige Kampf-Taktik geht?! (. . .) [Etwas später:] ». . . gerade weil wir dem Staat absprechen, über uns zu urteilen, müssen wir selbst Regeln,Grenzen und letztendlich Strafen entwickeln . . .« (Lupus, ebda.). Au weia, hier wird es nicht nur falsch, sondern sogar gefährlich für die linke Protestbewegung. Es interessiert den Staat überhaupt nicht, wer ihm was "abspricht", denn er hat ja die Macht und Gewalt klarzustellen, welche Gesetze zählen. Dem *Rechtsstaat* ist doch andauernd jeder unterworfen, auch die Autonomen: Den "rechtsfreien" Raum Hafenstrasse gibt es nur wegen des Rechts. Das Gesetz ist somit Grundlage und Ursache der Hafenstrasse. Genauso wären autonome Regeln immer eine Folge des staatlichen Rechts, dem sich niemand entziehen kann. Es geht hier gar nicht um die *Anerkennung* von Gesetzen: Diese gelten eben aufgrund des staatlichen Gewaltmonopols. (. . .)

Ingo Sucholt, Essen



Eingegangene Bücher

[Die große Anzahl eingesandter Bücher, läßt uns diesmal nur die Möglichkeit von Kurzvorstellungen. Wir entschuldigen uns deshalb auch bei einigen unserer Rezensenten, deren Beiträge wir nur zitierend abdrucken. Wir haben uns diesmal zu solchem Vorgehen entschieden, um den SF nicht zur reinen Buchbesprechungszeitschrift werden zu lassen, gleichzeitig jedoch den Informationsanspruch zu befriedigen. Wir nehmen natürlich an, daß dies nicht regelmäßig so gekürzt werden muß]:

* Noam **Chomsky**: Arbeit, Sprache, Freiheit. Essay und Interviews zur libertären Transformation der Gesellschaft. Hrsg. und übersetzt von Peter Peterson, tb, 100 S., 13.-DM. Chomsky schildert sein Verständnis von Arbeit, Sprache und Freiheit in verschiedenen Aufsätzen. Er versucht – ausgehend von einer Synthese der rätekommunistischen Gedankengänge Anton Pannekoeks und den anarcho-syndikalistischen Vorstellungen Rudolf Rockers – das Streben der Menschen nach Freiheit in den Mittelpunkt zu stellen. Trafik-Verlag, Peter Peterson, Eduardstr. 40, 4330 Mülheim-1.

* Siegbert Wolf: **Gustav Landauer** zur Einführung. Siegbert Wolf stellt Landauers Konzeption einer föderativen und gewaltfreien Umgestaltung der Gesellschaft vor. Er geht auf Landauers Auseinandersetzung mit Marxismus und Sozialdemokratie ein, auf sein Geschichtsverständnis, seine philosophischen Grundgedanken und seine Verbundenheit mit dem Judentum sowie auf seine Mitwirkung an der Münchner Räterepublik. 137 S., mit Photos!, tb 14,80 DM, Edition SOAK im Junius Verlag, Stresemannstr. 375, 2000 Hamburg 50.

* Heribert Baumann/Ulrich Klemm (Hrsg.): **Anarchismus und Schule**, 2. Band der Reihe Werkstattbericht Pädagogik. Enthält eine historische Analyse der Entwicklung der Bildung unter der Herrschaft von Staat und Kapital, den Versuch eine Konzeption ökologischer Bildungspolitik, Kritiken an den Waldorfschulen, der wissenschaftlichen Beratung der Glocksee-Schule, eine Zustandsbeschreibung der Situation Freier Schulen heute, die Rezeptionsgeschichte libertärer Pädagogik in der BRD u.v.a. 166 S., 18.-DM. Trotzdem-Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1.

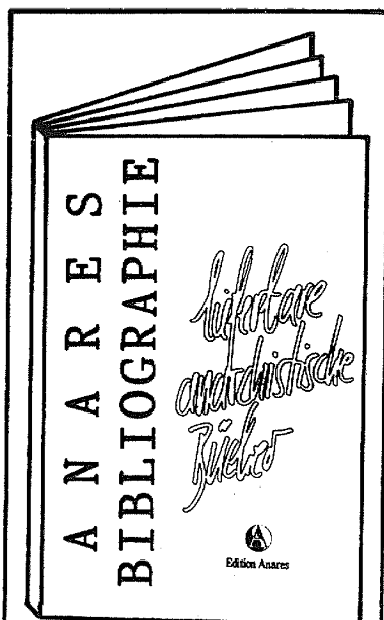
* Errico **Malatesta**: Anarchismus und Gewalt. Malatesta (1853-1932) legt in diesem kurzen Text aus dem Jahre 1918 das Verhältnis zwischen Anarchismus und Gewalt dar. Die vorliegende Ausgabe enthält zudem eine Kurzbiographie Malatestas. 8. Auflage 1987. Br, 16 S., 3,50 DM (bei Abnahme von 3 Ex. gibt's das dritte Heft gratis; also 3 für 7.-DM), Edition Anares, PF 229, CH-3000 Bern-8.

* Konrad Pfaff: Freiheit und Liebe wider die Ordnungen. Ein Versuch zu einer Anarchie des Friedens.
»Viel besser könnte das vorliegende Büchlein lauten: ›ein Versuch zur Aufhebung der Institutionen‹, sind doch die 10 Thesen des Soziologen Konrad Pfaff der gelungene Versuch einer **Institutionenkritik**. Pfaff leistet in seinem Buch etwas, was in linkssozialistischen Kreisen längst überfällig ist, nämlich eine systematische Kritik am Staat und seinen Institutionen.« (Aus einer ausführlicheren Rezension von *Gerhard Kern*). tb, 75 S.,7,60 DM. Mammut Press, c/o Rumpelstilz 2000, Birkenfelderstr.13, 5552 Morbach.

* **Espagne 1936 – images de la révolution sociale**. Die Gruppe *Sacco und Vanzetti* der *FAF* hat ein Photoalbum zur Spanischen Revolution herausgegeben. Die Begleittexte sind frz, engl. und spanisch. Das Album kostet 100 Francs. Bestellbar bei: *Editions de P'Entraide. 1bis rue Emilie, F-77500 Chelles.*

* **Theodor Plievier**: Das Gefrorene Herz. Erzählungen. Hrsg. v. Hans-Harald Müller.
»Verdienstvollerweise liegen nun beim Kölner Verlag Kiepenheuer & Witsch in seiner von Hans-Harald Müller besorgten Theodor Plievier-Werkausgabe nach *Des Kaisers Kulis* (1981), *Stalingrad* (1983), *Das große Abenteuer* (1984) und *Berlin* (1985) mit dem soeben erschienenen Band *Das gefrorene Herz* dessen weithin unbekannte Erzählungen vor.« Enthalten sind z.B.: »Prosatexte, angefangen von der sechzehnjährig im Jahre 1909 niedergeschriebenen und im *Der Freie Arbeiter* (Jg.6, Nr.6, 6.2.1909) veröffentlichten Kurzgeschichte »Proletariers Ende« oder »Stienka Rasin« (in: *Der Syndikalist*, Jg.9, Nr.18, 1927) über Geschichten aus Südamerika bis hin zu den knappen Kriegserzählungen . . .« (Zit. aus einer ausführlicheren Rezension *Siegbert Wolfs*). 244 S., 34.-DM. Verlag Kiepenheuer & Witsch, PF 510742, 5000 Köln-51.

* Diedrich Peters: **Libertäre Alternativen zur Staatsschule**. Zum historischen Kontext libertärer Schulen. Behandelt werden die historischen Bezugspunkte für heutige Freie Schulen Projekte als da sind: Rousseau, die Frühsozialisten Fourier und Owen, der Anarchismus und die Studentenbewegung der 60er Jahre. 232 S., 20.-DM. Edition Flugschriften, Straßburgweg 19, 7900 Ulm.



* Thomas Mathiesen: **Macht und Gegenmacht.** Überlegungen zu wirkungsvollem Widerstand. Mathiesen versucht Taktik und Strategie außerparlamentarischer Bewegungen zu analysieren und sie den Mechanismen der Macht entgegenzusetzen. Er beschäftigt sich vor allem mit den »Zwickmühlen« zwischen Ausgrenzung und Vereinnahmung sozialer Bewegungen und versucht Ausbruchs-Modelle zu entwickeln. Aus dem Norwegischen übersetzt von Klaus A. Ziegert, 186 S., 22.-DM. AG SPAK Publikationen, Kistlerstr.1, 8000 München 90.

* **Ludwig Rubiner: Künstler bauen Barrikaden.** Texte und Manifeste 1908–1919, Hrsg. und mit einem Vorwort von Wolfgang Haug.
»Ein Telefon ist angenehm, aber es muß manchmal zerstört werden. Die Zivilisation ist wohltuend, aber sie trägt zu viel Zinsen. Wenn's nach der Zivilisation ginge, würde der größte Bauch prämiert; doch scheint sich etwas im Menschen dagegen zu wehren.« 240 S., 19,80 DM, Luchterhand Literaturverlag, Donnersbergring 18a, 6100 Darmstadt.

* **Die neue Kunst des Strafens, Video** der Medienwerkstatt Freiburg, 23 min., u-matic, Vertrieb: *Medienwerkstatt, Konradstr.20, 7800 Freiburg.*
Drei Gefangene, davon zwei derzeit Entlassene, erzählen über ihre Zwangsbehandlung mit Psychopharmaka in deutschen Vollzugsanstalten. Sie machen klar, daß diese Medikamente nichtauf Grund medizinischer Indikationen verabreicht wurden, sondern zur »Ruhigstellung von renitenten und querulatorischen Vollzugsstörern«.

* **ID**-Literaturliste »Geld« zum Thema **IWF – Antiimperialismus – Feministische Theorie** etc. erschienen. In zahlreichen linken Buchläden kostenlos abzuholen; ansonsten bestellbar (gegen 3.-DM) bei *AurorA-Buchhandlung und Vertrieb, Knobelsdorffstr.8, 1000 Berlin-19. Tel. 030/3227117.*

* **Walter Fähnders: Anarchismus und Literatur.** Ein vergessenes Kapitel deutscher Literaturgeschichte zwischen 1890 und 1910. »Fähnders läßt seine Studie mit dem Jahr 1890 beginnen, in welchem die Sozialistengesetze aufgehoben werden und sich in der legalistisch-gemäßigten SPD eine linke Opposition entwickelt, die wegen ihrer anarchistischen Tendenzen aus der Partei ausgeschlossen wird. Sie trifft sich mit naturalistischen Künstlern der 90er Jahre in der Forderung nach Stärkung des Individuums: ›Je entwickelter nun die Individualität des Arbeiters ist, ... desto revolutionärer ist er.‹ (Fähnders, S. 6)« (...aus einer ausführlicheren Rezension von *Dieter Scholz*) Behandelt werden u.a. Conrad Fröhlich, John Henry Mackay, Erich Mühsam u.v.a. Wir werden im SF auf diese Arbeit noch zurückkommen. 261 S., 48.-DM. J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, PF 529, 7000 Stuttgart.

* Stefan Loibl: Kollektiv oder kooperativ? **Genossenschaften und Kollektive in Katalonien.** Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um einen Beitrag zur Geschichte von Genossenschaftswesen und Selbstverwaltungswirtschaft. Der Autor greift die gleichzeitige Existenz von Genossenschaften und Kollektiven während der Spanischen Revolution auf und versucht, die Erfahrungen der beiden Gemeinschaftskonzepte miteinander für die aktuelle Diskussion um alternatives Wirtschaften nutzbar zu machen. tb, 126 S., 16,80 DM. Verlag Loibl&Frey, PF 303626, 1000 Berlin-30.

* **Hans-Jürgen Degen: »Wir wollen keine Sklaven sein ... (17. Juni 1953).** Anarchistische Texte Nr.34, *Libertad Verlag, PF 440 349, 1000 Berlin-44. 48 S., 4,80DM.*
Aus dem Nachwort eines Genossen aus der DDR: »Der 17. Juni hat, wie auch in Ungarn 1956 oder in Polen, der herrschenden Clique in Osteuropa die kommunistische Maske vom Gesicht gezogen, ihnen die Legitimation entzogen, sich als Parteien der Arbeiterklasse zu bezeichnen. Dies zu begreifen fällt vielen Linken immer noch schwer. Eine Chance hätten die Revolutionäre des 17. Juni nur gehabt, wenn gleichzeitig die Arbeiter in der BRD sich gegen die Restauration des Kapitalismus erhoben hätten und so der Revolution einen breiten antibürokratischen und antikapitalistischen Charakter gegeben hätten. Nur so wäre verhindert worden, daß die Rechte sich des 17. Juni bemächtigt.«

* Thomas Kurz: »**Blutmai**«. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von **1929**. VW von Heinrich August Winkler, tb,. 180 S., 24.-DM. Das Buch schildert Vorgeschichte, Ablauf und Folgen der Ereigniise und fragt darüber hinaus nach den wirtschaftlichen und sozialpsychologischen Hintergründen des Geschehens und nach seinem Stellenwert für die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Auflösung der Weimarer Republik. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., PF 20 13 52, 5300 Bonn-2.

* Wilhelm Blos: **Die Französische Revolution.** Volksthümliche Darstellung der Ereignisse und Zustände in Frankreich von 1789 bis 1804. Reprint der Auflage von 1920. 656 S., 68.-DM; Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Postfach 20 13 52, 5300 Bonn-2.

Ein Lesehinweis: im neuen Heft (Nr.9) der *Revue der Iberischen Halbinsel* **Tranvía** finden sich gleich mehrere Beiträge zum Anarchismus: *Jörg Auberg* beschäftigt sich mit dem spanischen Anarchisten Francisco Sabaté (El Quico); *Heleno Saña* formuliert eine Replik auf die Spanien-Sondernummer der sozialdemokratischen Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (Januar 1987)*; *Walther L. Bernecker* beleuchtet die spanische Diskussion zum 50. Jahrestag des Bürgerkriegs; *Holm-Detlev Köhler* schreibt zur wenig erfreulichen Situation des Anarchismus in Spanien heute und *Jochen Knoblauch* verteidigt Fernando Arrabal, zu dem *Klaus Gronau* ebenfalls einen längeren Artikel beisteuert. (7.-DM).
Tranvía-Red., PF 30 36 26, 1000 Berlin-30

Die **neue Graswurzel-Revolution** gibt uns manche Rätsel auf. Zunächst wunderten wir uns nur darüber, wie die VertreterInnen des absoluten Konsensprinzips ihre Entscheidung über die Vergabe der Redaktion und des weiteren Konzepts der Zeitung diesmal mit *Mehrheits*entscheidung durchboxten und der unterlegenen Position – die scheinbar ein ausführliches Gegenkonzept vorstellte – keinen Raum zur Darstellung in der neusten Ausgabe gibt.

Die Aufmachung scheint auf die Sammlerherzen nostalgischer LiebhaberInnen abgestimmt, denn wie heißt es im Editorial: *»So hat die Graswurzelrevolution in den 70er Jahren schon einmal ausgesehen«.* Dem entspricht auch die klare Ausrichtung an »unseren« großen Vorbildern. – Natürlich zieren nicht die bekannten vier Silhouetten des »Roten Morgen« die Titelseite: nein, an Clara Wichmann und Michail Bakunin *»werden wir uns messen!«* (Wobei der ›gewalttätige‹ und ›patriarchale‹ Bakunin erstmal gehörig zurecht interpretiert werden muß!) Die antipatriarchale Stoßrichtung gibt sich die Heidelberger Ausgabe durch einen Artikelblock zur »aktuellen« Pornographie-Diskussion. Erschreckend unkritisch werden die Thesen von *Andrea Dworkin* (EMMA-Veröffentlichung) rezipiert. Aber, wer diese nicht teilt, der/die zeigt damit ja nur – laut *Mara Kollnik* – seine/ihre *»Unfähigkeit, ... mit radikalen und kompromißlosen Positionenumgehen bzw. (sie) selbst beziehen zu können.«* Die Dworkinschen Thesen zu männlicher Macht und Pornographie werden nicht – wie wir zunächst glaubten – ironisch zitiert, sondern mit vollem Ernst – *»Männer besitzen im Gegensatz zu Frauen ein Selbst.«* (siehe da!) *»Der Mann ist von Natur aus aggressiv, kriegerisch, feindselig. Nicht er, sondern seine Natur führt ihn dazu, Frauen zu unterdrücken.«* – werden die Thesen der »Sozialbiologie« als »wissenschaftlich« vorgeführt. Die ökonomische »Analyse« der Pornographie gipfelt in der Erkenntnis: *»Geld ist Ausdruck männlicher sexueller Macht.«*

Der Rückkehr zur Aufmachung in den 70ern entspricht damit ein Rückfall hinter sehr viel differenziertere Positionen zum Problem von *Männergewalt*, wie sie bereits in dem Schwerpunktheft der Graswurzelrevolution vom *November 1986* (erstellt von der abgewählten Hamburger Fraktion) zum Ausdruck kamen.

SF-Redaktion beim Frühstück am 18.6.88

*ALTE AUSGABEN DES SF:
Um neuen Abonnenten oder Interessierten die Gelegenheit zu geben, einen besseren Einblick in unsere bisherige Arbeit zu bekommen, machen wir folgendes Angebot: **Für 3 alte Ausgaben schickt ihr uns einen 10.-DM Schein, Überweisung oder Briefmarken**. Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben, zusätzlich haben wir eine mit Anmerkungen, Register, Vorwort, Rezension und neuem Lay Out versehene *NOSTALGIENUMMER* (ebenfalls 10.-) zusammengestellt, die Texte aus den vergriffenen ersten 13 Nummern (0–12) enthält. Des weiteren sind lieferbar: Sondernummer ARBEIT (5.-) und Sondernummer Anarchismus – Feminismus (6.-). Einzeln nicht mehr lieferbar: Nr. 0–14 (wer schnell ist kann einzelne Ausgaben vor Nr.15 noch bei Anares-Vertrieb, Mühle 27, 5270 Gummersbach-31 bekommen).

Nr. 15: ☆Automatisierungsdebatte ☆ Interview mit A. Gorz ☆ Mann – Frau – Maschine ☆ Chaos Computer Club ☆ Antipädagogik – Libertäre Pädagogik? ☆ F. Ferrer ☆ Anti-Kriegsmuseum Berlin, Interview ☆ Europawahl-Nachschlag ☆ Hans-Jürgen Degen über Faschismus – Antifaschismus ☆ Otto Reimers über Oskar Kanehl ☆ Augustin Souchy über Mexiko etc.

Nr. 16: ☆ Venedig-Berichte ☆ Barbara Köster über Feminismus und Anarchismus (Vortrag, Venedig) ☆ John Clark über 1984 = Die Ware (Vortrag, Venedig) ☆ Zur Wende ☆ IWF-Kritik ☆ Kolumbien/ Selbstverwaltung ☆ Atommüllpriester ☆ Buko-Bericht ☆ Prozeß gegen Horst Stowasser ☆ Über Oskar Maria Graf ☆ Fritz Scherer über die "Bakuninhütte" ☆ Nachruf auf Otto Reimers

Nr. 17: ☆ Industrialismus-Kritik (Über Toffler) ☆ Sozialstaat oder Marktanarchie ☆ Murray Bookchin über Natur- und Evolutionsverständnis ☆ Chile-Widerstandstage ☆ Angst des Bürgers vor dem Anarchismus (Casas Viejas) etc.

Nr. 18: ☆ Schwerpunkt Kultur: Herby Sachs über Theater im Zeitalter neuer Medienwelt ☆ Medienwerkstatt Freiburg über Videofront ☆ Kultur oder wat? ☆ Wider die Vereinnahmung ☆ Über Carl Einstein + Rede über Durruti ☆Das andere Amerika (Filme) ☆ Jean Vigo: Ich sage Scheiße zu Ihnen! ☆ CNT-Nachlaßstreit ☆ Politikund Kultur (Tschernyschewski) ☆ Irische Knäste (Teil 1) – Herrschaftskultur etc.

Nr. 19: ☆ Unruhen in Griechenland ☆ Geschichte der PASOK ☆ Murray Bookchin über libertären Kommunalismus ☆ Kritik der Subkultur ☆ Anarchismus und Mystik ☆ Uracher Kommune 1919 (Pliever, Becher) ☆ Ulrich Klan über Frauen in der FAUD 1919-1933 ☆ Irische Knäste, Teil 2

Nr. 20: ☆ Anti-NATO-Kongreß ☆ Militarisierung der USA und UdSSR ☆ Bruch mit den GRÜNEN ☆ Unruhen in Spanien ☆ Interview mit Clara Thalmann, Teil 1 ☆ Gottfried Mergner über Deutscher Kolonialismus ☆ Barclays Anthropologieansatz etc.

Nr. 21: ☆ Kritik an den GRÜNEN und Selbstkritik ☆ Glotz' Hegemoniemodell ☆ VOBO wieder neu ☆ Staatskritik ☆ Interview mit Clara Thalmann (II) ☆ Mujeres Libres ☆ Stammheim - das Buch/ - der Film ☆ Franz Jung ☆Libertarians? ☆ Antisemitismus in der Linken etc.

Nr. 22: ☆ Tschernobyl und die Asylanten ☆ Linke und Ausländerpolitik ☆ Das Umbauprogramm der GRÜNEN ☆ Offener Brief der radikalen AKW-Gegner ☆ Appelscha-Treffen ☆ Augustin Souchy über Kollektivierung in Aragon ☆ Krise und Perspektiven der CNT heute ☆ Über Federico Garcia Lorca ☆ Georg Janthur's Bilder (Vierfarb-Mitteldruck) ☆Rolf Recknagel über unbekannte Marut/ Traven Stories ☆ Die Exilliteraturreihe bei Fischer ☆ Erich Mühsam (DDR) ☆ Anarchismus nd Antipädagogik ☆ Gotteslästerungsprozeß etc.

Nr. 23: ☆ FLI-Herbsttreffen ☆ Libertäre Zentren ☆ Lupus über Versuch einer Neubestimmung autonomer, antiimperialistischer Politik (RAF-Kritik) ☆ Spassguerrilla ☆ A-Kongreß in Australien ☆ Quo vadis – Femina? ☆ Totalverweigerer ☆ Die 1.NSDAP-Gruppe des Ruhrgebiets eine Abspaltung aus der FAUD? ☆ Spanienfilme und deren politischer Standort ☆ § 129a ☆ Kesseltreiben ☆ Neokonservatismus – am Beispiel Späths ☆ Robert Reitzel – Der arme Teufel ☆ Libertarians/Freenetwork-Diskussion etc.

Nr. 24: ☆ Clara Thalmann über Flucht aus Paris 1940 ☆ Anarchoseminar Arnoldshain ☆ Soziale Bewegung – Libertäre Tage ☆ Wuppertaler Häuserkampf ☆ Totalverweigerer ☆ Den Knast ent-tabuisieren, Teil 1 ☆ Exil in Berlin – »Asylantenbehandlung« ☆ Wahlnachschlag: UngüLtiG, Trude Unruh und die Geisterfahrer ☆ Stefan Schütz über Künstler und Gesellschaft ☆ Hans Litten – eine »verbesserte« Fassung? ☆ Karl Otten – expressionistische Wurzeln ☆ Libertäre in Ungarn ☆ SMOT-Mitglieder freigelassen, Telefoninterview ☆ US-Basen in Grönland etc.

Nr. 25: ☆ Berichte über die Libertären Tage ☆Standpunkt autonomer Politik, Teil 2 ☆ Soziale Bewegung ☆ Anarchistische Wochenzeitung? ☆ Berlin Kreuzberg – 1. Mai ☆ Ralf Reinders über die Bewegung 2. Juni ☆ 2. Juni – Gedenk-Feierlichkeiten der Linken? ☆ Neue Männer und Arbeit ☆ Frauenknast Gotteszell ☆ Französische Streiks ☆ Über Ernesto Sabato ☆ Fragmente zum Zeitgeist etc.

Nr. 26: ☆ Grüne New Age Politik ☆ Alltag – Klasse – Strukturen schaffen ☆ Freiburger Szene-Clinch ☆ Malik-Beschlagnahmeaktion ☆ Kulturkritik ☆ Rosella di Leo über Patriarchatskritik ☆ Ökofeminismus ? ☆ Interview mit Murray Bookchin, Teil 1 ☆ Geschichte der IWW, Teil I ☆ Die Zukunft Osteuropas ☆ Berliner Mauer ☆ Mythos und Realität von Gräbern etc.

Nr. 27: ☆Startbahn – danach ☆ Strobl/Penselin ☆ Amnestiedebatte ☆ Bücher und Filme zum Deutschen Herbst ☆ Detlev Hartmann über Der IWF ist nicht reformierbar [Wolfgang Haug über Suche nach Orten des Widerstands ☆ Interv. m. Murray Bookchin, Teil II ☆ Öffentliche Bildung ☆ Schriftstellerkongreß in Valencia ☆ Kulturkritik, Teil II ☆ Jakob van Hoddis etc.

Photos: Will Firth, Canberra




Photo: Manfred Kampschulte